Christoph Butterwegge / Gudrun Hentges / Gerd Wiegel

RECHTSPOPULISTEN IM PARLAMENT

POLEMIK, AGITATION UND PROPAGANDA DER AFD



Christoph Butterwegge
Gudrun Hentges
Gerd Wiegel

Rechtspopulisten im Parlament

Polemik, Agitation und Propaganda der AfD

Unter Mitarbeit von Georg Gläser

Mehr über unsere Autoren und Bücher:
www.westendverlag.de

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

ISBN 978-3-86489-714-6

Umschlaggestaltung: Buchgut, Berlin
Satz und Datenkonvertierung: Publikations Atelier, Dreieich

Einleitung

»Jetzt sehen Sie, wie Jagd geht. Wir sind beim Jagen.« Mit diesen Worten kommentierte Alice Weidel, Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion, am 2. Juli 2018 die wochenlangen Auseinandersetzungen zwischen CDU und CSU, personifiziert durch Kanzlerin Angela Merkel und Innenminister Horst Seehofer, über den asyl- und flüchtlingspolitischen Kurs der Union. Das öffentliche Schauspiel einer Selbstdemontage der Union gehörte zu den größten Triumphen der noch kurzen Partei- und Parlamentsgeschichte der »Alternative für Deutschland«. Für einen Moment sah es gar so aus, als könnte die AfD schon neun Monate nach dem Einzug in den Bundestag das im Wahlkampf verkündete Etappenziel »Merkel muss weg!« erreichen.

Weidel knüpfte mit ihrer Aussage an die Drohung ihres Ko-Vorsitzenden Alexander Gauland vom Wahlabend an: »Wir werden sie jagen«, so hatte Gauland am 24. September 2017 die Aufgabe der AfD im Bundestag zur Freude seiner Parteifreunde beschrieben. Die von der CSU im Sommer 2018 betriebene Demontage der Kanzlerschaft Merkels lieferte eine Bestätigung der Jagdmetapher, wenngleich die AfD kaum erwartet haben dürfte, dass ihre unmittelbare Nachbarin im rechten Parteienspektrum mit ihr gemeinsam auf Treibjagd gehen würde. Aber ebenso wie in anderen europäischen Ländern hat der Aufstieg einer rechtspopulistischen Partei zu einer massiven Verunsicherung ihrer Konkurrentinnen um die Wählergunst und zu einer Rechtsverschiebung des gesamten politischen Diskurses geführt.

Dass die AfD im Bundestag vertreten ist, bedeutet einen Umbruch des Parteiensystems. Seit den 1950er-Jahren ist noch keiner Partei der Parlamentseinzug gelungen, die – je nach Perspektive – als rechtspopulistisch oder rechtsextrem etikettiert wird, weil sie einen

rückwärtsgewandten Nationalismus vertritt sowie Protagonisten eines biologistischen Rassismus und eines offenen Antisemitismus als Mitglieder, Funktionäre und Mandatsträger duldet. Kritische Beobachter/innen fragen deshalb besorgt, wohin sich die Bundesrepublik entwickelt bzw. was und wer sie immer mehr dorthin treibt.

Die etablierten Parteien reagierten bislang nicht mit einer grundlegenden Kurskorrektur, vielmehr mit Anpassung und Abgrenzungsrhetorik auf die Herausforderungen. Zugleich revidierten sie ihre Programmatik, indem sie rückwärtsgewandte Forderungen wie die nach Abschottung und Abschiebung (statt Solidarität), nach beschleunigten Entscheidungsverfahren (statt mehr Demokratie) sowie nach einer polizeilich, wenn nicht militärisch flankierten Inneren Sicherheit (statt sozialer Sicherheit) übernahmen.

Ungefähr ein Jahr nach dem Einzug der AfD in den Bundestag soll eine Zwischenbilanz ihrer parlamentarischen Arbeit gezogen werden. Trotz mancher Anlaufschwierigkeiten, Widersprüche und Brüche im Parteialltag deutet vieles darauf hin, dass sich die AfD im politischen und Parteiensystem der Bundesrepublik fest etabliert. Wie lange mag es dauern, bis sie selbst zu den »Altparteien« gehört, als die sie CDU/CSU, SPD, FDP, Bündnisgrüne und LINKE gern bezeichnet? Oder ist trotz der normalerweise eher disziplinierenden und mäßigenden Wirkung des Parlamentarismus auf seine Akteure eine weitere Radikalisierung der AfD zu erwarten? Auch dafür gibt es Anzeichen im bisherigen Verlauf der Parteigeschichte, die von mehreren Zäsuren, harten Flügelkämpfen und einschneidenden Personalwechseln an der Spitze gekennzeichnet ist.

Dass die AfD nicht zum Jagen getragen werden muss, zeigt das provokative, zum Teil konfrontativ-aggressive Verhalten ihrer Abgeordneten im Bund und in den Ländern, deren Anfragen, Anträge, Gesetzentwürfe und Reden wir auf den Prüfstand gestellt

haben. Dass ihr wie bisher noch keiner Rechtsaußenpartei in der Bundesrepublik mit den Parlamenten eine zentrale Bühne für die politische Willensbildung, die mediale Vermittlung und die Beeinflussung des öffentlichen Diskurses zur Verfügung steht, nutzt die AfD für eine gezielte Verschiebung der politischen Achse des Landes nach rechts.

Berlin/Köln, im Sommer 2018
Christoph Butterwegge, Gudrun Hentges und Gerd Wiegel

1 Rechtspopulismus in Deutschland: Erscheinungsformen, Entstehungsursachen und Entwicklungstendenzen

Der moderne Rechtspopulismus ist kein auf die Bundesrepublik Deutschland beschränktes, sondern ein globales Phänomen, das vor allem aus dem politischen Leben vieler europäischer Staaten sowie ihrem Regierungs- und Parteiensystem kaum mehr wegzudenken ist. Hierzulande konnte der Rechtspopulismus jahrzehntelang allerdings nur auf regionaler oder lokaler Ebene nennenswerte (Wahl-)Erfolge feiern, was mit den in aller Regel stümperhaften Versuchen einer Parteigründung und dem zwielichtigen Führungspersonal ebenso zu tun gehabt haben dürfte wie mit der deutschen NS-Vergangenheit. Diese hat es ihm hierzulande generell schwerer als irgendwo sonst gemacht, sich in der Öffentlichkeit als seriöse demokratische Kraft darzustellen. Immer lautete die politische Gretchenfrage, mit der Vertreter rechter Gruppierungen, Organisationen und Netzwerke konfrontiert wurden: »Wie hältst du's mit dem Hitlerfaschismus?« Erst spät gelang es dem Rechtsextremismus durch einen umfassenden Modernisierungsprozess, darauf eine viele Menschen befriedigende oder beruhigende Antwort zu finden und sich auch im Land der Täter vom »Geruch der Gaskammern« zu befreien. Noch länger dauerte es, bis mit der AfD eine rechtspopulistische Partei nicht bloß auf regionaler, sondern auch auf Bundesebene reüssierte und sich dort als parlamentarische Kraft etablierte.

Definitionen und Diskussionen über den Populismusbegriff

»Rechtspopulismus« dient als Gattungsbegriff zur Kennzeichnung einer Partei wie der Alternative für Deutschland und/oder ihrer Grundposition(en). Der vornehmlich in vielen Massenmedien zuletzt beinahe inflationär verwendete Populismusbegriff ist aus zwei Gründen schillernd und unscharf. Einerseits fallen darunter häufig link(sradikal)e genauso wie recht(sextrem)e und basis- bzw. radikaldemokratische genauso wie antidemokratische Strömungen, was seine Offenheit für unterschiedliche Strategien und Taktiken signalisiert, aber auch inhaltliche Mehrdeutigkeit, Verschwommenheit und Konturlosigkeit bedingt. Andererseits wird häufig so getan, als sei »Rechtspopulismus« das demokratisch geläuterte, moderate Pendant zum Rechtsextremismus, nicht etwa nur eine Spezialform desselben. Dies bringt jedoch weitere Abgrenzungsprobleme mit sich, ohne gleichzeitig mehr terminologische Klarheit zu schaffen. Missverständlich ist der Populismusbegriff insofern, als ihn zwei Denkrichtungen verwenden.

Das erste Deutungsmuster begreift Populismus als Politik(vermittlungs)form und Regierungsstil,[1] welcher von Personen, Parteien oder Koalitionen ganz unterschiedlicher Couleur praktiziert werden kann, wobei zwischen Links- und Rechtspopulismus differenziert wird. Nach dieser Lesart charakterisiert der Populismus gar nicht die *Politik* einer Partei, sondern nur die *Art*, wie sie gemacht und/oder »an den Mann gebracht« wird: »›Populistisch‹ genannte Bewegungen und Strömungen appellieren an das ›Volk‹ im Gegensatz zu den Eliten, insbesondere an die ›einfachen Leute‹, und nicht an bestimmte Schichten, Klassen, Berufsgruppen oder Interessen.«[2]

Dagmar Schaefer, Jürgen Mansel und Wilhelm Heitmeyer verstehen unter dem Rechtspopulismus eine Mobilisierungsstrategie, die darauf abzielt, Stimmungen gegenüber Schwächeren zu erzeugen und die Gesellschaft nach entsprechenden Wahlerfolgen autoritär umzugestalten.[3] Die zitierten Autor(inn)en interessieren sich weniger für die »Angebotsseite«, d.h. rechtspopulistische Parteien bzw. deren Funktionäre, als für die »Nachfrageseite«, d.h. das von ihnen nicht ohne Ironie als »saubere Mitte« bezeichnete rechtspopulistische (Wähler-)Potenzial.[4]

Auch für Karin Priester ist der Populismus mehr als eine Frage des Politikstils, der »Anrufung« und des Auftritts gegenüber einer bestimmten Zielgruppe. Die Münsteraner Sozialwissenschaftlerin merkt an, dass der Populismus zumindest in seiner nordamerikanischen und europäischen Ausprägung »erstens eine recht genau lokalisierbare soziale Basis, zweitens eine zwar wenig elaborierte, dennoch konkrete Gesellschaftsvorstellung und drittens ein spezifisches Verständnis vom Staat und (von) seinen Funktionen hat«.[5] Wie ein roter Faden ziehe sich durch alle Bewegungen, die im Ruch des Populismus gestanden hätten oder stünden, ein bestimmtes Freiheitsverständnis, das Unabhängigkeit vor allem gegenüber dem modernen Interventionsstaat, Experten und Technokraten verlange – was auch ihre antiintellektualistischen Züge erkläre.

Ein gewisses rhetorisches Talent und die argumentative Demagogie seiner führenden Repräsentanten sind auffällige Merkmale des Populismus, aber nicht für ihn konstitutiv. Nach größerer Popularität zu streben, »dem Volk aufs Maul zu schauen« und komplexe Zusammenhänge leicht verständlich darzustellen, ist höchstens dann (rechts)populistisch, wenn damit die Manipulation von Menschen zugunsten einer privilegierten Minderheit bzw. im Sinne des völkischen Nationalismus verbunden ist. Ohne jegliche inhaltliche Festlegung bleibt eine Formaldefinition für Populismus

letztlich unbefriedigend.

Das zweite Deutungsmuster versteht unter Populismus denn auch eine stärker inhaltlich bestimmte Konzeption. Aufgrund ihrer Konstruktion eines (ethnisch) homogenen Volkes, das sie den »korrupten Eliten« gegenüberstellt, ist diese Konzeption unvereinbar mit einer linken Weltanschauung bzw. deren Hauptströmungen – Sozialismus, Reformismus und Kommunismus –, die Klassen und Schichten zu Basiskategorien ihrer Topografie der Gesellschaft machen. Sie harmoniert aber mit den bürgerlichen Grundrichtungen – Liberalismus und Konservatismus –, die zwischen den genannten Großgruppen keine Interessengegensätze zu erkennen vermögen. Alle *linken* Sozialstrukturanalysen, die von Marx beeinflusst sind, basieren hingegen auf der Grundüberzeugung, dass sich im Kapitalismus mit der Bourgeoisie und dem Proletariat zwei Gesellschaftsklassen gegenüberstehen, also kein einheitliches, homogenes Volk existiert, das von einer Elite verraten werden könnte.

Die in der politischen und Fachpublizistik wahrscheinlich einflussreichste Definition stammt von Jan-Werner Müller, der in Princeton lehrt und Populismus als eine Politikvorstellung begreift, wonach sich das »reine, homogene Volk« gegen »unmoralische, korrupte und parasitäre Eliten« auflehnen muss, die überhaupt nicht zu ihm gehören.[6] Da der Populist für sich in Anspruch nimmt, als einziger das »wahre Volk« zu vertreten, ist seine Ideologie laut Müller antielitär, antipluralistisch und antidemokratisch. Der Marburger Soziologe Dieter Boris warf dem in den USA lehrenden Politikwissenschaftler jedoch vor, die (gesellschaftlichen) Entstehungsgründe des Populismus auszublenden, seine im neoliberal verfassten Finanzkapitalismus der Gegenwart liegenden Wurzeln zu übersehen und die damit einhergehende Krise der politischen Repräsentation aufgrund eines »reduktionistischen« Demokratieverständnisses zu leugnen.[7] Tatsächlich besteht ein

Zusammenhang zwischen der Hegemonie, also der öffentlichen Meinungsführerschaft des Neoliberalismus, und dem Aufschwung des Rechtspopulismus im Zeichen der Globalisierung, wie die Beiträge eines von Wilhelm Heitmeyer und Dietmar Loch herausgegebenen Sammelbandes belegen.[8]

Nicht alle *Rechts*extremisten sind Populisten, aber sämtliche Populisten tendieren in letzter Konsequenz nach rechts: Entweder ignorieren sie die durch sozioökonomische Herrschaftsverhältnisse und politische Machtungleichgewichte im Rahmen der Globalisierung bzw. der neoliberalen Modernisierung verursachte Zerklüftung unserer Gesellschaft, oder sie reduzieren deren Widersprüche bzw. Klassengegensätze auf die verkürzte Frontstellung zwischen dem »Volk« (lat. »populus«) und einer »korrupten Elite«. *Populistisch* ist jene Teilgruppe innerhalb des Rechtsextremismus oder des Brückenspektrums zwischen diesem und dem Konservatismus zu nennen, die besonders das verunsicherte Kleinbürgertum anspricht, dabei häufig wirtschaftsliberale Positionen vertritt, Stammtischparolen aufgreift, den Stolz auf das eigene Kollektiv, die Nation bzw. deren Erfolge auf dem Weltmarkt (Standortnationalismus) mit rassistischer Stimmungsmache oder sozialer Demagogie verbindet und die verständliche Enttäuschung vieler Menschen über das Parteien- bzw. Regierungsestablishment für eine Pauschalkritik an der repräsentativen Demokratie nutzt. Als rechts*populistisch* sollten jedoch nur jene (Partei-)Organisationen, Personen, Programme, Strömungen und Bestrebungen bezeichnet werden, die weder militante Züge aufweisen noch Massen gegen die Demokratie mobilisieren.

Mittlerweile auch in Deutschland parlamentarisch einflussreich, gerieren sich die Vertreter und wenigen Vertreterinnen des Rechtspopulismus als (partei)politisches Sprachrohr des Volkes und grenzen sich in der sozialen Hierarchie einerseits nach oben und

andererseits nach unten ab. Nach oben findet die Abgrenzung gegenüber der »politischen Klasse«, den Eliten und den Etablierten statt, nach unten gegenüber den (ethnischen) Minderheiten und den sozial Benachteiligten, heute vor allem gegenüber Flüchtlingen und Migrant(inn)en muslimischen Glaubens, die vermeintlich gezielt in die Sozialsysteme des reichen Aufnahmelandes einwandern und damit »uns« als Deutsche, die anständig, fleißig und tüchtig sind, schamlos ausnutzen. Betroffen von Stigmatisierung, Diskriminierung und sozialer Ausgrenzung sind aber auch viele andere Minderheiten, darunter die Erwerbslosen, die Obdachlosen, die Menschen mit Behinderungen, die Homosexuellen und die Drogenabhängigen.[9]

Grundrichtungen des Rechtspopulismus

»Populismus« ist also ein höchst vager und politisch undifferenzierter Begriff, der weder ohne politische Richtungsbezeichnung verwendet werden noch einer pauschalen Gleichsetzung von Links- und Rechtspopulismus dienen sollte. Versuche, die Bezeichnung von Personen, Organisationen und Programmen als »populistisch« inhaltlich zu konkretisieren, auszudifferenzieren und verschiedene Varianten des Populismus zu klassifizieren, stecken jedoch noch in den Kinderschuhen.

Der Bonner Politikwissenschaftler Frank Decker spricht von »ökonomischem Populismus«, wenn die Kritik an einem angeblich überbordenden, die Wirtschaft lähmenden und den Standort gefährdenden Wohlfahrtsstaat im Mittelpunkt der Wahlkampfpropaganda einer Rechtspartei steht.[10] Den ökonomischen Populismus grenzt er gegenüber einer »politischen«

(bzw. »institutionellen«) sowie einer »kulturellen« Variante desselben Phänomens innerhalb westlicher Demokratien ab. Karin Priester, früher Professorin an der Universität Münster, unterscheidet dagegen zwischen einem »Protestpopulismus«, der Interessenpolitik für bestimmte Gruppen des Mittelstandes betreibe, und einem »Identitätspopulismus«, der über gruppenspezifischen oder monothematischen Protest hinausgehende Bedrohungsängste aufgreife und in Zeiten globaler Umbrüche erstarke.[11]

Uns interessieren hier vor allem die Termini »Wettbewerbs-«, »Besitzstands-« und »Wirtschaftspopulismus«, weil sie auf die inhaltliche Affinität des Rechtspopulismus zum Neoliberalismus anspielen. Um seine Hypothese zu verifizieren, dass die deutschen Volksparteien in Bundestagswahlkämpfen »wirtschaftspopulistisch« agieren, überdehnt der Politikwissenschaftler Andreas Bachmeier den zuletzt genannten, von ihm geprägten Begriff hingegen als »Bezeichnung einer wirtschaftspolitischen Richtung und Argumentationsweise, die Wirtschaftswachstum und Einkommensverteilung betont, jedoch die damit verbundenen Risiken vernachlässigt«.[12] David Bebnowski (Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam) wiederum geht von der Standortlogik aus, grenzt Neoliberalismus und Wettbewerbspopulismus allerdings unzureichend voneinander ab, wenn er konstatiert: »In wettbewerbspopulistischen Argumentationen wird die Überlegenheit ökonomisch erfolgreicherer Gruppen – im Falle der AfD: Nationalstaaten – auf Grundlage ihrer ökonomischen Leistungsfähigkeit konstruiert und gleichzeitig mit kulturellen Stereotypen kurzgeschlossen.«[13] Unter einem »Besitzstandspopulismus« versteht der Aachener Politikwissenschaftler Alban Werner eine ideologische Ansprache, die den Adressat(inn)en die Verteidigung sowohl ihrer materiellen Besitzstände, also ihres bisherigen Lebensstandards, wie auch ihrer kulturellen Lebensweise gegen scheinbare oder wirkliche

Bedrohungen verspricht.[14] Man würde in diesem Fall jedoch wahrscheinlich besser von Abwehrnationalismus oder Wohlstandschauvinismus sprechen.

Hinsichtlich seiner Dimensionen, Erscheinungsformen und Wirkungsebenen lassen sich vier Spielarten des Rechtspopulismus unterscheiden, die sich auch in den programmatischen Dokumenten, parlamentarischen Initiativen und Reden der AfD bzw. ihrer Abgeordneten finden und zu deren (Wahl-)Erfolgen nicht unwesentlich beigetragen haben dürften:

Da ist erstens der *Sozial*populismus. Während sich dessen Repräsentant(inn)en als Verteidiger/innen des Wohlfahrtsstaates darstellen, beziehen sie Stellung gegen »Drückeberger«, »Faulenzer« und »Sozialschmarotzer«, die gar nicht »wirklich« arm seien, sondern die Gesellschaft rücksichtslos ausnutzten. Hartz-IV-Empfänger/innen klagen demnach »auf hohem Niveau«, obwohl sie das Steuergeld »hart arbeitender Bürger« verprassen. Rechtspopulisten nutzen den unterschwellig vorhandenen, oft in der politischen und medialen Öffentlichkeit geschürten Sozialneid gegenüber noch Ärmeren – in diesem Fall: den »arbeitsscheuen« Erwerbslosen, Sozialhilfeempfänger(inne)n und Asylbewerber(inne)n –, um von den eigentlichen Verursachern der sich vertiefenden Kluft zwischen Arm und Reich abzulenken.

Den zweiten Typus kann man als *Kriminal*populismus bezeichnen. Dieser richtet sich gegen Straf(an)fällige, plädiert energisch für »mehr Härte« der Gesellschaft im Umgang mit ihnen und nimmt besonders Drogenabhängige, Bettler/innen und Sexualstraftäter ins Visier. Er mobilisiert die »anständigen Bürger« gegen den »gesellschaftlichen Abschaum« und inszeniert seine Kampagnen auf dem Rücken von sozial benachteiligten Minderheiten. Häufig genug spielt die Boulevardpresse dabei eine unrühmliche Rolle als Sprachrohr einer intoleranten und illiberalen Mehrheitsgesellschaft.

Drittens ist es *National*populismus zu nennen, wenn die kulturelle

Identität oder der christliche Glaube als entscheidendes Merkmal hingestellt wird, das es Deutschen erlaubt, auf »die Anderen« herabzublicken, sie abzuwehren und Politik gegen sie zu machen. Hier steht der staatliche Innen-außen-Gegensatz bzw. die angebliche Privilegierung von Zuwanderern gegenüber den Einheimischen oder die »kulturelle Überfremdung« im Mittelpunkt. Die zunehmende Verarmung breiter Bevölkerungsschichten – übrigens vor allem *ethnischer* Minderheiten – wird nicht etwa als Konsequenz ihrer Diskriminierung (z.B. im Bildungsbereich sowie auf dem Arbeitsmarkt) und einer ungerechten Verteilung der gesellschaftlichen Ressourcen, vielmehr als Resultat der zu großen Durchlässigkeit bzw. Aufhebung der Grenzen für Migrant(inn)en thematisiert und die Angst vor einer »Überflutung« bzw. »Überfremdung« durch diese regelrecht kultiviert. Man bemüht rassistische Ressentiments gegenüber Asylsuchenden, anerkannten Flüchtlingen und »Illegalen«, d.h. illegalisierten Migrant(inn)en, während die heimischen Profiteure des sich vertiefenden Wohlstandsgefälles von Kritik weitgehend verschont bleiben.

Die vierte Form des Rechtspopulismus kann man *Radikal*populismus nennen, weil er mit den »Altparteien« das politische System für alle Übel der Gesellschaft verantwortlich macht. Sofern eine Rechtspartei die »Systemfrage« in den Mittelpunkt rückt und sich vor allem die verbreitete Enttäuschung über ihre etablierten Konkurrentinnen auf dem »Wählermarkt« und die Entfremdung vieler Bürger/innen gegenüber dem bestehenden Regierungs- bzw. Parteiensystem zunutze macht, also das, was fälschlicherweise »Politikverdrossenheit« und »Wahlmüdigkeit« genannt wird, erreicht die populistische Zuspitzung eine andere Qualität. Je mehr sich die politische Klasse gegenüber der übrigen Gesellschaft abzuschotten und die Interessen sozial benachteiligter und von Deklassierung betroffener bzw. von sozialer Marginalisierung bedrohter Schichten mit Füßen zu treten scheint,

umso leichter fällt es rechten Demagogen, die wachsende Wut über »die da oben« auszunutzen, die Enttäuschung über gebrochene Wahlversprechen zu kanalisieren und (Klein-)Bürger/innen mit Angst vor dem sozialen Abstieg für ihre Weltdeutung zu gewinnen. Bei dieser Variante des Rechtspopulismus legen seine Repräsentant(inn)en den Maßstab für ihr eigenes Verhalten sehr hoch. Umso leichter können sie selbst daran gemessen und am Ende womöglich der politischen Unfähigkeit, Inkompetenz und Korruptionsanfälligkeit überführt werden. Allerdings handelt es sich um ein Kernproblem der Demokratie, wenn sich Millionen von Bürger(inne)n politisch nicht mehr vertreten fühlen. Der Radikalpopulismus versucht, diese Unzufriedenheit aufzugreifen und für sich auszunutzen.

Die ökonomischen, sozialen und politisch-kulturellen Ursachen des Rechtspopulismus

Um die Ursachen des Rechtspopulismus und seiner (Wahl-)Erfolge zu erfassen, muss die Analyse auf drei Ebenen ansetzen: Die ökonomische Grundstruktur bzw. die konjunkturelle Situation eines Landes, das dort nicht allein wegen der Wirtschaftsentwicklung, sondern aufgrund der Orientierung seiner Eliten herrschende soziale Klima und seine politische Kultur bilden ein analytisches Gerüst. Wenn man die Wechselwirkungen der drei Ebenen aufeinander berücksichtigt, werden Erscheinungsformen, Einflussmöglichkeiten und Erfolgsaussichten des Rechtspopulismus verständlich.

Rechtspopulismus als Erscheinungsform, Folge und

Krisensymptom des Finanzmarktkapitalismus

Der moderne Rechtsextremismus/-populismus lässt sich nur im Kontext einer gewachsenen Weltmarktdynamik verstehen. Er ist »Ausdruck der Krise des gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaftsmodells« und als solcher Folge ökonomischer Entwicklungsprozesse, sozialer Defizite und politischer Versäumnisse.[15] Sein jüngster Aufstieg vollzog sich im Spannungsfeld von neoliberaler Modernisierung und antiglobalistischer Gegenmobilisierung.[16]

Während der 1980er-Jahre lehnte sich die »Neue Rechte« fast überall in Europa an den Neoliberalismus an, der als Türöffner für den Standortnationalismus fungierte. Damit gemeint ist der Glaube, als Volk oder Nation auf den internationalen Märkten einer »Welt von Feinden« gegenüberzustehen und durch Erfindungsgeist, besondere Tüchtigkeit, größeren Fleiß und/oder mehr Opferbereitschaft die Überlegenheit des »eigenen« Wirtschaftsstandortes unter Beweis stellen zu müssen.[17] Das Konkurrenzdenken des Rechtspopulismus war auf die heimische Volkswirtschaft fixiert, forderte von der Bevölkerungsmehrheit einen Verzicht auf Wohlstandszuwächse und favorisierte eine primär die internationale Wettbewerbsfähigkeit steigernde (Regierungs-)Politik.

Die neoliberale Modernisierung bot dem Rechtspopulismus gute Entfaltungsmöglichkeiten, weil sie nicht bloß die Konkurrenzsituation zwischen den einzelnen Wirtschaftsstandorten und -subjekten verschärfte, sondern auch zu einer sozialen Polarisierung, einer Prekarisierung der Arbeit (Zunahme von geringfügiger Beschäftigung, von Teilzeit-, Leih- und Zeitarbeit sowie von Mini-, Midi- und Ein-Euro-Jobs) sowie einer Pauperisierung großer Teile der Bevölkerung führte – und das bei gleichzeitiger Explosion von Unternehmensgewinnen und

Aktienkursen, d.h. einer weiteren Konzentration von Kapital und Vermögen bei den Wohlhabendsten und Reichsten.

Wo die permanente Umverteilung von unten nach oben mit dem Hinweis auf Globalisierungsprozesse – als für den »eigenen Wirtschaftsstandort« nützlich, ja unbedingt erforderlich – legitimiert wird, entsteht ein gesellschaftliches Klima, das Diskriminierung begünstigt. Je mehr die ökonomische Konkurrenz nach neoliberalen Konzepten im Rahmen der »Standortsicherung« verschärft wird, umso leichter lässt sich die kulturelle Differenz zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft politisch aufladen und als Ab- bzw. Ausgrenzungskriterium gegenüber Mitbewerber(inne)n um Arbeitsplätze sowie wohlfahrtsstaatliche Transferleistungen instrumentalisieren. Verteilungskämpfe werden zu Abwehrgefechten der Einheimischen gegen »Fremde« bzw. zu interkulturellen Konflikten hochstilisiert, sofern im Zeichen der Globalisierung ausgrenzend-aggressive Töne in der politischen Kultur eines Aufnahmelandes die Oberhand gewinnen.

Ungefähr seit der Jahrtausendwende äußerten die europäischen Rechtsparteien deutlicher Vorbehalte gegenüber einer Form der Globalisierung, die Massenarbeitslosigkeit produzierte und gleichzeitig die Zuwanderung von Hochqualifizierten forcierte, um den jeweiligen Industriestandort noch leistungsfähiger zu machen. Rechtspopulisten profilierten sich nunmehr als scheinbare Interessenvertreter der Arbeitnehmer/innen und Erwerbslosen, die von den sozialdemokratischen (Regierungs-)Parteien durch deren Hinwendung zum Neoliberalismus verraten worden seien. Selbst rechtsextreme Politikprojekte, die mit dem Neoliberalismus weiter im Bunde waren, übten taktisch bedingt Kritik an den von ihm verschuldeten Gesellschaftsveränderungen.[18]

Der Hamburger Ökonom Ralf Ptak benennt drei wesentliche Merkmale des neoliberalen Alltagsbewusstseins, die nach rechts anschlussfähig sind: einen marktwirtschaftlich-kapitalistischen

Determinismus, welcher Alternativen grundsätzlich als sinnlos oder unmöglich erscheinen lässt, die Verinnerlichung des Wettbewerbsparadigmas als universell gestaltendes Lebensprinzip und ein alle Lebensbereiche durchdringendes utilitaristisches Denken, das mit Ideologien der abwertenden Ungleichheit korreliert. Rechtspopulisten müssten den neoliberalen Wettbewerbswahn demnach bloß ethnisch bzw. nationalistisch aufladen, konstatiert Ptak.[19] Bei der AfD sei folglich eine »Mischung aus ökonomischem Nationalismus und autoritärem Neoliberalismus« programmatisch dominant: »Die AfD vertritt in neoliberaler Manier das Konzept eines (sozial) schlanken, aber (sicherheitspolitisch) starken Staates, setzt sich bedingungslos für Marktwirtschaft und Wettbewerb als ausschließlichen Koordinierungsmechanismus der Ökonomie ein und verteidigt offensiv das Konzept der deutschen Exportüberschüsse.«[20]

Die zunehmende Attraktivität des Rechtspopulismus liegt nicht zuletzt in der sich vertiefenden Kluft zwischen Arm und Reich begründet. Seit geraumer Zeit ist die soziale Polarisierung hierzulande auch im internationalen Vergleich extrem stark ausgeprägt: »In Deutschland sind Reichtum und Wohlstand nicht nur auf eine kleinere Bevölkerungsgruppe begrenzt als in anderen Ländern, sondern diese kleine Gruppe der Reichen hält auch einen deutlich größeren Anteil des Gesamtvermögens im Land.«[21]

Wie es scheint, werden die Reichen immer reicher und die Armen immer zahlreicher.[22] Die zunehmende soziale Ungleichheit wird als wachsende Ungerechtigkeit erlebt, was den gesellschaftlichen Zusammenhalt ebenso untergräbt wie das Vertrauen der »Abgehängten« in das politische und Parteiensystem. Wenn man so will, ist der Rechtspopulismus eine Folge und gleichzeitig ein Krisensymptom des Finanzmarktkapitalismus, weil Letzterer nicht mehr auf der politisch-ideologischen Grundlage des Neoliberalismus allein funktioniert, sondern wachsende Bevölkerungsteile damit

kaum noch an sich binden kann. Offenbar bedarf das bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftssystem einer zusätzlichen Legitimationsbasis, welche der Rechtspopulismus im Rahmen seines kleinbürgerlich-rebellischen Konformismus liefert. Indem rechtspopulistische Parteien wie die AfD den Wettbewerbsfetisch im Finanzmarktkapitalismus ethnisch-nationalistisch, rassistisch und sozialdarwinistisch aufladen,[23] erweitern sie dessen Handlungsspielraum im Sinne eines aggressiven Wohlstandschauvinismus.

Da der Rechtspopulismus als typische Mittelschichtsideologie einen Gegensatz zwischen »korrupten Eliten« und »faulen Unterschichten« konstruiert und ihn dem Publikum als Hauptwiderspruch der Gesellschaftsentwicklung präsentiert, wohnt dem Rechtspopulismus ein gewisses Maß an Plausibilität inne. Denn scheinbar bestimmt heute nicht mehr der Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit den Fortgang der Geschichte, sondern die Symbiose zwischen einer politischen Klasse, deren Handeln sich nur an ihrem eigenen Nutzen orientiert, und einer mächtigen Finanzoligarchie, die nötigenfalls zum Hilfsmittel des Lobbyismus greift, um sich den Staat untertan zu machen. Schließlich wird der für moderne Industriegesellschaften typische Klassenantagonismus zwischen Bürgertum und Proletariat im heutigen Finanzmarktkapitalismus vom Gegensatz zwischen Arm und Reich überlagert.[24]

Der soziale Kältestrom einer verunsicherten Wohlstandsgesellschaft – die wichtigste Triebkraft des Rechtspopulismus

Grundvoraussetzung für (Wahl-)Erfolge rechtspopulistischer Parteien ist die tiefe Verunsicherung eines größeren Teils der

Bevölkerung. Der soziale Klimawandel, für den »Hartz IV« als Höhepunkt der rot-grünen Reformpolitik steht, hat die Wirkungsmöglichkeiten für Rechtsextremisten und -populisten seit dem 1. Januar 2005 spürbar verbessert. Was als Gesetz der Angst gilt, weil damit ein Druckmittel der Kapitalseite und ein Disziplinierungsinstrument für Erwerbslose wie Beschäftigte geschaffen wurde, hat aus der Bundesrepublik Deutschland eine Gesellschaft der Angst gemacht: Belegschaften, Betriebsräte und Gewerkschaften sahen sich unter dem Damoklesschwert von Hartz IV genötigt, schlechtere Arbeitsbedingungen und niedrigere Löhne zu akzeptieren.[25]

Wie der französische Soziologe Pierre Bourdieu bereits in seinem für die weitere Debatte grundlegenden Text unter dem Titel »Prekarität ist überall« festgestellt hat, führt dieser Prozess im Gegenwartskapitalismus nicht bloß zur Perspektivlosigkeit und zum sozialen Kontrollverlust der unmittelbar davon Betroffenen, sondern auch zu einer tiefen Verunsicherung der Gesellschaft insgesamt.[26] Je weiter die Prekarisierung ins Zentrum der Gesellschaft vordringt,[27] umso mehr leidet naturgemäß die Mittelschicht, deren soziale Fallhöhe sehr viel größer ist als jene der ohnehin Deklassierten und der Unterschichtangehörigen.

Die soziale Unsicherheit begünstigt rechte Einstellungen, wie seit Langem bekannt ist. Auch empirisch wurde in mehreren Untersuchungen nachgewiesen, dass zwischen der Tendenz zur Prekarisierung der Arbeits- und Lebensbedingungen einerseits sowie der Ausbreitung rechtsextremer bzw. -populistischer Einstellungsmuster andererseits ein Kausalzusammenhang besteht.[28] Verschärfend wirkt sich aus, dass die wirtschaftlichen, politischen, medialen und wissenschaftlichen Eliten hierzulande wenig Sensibilität für das Kardinalproblem der wachsenden sozialen Ungleichheit erkennen lassen.[29]

Man kann von einer allgemeinen Sinnkrise des Sozialen sprechen,

zumal seine Ökonomisierung, Kulturalisierung, Ethnisierung und Biologisierung den Aufstieg des Rechtspopulismus enorm gefördert haben.[30] Je stärker die Bürger/innen, vor allem die Verlierer/innen der neoliberalen Modernisierung, unter der sozialen Kälte einer Markt-, Hochleistungs- und Konkurrenzgesellschaft leiden, umso mehr sehnen sich manche von ihnen nach emotionaler Nestwärme, die Rechtspopulististen im Schoß der Traditionsfamilie, in einer verschworenen Gruppe von Gleichgesinnten mit Hilfe der geliebten Heimat, der starken Nation bzw. der »deutschen Volksgemeinschaft« (wieder)herstellen zu können versprechen. Angehörige der (unteren) Mittelschicht, die Angst vor dem sozialen Absturz haben und sich von den Regierenden ebenso wenig verstanden fühlen wie von den Parlamentarier(inne)n der etablierten Parteien, sind tendenziell anfällig für rechtspopulistische Agitation und Propaganda. Dies gilt besonders dann, wenn sie in einer Region leben, die – wie große Teile der ostdeutschen Provinz oder das Ruhrgebiet – strukturschwach bzw. »abgehängt« ist, also über keine ausreichende öffentliche, Bildungs- und Verkehrsinfrastruktur (mehr) verfügt.[31]

Wenn die Politik der sozialen Spaltung von ihren Trägern dann auch noch für »alternativlos« erklärt wird, ohne dass eine starke Linke dem Sachzwangargument der Regierenden konsequent entgegentritt, kann sich eine rechtspopulistische Partei leicht als einzige Alternative inszenieren. Der von den Rechtspopulisten gewählte Parteiname »Alternative für Deutschland« war in dieser Beziehung optimal, wenn nicht genial. Das beweisen die jüngsten Wahlerfolge der AfD, deren Ursache gewiss nicht im überzeugenden Auftreten ihrer Kandidaten für Parlamentssitze zu suchen ist. »In einem Kontext, in dem der herrschende Diskurs verkündet, es gebe keine Alternative zur heutigen neoliberalen Form der Globalisierung, weshalb wir ihre Diktate akzeptieren sollten, überrascht es nicht, wenn eine wachsende Zahl von Menschen jenen

Gehör schenkt, die eben doch Alternativen ankündigen und den Menschen vorgaukeln, ihnen Entscheidungsmacht zurückzuerstatten.«[32]

Ralf Ptak sieht einen wichtigen Grund für rechtspopulistische Wahlerfolge in dem Versprechen solcher Parteien, die Entmachtung der Politik durch ökonomische Prozesse und die damit verbundene Handlungsohnmacht gegenüber den Wirtschaftseliten zu überwinden.[33] Da sich die etablierten Kräfte, darunter auch beträchtliche Teile der Linken, der neoliberalen Standort- bzw. Sachzwanglogik ergeben hätten, könne sich der Rechtspopulismus als Macht inszenieren, die den Primat der Politik wiederherstelle, so Ptak.

Hier liegt auch das besondere Versagen der Großen Koalition und von Bundeskanzlerin Angela Merkel, die es laut Stephan Hebel seit ihrem Amtsantritt im November 2005 versäumt hat, an der Beseitigung jener sozialen Brüche und Widersprüche zu arbeiten, die aufgrund einer kapitalfreundlichen Regierungspraxis entstanden waren: »Die AfD ernährt sich vom gescheiterten Kalkül der Kanzlerin, all das ignorieren zu können, was für Wut auf ›die Politik‹ und Entfremdung von ›den Eliten‹ gesorgt hat: wachsende Ungleichheit, ungerechte Verteilung des Reichtums und der Lebenschancen, Entsolidarisierung der Sozialsysteme von Gesundheit bis Rente, Arbeitsverdichtung und Flexibilisierungsdruck, Unsicherheit der Altersvorsorge und Versagen vor der Notwendigkeit einer Integrationspolitik, die den inneren Frieden in einer multiethnischen und multikulturellen Gesellschaft fördert.«[34] Wenn man die Kanzlerin, wie es Hebel tut, als »Geburtshelferin der AfD« bezeichnen kann, dann gerade nicht wegen ihrer Verweigerung der Grenzschließung im September 2015, die mit dem *Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz* und zwei »Asylpaketen« eine sehr restriktive und teilweise auch repressive Migrations- bzw. Integrationspolitik der Bundesregierung nach sich

zog, sondern wegen ihrer unsozialen, die Gesellschaft spaltenden und Ängste in der Mittelschicht verstärkenden Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik.

Nach der globalen Finanzkrise 2007/08 sowie der sich ihr anschließenden europäischen Währungs- bzw. Weltwirtschaftskrise 2008/09 profilierte sich der Rechtspopulismus verstärkt als Schutzmacht der »kleinen Leute«, als Sprachrohr der sozial Benachteiligten und als Retter des Wohlfahrtsstaates. Geschickt verbanden Rechtspopulisten unter Hinweis auf Folgen der Globalisierung die soziale mit der »Ausländerfrage«, wodurch sie an das deutsche Wohlfahrtsstaatsbewusstsein anknüpfen und gleichzeitig rassistische Ressentiments bedienen konnten.[35] Durch protektionistische Maßnahmen sollten die einheimischen Arbeitnehmer/innen und der Mittelstand vor den negativen Begleiterscheinungen der Globalisierung bewahrt werden.

Man kann beim Rechtspopulismus allerdings keinen durchgängigen »Schwenk weg vom Neoliberalismus« erkennen.[36] Neben einem Schwanken im Hinblick darauf, wie bestimmte Wählerschichten am besten zu erreichen sind, gab es infolge der Globalisierung und aufgrund der Umstrukturierung des Sozialstaates vielmehr eine inhaltliche Ausdifferenzierung und eine stärkere Flügelbildung des Rechtspopulismus: Einerseits musste der Rechtspopulismus aus wahltaktischen Gründen programmatische Konzessionen an breitere Schichten (Arbeitermilieu, sozial Marginalisierte und »Modernisierungsverlierer/innen«) machen, was nicht unbedingt zum Bruch mit dem Marktradikalismus führte. Andererseits wuchsen die prinzipiellen Vorbehalte gegenüber dem Neoliberalismus, Ökonomismus und Konsumismus im Finanzmarktkapitalismus, ganz besonders unter den Rechtsextremisten bzw. -populisten, die zum völkisch-nationalistischen Flügel dieser Richtungsgruppierung gehören. Während sich die neoliberal orientierten Kräfte im rechten Lager

teilweise noch marktradikaler gebärdeten und weiter Sozialstaatskritik übten, verschrieben sich andere der völkischen Kapitalismuskritik und schwangen sich zu Verteidigern des Wohlfahrtsstaates auf. Die beiden Strömungen gibt es gegenwärtig auch innerhalb der AfD, wo ihre Repräsentant(inn)en manchmal in heftigen Streit geraten, teilweise aber auch kooperieren, was fast zwangsläufig zu politisch-programmatischen Widersprüchen und Brüchen führt.

Die moralische Erosion der Demokratie und die Transformation der politischen Kultur: Auf dem Weg in eine andere Republik?

Damit der Rechtspopulismus in einer repräsentativen Demokratie größeren Widerhall findet, müssen neben ökonomischen Krisenerscheinungen und sozialen Verwerfungen auch geeignete Anknüpfungspunkte in der politischen Kultur existieren. Dazu gehört die Übernahme weltanschaulicher Schlüsselelemente des Rechtspopulismus wie (Kultur-)Rassismus, Nationalismus und Sozialdarwinismus durch die (klein)bürgerliche Mitte sowie führende Repräsentanten, Amtsträger und Institutionen des Staates.

»1968« ist bis heute die bekannteste Chiffre für den Bruch mit dem nationalen Grundkonsens in Westdeutschland. Mit der Schüler- und Studierendenbewegung stellte die intellektuelle Avantgarde einer Generation zum ersten Mal das bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftssystem ebenso wie die verkrusteten Strukturen des politischen Systems in Frage, woraus die Forderung nach der Vergesellschaftung von Produktionsmitteln und nach einer Demokratisierung des Staates resultierte. Trotzdem blieb der Glaube, dass »wir Deutsche« ein besonders fleißiges, tüchtiges und begnadetes Volk seien, tief im Alltagsbewusstsein verankert. Eine Renaissance des Nationalismus setzte nicht erst mit der

DDR-»Wende« im Herbst 1989 und der Vereinigung beider deutscher Staaten am 3. Oktober 1990 ein, sondern bereits nach dem Regierungswechsel im Oktober 1982, als Bundeskanzler Helmut Kohl eine »geistig-moralische Wende« ankündigte, sich die CDU/CSU/FDP-Koalition der sog. Deutschen Frage zuwandte und diese in »Berichten zur Lage der Nation« wieder für offen erklärte. Wenig später hielt das »Deutschlandlied« (manchmal mit allen drei Strophen) Einzug in Schulbücher, Klassenräume, Fußballstadien sowie Sendeanstalten.

Forderungen nach einer Neukonturierung der »nationalen Identität« fungierten als Brücke zwischen der »liberalkonservativen Mitte« und der extremen Rechten. Als Helmut Kohl am 8. Mai 1985 gemeinsam mit US-Präsident Ronald Reagan den Soldatenfriedhof in Bitburg besuchte, wo sich auch zahlreiche Gräber von Angehörigen der Waffen-SS befanden, wurden die NS-Täter durch einen symbolischen Akt rehabilitiert. Micha Brumlik sah in diesem »obszönen Ritual« ein klares Signal zur »Rechtsverschiebung des bürgerlichen Lagers« durch die CDU/CSU: »Im Jahre 1985, vierzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, der Befreiung Deutschlands vom Nationalsozialismus, leitete die große konservative Volkspartei den ideologischen Rechtsruck ein.«[37]

1986/87 wurde im sog. Historikerstreit versucht, die Liberalisierung der politischen Kultur durch eine Relativierung der Shoah und Rehabilitierung der NS-Täter rückgängig zu machen.[38] Allmählich verschob sich das politische Koordinatensystem der Bundesrepublik nach rechts. Später knüpften Debatten über Martin Walsers in der Frankfurter Paulskirche gehaltene Friedenspreis-Rede, die Wehrmachtsausstellung, das Holocaust-Mahnmal in Berlin, das »Schwarzbuch des Kommunismus« und Norman G. Finkelsteins Polemik zur »Holocaust-Industrie« daran mittelbar an.[39]

Die deutsche Vereinigung hat den Nationalismus 1989/90

endgültig wieder zu einer politisch relevanten Größe gemacht. Zwar gab es nach der Vereinigung von DDR und Bundesrepublik weder hüben noch drüben einen »Nationalrausch« (Wolfgang Herles), aber eine schleichende Renationalisierung der Politik und der politischen Kultur war unübersehbar.[40] Die am 20. Juni 1991 getroffene Entscheidung des Bundestages, vom »Wasserwerk« am Rhein in das Reichstagsgebäude nach Berlin überzusiedeln, wirkte unterschwellig als Distanzierung von der »Bonner Republik« und wurde zumindest in Teilen der Öffentlichkeit als definitive Abkehr von der Westorientierung bzw. als »Rückbesinnung auf die Nation« interpretiert.

Die 1991/92 extrem zugespitzte Asyldebatte hat dann nicht nur dem Grundrecht selbst geschadet, das im Mai 1993 mit Zustimmung der SPD als führender Oppositionspartei faktisch außer Kraft gesetzt wurde, sondern auch die Verfassung und die demokratische Kultur der Bundesrepublik lädiert.[41] Günter Grass sprach mit Blick auf die Asylhysterie vom »Niedergang der politischen Kultur im geeinten Deutschland«, gar von einem »Rechtsrutsch«, welcher als »bundesweite Verlagerung der politischen Mitte« begriffen werden müsse.[42]

Von der *Asyl*diskussion führte ein direkter Weg zur *Standort*debatte, die Mitte der 1990er-Jahre das Einfallstor für eine neue Spielart des Nationalismus bildete. War zuerst die Furcht verstärkt worden, Ausländer nähmen »den Deutschen die Arbeitsplätze« weg, so entstand nun der Eindruck, das deutsche Kapital wandere ins Ausland ab. Obwohl die Bundesrepublik jahrelang »Exportweltmeister« war, wurde in der Politik sowie der Wirtschaftspublizistik so getan, als könne sie im Standortwettbewerb nicht länger bestehen.[43]

Selbst aufgeklärt-liberale Unionspolitiker wie der damalige CDU-Bundestagsabgeordnete Friedbert Pflüger erkannten seinerzeit die Gefahr einer Verrohung der politischen Kultur und einer gesellschaftlichen Rechtsdrift. Pflüger beunruhigte, dass sich die

politische Kultur nach der Vereinigung von Ost- und Westdeutschland tiefgreifend wandelte und das Nationale dem Sozialen, das die Staatsräson der »alten« Bundesrepublik mit bestimmt hatte, den Rang ablief: »Völkisches Denken ist auf dem Vormarsch.«[44] Trotz seines Weckrufs reagierten die etablierten Parteien und die verantwortlichen Politiker darauf jedoch nicht mit entschlossenem Widerstand.

Typisch dafür war die im Sommer 1998 vom damaligen Berliner Innensenator Jörg Schönbohm (CDU) als Gegenmodell zum Multikulturalismus verstandene, gut zwei Jahre später von Friedrich Merz, damals Vorsitzender der Unionsfraktion im Bundestag, aufgegriffene Forderung, Zuwanderer müssten sich der »deutschen Leitkultur« unterwerfen. Bei der anschließenden Kontroverse ging es um die »nationale Identität« und die Salonfähigkeit einer Spielart des Kulturrassismus. In diesem Zusammenhang fungierten Vertreter demokratischer Parteien wiederholt als Stichwortgeber rechtsextremer/-populistischer Publikationsorgane, die sich auf Stellungnahmen und Positionen bürgerlicher Kreise beriefen, um ihre Reputation zu erhöhen.[45]

»Leitkultur« fungierte als neokonservativer, gegen die ethnischen Minderheiten in Deutschland gerichteter Kampfbegriff, der sie zur Akzeptanz der normativen, sprachlichen und religiösen Hegemonie der Mehrheitsgesellschaft zwang. Von der »Leitkultur«-Diskussion führte die Entwicklung zur »Nationalstolz«-Debatte.[46] Auf dem Höhepunkt teilweise pogromartiger, rassistisch motivierter Übergriffe wie in Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, Mölln und Solingen wurde die Parole »Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein« meist rechten Skins zugeordnet. Der damalige CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer bekannte einige Jahre später im *Focus* (v. 30.10.2000) allerdings, auch er sei stolz, ein Deutscher zu sein.

Dass die wichtigsten Themen der Rechten – Zuwanderung, demografischer Wandel und Nationalbewusstsein – um die

Jahrtausendwende zu den Kernthemen der Mitte avancierten,[47] die in den Massenmedien breit erörtert wurden, hat den Aufschwung des Rechtspopulismus beschleunigt, wenn nicht überhaupt ermöglicht. Nunmehr galt jemand nicht mehr als hinterwäldlerisch, rückwärtsgewandt oder ultrarechts, der »Multikulti« für gescheitert erklärte wie Bundeskanzlerin Angela Merkel, vor einer »kulturellen Überfremdung« des Landes warnte, seinen Stolz auf Deutschland hervorhob oder im Demografie-Diskurs das »Aussterben« des eigenen Volkes beschwor.

Für den an Einfluss gewinnenden Neokonservatismus stehen Autorennamen wie Udo Di Fabio, Paul Kirchhof, Meinhard Miegel, Paul Nolte und Frank Schirrmacher.[48] Wenn die AfD einen geistigen Vater hatte, dann war es allerdings Thilo Sarrazin. Ausgerechnet ein sozialdemokratischer Politiker, der als Finanzsenator in Berlin und später als Direktoriumsmitglied der Bundesbank hohe Einkünfte hatte, äußerte sich abfällig über Hartz-IV-Empfänger/innen sowie über Migrant(inn)en muslimischen Glaubens, die zu den einkommensschwächsten Bevölkerungsgruppen gehören. Am 6. September 2010 erschien mit »Deutschland schafft sich ab« das meistverkaufte Sachbuch seit 1945, nachdem der *Spiegel* und die *Bild*-Zeitung durch Vorabdrucke bereits einen Medienhype geschaffen hatten.[49]

Sarrazin entfaltete darin quasi das gesamte Gedankengebilde, das heute das Gesicht der AfD prägt. Er hat allerdings – teilweise sogar wörtlich – nur das übernommen und manchmal noch zugespitzt, was andere Politiker/innen, Publizist(inn)en und Pseudowissenschaftler/innen im Hinblick auf den demografischen Wandel, den überbordenden Wohlfahrtsstaat, die Masseneinwanderung aus »fremden Kulturkreisen«, die wachsende (Ausländer-)Kriminalität und den »islamischen Terrorismus« vor ihm gesagt oder geschrieben hatten. In diesem Zusammenhang seien exemplarisch genannt: Seyran Ate, Arnulf Baring, Herwig

Birg, Karl-Heinz Bohrer, Norbert Bolz, Henryk M. Broder, Heinz Buschkowsky, Irenäus Eibl-Eibesfeldt, Peter Hahne, Gunnar Heinsohn, Kirsten Heisig, Hans-Olaf Henkel, Eva Herman, Roman Herzog, Necla Kelek, Matthias Matussek, Martin Mosebach, Bernd Raffelhüschen, Heidi Schüller, Peter Sloterdijk, Botho Strauß, Bassam Tibi, Udo Ulfkotte, Martin Walser, Volkmar Weiss und Walter Wüllenweber. Die genannten Personen kann man keineswegs als völkisch-nationalistische oder rassistische Hetzer bezeichnen, sie haben jedoch durch ihre Art, wie sie Teilaspekte der gesellschaftlichen Realität ideologisch verbrämten, maßgeblich zur Verschiebung des öffentlichen Diskurses nach rechts beigetragen, wovon keine Partei mehr profitiert hat als die AfD.

2 Entstehung und Entwicklung der AfD bis zur Gegenwart

Der ebenso rasche wie für viele Beobachter/innen überraschende Aufstieg, den die AfD seit ihrer Gründung im April 2013 nahm und der sie nicht einmal fünf Jahre später zur stärksten Oppositionspartei im Deutschen Bundestag werden ließ, gilt als beispielloser Erfolg in der bundesdeutschen Parteiengeschichte. Dieser fiel jedoch keineswegs vom Himmel, sondern baut auf den bereits genannten sowie weiteren politischen und ideologischen Voraussetzungen auf, um die es im Folgenden geht. Zuerst wird aber ein kurzer Blick auf die Vorläufer und Vorbilder der AfD geworfen, die für ihre Ausrichtung wie für ihre Einbindung in den europäischen Rechtspopulismus von Bedeutung sind.

Rechtspopulistische Vorbilder und Vorläufer

Da der Rechtspopulismus eine internationale Erscheinung ist, orientieren sich deutsche Parteien dieser Richtung an besonders erfolgreichen Vorbildern in anderen Ländern. Zu nennen sind hier teilweise bereits seit Jahrzehnten erfolgreiche Parteien, etwa die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ), deren beide letzten Vorsitzenden Jörg Haider (im Oktober 2008 tödlich verunglückt) und Heinz-Christian Strache sie zur zweitstärksten politischen Kraft der Alpenrepublik und im Februar 2000 bzw. im Dezember 2017 zum Juniorpartner in einer Regierungskoalition mit der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) machten.[1] Zu den

erfolgreichsten Parteiformationen des Rechtspopulismus in Europa gehört auch der Front National (FN) unter Führung von Marine Le Pen, Tochter des Parteigründers Jean-Marie Le Pen. Auf ihr Betreiben und gegen seinen erbitterten Widerstand wurde die Partei im Juni 2018 in »Rassemblement National« (Nationale Sammlungsbewegung) umbenannt. Damit soll die Erinnerung an die früher sehr viel radikalere Ausrichtung der französischen Rechtspartei getilgt werden. Erwähnt seien weiter die Schweizerische Volkspartei (SVP), die lange von dem Milliardär Christoph Blocher geführt wurde und die größte Fraktion im Nationalrat der Eidgenossen stellt, die italienische Lega (Nord), deren Wahlerfolg am 4. März 2018 sie erneut zur Regierungspartei aufsteigen ließ, sowie die Partij voor de Vrijheid (PVV) in den Niederlanden, deren einziges Mitglied und Vorsitzender Geert Wilders ist.

Bei diesen Parteien fand sich alles, was es an Kernideologemen, politischen Diskursstrategien und taktisch bedingten Kursänderungen seitens der AfD gibt, teilweise schon lange, bevor diese gegründet wurde.[2] Das betrifft Themenschwerpunkte wie die Ablehnung supranationaler Institutionen, einer multikulturellen Gesellschaft und der Gender-Forschung, das Verbot von Moscheebauten, Minaretten und Kopftüchern, die Agitation für Zuwanderungsbegrenzung, massive Polemik gegen die »Altparteien«, die EU-Bürokratie und korrupte Eliten, die Betonung der »nationalen Identität«, die Verschärfung des Asylrechts und die Erschwerung der Einbürgerung ebenso wie den Geschichtsrevisionismus.

Hinsichtlich Organisation, Funktionärskörper, Programmatik und Anhängerschaft wiesen fünf Parteien, die man als Vorläufer der AfD bezeichnen kann, größere Ähnlichkeiten mit dieser auf: die REPublikaner, der Bund Freier Bürger – Die Freiheitlichen (BFB), die PRO-Bewegung, die Partei Rechtsstaatlicher Offensive (PRO)

und die Bürgerrechtspartei für mehr Freiheit und Demokratie (DIE FREIHEIT). Da man ihre Geschichte als Blaupause für die Entstehung und Entwicklung der AfD verstehen kann, lohnt ein Blick darauf, um diese exakter im rechten Parteienspektrum verorten zu können.

Die deutschen REPublikaner entstanden im November 1983 auf Initiative Franz Schönhubers und zweier abtrünniger CSU-Bundestagsabgeordneter.[3] Schönhuber, als Redakteur des Bayerischen Rundfunks durch ein Buch über seine Erlebnisse bei der Waffen-SS untragbar geworden, ging zwei Jahre später aus Machtkämpfen und Personalquerelen als unangefochtener Parteivorsitzender hervor. Nach einigen Misserfolgen übersprangen die REPublikaner im Januar 1989 bei der Wahl zum (West-)Berliner Abgeordnetenhaus erstmals die 5-Prozent-Hürde. Durch einen Werbespot, der mit dem Titelsong des Films »Spiel mir das Lied vom Tod« unterlegte Bilder türkischer Kinder zeigte, provozierten sie die demokratische Öffentlichkeit, erregten durch empörten Widerspruch mediales Aufsehen und konnten anschließend 7,5 Prozent der Stimmen auf sich vereinen. Noch im selben Jahr erreichten sie bei der Europawahl mit 7,1 Prozent der Stimmen ein weiteres Sensationsergebnis, während die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) und die später mit ihr zur NPD – Die Volksunion fusionierte Deutsche Volkspartei (DVU) weit abgeschlagen wurden.

»Moderner« als Letztere erschienen die REPublikaner, weil sie den wirtschaftspolitischen Protektionismus und den sozialen Paternalismus der NS-Ideologie hinter sich gelassen hatten. Die REPublikaner bemühten sich von Beginn an um ein Parteiprogramm, das gegenüber Neoliberalismus und Nationalkonservatismus anschlussfähig war.[4] Hauptagitationsfelder bildeten die Frontstellung gegen die angebliche »Überfremdung« und den »Ausverkauf deutscher Interessen« im Rahmen der EU-

Politik. Zudem zielten die REPublikaner auf eine Revitalisierung der »nationalen Identität«, die – befreit von Schuld, Niederlage und Fremdbestimmung – zur »ethnisch homogenen Volksgemeinschaft« sowie zu einem starken, autoritär geprägten Staat führen sollte. Wer geglaubt hatte, nach der Wiedervereinigung sei rechten Parteien mit ihrem Lieblingsthema auch die Existenz- und Mobilisierungsfähigkeit abhandengekommen, sah sich getäuscht. Nach dem Anfangserfolg mit rassistischer Stimmungsmache verließ sich die Partei so lange auf das Thema »Asyl« bzw. die »Ausländerfrage« als wichtigster innenpolitischer Kontroverse, bis es nach der Grundgesetzänderung im Mai 1993 vorläufig wieder aus der (Medien-)Öffentlichkeit verschwand. Aufgrund einer relativen programmatischen Offenheit konnten die REPublikaner allerdings ihre Feindbilder variieren und sich damit veränderten Stimmungslagen in der Bevölkerung schnell anpassen. So nahmen die Themen »Islamismus«, »Terrorismus« und »Innere Sicherheit« bei ihnen nicht erst ab dem 11. September 2001 breiten Raum ein.

Dennoch ließen weitere REP-Erfolge auf sich warten. Bei der baden-württembergischen Landtagswahl im April 1992 erhielt die Partei aber gleich 10,9 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen, errang 15 Mandate und avancierte damit aufgrund der Bildung einer Großen Koalition zur stärksten Oppositionsfraktion. Fraktionsvorsitzender wurde mit Rolf Schlierer ein alerter Stuttgarter Rechtsanwalt, der nationalkonservative Positionen vertrat und im Unterschied zu Schönhuber eine Zusammenarbeit mit rechtsextremen Konkurrenzparteien wie der DVU strikt ablehnte. Nach einem Treffen mit dem DVU-Vorsitzenden Gerhard Frey im August 1994, von dem Schönhuber seine Vorstandskollegen nicht in Kenntnis gesetzt hatte, löste Schlierer diesen an der Parteispitze ab. Schönhuber verließ die REPublikaner ein Jahr später und kandidierte im Juni 1999 auf einer DVU-Liste erfolglos für das Europaparlament.

Auf dem Höhepunkt der Parteientwicklung gab es ca. 30 000 REP-Mitglieder, deren Zahl durch Austritte und Ausschlüsse jedoch bald stark sank. 1996 gelang den baden-württembergischen REPublikanern mit 9,1 Prozent der Stimmen ein Wiederholungserfolg bei der Landtagswahl – ein Novum im rechten Parteienspektrum. Obwohl es für die REPublikaner so aussah, als sei ihnen ein Schritt zur parlamentarischen Etablierung gelungen, und Schlierers erklärtes Ziel, Juniorpartner in einer »Haselnuss-Koalition« zu werden, mit der CDU realistischer denn je anmutete, setzte nun ein Niedergang ein, der im März 2001 zum Ausscheiden aus dem Landtag von Baden-Württemberg führte. In den übrigen Regionen Deutschlands war Schlierers Taktik, sich wertkonservativ und wirtschaftsliberal, aber nicht rechtsextrem, und national, aber nicht nationalistisch zu geben, noch weniger erfolgreich.

Als organisatorisches Auffangbecken für ehemalige REPublikaner diente insbesondere der auf Initiative des ehemaligen bayerischen FDP-Landesvorsitzenden und früheren Kabinettschefs der EG-Kommission (Büroleiter von Martin Bangemann) Manfred Brunner im Januar 1994 gegründete Bund Freier Bürger (BFB).[5] Wegen unverhohlener Sympathien seiner Spitzenfunktionäre für Jörg Haider gab er sich ein Jahr später den Zusatz »Die Freiheitlichen« und wurde – ebenso wie zwei Jahrzehnte später die frühe AfD – als »Professorenpartei« bewundert oder verhöhnt. Der marktradikale BFB polemisierte gegen Brüssel und lehnte die Aufgabe nationalstaatlicher Souveränitätsrechte (z.B. den Maastrichter Vertrag sowie die europäische Wirtschafts- und Währungsunion) ab. Er vertrat mittelständische Gewinninteressen und schürte die Skepsis vieler Bundesbürger/innen gegenüber dem Euro als Gemeinschaftswährung. Geschwächt durch zahlreiche Austritte, etwa der Hochschullehrer Karl Albrecht Schachtschneider und Joachim Starbatty, die später zum Gründerkreis der AfD gehörten, waren dem BFB trotz finanzieller Unterstützung durch Baron August

von Finck junior, Großgrundbesitzer, Bankier und Multimilliardär, bei Wahlen nicht einmal Achtungserfolge vergönnt. Vielmehr löste sich die bürgerliche Honoratiorenpartei nach einem Radikalisierungsprozess und ihrer Fusion mit der weiter rechts stehenden, von dem früheren hessischen FDP-Landtagsabgeordneten Heiner Kappel geführten »Offensive für Deutschland« im August 2000 auf.

Die im Juni 1996 gegründete »Bürgerbewegung pro Köln« (PRO KÖLN) ging aus der Deutschen Liga für Volk und Heimat (DLVH) hervor, die wiederum eine Zwischenstation für die abtrünnigen Mitglieder der REP-Fraktion im Kölner Stadtrat um den Rechtsanwalt Markus Beisicht und den Verleger Manfred Rouhs bildete.[6] Zunächst im Rheinland tätig, erweiterte die PRO-Gruppierung ihren Aktionsradius durch Schaffung der »Bürgerbewegung pro NRW« (PRO NRW) und der »Bürgerbewegung pro Deutschland« (PRO D), die aber mehr in Konfrontation zueinander standen, als dass eine Kooperation gelungen wäre.

Trotz ihres Anspruchs, eine Bürgerbewegung zu sein, verloren die PRO-Ableger nie ihren politischen Sektencharakter. Auf der lokalen Ebene fanden diese Gruppierungen noch am ehesten dann Unterstützung, wenn sie in Teilen der Bevölkerung verankerte Ressentiments gegenüber Minderheiten wie Sinti und Roma (»Zigeunern«), Muslimen und »Scheinasylanten«, aber auch Prostituierten und psychisch Kranken aufgriffen, um sie mit radikalen Forderungen politisch aufzuladen.[7] Typisch dafür waren Kampagnen gegen die Errichtung einer forensischen Klinik, die Einrichtung eines Straßenstrichs, ein überbelegtes Flüchtlingsheim und den Bau einer Zentralmoschee in Köln. Auf diese Weise schürten die PRO-Aktivist(inn)en latente Konflikte in der Stadtgesellschaft, was ihnen bescheidene (Wahl-)Erfolge bescherte.

Der wegen seiner drakonischen Urteile gegenüber straffällig gewordenen Jugendlichen unter dem Spitznamen »Richter

Gnadenlos« bekannte Hamburger Amtsrichter Ronald Barnabas Schill gründete im Juli 2000 die auf lokaler Ebene für kurze Zeit erfolgreiche Partei Rechtsstaatlicher Offensive. Wegen des per Gerichtsentscheid erzwungenen Verlusts ihres Kürzels PRO durch einen Prozess meist »Schill-Partei« genannt, zog sie aufgrund ihres sensationellen Ergebnisses von 19,4 Prozent bei der Hamburger Bürgerschaftswahl kurz nach dem 11. September 2001 sogar in den Senat des norddeutschen Stadtstaates ein.[8] In der Koalition mit der CDU unter Ole van Beust fungierte Schill als Innensenator und Zweiter Bürgermeister, bis dieser ihn am 19. August 2003 nach einer persönlichen Auseinandersetzung entließ. Davon erholte sich die Partei Rechtsstaatlicher Offensive nicht mehr – trotz des Versuchs, auch in anderen Regionen der Bundesrepublik organisatorisch Fuß zu fassen. Schill selbst wurde im Dezember 2003 aus der Partei ausgeschlossen und wanderte später nach Brasilien aus.

Die im Oktober 2010 von dem Berliner CDU-Politiker René Stadtkewitz gegründete und seither von ihm geleitete Bürgerrechtspartei für mehr Freiheit und Demokratie (DIE FREIHEIT) entwickelte sich unter dem Einfluss des bayerischen Landesvorsitzenden Michael Stürzenberger, ehemaliger Pressesprecher der Münchner CSU, zu einer vom Verfassungsschutz beobachteten Kampftruppe gegen den Islam, Moscheebauten und Muslime. Die moderaten Kräfte – innerhalb der Partei hoffnungslos in die Minderheit geraten – wechselten 2013/14 größtenteils zur AfD über, deren Führung wiederum einen formalen Unvereinbarkeitsbeschluss fasste, weil man um das eigene Image fürchtete. Die »freiheitliche« Restpartei verschwand bald darauf in der Bedeutungslosigkeit und löste sich im Dezember 2016 auf.

Die völkisch-nationalistische, rassistische und sozialdarwinistische Agitation, wie sie rechte Kleinstparteien durchgängig betrieben, fiel im 21. Jahrhundert aufgrund der

wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krise auf fruchtbaren Boden. Seither lassen alle Untersuchungen zu den politisch-ideologischen Einstellungsmustern der Bevölkerung – seien es die von einer Forschungsgruppe unter der Leitung von Wilhelm Heitmeyer durchgeführte Langzeitstudie »Deutsche Zustände«, die ab 2002 alle zwei Jahre (zuerst in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung und später in Kooperation mit der Otto Brenner Stiftung, der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Heinrich-Böll-Stiftung) vorgenommenen »Mitte«-Studien der Universität Leipzig, internationale Vergleichsstudien wie das europäische Forschungsprojekt SIREN oder regionale Untersuchungen wie der »Thüringen-Monitor« – eine wachsende Repräsentationslücke für denjenigen Bevölkerungsteil erkennen, der ultrarechte Kernideologeme verinnerlicht hatte, aber keine eigenständige politische Heimat in Form einer erfolgreichen Rechtspartei fand.[9] Mit der AfD gelang es der politischen Rechten hierzulande dann – im europäischen Vergleich ziemlich spät –, eine solche Parteiorganisation zu platzieren. Ausschlaggebend dafür war nicht zuletzt, dass die AfD parallel zum Erstarken einer rechten Straßenbewegung in Form der »Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes« (PEGIDA) entstand, die jenseits des Kreises der neonazistischen Rechten zumindest regional (Sachsen) eine größere Ausstrahlung ins bürgerliche Lager hatte und weiterhin hat.[10]

Die Geschichte der AfD

Wenn man so will, verlief der AfD-Gründungsprozess in mehreren Schritten.[11] Der entscheidende Impuls kam von Bernd Lucke, einem

Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg und langjährigen CDU-Mitglied. Von dieser Partei, der Regierungspolitik und Angela Merkels Krisenmanagement auf der EU-Ebene tief enttäuscht, berief Lucke im Oktober 2010 ein als »elektronische Vollversammlung« aller Fachkollegen gedachtes »Plenum der Ökonomen« ein, das von ihm als Geschäftsführer kontrolliert wurde und die staatlichen Institutionen ebenso wie die Öffentlichkeit bei »volkswirtschaftlichen Ausnahmesituationen von herausragender nationaler Bedeutung« beraten sollte. Außerdem fungierte Lucke ab Februar 2012 als einer von zwei Sprechern der Sammlungsbewegung »Bündnis Bürgerwille«, das sich ebenfalls gegen die Euro-Rettungspolitik der CDU/CSU/FDP-Koalition richtete.

Vor diesem Hintergrund und wegen der zugespitzten Griechenland-Krise formierte sich im September 2012 die »Wahlalternative 2013«, aus der ursprünglich gar keine Partei hervorgehen sollte. Geplant war vielmehr eine Kooperation mit den »Freien Wählern«, die sich jenseits der traditionellen Parteigrenzen formierten, einen Teil der unzufriedenen bürgerlichen Wähler insbesondere der beiden Volksparteien repräsentierten und im Folgejahr erstmals auf Bundesebene antreten wollten. Lucke kandidierte im Januar 2013 bei der niedersächsischen Landtagswahl auf einem vorderen Listenplatz für die »Freien Wähler«, welche mit 1,1 Prozent der Stimmen allerdings enttäuschend abschnitten. Da es auch inhaltliche Differenzen und persönliche Unstimmigkeiten zwischen beiden Gruppierungen gab, wurde am 6. Februar 2013 im hessischen Oberursel die AfD aus der Taufe gehoben. Über den ersten Parteitag, der am 13. April desselben Jahres in einem Berliner Luxushotel stattfand, schreibt der Sozialwissenschaftler Sebastian Friedrich: »Neoliberale und Nationalkonservative kamen zusammen mit dem Ziel, eine rechte Sammlungspartei zu gründen.«[12]

Parteiführung, Ausrichtung und Themensetzung der AfD

In ziemlich kurzer Zeit rekrutierte die AfD mehrere tausend Mitglieder, denn die Gelegenheit für eine solche Partei war günstig: Die bürgerliche »Wunschkoalition«, im Oktober 2009 von CDU, CSU und FDP gebildet, hatte die hoch gesteckten Erwartungen der Anhänger/innen beider Regierungsparteien nicht erfüllt. Das galt vor allem für die Hoffnung ihrer mittelständischen und wohlhabenden Klientel auf eine drastische Senkung der Kapital- und Gewinnsteuern. Die nach der Bundestagswahl im September 2013 befürchtete Neuauflage der Großen Koalition wirkte eher abschreckend auf das Kleinbürgertum. Selbstständige, Freiberufler, höhere Angestellte und Beamte, die nationalliberal oder -konservativ dachten, fühlten sich parteipolitisch heimatlos, weil Angela Merkel durch einen programmatischen Modernisierungskurs weibliche und weltoffen-urbane Wählerschichten für die Union zu erschließen suchte, die mit der traditionellen, stärker religiös geprägten Lebensweise nicht viel anfangen konnten. Außerdem befanden sich diverse rechte und rechtsextreme Klein- bzw-Kleinstparteien im politischen wie personellen Niedergang oder hatten sich bereits aufgelöst.[13] Für ihre Aktivisten bot die AfD nunmehr ein neues Betätigungsfeld.

Repräsentiert wurde die AfD zunächst in erster Linie von neoliberalen Ökonomen und nationalkonservativen Publizisten, darunter Konrad Adam, langjähriger Journalist bei der *FAZ* und der *Welt*, sowie Alexander Gauland, jahrzehntelang CDU-Mitglied und zuletzt im »Berliner Kreis« der konservativen Kritiker/innen des Modernisierungskurses von Angela Merkel aktiv. Als ehemaliger Chef der hessischen Staatskanzlei sowie als späterer Herausgeber und Geschäftsführer der in Potsdam erscheinenden *Märkischen Allgemeinen Zeitung* (*MAZ*) gehörte Gauland zu den namhaftesten Gründungsmitgliedern und wurde zur grauen Eminenz der AfD.

Der Kontakt zu den »Freien Wählern« brachte auch Hans-Olaf Henkel zur AfD. Als früherer BDI-Präsident ein Spitzenrepräsentant des deutschen Großkapitals stand Henkel ursprünglich der FDP nahe und machte sich bei der AfD zum Anwalt einer Mittelstandsorientierung, indem er vor allem fiskalpolitische Versprechen des Neoliberalismus (Austeritätskurs, Steuererleichterungen etc.) eingelöst sehen wollte, ohne spezifisch deutsche Kapitalinteressen im Zuge einer Europa- und Weltmarktorientierung aufzugeben. Diese häufig als »nationalliberal« bezeichnete Ausrichtung prägte das Bild der neuen Partei und bestimmte zunächst vor allem die Wahrnehmung ihres Spitzenpersonals. Von Anfang an fanden sich in der AfD jedoch auch andere, in Teilen konträr zu dieser Ausrichtung verlaufende Stränge.

Gideon Botsch, Politikwissenschaftler an der Universität Potsdam, sprach von der AfD als einer »Rechtsabspaltung der Unionsparteien«, die ein bürgerlich-seriöses Erscheinungsbild wahren wollte, jedoch von Beginn an Wähler/innen verschiedener Rechtsaußenparteien, Querulant(inn)en und Mitglieder der rechten Szene anzog,[14] die ihrer marginalen Rolle im deutschen Parteiensystem überdrüssig waren und nach Wegen suchten, im Rahmen einer »Volkspartei« im landläufigen wie im nationalistischen Sinne an Einfluss zu gewinnen.

Für den anschließenden Radikalisierungsprozess der AfD verwendete Botsch das Bild einer Kugel, die sich auf einer schiefen Ebene immer schneller nach rechts unten bewegt. Sebastian Friedrich unterteilt diesen Prozess in fünf, Alexander Häusler später in sieben Entwicklungsphasen: Ausgehend von der Euro-Krise und der Sarrazin-Debatte gab es demnach sofort enge Verbindungen der Parteielite zur Neuen Rechten.[15] In der zweiten Entwicklungsetappe verzeichnete der nationalkonservativ-neurechte Parteiflügel einen Machtzugewinn und formierte sich das völkisch-nationalistische

Lager um die »Patriotische Plattform« und seine Wortführer in den ostdeutschen Landesverbänden. Die dritte Entwicklungsstufe war durch die PEGIDA-Demonstrationen, den Übergang zur »rechten Bewegungspartei« und eine Machtwende zugunsten der völkisch-nationalistischen Kräfte gekennzeichnet, die sich auf der Grundlage ihrer Erfurter Resolution unter dem Namen »Der Flügel« zusammenschlossen. In der vierten Phase wurde Bernd Lucke durch Frauke Petry im Bündnis mit den völkisch-nationalistischen Rechtsaußen an der Parteispitze abgelöst. Mit Luckes Neugründung der »Allianz für Fortschritt und Aufbruch« (ALFA), später umbenannt in »Liberal-konservative Reformer« (LKR), spaltete sich der wirtschaftsliberale, proatlantische Parteiflügel ab. Die fünfte Etappe war durch eine breite Mobilisierung gegen die Flüchtlingsaufnahme, Angela Merkels angebliche Grenzöffnung und die »Willkommenskultur« geprägt. Im sechsten Abschnitt der Parteientwicklung erlitt Frauke Petry eine vernichtende Abfuhr bei ihrem Versuch, die AfD im Vorfeld der Bundestagswahl 2017 mit einem moderaten Wahlprogramm koalitionsfähig zu machen, wohingen die Zusammenarbeit mit PEGIDA und der »Identitären Bewegung« (IB) salonfähig wurde. Die siebte Entwicklungsetappe umfasste schließlich den Einzug in den Bundestag am 24. September 2017, den Austritt von Frauke Petry und die anschließende Gründung der blauen Partei (»Die Blauen«), mit der ihr jedoch kein Erfolg beschieden war.

Wenngleich es, wie der FAZ-Redakteur Justus Bender konstatiert, unter den AfDlern der ersten Stunde auch viele »Hobbypolitiker« und »Zufallsmitglieder« gegeben haben mag,[16] die sich entweder gern vor Publikum reden hörten oder gelangweilte Rentner mit übertriebenem Geltungsdrang waren, besaß die AfD einen harten Kern ultrarechter Ideologen, die ein klares Ziel vor Augen hatten, die Partei nach ihren Vorstellungen (um)gestalten wollten und sehr genau wussten, was sie taten. Schließlich waren die heute das

öffentliche Erscheinungsbild der AfD weitgehend prägenden Vertreter einer völkischen Rechten von Beginn an dabei. Vor allem in den ostdeutschen Landesverbänden konnten sie sich durchsetzen und Spitzenpositionen erringen: so Björn Höcke in Thüringen und André Poggenburg in Sachsen-Anhalt. Auch Alexander Gauland gesellte sich zur Parteirechten und wurde als Landes- und Fraktionsvorsitzender in Brandenburg schnell zum Gegenspieler für Lucke. Als politisch erfahrener bürgerlicher Konservativer brachte Gauland die nötige Reputation für Öffentlichkeit und Medien mit, die seine Unterstützung der äußersten Rechten gleichzeitig zu einem Schutzschild für diesen Flügel machte, der schnell in Konkurrenz zu dem oft eigenmächtig und eigensinnig agierenden AfD-Vorsitzenden Lucke geriet.

Lucke wandte sich gegen eine Beteiligung Deutschlands an weiteren Maßnahmen zur Stabilisierung für die Gemeinschaftswährung und gegen jede Form des – von der Regierung allerdings niemals geplanten – sozialen Ausgleichs innerhalb der EU (»Haftungsunion«). Unter seiner Führung entwickelte sich die AfD zu einer »sozialstaatsfeindlichen Anti-Euro-Partei«, wie sie Volker Weiß nennt,[17] in der allerdings genug Platz für »Familienschützer«, Abtreibungsgegner/innen und rechte Verschwörungstheoretiker war. Während Lucke größten Wert auf bürgerliche Respektabilität legte und immer auf enttäuschte Wähler/innen von Union und FDP schielte, hatten es die ostdeutschen Landesverbände mit einer völlig anderen Wahlbevölkerung zu tun, deren Unzufriedenheit und Ängste sich keineswegs vorrangig aus Steuerbelastungen, Staatsinterventionen und Marktbeschränkungen speisten. Zukunftsangst, sozialer Abstieg bzw. die Angst davor, die Entwertung von Lebens- und Erwerbsbiografien, Überfremdungsängste und ein Misstrauen gegen die als Modernisierung bezeichneten Begleiterscheinungen der Globalisierung kennzeichnen diese Wählerschaft bis heute.

Nationalismus und Ethnozentrismus stoßen hier weitgehend auf Zustimmung. Insofern stellte sich die AfD in Ostdeutschland, wo sie mitgliederschwächer war, von Anfang an anders dar als die Partei im Westen und suchte hier auch bewusst die Nähe zu rechten Diskursen und Organisationen.[18]

In manchen Einschätzungen zur Geschichte der AfD erscheint es so, als sei diese ursprünglich eine seriöse, von renommierten Wirtschaftswissenschaftlern dominierte Protestpartei gewesen und erst Jahre später von Populisten aus ultrarechten Kleingruppen »gekapert« worden. Auf diese Weise wird verharmlost, dass der AfD-Gründungsvorsitzende Bernd Lucke und andere Führungskräfte der ersten Stunde zwar marktradikal dachten, aber gegenüber standortnationalistischen, nationalkonservativen und rechtspopulistischen Einflüssen aufgeschlossen waren. Manfred Güllner, Leiter des von ihm gegründeten Meinungsforschungsinstituts Forsa, weist denn auch darauf hin, dass die AfD in ihrer Anfangsphase keine »Gruppierung von besorgten Bürgern aus der Mitte der Gesellschaft« war, sondern eine Partei mit stramm rechter Ausrichtung und heterogener personeller Zusammensetzung: »Die AfD ähnelte insofern in ihrer Anhängerstruktur den frühen Republikanern unter Franz Schönhuber, die Ende der 1980er- und Anfang der 1990er-Jahre beachtliche Erfolge bei Europa-, Kommunal- und Landtagswahlen erzielen konnten.«[19]

Die *Spiegel*-Journalistin Melanie Amann bestätigt, dass die wohlstandschauvinistische Abgrenzung zwischen »uns hier drinnen« und »denen da draußen«, später unterfüttert durch die Wiederverwendung der Begriffe »Volksgemeinschaft« und »völkisch«, bereits während der Gründungsphase existierte: »In der eurokritischen Partei steckte immer schon die AfD, die Masseneinwanderung als Verrat am Volk sieht. Das zugrunde liegende Gefühl war der Nationalismus, der erst deutsche Rentner

gegen griechische in Stellung brachte, dann deutsche Kinder gegen muslimische und heute deutsche Arbeitslose gegen Flüchtlinge.«[20] Die in Deutschland vor allem durch Thilo Sarrazin populär gemachte aggressive Abwehrhaltung gegenüber den Muslimen war von Anfang an eine Kernbotschaft der AfD und für zahlreiche Mitglieder weitaus entscheidender als die wirtschaftspolitische Ausrichtung der Parteispitze. Das gilt im Grunde bis heute und bildet den politisch-ideologischen Kitt, der die zentrifugalen Kräfte innerhalb der AfD zusammenhält: »So unterschiedlich die Positionen der verschiedenen Flügel in der AfD zu Fragen der Sozialpolitik, der Steuerpolitik, der Außenpolitik, der Militärpolitik und wirtschaftspolitischen Grundfragen auch sein mögen, eint sie die wahnhafte Vorstellung eines homogenen deutschen Volkes. Mit der AfD hat diese Einigung der politischen Rechten auf der Basis des Rassismus einen parteipolitischen Ausdruck gefunden.«[21] Während sich die AfD hinsichtlich ihrer neoliberalen Leitziele wie der Privatisierung von Unternehmen, öffentlicher Infrastruktur und sozialen Sicherungssystemen zurückhalten konnte, weil die rot-grüne Koalition unter Gerhard Schröder mit den Reformmaßnahmen seiner »Agenda 2010« bereits in diese Richtung gewirkt hatte, gelang der Partei bezüglich ihrer rechtspopulistischen, völkisch-nationalistischen und rassistischen Inhalte eine Meisterleistung der politischen Mimikry.[22]

Dabei hatte das Zuwanderungsthema bei innerparteilichen Auseinandersetzungen schon lange vor dem »Flüchtlingssommer 2015« große Bedeutung. Für den Lucke-Flügel war ausschließlich die »ökonomische Verwertbarkeit« von Zuwanderer(inne)n für den »Standort D« entscheidend. Die Verbilligung der Ware Arbeitskraft durch Ausweitung des Angebots mittels Arbeitsmigration wurde begrüßt, eine von Neoliberalen, Nationalkonservativen und Rechtspopulisten unterstellte »Einwanderung in die Sozialsysteme« sollte jedoch verhindert werden. Für diese zugespitzt als

»Nützlichkeitsrassismus« bezeichnete Position ist die Herkunft von Arbeitsmigrant(inn)en egal, solange sie eine positive Funktion im Sinne der Kapitalinteressen erfüllen. Für den völkisch-nationalistischen Parteiflügel spielte hingegen das Konzept des »Ethnopluralismus« von Anfang an eine entscheidende Rolle: Völker bzw. Nationen werden als kulturell weitgehend homogene Gruppen verstanden, deren jeweilige Eigenart durch Vermischung mit anderen Kulturen gefährdet ist.[23] Zwischen ähnlichen Kulturen wie in Europa mag eine Symbiose für Ethnonationalisten noch tolerabel sein, mit »kulturfremden« Gruppen ist sie allerdings definitiv zu vermeiden.

So wurden der Islam und mit ihm die Zuwanderung aus muslimisch geprägten Ländern für weite Teile der AfD zum zentralen Feindbild. Der inhaltliche Bezug zu den von Dresden aus operierenden »Patriotischen Europäern gegen die Islamisierung des Abendlandes« war damit deutlich, wurde aber zu einem organisatorischen Streitpunkt. Die damalige sächsische Landes- und Fraktionsvorsitzende Frauke Petry entwickelte sich 2014/15 immer stärker zur Konkurrentin des AfD-Bundessprechers Lucke und wurde in dieser Rolle von den rechten ostdeutschen Landesverbänden unterstützt. Dass Petry trotzdem eine strikte Abgrenzung von PEGIDA suchte, hatte weniger inhaltliche als persönliche Gründe, die mit der Figur des mehrfach verurteilten Kleinkriminellen Lutz Bachmann als Anführer der rechten »Wutbürger« zusammenhingen.

Schließlich war die AfD von Beginn an eine Plattform für den konservativen Kulturkampf, der sich vor allem gegen Formen gesellschaftspolitischer Modernisierungen richtete, die mit den Stichworten »Feminismus«, »Aufbrechen familiärer Rollenmuster«, »Gender-Forschung« usw. verbunden werden. Das »links-rot-grün-verseuchte 68er-Deutschland« (Jörg Meuthen) gilt der AfD bis heute als Horror schlechthin. Mit Beatrix von Storch befand sich eine prominente Vertreterin dieser antifeministischen Kulturrechten im

Kreis der Parteigründer/innen. Organisatorisch ist dieser Strang in der AfD nicht besonders stark vertreten, als den völkisch-nationalistischen und den wirtschaftsliberalen Teil der Partei verbindendes Thema ist er jedoch von erheblicher Bedeutung.

Flügelkämpfe, Rechtsentwicklung und Führungswechsel der AfD

Innerhalb der AfD gab es zunächst eine allerdings nicht immer friedliche Koexistenz zwischen Wirtschaftsliberalismus, Nationalkonservatismus und Rechtspopulismus, was die Breite der jungen Partei ausmachte, obwohl sie mit heftigen Flügelkämpfen, Querelen und Intrigen einherging. Symptomatisch für die ideologische Geistesverwandtschaft der genannten Richtungsgruppierungen ist, dass sich ein großer Teil der AfD-Funktionäre, die gar nicht dem früheren Lucke-Flügel angehören, sondern der extrem rechten, völkisch-nationalistischen Richtungsgruppierung ihrer Partei, wirtschafts- und sozialpolitisch am Neoliberalismus orientieren. Als ideologisches Bindeglied zwischen der wirtschaftsliberalen und der völkisch-nationalistischen Richtungsgruppierung fungiert der Standortnationalismus. Eine geistige Schnittmenge liegt in der Überzeugung, dass man auf den »Standort D« stolz sein dürfe und ihn stärken müsse, um den Wohlstand hierzulande mehren zu können. Den festen Glauben an die Überlegenheit des »eigenen« Wirtschaftsstandortes teilen viele Bürger/innen mit den Rechtspopulisten.[24]

Unangefochten war die Parteiführung unter dem wirtschaftsliberalen Bernd Lucke höchstens bis zur Europawahl im Mai 2014. Danach intensivierten sich die politischen Auseinandersetzungen mit der Parteirechten, während Luckes Autorität von Tag zu Tag schwand. Vor allem nach den 2014

hauptsächlich mit den Themen »Massenzuwanderung«, »kulturelle Überfremdung« und »(Ausländer-)Kriminalität« geführten Landtagswahlkämpfen in Sachsen, Brandenburg und Thüringen eskalierte der Streit über die zukünftige Ausrichtung. Lucke versuchte die weitere inhaltliche und organisatorische Öffnung nach rechts zu verhindern, isolierte sich damit jedoch innerhalb seiner Partei immer weiter. Seine verheerende und ihn persönlich verletzende Niederlage gegen Frauke Petry auf dem Essener AfD-Bundesparteitag am 4. Juli 2015 kam nicht überraschend, sondern machte bloß nach außen sichtbar, wie stark sich die Mehrheitsverhältnisse in der Partei nach rechts verschoben hatten.

Gemeinsam mit Petry wurde Jörg Meuthen zum Bundessprecher gewählt. Meuthen galt als personelles Angebot an den wirtschaftsliberalen Parteiflügel, verbündete sich aber schon bald aus machttaktischen Gründen mit der völkisch-nationalistischen Kerntruppe um Björn Höcke, der »Patriotischen Plattform« (PP) um den sachsen-anhaltischen Landtagsabgeordneten Hans-Thomas Tillschneider und der »Jungen Alternative für Deutschland« (JA). Dieses Arrangement, in das auch Alexander Gauland als personelles Gravitationszentrum der AfD eingebunden war, erwies sich auch in der folgenden Auseinandersetzung zwischen Meuthen und Petry als Schlüssel zum Erfolg. Während Petry und ihr neuer Ehemann, der damalige NRW-Landesvorsitzende Marcus Pretzell, die AfD wohl vor allem als Sprungbrett für ihre persönlichen politischen Karrieren betrachteten,[25] war und ist sie für die völkisch-nationalistische Rechte ein Hebel zur grundlegenden Veränderung der politischen Koordinaten der Bundesrepublik.

Schon bald musste auch Petry einsehen, dass gegen die völkische Rechte in der AfD nicht anzukommen ist. Auf dem Bundesparteitag am 22./23. April 2017 in Köln scheiterte sie mit ihrem Plan, die Partei auf eine baldige Regierungsbeteiligung einzuschwören. Unmittelbar nach der Bundestagswahl zog Petry die Konsequenz aus

ihrem schwindenden Rückhalt, indem sie Fraktion und Partei verließ. Die heftigen Streitigkeiten zwischen Petry und ihren ultrarechten Widersachern schadeten der AfD aber offenbar nicht, wie die nächsten Wahlergebnisse zeigten, obwohl deutsche Wähler/innen wegen der ausgeprägten Konsensorientierung der Bundesrepublik auf innerparteiliche Kämpfe für gewöhnlich mit Ablehnung reagieren.

Seit ihrer Wahl zu Bundessprechern auf dem Hannoveraner AfD-Parteitag im Dezember 2017 führen Alexander Gauland und Jörg Meuthen die Partei. Den zumindest bis 2014 dominanten wirtschaftsliberalen Flügel vertritt prominent nur noch Gaulands Ko-Fraktionsvorsitzende Alice Weidel, die aber im Unterschied zu Petry bereit ist, die Erwartungshaltung des völkisch-nationalistischen Teils der Partei durch markant rassistische Äußerungen und aggressive Auftritte immer wieder zu befriedigen.

Unverkennbar hat die AfD seit ihrer Gründung 2013 mehrfach Metamorphosen durchgemacht, die aus einer nationalliberalen bzw. -konservativen Partei mit völkisch-nationalistischem Flügel eine völkische Partei mit neoliberalen Segmenten gemacht haben. Wenn man so will, gibt es in der AfD mittlerweile keine Flügelkämpfe mehr, die sie zwischen 2013 und 2015 wiederholt an den Rand des Scheitern gebracht hatten, sondern bloß noch Lagerkämpfe.[26] Die frühere Schärfe der Auseinandersetzungen ist zwar keiner innerparteilichen Harmonie gewichen, aber die rechtspopulistische Grundorientierung mit völkisch-nationalistischer Programmatik und wirtschaftsliberalen Argumentationsmustern steht nicht mehr zur Disposition, weil die Machtverhältnisse geklärt und Fundamentalkritiker/innen der Parteilinie schrittweise hinausgedrängt worden sind.

3 Wahlerfolge und parlamentarisches Wirken der AfD

Wahlergebnisse der AfD im Bund und in den Ländern (Stand September 2018)

Innerhalb von nur viereinhalb Jahren schaffte die AfD den Einzug in 14 Landesparlamente, in das Europäische Parlament und in den Bundestag. Außerdem errang sie während dieser Zeitspanne mehr als tausend Kommunalmandate. Einen solch kometenhaften Aufstieg hat es in der Parteiengeschichte der Bundesrepublik Deutschland nie zuvor gegeben. Sieht man von der Bundestagswahl am 22. September 2013 und der Landtagswahl in Hessen am selben Tag ab, ist der AfD bei jeder Kandidatur der Einzug in das entsprechende Parlament gelungen. In weniger als fünf Jahren hat es die Partei damit zu einer landesweiten Verankerung gebracht, die sie für längere Zeit zu einer wichtigen Größe der Parteipolitik in Deutschland macht. Nach den beiden Landtagswahlen am 14. Oktober 2018 in Bayern und zwei Wochen später in Hessen ist die AfD in den Parlamenten aller Bundesländer und somit flächendeckend vertreten. Das gilt ansonsten bloß noch für die SPD und die Unionsparteien, während den Bündnisgrünen, der FDP und der LINKEN eine solch umfassende Präsenz bis heute nicht oder nur in kurzfristigen Ausnahmefällen gelungen ist. Als organisatorischer Kern des Rechtspopulismus gehört die AfD nunmehr zu den etablierten Parteien, auch wenn sie noch keine »alte« Kraft im deutschen Parteiensystem ist.

Wahlkämpfe und Wahlergebnisse

Trotz ihrer extrem kurzen Vorbereitungszeit und einem improvisierten Wahlkampf erhielt die erst wenige Monate zuvor gegründete, noch mitten im Parteiaufbau steckende AfD bei der Bundestagswahl 2013 immerhin 4,7 Prozent der Zweitstimmen und scheiterte damit nur knapp an der 5-Prozent-Hürde. Auch bei der zeitgleich stattfindenden Landtagswahl in Hessen reichte es mit 4,1 Prozent der Landesstimmen für einen Achtungserfolg. Bei der Europawahl am 25. Mai 2014 gelang der AfD dann mit 7,1 Prozent ihr erster Parlamentseinzug. Ihr parlamentarischer Durchbruch erfolgte allerdings bei den Landtagswahlen in Sachsen am 31. August 2014 sowie in Brandenburg und Thüringen zwei Wochen später, bei denen sie mit 9,7 Prozent, 12,2 Prozent und 10,6 Prozent der Stimmen die gültige Sperrklausel deutlich übersprang.

Den ersten Bundestagswahlkampf der AfD charakterisierte der Berliner Publizist Sebastian Friedrich als »moderat und fad«, weil ihn die junge Partei auf der Grundlage ihres weithin liberal-konservativen Wahlprogramms mit früheren CDU-Positionen wie der steuerpolitischen Forderung nach einer Flat Tax à la Paul Kirchhof bestritten habe und davon lediglich hinsichtlich der Währungspolitik durch die Forderung nach einer geordneten Auflösung des Euro-Raums abgewichen sei.[1] Gleichwohl habe sich ihre Rechtstendenz auf einem Wahlplakat angedeutet, das die Aufschrift »Mut zur Wahrheit. Wir sind nicht das Weltsozialamt!« trug und die wohlstandschauvinistische Haltung der Partei zeigte. Insofern erinnerten die Wahlkampagnen der AfD den Aachener Politikwissenschaftler Alban Werner in Motivwahl und gezielter Provokation fatal an die Wahlkämpfe klassisch rechtspopulistischer Parteien, obwohl sie inhaltliche Berührungspunkte, ideologische Übereinstimmungen und politische Gemeinsamkeiten mit diesen leugnete.[2] Auch im Europawahlkampf 2014 benutzte die AfD den

oben genannten Slogan, was die NPD aber nicht daran hinderte, diese und den damaligen bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer, der schon im Oktober 2010 auf einem Deutschlandtag der Jungen Union in Potsdam unter Bezugnahme auf die hohen Asylbewerberzahlen gegen Ende der 1980er-/Anfang der 1990er-Jahre den Satz »Wir wollen nicht zum Sozialamt für die ganze Welt werden« gesagt hatte, mit einem eigenen Wahlplakat zu plagiieren, auf dem »Wir sind nicht das Sozialamt der Welt« stand.

Eine generelle Unzufriedenheit mit den politischen Eliten, die mit deutschen Steuergeldern abgesicherte »Griechenland-Rettung« im Zuge der sog. Eurokrise und die Begrenzung der Zuwanderung bzw. die Abschottung gegenüber Flüchtlingen waren Themen, mit denen die AfD damals schon eine äußerst heterogene Wählerschaft erreichte. Bei der Bundestagswahl 2013 bekam die AfD starken Zulauf von Bürger(inne)n, die 2009 noch für die FDP gestimmt hatten, wurde aber auch von Menschen gewählt, die seinerzeit ihr Kreuz bei der LINKEN gemacht hatten.[3]

Mit einem Themenschwerpunkt auf der »Eurorettungspolitik« erzielte die AfD bei der Wahl zum EU-Parlament im Frühjahr 2014 einen bundesweiten Erfolg – diesmal vor allem auf Kosten der CDU/CSU.[4] Die Wahlkämpfe in den drei ostdeutschen Bundesländern wurden vor allem mit Themen wie »Zuwanderungsbegrenzung«, »Grenzsicherung (nach Osteuropa)« und »(Ausländer-)Kriminalität« bestritten, was sich für die AfD auszahlte. Dagegen spielten weder die »Eurorettung« noch wirtschafts-, finanz- und steuerpolitische Themen in Ostdeutschland eine große Rolle.

Innerparteilich bedeuteten die Erfolge der ostdeutschen AfD-Landesverbände bei Wahlen eine weitere Stärkung des völkisch-nationalistischen Flügels dieser Partei, der sich hierdurch zudem in seiner Konzentration auf das Thema »Flüchtlingsabwehr« bestärkt sah. Die überregional bekannten Führungspersönlichkeiten der erfolgreichen Landesverbände – Frauke Petry, Björn Höcke und

Alexander Gauland – formulierten den Anspruch, die inhaltliche und organisatorische Öffnung der Partei nach rechts auch auf Bundesebene nachzuvollziehen. Politisch-ideologische und personelle Verbindungen zur extremen Rechten machten sich jetzt immer stärker in der AfD bemerkbar und führten auch zu größeren Differenzen in den Parlamentsfraktionen.

Der parlamentarische Aufstieg der AfD verlief nicht kontinuierlich, sondern weist tiefe Brüche und Zäsuren auf, die auch Wendepunkte in der Parteigeschichte markieren. Bereits in der Anfangsphase gab es heftige Auseinandersetzungen um die politische Ausrichtung der AfD, die sich nach ihren Wahlerfolgen im Herbst 2014 verschärften. Diese mit persönlichen Angriffen, Beleidigungen und Intrigen verbundenen Konflikte währten bis zum Sommer 2015 und wurden mit dem Parteiaustritt von Bernd Lucke und seinen Anhänger(inne)n scheinbar entschieden.

Nach der Abwahl und dem Weggang des Parteigründers erlebte die AfD zunächst einen deutlichen Rückgang an medialer Aufmerksamkeit und – glaubt man den veröffentlichten Umfrageergebnissen – in der Wählergunst, den sie erst durch eine von Hasstiraden im Netz begleitete Hetzkampagne gegen Flüchtlinge vor allem aus den hauptsächlich von Muslimen bewohnten Ländern Afghanistan, Irak und Syrien mehr als kompensierte. Alexander Gauland, damals stellvertretender Bundessprecher der AfD, bezeichnete die vermehrte Fluchtmigration nach Deutschland mit einem historischen Höhepunkt im Spätsommer 2015 denn auch als »Geschenk« für seine Partei, dem sie ihren Wiederaufstieg zu verdanken habe.[5]

Erleichtert wurde dieser durch die Massenmedien, etwa jene TV-Talkshows, in denen es unter regelmäßiger Beteiligung führender AfD-Politiker monatelang fast ausschließlich um die »Flüchtlingskrise« und den islamistischen Terrorismus ging. Da andere Politikfelder, zu denen AfD-Vertreter/innen wenig

Substanzielles beizutragen gehabt hätten, fast gar nicht mehr zur Sprache kamen, musste es für die Fernsehzuschauer/innen so erscheinen, als seien die Hauptkampagnenthemen der AfD aus öffentlich-rechtlicher Sicht inzwischen zu Kardinalproblemen der Gesellschaft avanciert, während das Kompetenzdefizit der Rechtspopulisten weitgehend verborgen blieb: »Sozialpolitik etwa ist jedenfalls kaum ein Thema, geht es um Rechtspopulisten. Und so gilt die AfD in der Öffentlichkeit eben auch in erster Linie als migrationsfeindliche Partei und nicht etwa als konkurrenz- und leistungszentrierte Partei der sozialen Ungleichheit, nicht als Partei des reaktionären Bürgertums.«[6]

Während die AfD zum parteipolitischen Sprachrohr für alle Bürger/innen wurde, die Ressentiments gegenüber Migrant(inn)en hatten, gewann die größtenteils rassistische und nationalistische Radikalisierung in Partei und außerparlamentarischer Bewegung (PEGIDA) an Fahrt, was der AfD half, neue Wählerschichten zu erschließen. Die völkische Rechte um die AfD-Landesvorsitzenden Björn Höcke (Thüringen) und André Poggenburg (Sachsen-Anhalt) bediente sich immer unverhohlener der ethnopluralistischen und rassistischen Argumentationen einer intellektuellen Neuen Rechten um das von Götz Kubitschek mitbegründete Institut für Staatspolitik (IfS), die zunehmend Einfluss auf die Partei gewann: »Die Partei wurde zu der parlamentarischen Plattform, von der aus sich die lange geforderte ›Kulturrevolution von rechts‹ im Bündnis mit Ordoliberalen und Fundamentalchristen wirkungsvoll forcieren ließ.«[7]

So manchen Beobachter der politischen Landschaft in Deutschland verwundert, dass die AfD auch nach einschneidenden Richtungsänderungen und Personalwechseln an der Parteispitze beeindruckende Wahlerfolge feierte. Bei den nächsten Landtagswahlen, die am 13. März 2016 stattfanden, wirkte sich ihre deutliche Rechtswendung keineswegs negativ für die Partei aus.

Ganz im Gegenteil bestätigten ihre sehr guten Wahlergebnisse in Rheinland-Pfalz (12,6 Prozent), Baden-Württemberg (15,1 Prozent) und Sachsen-Anhalt (24,2 Prozent) den politischen Durchbruch der AfD. Sie wurde stärkste Partei bei den Arbeitslosen, und auch bei den Arbeiter(inne)n lag sie in Baden-Württemberg und in Sachsen-Anhalt vorn. Aus einer angeblichen Professorenpartei hatte sich die AfD zu einer vermeintlichen Arbeiterpartei gewandelt.[8] In Wirklichkeit verfügt die AfD über eine Wählerschaft, die sowohl sozial wie auch kulturell und politisch-ideologisch einen breiten Ausschnitt der deutschen Bevölkerung repräsentiert.

Dass Frauke Petry, die seit dem 4. Juli 2015 zusammen mit Jörg Meuthen Bundessprecherin der AfD und aufgrund ihrer Popularität scheinbar unanfechtbar war, bereits nach zwei Jahren das Schicksal ihres Amtsvorgängers Bernd Lucke teilte, von ihren Gegenspielern im völkisch-nationalistischen Parteiflügel monatelang geschnitten und schließlich im Vorfeld der Bundestagswahl am 24. September 2017 mit Hilfe führender Vertreter des nationalliberalen und -konservativen Lagers kaltgestellt wurde, hatte ebenfalls keine spürbaren Auswirkungen auf die Wählergunst. Für den Sozialwissenschaftler Konrad Schacht markierte die Bundestagswahl, bei der die AfD nicht weniger als 5 878 115 Zweitstimmen (12,6 Prozent) erhielt, »eine Zeitenwende in der deutschen Politik«, weil sich zum ersten Mal seit 1949 rechts von der CDU/CSU eine Partei als ernsthafte Konkurrenz etabliert habe, was weitreichende Folgen haben könne.[9] Während in der Vergangenheit immer wieder die geringe Wahlbeteiligung als ein Grund für das Erstarken von Rechtsaußenparteien angeführt wurde, hatte die AfD bei dieser Bundestagswahl immerhin 1,2 Millionen Stimmen von ehemaligen Nichtwähler(inne)n erhalten. Damit war sie jene Partei, die am stärksten von einer Steigerung der Wahlbeteiligung profitieren konnte.

Gründe für die Wahlerfolge der AfD

Die überraschenden (Wahl-)Erfolge der noch jungen Partei verdankten sich nicht bloß einer geschickten Rhetorik ihrer Führungsriege, die provokative Äußerungen mit schnellen Dementis einzufangen verstand, und einem taktischen Gespür, das sie nach den »Euro-Rettungspaketen« zum richtigen Zeitpunkt die »Flüchtlingskrise« sowie anschließend den Islam, »kulturelle Überfremdung« und Terrorgefahren auf die politische Agenda setzen ließ. Wohl noch entscheidender war das Ineinandergreifen neoliberaler und rechtspopulistischer Argumentationsmuster, die mit den ökonomischen Rahmenbedingungen ebenso korrespondierten wie mit dem Zeitgeist. Erfolgreicher als jede andere Rechtspartei hierzulande vor ihr war die AfD, weil sie im Windschatten ihres geistigen Wegbereiters Thilo Sarrazin öffentliche Diskurse aufgriff, miteinander verwob und politisch zuspitzte, die angesichts der ökonomischen Krisen- und der gesellschaftlichen Umbruchsituation offenbar viele Menschen bewegten, etwa für demografische Katastrophenszenarien und mediale Kassandrarufe empfängliche Mittelschichtangehörige.

An erster Stelle genannt sei der Globalisierungsdiskurs, dem sich in der Parteiführung vor allem die Ökonomen Bernd Lucke und Hans-Olaf Henkel verschrieben hatten: »Wir können unseren Wohlstand nur bewahren, wenn sich Deutschland in der Standortkonkurrenz behauptet und die Bundesregierung radikale Reformmaßnahmen durchführt.« Frauke Petry, die den AfD-Gründer Lucke im Parteivorsitz ablöste und während ihrer kurzen Amtszeit das fünfte Kind bekam, stand als mehrfache Mutter für Glaubwürdigkeit im Demografie-Diskurs, der sich etwa so wiedergeben lässt: »Wenn nicht mehr (deutsche) Kinder geboren werden, fehlen uns die Fachkräfte, können die Renten für eine immer älter werdende Bevölkerung kaum noch erwirtschaftet

werden und sterben die Deutschen am Ende buchstäblich aus.«

Den endgültigen Übergang der AfD zum Rechtspopulismus spiegelt die Metamorphose des Sozialstaatsdiskurses wider. Zuerst hieß es noch eher im neoliberalen Sinne und auf die Mittelschicht gemünzt: »Hartz-IV-Bezieher sind gar nicht wirklich arm, sondern nehmen die fleißigen Deutschen schamlos aus, weil der Sozialstaat viel zu großzügig ist.« Je einflussreicher der ultrarechte Flügel um Björn Höcke und André Poggenburg allerdings wurde, desto mehr verstand sich die AfD als »Partei der kleinen Leute« (Alexander Gauland). Genauso hatte Franz Schönhuber übrigens die REPublikaner seinerzeit bezeichnet. Beide verbanden die soziale und die nationale Frage miteinander, um einheimische Transferleistungsbezieher/innen, Erwerbslose und Arbeiter/innen anzusprechen: »Damit der Staat deutsche Familien unterstützen kann«, hieß es nunmehr, »darf er sich nicht als Sozialamt für die ganze Welt betätigen und Asylschmarotzer fördern.«

Ein dritter Themenstrang der AfD, welcher für die Wählerschaft von großer Bedeutung zu sein scheint, ist die Problematisierung einer vermeintlich zunehmenden Kriminalität, die von der Partei fast durchgängig in Verbindung mit der Zuwanderung gebracht wird. Hier knüpft die AfD an den Kriminalpopulismus der Schill-Partei an. Die von der AfD bis heute vertretene »Law and Order«-Politik reagiert auf verbreitete Unsicherheiten, die mittels des Kriminalitätsdiskurses und seiner Verbindung mit dem Migrationsthema die »Ausländerfrage« zum roten Faden auf sämtlichen Politikfeldern macht. Auch dieser Strang war in der AfD zwar schon unter Luckes Vorsitz präsent, hat aber mit ihrer Radikalisierung weiter an Bedeutung gewonnen.

In dieselbe Richtung entwickelte sich der Migrations- und (Des-)Integrationsdiskurs: »Wenn uns Zuwanderer – seit 2014/15 hauptsächlich: Flüchtlinge muslimischen Glaubens – überschwemmen und sich nicht integrieren bzw. assimilieren

(lassen), werden wir zu Fremden im eigenen Land.«

Neben diesen ideellen Einflussfaktoren gab es auch handfeste materielle Gründe für die Wahlerfolge der AfD. Wie keine ihrer parteipolitischen Vorläufer erfreute sich die AfD der Rückendeckung durch mächtige Wirtschaftskreise.[10] Genannt seien mit dem Verband »Die Familienunternehmer – ASU« und der »Stiftung Familienunternehmen« zwei einflussreiche Lobbyeinrichtungen von (Groß-)Unternehmerfamilien, die im Unterschied zur exportorientierten, in erster Linie vom Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) repräsentierten Kapitalfraktion nicht uneingeschränkt hinter Angela Merkels »Eurorettungspolitik« standen und die AfD zumindest im Frühstadium der Parteientwicklung stützten. Außerdem gab es den »Verein zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und bürgerlicher Freiheiten«, dessen Gründungsversammlung ausgerechnet der frühere REP-Vorsitzende Rolf Schlierer geleitet hatte, sowie den schon mehrfach als Finanzier rechtspopulistischer Parteien sowie des »BürgerKonvents« (Gründungsmitglied: Hans-Olaf Henkel, Vorstandsmitglied bis zur Vereinsliquidierung: Beatrix von Storch) in Erscheinung getretenen Baron August von Finck junior mit Wohnsitz in der Schweiz und die ebenfalls dort beheimatete PR-Agentur Goal AG, über die Plakate, Werbebroschüren und Veranstaltungskosten der AfD abgerechnet wurden. Ihre trüben Einflusskanäle, anonymen Großspender und dubiosen Geldquellen ermöglichten der AfD eine im Vergleich zu anderen Rechtsparteien viel professionellere Wahlkampfführung. Schließlich sorgte ein freundliches Presseumfeld bei neoliberal ausgerichteten Zeitungen wie der FAZ, dem *Handelsblatt* und der *Wirtschaftswoche* für die Akzeptanz der jungen AfD in bürgerlichen Kreisen.[11]

Auswirkungen der Wahlerfolge: Rechtspopulismus als parlamentarische Kraft und politischer Machtfaktor

Die parlamentarische Präsenz bietet der AfD auf allen Ebenen die Möglichkeit, ihre politischen Vorstellungen in die lokale, regionale und bundesweite Öffentlichkeit zu tragen. Parlamente sind als Orte des institutionalisierten Wettbewerbs der Parteien von entscheidender Bedeutung für den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess im Land. Mit der AfD hat die extreme Rechte erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik flächendeckend die Möglichkeit, den Parlamentarismus für ihre Zwecke zu missbrauchen.

Gideon Botsch bescheinigt der AfD insofern eine »antiparlamentarische Praxis«, als die Verwirklichung ihrer programmatischen Forderungen (z.B. nach Verkleinerung des Bundestages, nach Begrenzung der staatlichen Parteienfinanzierung sowie nach Volksabstimmungen über alle Gesetze und Verfassungsänderungen) die Legislative, das Parlament und die Parteien schwächen würde, wohingegen kaum eine Forderung der Partei eine stärkere Kontrolle des Regierungs- und Verwaltungshandelns bedeute.[12] Tatsächlich führt die pseudodemokratische Staatsauffassung der AfD in letzter Konsequenz zu einer Paralyse des Parlamentarismus, verbirgt sich unter dem Deckmantel plebiszitärer Entscheidungsmechanismen doch nur der radikalpopulistische Wunsch nach Zersetzung des Repräsentationsprinzips. »Die schiere Existenz der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag hat bereits jetzt dazu beigetragen, dass eine Regierungsbildung über mehrere Monate hinweg nicht möglich war. Ihre Vorschläge zur Verfassungsreform würden verantwortliches parlamentarisches Regieren praktisch unmöglich machen.«[13]

Geschwindigkeit und Ausprägung der AfD-Erfolge erhöhen zweifellos das Risiko jäher Abstürze, zumal in Bundesländern, in denen die AfD aufgrund aktueller Stimmungslagen zum jeweiligen Wahltermin mit Rekordergebnissen in die Parlamente eingezogen ist. Die Schill-Partei in Hamburg, aber auch die kurzfristigen Erfolge der PIRATEN verdeutlichen diese Möglichkeit eines nur temporären Erfolgs, der in dem Moment, wo jene Themen, mit denen eine Partei groß geworden ist, aus der öffentlichen Wahrnehmung verschwinden, schnell in sich zusammenbricht. Bei der AfD spricht jedoch wenig für einen solchen Totalabsturz. Denn die politische Repräsentationslücke für eine Partei rechts der Union ist seit Langem vorhanden und die AfD im Begriff, sich strukturell im politischen und Parteiensystem der Bundesrepublik zu verankern. Außerdem dürfte »Zuwanderung« als gesellschaftlicher Konfliktstoff und als Kern der AfD-Propaganda noch lange Zeit von immenser Bedeutung sein.

Zumindest kann gegenwärtig keine Rede davon sein, dass der Aufstieg der AfD im parlamentarischen System gebrochen wäre. Vielmehr hat diese Partei 2019 in Sachsen, Thüringen und Brandenburg gute Chancen, ihre Wahlergebnisse von 2014 deutlich zu verbessern. Bei der sächsischen Landtagswahl am 1. September 2019 kann die AfD sogar um die Stellung als stärkste Fraktion konkurrieren, und auf Bundesebene ist sie ebenfalls bisher in keiner Meinungsumfrage unter das am 24. September 2017 erzielte Wahlergebnis von 12,6 Prozent gefallen.

Beate Küpper und Andreas Zick warnen denn auch vor »Gewöhnungseffekten«, die sich aus der Dauerpräsenz von AfD-Abgeordneten im Bundestag und in den Landtagen nicht zuletzt deshalb ergeben dürften, weil so die Argumentation verfängt, diese Partei gehöre als »ganz normale, gewählte Kraft« mittlerweile einfach dazu – womit manchmal suggeriert wird, sie sei aus diesem Grund demokratisch.[14] Sobald sich eine Partei wie die AfD im

Parlamentsbetrieb über mehr als ein, zwei Legislaturperioden hinweg fest etabliert hat, folglich Anträge, Anfragen und Reden ihrer Abgeordneten auch nicht mehr wie vielleicht noch zu Beginn kritisch unter die Lupe genommen werden, gewinnen Programm, Ideologie und Politik, die sich darin manifestieren, erheblich an normativer Kraft und allgemeiner Legitimität. Stigmatisierung, Ausgrenzung und Isolierung der AfD dürften schon jetzt nicht mehr gelingen, werden dann aber völlig kontraproduktiv.

Wie die anderen Bundestagsparteien auch möchte die AfD mit einer parteinahen Stiftung die Möglichkeiten des Parteienrechts nutzen. Auch über diesen Weg wird ihr eine weitere Normalisierung gelingen, denn die Parteistiftungen eröffnen nach zwei Wahlperioden der Parlamentszugehörigkeit große finanzielle Möglichkeiten und sind ein Mittel, um rechte Intellektuelle und Studierende (über Stipendienprogramme) an sich zu binden. Mehrere Stiftungsvereine rangen um die Anerkennung der Bundespartei als parteinahe Stiftung der AfD. Auf dem Augsburger Parteitag entschieden sich die Delegierten am 30. Juni 2018 in einer Kampfabstimmung für die von der ehemaligen Präsidentin des Bundes der Vertriebenen und früheren CDU-Bundestagsabgeordneten Erika Steinbach geleitete »Desiderius-Erasmus-Stiftung« (DES). Sie soll auf Wunsch des Bundessprechers und Fraktionsvorsitzenden Alexander Gauland in »Gustav-Stresemann-Stiftung« umbenannt werden, sobald die Nachkommen des früheren Reichskanzlers ihren Widerstand dagegen aufgeben bzw. die rechtliche Möglichkeit dazu besteht, und dürfte künftig allein auf Bundesebene jährlich Anspruch auf bis zu 50 Millionen Euro haben, rechnet man die Gelder für die Auslandsarbeit der Stiftungen mit ein.

Inhaltliche Orientierung und Verhalten der AfD-Parlamentsfraktionen

Die thematische Schwerpunktsetzung auf Flucht und Migration ist, meist eng verknüpft mit dem Aspekt der (Gewalt-)Kriminalität, für alle Fraktionen der AfD zentral. Ausgehend von diesem Kernthema, das die deutsche Politik nach dem Wunsch der AfD dominieren soll, werden alle anderen politischen Inhalte erschlossen. Vergleicht man die Parlamentstätigkeit der AfD mit jener anderer Rechtsparteien (REPublikaner, DVU und NPD) während der 1990er-Jahre, als diese in mehreren deutschen Kommunal- und Landesparlamenten vertreten waren, so fällt auf, dass sie mit der angeblichen Überfremdung durch Massenzuwanderung, (Ausländer-)Kriminalität und Sozialmissbrauch nicht bloß dieselben Themen aufgreift, sondern dass auch hinsichtlich deren Behandlung in Anträgen, Anfragen und Reden deutliche Parallelen bestehen. Das gilt besonders für die parlamentarische Arbeit der REPublikaner, etwa im Landtag von Baden-Württemberg. Dort suchte die 15-köpfige REP-Fraktion als führende Kraft der Opposition den öffentlichen Bedeutungsverlust der Asylthematik nach der Änderung des Grundgesetzartikels 16 im Mai 1993 durch eine stärkere Problematisierung des Islams bzw. des islamischen Fundamentalismus zu kompensieren.[15] Ganz ähnlich verhielt sich die AfD zwei Jahrzehnte später, als die Besorgnis wegen der »Euro-Krise« nach drei »Rettungspaketen« für Griechenland und Schaffung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) abklangen. Nunmehr spielte der Islam bzw. der islamistische Terrorismus eine zentrale Rolle in Agitation und Propaganda der AfD. Nach der von Bundeskanzlerin Angela Merkel im September 2015 verhinderten Grenzschließung wurden die Deutschland erreichenden Flüchtlinge zur Hauptzielscheibe der verbalen Attacken von AfD-

Politiker(inne)n, die sich bis zu der Forderung nach militärischer Grenzsicherung und nach Schüssen auf Zuflucht suchende Kinder hinreißen ließen.

Momentan scheint der AfD weniger Gefahr von ihren politischen Gegnern oder einer kritischen Öffentlichkeit als von Reibungsflächen, Spaltpilzen und Sprengsätzen innerhalb der Partei selbst zu drohen. Denn hier sind die politisch-ideologischen Gegensätze und persönlichen Animositäten nach wie vor groß. Die den Aufstieg der AfD begleitenden, harten innerparteilichen Auseinandersetzungen haben ihren Niederschlag auch in den meisten Parlamentsfraktionen gefunden und dort zu zahlreichen Austritten, Ausschlüssen und Abspaltungen geführt. Dies gilt besonders für die ostdeutschen Landtage, wo die Arbeit der AfD-Fraktionen von ständigen Personalquerelen beeinträchtigt wurde: »Hier spielten nicht nur die ideologischen Metamorphosen der Partei im Prozess ihrer Radikalisierung eine Rolle. Ebenso bedeutsam für innerparteiliche Verwerfungen dürften die autoritären Führungsansprüche nach bedingungsloser Gefolgschaft durch Fraktionschefs wie Björn Höcke und André Poggenburg sein.«[16]

Überhaupt kein Glück hatte die AfD mit ihren sieben im Mai 2014 gewählten EU-Parlamentarier(inne)n,[17] von denen bis auf Beatrix von Storch alle die Partei lange vor dem Ablauf der Wahlperiode verlassen, ihre Mandate jedoch »mitgenommen« haben. Dies gilt für Hans-Olaf Henkel, Bernd Lucke, Marcus Pretzell und Joachim Starbatty ebenso wie für die weniger prominenten Bernd Kolmel und Ulrike Trebenius. Die damalige stellvertretende AfD-Bundessprecherin von Storch wiederum ist aus dem Europaparlament im November 2017 ausgeschieden, nachdem sie in den Bundestag gewählt worden war. Das frei gewordene Mandat übernahm AfD-Bundessprecher Jörg Meuthen, der dafür seinen Sitz im baden-württembergischen Landtag aufgab. Seit er

parlamentarisch in Straßburg bzw. Brüssel wirkt, gilt Meuthen in der Berliner AfD-Parteizentrale jedoch als zu wenig präsent. Politisch umstritten ist er aus anderen Gründen.

In den 14 zwischen 2014 und 2017 gebildeten Landtagsfraktionen hatte die AfD bisher 26 Mandatsverluste zu beklagen, im Bundestag waren es bereits unmittelbar nach dem Parlamentseinzug zwei von 94 Sitzen. Allein in Mecklenburg-Vorpommern hat die AfD fünf von ihren 18 Landtagsmandaten verloren und ist damit vom zweiten auf den dritten Platz unter den stimmenstärksten Parlamentsfraktionen zurückgefallen. Im sächsischen Landtag büßte die Partei nach dem Abgang des Petry-Flügels gleichfalls fünf von 14 Mandaten, in Bremen sogar drei von vier und in Nordrhein-Westfalen immerhin drei von 16 ein.[18] Die Gründe für die Mandatsverluste lagen zumeist in der zugespitzten Auseinandersetzung zwischen der völkisch-nationalistischen, teilweise auch offen extremen Rechten einerseits sowie einem eher gemäßigten bürgerlichen Flügel, der sich von den weiteren Terraingewinnen seiner innerparteilichen Widersacher überrollt fühlt, andererseits.

In einer Studie des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) zur parlamentarischen Praxis der AfD wurden die Landtagsfraktionen der Partei in »parlaments-« und »bewegungsorientierte« unterteilt.[19] Während Erstere das Bemühen um eine auf das jeweilige Parlament bezogene Sacharbeit und die Entwicklung eigener parlamentarischer Initiativen eint, ist mit »Bewegungsorientierung« ein Ansatz gemeint, der dem Parlament keine zentrale Rolle in der politischen Auseinandersetzung zuweist, sondern es mehr als Bühne für die eigenen Anliegen nutzt, die vor allem auf der Straße im Zusammenwirken mit einer – in diesem Fall rechten – außerparlamentarischen Bewegung (z.B. PEGIDA) durchgesetzt werden sollen. Die von der völkischen Rechten dominierten Fraktionen in Thüringen, Sachsen-Anhalt und

Brandenburg, aber auch die Fraktion in Baden-Württemberg und nach dem Ausscheiden von Frauke Petry die sächsische Landtagsfraktion werden der Bewegungsausrichtung zugerechnet.

Die AfD-Bundestagsfraktion versucht offenbar, beide Ausrichtungen miteinander zu vereinen, und changiert zwischen der Nutzung aller parlamentarischen Mittel in ihrem Sinne sowie deren Verächtlichmachung. Einerseits hat sie die parlamentarische Arbeit in allen Facetten und mit den üblichen Anlaufschwierigkeiten einer neuen Fraktion sofort nach ihrer Konstituierung auf- und angenommen. Andererseits nutzen Mitglieder der AfD-Bundestagsfraktion ihren privilegierten Status immer wieder aus, um sich als Vertreter der rechten Bewegung zu inszenieren. Zentrales Anliegen der AfD-Fraktionen ist es offenbar, sich in Auftreten und Inhalt von den anderen Parlamentsfraktionen abzuheben, um darüber den Anspruch, anders als die von ihr so titulierten »Altparteien« zu sein, vor ihren Anhänger(inne)n zu dokumentieren. Die Inszenierungen und Regelverletzungen der AfD-Fraktionen zielen also primär immer auf das eigene Publikum, dem man beweisen will und muss, dass man die eigene Überzeugung auch in einer parlamentarischen Funktion nicht aufgibt.

Wiebke Musahl, stellvertretende Vorsitzende der thüringischen AfD-Landtagsfraktion, betrat den Plenarsaal am 1. September 2016 im Niqab. Damit demonstrierte sie nach eigenem Bekunden für ein Verbot der Vollverschleierung und dominierte für einen Tag die mediale Berichterstattung. Leyla Bilge, Referentin des AfD-Bundestagsabgeordneten Ulrich Oehme, war mit einem ähnlichen Auftritt im Februar 2018 weniger öffentliche Aufmerksamkeit beschieden. Diese suchen AfD-Abgeordnete jedoch immer wieder durch per Social Media verbreitete »Aktionen« zu erregen. So fotografierte der thüringische Bundestagsabgeordnete Stephan Brandner, ein Vertrauter des Landesvorsitzenden Björn Höcke, anlässlich der Wiederwahl von Angela Merkel zur Bundeskanzlerin

am 14. März 2018 seinen auf zwei Toilettenpapierrollen drapierten Stimmzettel in einem WC des Reichstagsgebäudes, womit er sein Verhältnis zum Parlamentarismus offenbarte. Die AfD-Bundestagsfraktion verschickte das Foto über ihren Twitter-Account. Der baden-württembergische Abgeordnete Thomas Seitz versuchte am 8. Juni 2018 seine Redezeit bei einer Geschäftsordnungsdebatte im Bundestag anlässlich des mutmaßlich von einem Geflüchteten begangenen Mordes an der Mainzer Schülerin Susanna Maria Feldmann zur Inszenierung einer Schweigeminute für das Opfer zu missbrauchen, was die amtierende Vizepräsidentin Claudia Roth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) nicht zuließ. Die AfD verbreitete diese Aktion, verbunden mit Vorwürfen gegen Roth, über den Facebook-Kanal der Fraktion, was massive Drohungen gegen die Vizepräsidentin nach sich zog. Bundestagspräsident Schäuble ging in der Folgesitzung ausführlich auf das Verhalten der AfD-Fraktion ein.

Weil der AfD-Kandidat Roman Reusch, vor seiner Abgeordnetentätigkeit leitender Oberstaatsanwalt in Berlin, am 18. Januar 2018 nicht im ersten Anlauf zum Mitglied des Parlamentarischen Kontrollgremiums für die Geheimdienstkontrolle gewählt worden war, stellte der Fraktionsvorsitzende Alexander Gauland alle notwendigen Verfahrensabsprachen zwischen den Bundestagsfraktionen in Frage und sagte gegenüber Journalist(inn)en in einer höchst aggressiven Rhetorik: »Wenn man Krieg haben will in diesem Bundestag, dann kann man auch Krieg kriegen.« Am späten Abend desselben Tages stellte Jürgen Braun, Zweiter Parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Bundestagsfraktion, vor einer Routineabstimmung den Antrag, die Beschlussfähigkeit des Plenums feststellen zu lassen, was zu zwei Hammelsprüngen und dem vorzeitigen Abbruch der Sitzung führte. Es handelte sich bei dem Griff zu diesem Geschäftsordnungstrick um einen Racheakt der AfD für ein sie frustrierendes Wahlergebnis.

Die gesellschaftlichen Akzeptanzgewinne für eine modernisierte Ultrarechte in Deutschland ermutigen AfD-Parlamentarier/innen, die Grenzen des Sagbaren immer weiter nach rechts zu verschieben. So bezeichnete der sächsische Bundestagsabgeordnete Jens Maier Noah Becker, den Sohn des früheren Tennisstars Boris Becker, bei Twitter als »kleinen Halbneger«. Die AfD-Fraktion hatte Maier schon vorher für den Beirat des Bündnisses für Demokratie und Toleranz nominiert, das alljährlich Preise an zivilgesellschaftliche Initiativen gegen Rassismus und Rechtsextremismus vergibt – eine gezielte Provokation und ein Signal an die eigene Klientel, dass man sich vom Parlamentarismus nicht zügeln lasse.

Maier, der ob seiner Begeisterung für Björn Höcke und die NPD sowie mit geschichtsrevisionistischen Aussagen schon vorher bundesweit aufgefallen war, ist kein Einzelfall innerhalb der AfD-Bundestagsfraktion. Obwohl ihr Kandidat für das Bundestagspräsidium, der frühere CDU-Kommunalpolitiker und Frankfurter Stadtkämmerer Albrecht Glaser, in drei Wahlgängen durchgefallen war, weil er Muslimen das Grundrecht der Religionsfreiheit entziehen will, präsentierte die AfD mit Peter Boehringer, Stephan Brandner und Sebastian Münzenmaier ausnahmslos solche Politiker als Personalvorschläge für die Besetzung der ihr zustehenden Vorsitze in Bundestagsausschüssen (Haushalts-, Rechts- und Tourismusausschuss), die mit sprachlichen Entgleisungen, rassistischen Ausfällen und der Verurteilung zu einer Haftstrafe wegen Hooligan-Gewalt von sich reden gemacht hatten: Boehringer hatte die Bundeskanzlerin in E-Mails, die der *Spiegel* zitierte, als »Merkelnutte« und »Dirne der Fremdmächte« bezeichnet; Brandner wiederum hatte nicht bloß 32 Ordnungsrufe während seiner Abgeordnetentätigkeit im Thüringer Landtag kassiert, sondern auch politische Gegner als Verbrecher, die man ins Gefängnis bringen werde (Kanzlerin), als Trinker und als Koksnasen beschimpft, während eine syrische Familie für ihn aus »Vater,

Mutter und zwei Ziegen« besteht; der rheinland-pfälzische Abgeordnete Münzenmaier schließlich war erstinstanzlich wegen eines Überfalls auf Fußballfans zu sechs Monaten Gefängnis auf Bewährung verurteilt und seine Immunität im Dezember 2017 vom Bundestag aufgehoben worden.[20]

Neoliberale Lobhudeleien auf den Markt und knallharte Interessenpolitik für den gehobenen Mittelstand finden sich in der Alltagspraxis von AfD-Parlamentariern ebenso wie eine völkische Thematisierung der sozialen Frage. Zur bürgerlichen Attitüde mancher AfD-Politiker passt kein Gossenjargon, in dem ein öffentlich-rechtlicher Fernsehkanal für Kinder von einem Abgeordneten derselben Partei als »Ficki-Ficki-Anleitungs-TV« bezeichnet wird.[21] Diese politischen und habituellen Widersprüche lassen sich nur aushalten, weil sich die AfD im politisch-parlamentarischen Siegesrausch befindet. Sobald dieser endet oder der Partei gar empfindliche Niederlagen drohen, dürften auch die innerparteilichen Bau- und Bruchstellen wieder stärker hervortreten. Der labile Zustand zahlreicher Landtagsfraktionen und die latent vorhandenen Konflikte innerhalb der AfD-Bundestagsfraktion legen dafür Zeugnis ab. Vieles deutet darauf hin, dass in der AfD teilweise mit noch härteren Bandagen um Einfluss, Ämter und Mandate gekämpft wird als in anderen Parteien. Der Einzug in zahlreiche Landesparlamente und den Bundestag hat nicht etwa zu einer »Zähmung«, Zivilisierung bzw. Disziplinierung der AfD beigetragen. Umgekehrt verstärkt sich für kritische Beobachter/innen seit dem Sommer 2017 der Eindruck, dass sich die Partei in einer politischen Radikalisierungsspirale befindet. Denn die AfD muss ihren Wähler(inne)n beweisen, dass ihre Abgeordneten sich vom parlamentarischen Repräsentativsystem weder vereinnahmen oder korrumpieren noch »bändigen« lassen.

In den ostdeutschen Landtagen setzt die AfD vorwiegend auf rechte Identitätsthemen wie (Flucht-)Migration, Demografie,

Familie sowie Bildung, Schule und (Multi-)Kultur, wobei sie regelmäßig als einzige Fundamentalopposition auftritt, so David Begrich: »Mittel hierfür sind die scharfe Polarisierung und die mediale Selbstinszenierung als vorgeblicher Anwalt kleiner Leute, wenn sie sich etwa lautstark für von Enteignung bedrohte ostdeutsche Garagenbesitzer einsetzt. Konkrete politische Schritte zu deren Gunsten unterlässt sie allerdings.«[22] Überhaupt klafft bei der AfD selbst in politischen Kernbereichen fast durchgängig eine riesige Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit, was ihre Abgeordneten mit Blick auf die »Altparteien« beharrlich skandalisieren.

Wenn sich eine Partei den »einfachen Bürger(inne)n« besonders verpflichtet fühlt und ihre Sorgen ernster zu nehmen gedenkt als die Eliten und die politisch Verantwortlichen, wie es die AfD von sich behauptet, konzentriert sie sich folgerichtig auf die lokale Ebene, wo die Menschen der Schuh am meisten drückt. Betrachtet man die politische Praxis und die Parlamentstätigkeit der AfD, weist allerdings nichts darauf hin, dass hier ein Arbeitsschwerpunkt der Partei liegt. Christine Schickert hat die Arbeit der AfD im Thüringer Landtag untersucht und stellt überrascht fest, wie wenig Aufmerksamkeit die von Björn Höcke geführte Fraktion für sie eigentlich zentralen Bereichen schenkt: Auf den ganzen Bereich »Familie und Soziales« (einschließlich Kita) bezogen stellte die AfD-Landtagsfraktion im ersten Jahr nach ihrem Parlamentseinzug (Oktober 2014 bis September 2015) nur vier Anfragen, im Bereich »Wirtschaft und Arbeit« waren es gerade einmal fünf.[23]

Eine vierköpfige Forschungsgruppe um Benno Hafeneger hat neben dem Landtag von Rheinland-Pfalz hessische und niedersächsische Kommunalparlamente ausgewählt und untersucht. Wie sie zeigt, versucht die AfD sogar bei jeder sich ihr bietenden Gelegenheit, den Bezug zur »großen Politik«, zu globalen Migrationsbewegungen und zur »Flüchtlingskrise« herzustellen, für

die sie hauptsächlich Bundeskanzlerin Angela Merkel verantwortlich macht.[24] Vielerorts wirkt die Parlamentsarbeit der AfD insofern monothematisch, als sämtliche Probleme, mit denen sich die Anträge, Anfragen und Reden ihrer Abgeordneten beschäftigen, auf die Flüchtlings- bzw. Migrationsfrage und das angebliche Versagen der Bundesregierung zurückgeführt werden. Dagegen unterscheidet sich der Umgang mit kommunalen Belangen von Ort zu Ort, wodurch leicht der Eindruck inhaltlicher Beliebigkeit und politischer Widersprüchlichkeit entsteht.

Die parlamentarische Arbeit der AfD in Berlin, den Bundesländern und den Kommunen ist weder zentral gesteuert, noch wird sie vernünftig koordiniert. Wie ihre rechtsextremen bzw. -populistischen Vorläufer im 20. Jahrhundert, die durch soziale Inhomogenität, politische Zerstrittenheit und persönliche Unzulänglichkeit einzelner Mitglieder gekennzeichnet waren,[25] bieten die heutigen AfD-Fraktionen ein buntes Bild. Benno Hafeneger und seine Forschungsgruppe betonen denn auch, »dass die Etablierung von Fraktionen nicht einheitlich ist: Es gibt relativ stabile, fleißige und es gibt faule Fraktionen; man versteht sich als ›pragmatische Alternative‹, andere Fraktionen wiederum zerfallen und es gibt Austritte und Abspaltungen; weiter gibt es mehr bieder-angepasste und mehr ›ruppig‹-aggressive Fraktionen bzw. Akteure.«[26]

Die AfD-Bundestagsfraktion – das Aushängeschild der parlamentarischen Arbeit dieser Partei – hat schon bald nach ihrer Konstituierung professionell agiert. Die Besetzung der Führungspositionen neben den Fraktionsvorsitzenden Alexander Gauland und Alice Weidel hat gezeigt, dass sich der numerisch zwar starke, aber nicht dominante Teil der äußersten Rechten in der Fraktion zumindest personell nicht durchsetzen konnte. Während mit Markus Frohnmaier, der bis Februar 2018 JA-Bundesvorsitzender war, und Stephan Brandner zwei Vertreter des

äußersten rechten Flügels im Kampf um Vorstandsfunktionen durchfielen, setzten sich mit Bernd Baumann als Erstem Parlamentarischem Geschäftsführer, Leif-Eric Holm, dem früheren Fraktionsvorsitzenden im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, und Beatrix von Storch ausnahmslos Kandidaten und eine Kandidatin durch, die zwar bekannt sind, aber nicht dem Höcke-Lager zugerechnet werden. Dennoch ist auch die Parteirechte mit Peter Felser und Hansjörg Müller, beide aus Bayern, vertreten. Felser veröffentlichte 2001 zusammen mit Götz Kubitschek ein Buch mit Reportagen über den Bundeswehreinsatz in Bosnien, während Müller im »Flügel« organisiert ist und als Höcke-Unterstützer gilt. So konnte die Parteirechte über weniger prominente Personen eingebunden werden. Neben der Berücksichtigung des regionalen Proporzes (Einbindung der starken Landeslisten Bayern und Nordrhein-Westfalen) ist es Gauland und Weidel auch gelungen, die Parteirechte und die sich neu formierende Mitte einzubinden. Mit Roland Hartwig (stellvertretender Fraktionsvorsitzender) und Michael Espendiller (stellvertretender Parlamentarischer Geschäftsführer) wurden zwei Vertreter des bürgerlich-konservativen Teils der NRW-AfD mit Posten bedacht – also desjenigen Landesverbandes, der nach dem Abgang des dortigen Partei- und Fraktionsvorsitzenden Marcus Pretzell den meisten Anlass zur Sorge für die Bundesspitze gab.

Die AfD-Fraktionen nutzen alle Mittel der parlamentarischen Arbeit, jedoch mit deutlichen Unterschieden im Grad ihrer Professionalisierung. Während aus einigen Landtagen über eine nur sehr begrenzte Mitarbeit der AfD-Abgeordneten in den Fachausschüssen berichtet wird, betreibt die Bundestagsfraktion diesen Teil der Arbeit routiniert. Sehr viel größeren Wert legt sie jedoch auf die Reden im Plenum, weil nur diese über Social-Media-Kanäle unmittelbar und (scheinbar) unverstellt dem eigenen Publikum präsentiert werden können. Während die Sacharbeit in

den Ausschüssen ein hohes Maß an Fachlichkeit und auch ein größeres Differenzierungsvermögen voraussetzt, bieten die Plenarreden den AfD-Abgeordneten bessere Möglichkeiten, an die Emotionen der Zuhörer/innen (außerhalb des Bundestages) zu appellieren, diese zu agitieren und die Parlamentarier/innen der übrigen Fraktionen zu provozieren.

4 Das parlamentarische Wirken der AfD nach politischen Sachgebieten und Themen

Im umfangreichsten Kapitel des Buches soll untersucht werden, wie die AfD bzw. ihre Parlamentsfraktionen im Bund und in den Ländern auf den einzelnen Politikfeldern agieren, welche inhaltlichen Positionen sie vertreten und ob ihnen Erfolge bei deren parlamentarischer Durchsetzung gelungen sind. Dabei konzentrieren wir uns einerseits auf jene Politikfelder, die wie Asyl-, Flüchtlings- und Migrationspolitik, Innere Sicherheit bzw. Demografie und Bevölkerungspolitik als Schwerpunkte von Agitation und Propaganda der AfD gelten können, sowie andererseits auf jene Politikfelder, die wie Sozial-, Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik gravierende Leer- und/oder Schwachstellen der Partei darstellen. Wo es sinnvoll ist, werden die Anträge, Anfragen und Reden einzelner Abgeordneter der AfD getrennt voneinander abgehandelt; in allen übrigen Bereichen folgt die Gliederung den Sachgebieten bzw. Themenkomplexen, die im Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit stehen.

Natürlich war es nicht möglich, sämtliche Initiativen der AfD-Parlamentarier/innen – die allermeisten davon sind übrigens Männer – zu berücksichtigen. Deshalb erfolgt zwangsläufig eine Auswahl, die das parlamentarische Wirken der Fraktionen erkennbar macht, verbunden mit einer Konzentration auf möglichst prägnante Beispiele, die für Argumentation, Arbeitsstil und Auftreten von AfD-Politiker(inne)n typisch sind.

(Flucht-)Migration als Schlüsselthema der AfD

Für die Bundestagsfraktion und die Landtagsfraktionen der AfD steht das Thema »Migration und Flüchtlinge« ganz oben auf der Agenda. Doch wie setzen die AfD-Fraktionen ihre programmatische und ideologische Haltung zu diesem Thema in der parlamentarischen Praxis um? Um das zu untersuchen, richten wir unseren Blick auf die von der AfD eingebrachten Anträge bzw. Gesetzentwürfe und die damit in Zusammenhang stehenden Plenardebatten, auf die Reden von AfD-Abgeordneten im Bundestag und in den Landtagen sowie auf Große und Kleine Anfragen zu diesem Themenfeld.

Anträge und Reden

Eine der ersten parlamentarischen Initiativen der AfD-Bundestagsfraktion war ein Antrag vom 13. November 2017, in dem sie für eine »Förderung der Rückkehr syrischer Flüchtlinge« plädierte.[1] Damals behauptete die AfD-Fraktion, dass sich die »Sicherheitslage« in weiten Teilen Syriens »substantiell verbessert« habe, denn das vom IS kontrollierte Gebiet habe sich auf »wenige Rückzugsräume vor allem in den östlichen Regionen reduziert«. Lediglich in wenigen Landesteilen sei immer noch mit Kampfhandlungen zu rechnen.

Ausgehend von dieser steilen These in Bezug auf die verbesserte Sicherheitslage sollte die Bundesregierung in Verhandlungen mit der syrischen Regierung eintreten. Durch ein mit der Regierung von Baschar al-Assad auszuhandelndes Rückkehrabkommen sei

sicherzustellen, dass Rückkehrer/innen »unbeschadet« nach Syrien einreisen und in die befriedeten Gebiete aufgenommen werden könnten, dass ihre humanitäre Versorgung gesichert ist und dass »Anreize in Form von Start- und Aufbauhilfen« gewährt werden, um die Rückkehrbereitschaft zu fördern. Es sollte auch sichergestellt werden, dass den Rückkehrenden keine Reisekosten entstünden. Ferner sollte das Abkommen beinhalten, dass die »Rückkehrer wegen ihres Aufenthalts in Deutschland und eventuell gegen die Regierung gerichteter Aktivitäten vor und während ihrer Flucht bzw. wegen Straftaten gegen die Pflicht zum Militärdienst nicht verfolgt werden und dass die syrische Regierung eine entsprechende Amnestieregelung erlässt«. Um einen »Schutz vor Verfolgung oder Bestrafung durch die syrische Regierung« zu gewährleisten, sollten Bundesregierung und UNO stets überprüfen, ob die syrischen Zusicherungen eingehalten würden.

Durch ein solches Abkommen sei dafür zu sorgen, hieß es weiter, dass den Rückkehrern »garantiert und nachvollziehbar kein ernsthafter Schaden gem. § 4 Abs. 1 Nummer 1 und 2 AsylG« in Syrien drohe. Daraus zog die AfD-Fraktion den Schluss, dass für viele Syrer/innen, die in Deutschland aufgenommen worden seien, die Aufnahmegründe entfielen. Sollte ein Syrer nicht dazu bereit sein, nach Abschluss dieses Abkommens mit der syrischen Regierung auszureisen, so könne ein Widerrufsverfahren (§§ 73 ff. AsylG) eingeleitet werden. Infolgedessen verliere die betreffende Person ihren subsidiären Schutzstatus und könne abgeschoben werden.

Der Antrag warf zuerst die Frage auf, wie sich die AfD-Bundestagsfraktion zu der Behauptung versteigen konnte, dass in weiten Teilen des Bürgerkriegslandes Frieden herrsche. Man bezog sich dabei auf eine Pressemitteilung der International Organization for Migration (IOM) vom 8. November 2017. Ein Blick in die IOM-Pressemitteilung zeigt jedoch, dass es sich bei 93 Prozent der

Rückkehrer/innen um Binnenmigrant(inn)en handelte, deren Lebenssituation äußerst prekär war, weil die Infrastruktur des Landes während des militärischen Konflikts in einem hohen Maße zerstört worden ist: Nur 40 Prozent der Rückkehrer/innen hatten einen Zugang zu Wasser und nur 39 Prozent eine Gesundheitsversorgung. Diese schwierigen Lebensbedingungen blieben in dem AfD-Antrag ebenso unerwähnt wie die Tatsache, dass von den zurückkehrenden Binnenflüchtlingen schätzungsweise 10 Prozent unmittelbar nach ihrer Rückkehr wieder vertrieben wurden. Hätten die Antragsteller/innen der AfD die IOM-Pressemitteilung sorgfältig gelesen und nicht bloß als politischen Steinbruch benutzt, wäre ihnen aufgefallen, dass zeitgleich – zwischen Januar und Juli 2017 – erneut 808 661 Personen innerhalb des Landes vertrieben worden sind, viele von ihnen zum zweiten oder dritten Mal.

Insgesamt ging die IOM von mehr als sechs Millionen Binnenvertriebenen aus, die sich innerhalb Syriens befanden. Die internationale Organisation sprach davon, dass die Rückkehr vorwiegend spontan, jedoch nicht notwendigerweise freiwillig erfolgt ist und weder sicher noch nachhaltig war. Daher könne eine Rückwanderung der Binnenvertriebenen, so die Einschätzung der IOM, nicht als Lösung für die humanitäre Katastrophe in der Region betrachtet werden.[2]

In der Plenardebatte des Bundestages am 22. November 2017 stieß der AfD-Antrag auf einhellige Ablehnung. Stephan Harbarth (CDU/CSU) bezeichnete ihn als »Taschenspielertrick«, Josip Juratovic (SPD) konstatierte, dass die AfD als einzige Partei feststelle, dass in Syrien Frieden herrsche. Der AfD gehe es nicht um eine realistische Einschätzung der Sicherheitslage in Syrien, sondern sie wolle jene Menschen, die hierzulande Schutz gesucht hätten, nur möglichst schnell loswerden. Juratovic erinnerte daran, dass die SPD für Menschenrechte eintrete, und appellierte an die

Wertegemeinschaft, die nicht aufgegeben werden dürfe. Bei all dem gehe es schließlich auch um die Glaubwürdigkeit unserer Gesellschaft. Stephan Thomae (FDP) kritisierte an dem AfD-Antrag die selektive Wahrnehmung der Realität, den bodenlosen Zynismus und die Heuchelei. Von all dem finde sich in dem Antrag reichlich. Ulla Jelpke (DIE LINKE) bezeichnete den Antrag als »Schaufenster-« bzw. »Vorführantrag« und lehnte »Rückkehrprogramme in dieses Pulverfass« ab. Luise Amtsberg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) traf die Einschätzung, der AfD gehe es nur um ein Anliegen: weniger Geflüchtete in Deutschland. Sie verliere kein Wort über Assad, über dessen Einsatz chemischer Waffen und Giftbomben.

Auch wenn der Antrag auf einhellige Ablehnung stieß, hatte die AfD mit ihrem Vorschlag (Verhandlungen mit Assad über ein Rückkehrabkommen) ein Tabu gebrochen. Ihr Konzept stand im Widerspruch zu Einschätzungen der UNO, des UNHCR, der UNESCO und der IOM, war unvereinbar mit der Haltung von Hilfsorganisationen auf nationaler wie auf internationaler Ebene und ließ keine Übereinstimmung mit Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen zu. Der Vorteil, den die AfD aus diesem Antrag zog, resultierte daraus, dass sie für die Öffentlichkeit eine vermeintlich einfache Lösung vorschlug: die Förderung der freiwilligen Rückkehr. Dahinter verbarg sich jedoch ein Versuch zur Einleitung von Abschiebungen nach Syrien.

In einem weiteren Antrag forderte die AfD-Bundestagsfraktion die sofortige Einführung von Grenzkontrollen, verbunden mit der »Zurückweisung bei unberechtigtem Grenzübertritt«. In der Vorbemerkung behaupteten die Antragsteller/innen, aufgrund von »weitgehend ungeschützten EU-Außengrenzen« komme es an den deutschen Grenzen monatlich zu »vielen tausend unberechtigten Grenzübertritten«.[3] Es handle sich dabei um »permanente illegale Zuwanderung«, die nur deshalb stattfinden könne, weil die Regierung derzeit nicht bereit sei, die Grenzen vollständig zu

kontrollieren, und sich weigere, die ihr hierfür zur Verfügung stehenden rechtlichen Mittel anzuwenden oder auszuschöpfen. Mit ihrem Antrag forderte die AfD einen »vollständigen und effektiven Schutz der deutschen Grenze«, einen Schutz, der auch die grüne Grenze einschließen sollte. Die Kontrollen seien so durchzuführen, »dass das Ergebnis eine grundsätzliche Zurückweisung von unberechtigtem Grenzübertritt bewirkt«. Ferner sollte offengelegt werden, auf welcher Rechtsgrundlage die Regierung »die Praxis, auf die Möglichkeiten der Zurückweisung zu verzichten, zugelassen hat und weiter zulässt – was massenhafte illegale Zuwanderung zur Folge hat«.[4]

In der Begründung ihres Antrages unterstellte die AfD ein »staatsgefährdendes Versagen in Fragen der Grenzsicherung«. Sie warf der Bundesregierung vor, dass sie die Sicherung der deutschen Grenze nicht gewährleisten könne und stattdessen die Offenhaltung der deutschen Grenze zur Schau stelle. Somit würden Wirtschaftsmigranten dazu eingeladen, einen »Identitäts-, Pass- und ›Asylbetrug‹« zu begehen – auf der Suche nach dem »Glück als Nutznießer des bereits schwer belasteten deutschen Sozialsystems«.[5]

Fluchtmigration wurde in dem Antrag pauschal als »illegale Zuwanderung« bezeichnet und somit diskreditiert, denunziert und kriminalisiert. Ignoriert wurde hingegen, dass die Entscheidung zur Aufnahme von Flüchtlingen im Sommer 2015 damit einherging, dass die EU-Verordnung Nr. 604/2013 (Dublin III) ausgesetzt wurde. Nach Art. 17 dieser Verordnung kann jeder Staat insbesondere aus humanitären Gründen vom sog. Selbsteintrittsrecht Gebrauch machen. In Übereinstimmung damit konnte die Bundesrepublik Deutschland also Asylverfahren prüfen, auch wenn sie eigentlich nicht dafür zuständig war. Die damalige Regierungspraxis stand also keineswegs im Widerspruch zu Dublin III.[6]

Die eigentliche Intention des AfD-Antrages kam darin zum Ausdruck, dass Flüchtlinge auch dann in einen »benachbarten sicheren Drittstaat im Sinne von § 26a Abs. 2 des Asylgesetzes« abgeschoben werden sollten, wenn sie sich »auf Verfolgung oder Schutzgründe« beriefen. Damit ging auch die Forderung nach einem »Auf- und Ausbau von Bundesbereitschaftskräften« einher, um ein groß angelegtes Programm des Grenzschutzes zu realisieren.

Begründet wurde der Antrag damit, dass Deutschland ein »staatsgefährdendes Versagen in Fragen der Grenzsicherung erlebt« habe. Ungeachtet der Aussetzung der Schengen-Reisefreiheit sei die Sicherung der deutschen Außengrenzen nicht gewährleistet. Die »Offenhaltung der deutschen Grenze« werde sogar »weltweit zur Schau gestellt«, und zwar in Verbindung mit der Äußerung der Kanzlerin, dass »niemand an der deutschen Grenze abgewiesen« werde. Diese Aussage werde als Einladung nach Deutschland verstanden, locke Wirtschaftsmigrant(inn)en an und fördere den »Identitäts-, Pass- und ›Asylbetrug‹«, sodass jeder letztlich sein Glück bei dem »schwer belasteten deutschen Sozialsystem« suchen könne. Die deutsche Asyl- und Zuwanderungspolitik müsse, so die AfD, revidiert und wieder auf den »Boden der Rechtstaatlichkeit« gestellt werden, damit die »Interessen Deutschlands (…) wieder Vorrang haben«. Hunderttausende von Migrant(inn)en hätten unberechtigterweise Zutritt und Aufenthalt in Deutschland erhalten, aber auch Vollversorgung und den Anspruch auf Rechtsmittel, um daraus einen Daueraufenthalt zu machen.

In der Begründung schwang die Behauptung mit, Deutschland sei aufgrund der Fluchtmigration der Jahre 2015 ff. kollabiert und der Staat durch den Erlass der Grenzöffnung für Flüchtlinge in seiner Existenz gefährdet worden. Die wirtschaftliche, soziale und politische Entwicklung zeigt jedoch deutlich, dass nichts von all dem stimmt.[7] Die Rede von »Wirtschaftsmigranten« sowie vom »Identitäts-, Pass- und ›Asylbetrug‹« denunziert Geflüchtete und

arbeitet mit der Unterstellung, sie seien lediglich Betrüger/innen, die »unsere« sozialen Sicherungssysteme missbrauchen wollten. Mit der Forderung, die Asyl- und Zuwanderungspolitik müsse wieder auf den »Boden der Rechtstaatlichkeit« gestellt werden, entstand der Eindruck, noch sei sie durch Rechtlosigkeit gekennzeichnet. Das traf keineswegs zu, denn die Aussetzung der Dublin-III-Verordnung Nr. 604/2013 und das Selbsteintrittsrecht stehen – wie gesagt – im Einklang mit dem Vertragstext.

Der AfD-Antrag wurde am 16. März 2018 im Bundestag debattiert, bevor eine namentliche Abstimmung stattfand. Der Berliner AfD-Abgeordnete Gottfried Curio nutzte seine Redezeit für eine Generalabrechnung mit der Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik der Kanzlerin.[8] Er behauptete, dass »niemand unter Berufung auf Schutzgründe zu Land nach Deutschland einreisen« könne, wobei er die Rechtslage und das EU-Recht ignorierte. Vorher hatte Detlef Seif (CDU/CSU) nämlich bereits darauf hingewiesen, dass die Bundesrepublik in zahlreichen Fällen für die Bearbeitung von Asylanträgen zuständig ist, handle es sich nun um Anträge von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen, um Anträge von Familienangehörigen, um Härtefälle oder Fälle, in denen der zuständige Staat nicht ermittelt werden kann. Auch bei Mängeln im Verfahren, die in Griechenland, Ungarn, Italien oder Bulgarien auftreten, ist die Bundesrepublik Deutschland in der Verantwortung und muss Asylanträge bearbeiten.[9]

Gleich zu Beginn seiner Rede unterstrich Curio die Pflicht des Schutzes der nationalen Grenze und suggerierte, dass Fluchtmigration automatisch in Islamismus und Terror münde: »Tatsächlich haben wir (…) Binnenmigration in Europa und müssen unsere nationale Grenze schützen und nicht statt dieser versäumten Pflicht unsere Weihnachtsmärkte mit Betonpollern und Maschinenpistolen schmücken.« Das von Curio bemühte Zerrbild war an Zynismus kaum zu überbieten und unterstellte der

Bundesregierung, sie habe den Terroranschlag auf dem Weihnachtsmarkt am Berliner Breitscheidplatz im Dezember 2016 durch den Verzicht auf die Sicherung der nationalen Grenzen herbeigeführt.

Curio erklärte kurzerhand nicht nur die Schleuser, sondern auch ihre Auftraggeber, also die Flüchtlinge selbst, zu Kriminellen und zu Betrüger(inne)n: »Zur Ablenkung wird gern über sog. Schleuserkriminalität gejammert. Ist aber der Schleuser kriminell, so auch sein Auftraggeber. Wer sich schleusen lässt, will betrügen.« Da ihnen mittels systematischer Grenzüberwachung durch Frontex legale Fluchtwege abgeschnitten sind, bleiben politisch Verfolgten jedoch fast nur illegalisierte Fluchtmöglichkeiten. Die sog. Drittstaatenregelung, die Einführung einer Liste sicherer Herkunftsstaaten und die Einführung des beschleunigten Flughafenverfahrens nach Art. 16a GG, aber auch das Schengen-System, die Dublin-Verordnung (Dublin III) und Frontex haben seit 1992/93 bewirkt, dass Flüchtlinge die Bundesrepublik Deutschland auf dem Landweg kaum noch erreichen und politisches Asyl beantragen können. Menschen, die vor Krieg, Bürgerkrieg oder Verfolgung fliehen, bleiben in der Regel nur gefährliche Fluchtrouten, die sie faktisch bloß mit professioneller Unterstützung bewältigen können. So ist z.B. der Fluchtweg über das Mittelmeer mit enormen Risiken verbunden und gelingt – wenn überhaupt – höchstens mit Unterstützung von Fluchthelfern oder Schleppern.[10]

Seinem kruden Verständnis von Recht und Unrecht gemäß forderte Curio, »mit dieser ganzen Herrschaft des Unrechts« müsse nun Schluss sein. In Übereinstimmung mit dem Grundtenor bei PEGIDA-Demonstrationen machte Curio die Bundeskanzlerin für die angebliche »Herrschaft des Unrechts« (Ulrich Vosgerau) verantwortlich, als er erklärte: »Die Garantin hierfür haben Sie gerade neu inthronisiert.«

Um eine dauerhafte Aussetzung des Familiennachzugs für

Flüchtlinge zu erreichen, brachte die AfD im Januar 2018 einen Gesetzentwurf zur Änderung des *Aufenthaltsgesetzes* in den Bundestag ein.[11] Gleich im ersten Satz wurde ein »Kontrollverlust über die deutschen Grenzen« seit dem 4./5. September 2015 beklagt. Deutschland sei, so definierte die AfD das Problem, »mit diesem millionenfachen Zuzug überwiegend beruflich nicht qualifizierter Menschen aus anderen Kulturkreisen in jeder Hinsicht überfordert«.[12] Die problematische Herausforderung potenziere sich »durch den rechtlichen Anspruch auf den Nachzug Familienangehöriger, der eine Einwanderung einer nicht genau bezifferbaren Zahl – aber auf jeden Fall weit jenseits der Millionengrenze – ebenso beruflich nicht qualifizierter weiterer Menschen zur Folge« habe.[13]

Schon die Vorbemerkung des Antrages glich einem Bedrohungsszenario im Hinblick auf den Sozialstaat, die Gesellschaft, den inneren Frieden und die Verfassungsordnung. Zugleich zielten die ersten Passagen darauf ab, eine Politik der Grenzschließung und Abschottung, Abwehr und Abschiebung gegenüber Geflüchteten zu propagieren. Man denunzierte die aus Syrien geflüchteten Menschen: »Sicherheitsbedürfnisse der Nachziehenden« könnten nicht angeführt werden, denn die vorwiegend männlichen Migranten hätten ja ihre Familien im Herkunftsland zurückgelassen, ohne sich um deren Sicherheit zu sorgen. Im Zuge des vermeintlich abflauenden Krieges und der angeblich fortschreitenden Befriedung bestand nach Auffassung der AfD »kein Bedarf mehr für Schutzgewährung im Ausland«. Weiter hieß es: Da für temporär aufgenommene Flüchtlinge kein Integrationsbedarf bestehe, sei ein »Familiennachzug aus Integrationsförderungsgründen« erst recht nicht erforderlich. Die von der AfD propagierte »Lösung« lag, wie sie es ausdrückte, »im völligen Wegfall des gesetzlichen Nachzugsanpruchs für Familienangehörige subsidiär Schutzberechtigter«.[14] Wenn den

Geflüchteten an einer Familienzusammenführung gelegen sei, dann solle diese im Herkunftsland oder in einem Drittstaat erfolgen. Ein »Wegfall des gesetzlichen Nachzugsanspruchs für Familienangehörige subsidiär Schutzberechtigter« verursache keine Kosten, fügten die Antragsteller/innen hinzu. »Vielmehr würden Milliarden Euro an Einsparungen erzielt, die ansonsten für Unterbringung und Versorgung der Nachziehenden aufgebracht werden müssten.«[15]

Die AfD ignorierte völlig, dass es sich bei der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) und dem ergänzenden Protokoll von 1967 zur Rechtsstellung der Flüchtlinge um ein internationales Abkommen handelt, das von 148 Staaten unterzeichnet worden ist. Die Signatarstaaten, darunter auch die Bundesrepublik Deutschland, haben sich nicht bloß auf eine Definition des Begriffs »Flüchtling« geeinigt (Art. 1 GFK), sich vielmehr auch dazu verpflichtet, keine Person auszuweisen, deren Leben oder körperliche Unversehrtheit im Herkunftsland gefährdet ist. Das Non-Refoulement-Gebot bzw. das Verbot der Abschiebung und Zurückweisung (Art. 33 GFK) verpflichtet die Signatarstaaten dazu, Geflüchteten Schutz zu bieten und sie nicht in ein Kriegs- oder Bürgerkriegsgebiet abzuschieben: »Keiner der vertragschließenden Staaten wird einen Flüchtling auf irgendeine Weise über die Grenzen von Gebieten ausweisen oder zurückweisen, in denen sein Leben oder seine Freiheit wegen seiner Rasse, Religion, Staatsangehörigkeit, seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen seiner politischen Überzeugung bedroht sein würde.«

Auch das Recht auf Familieneinheit ist durch internationales und nationales Recht festgeschrieben. So ist der Schutz von Ehe und Familie in Art. 6 Abs. 1 *Grundgesetz* verfassungsrechtlich verankert und findet sich auch im *Aufenthaltsgesetz* (§ 27 Abs. 1 und § 29). In Übereinstimmung mit europarechtlichen Vorgaben wurde der privilegierte Familiennachzug von Asylberechtigten und

Flüchtlingen im August 2015 sogar auf die Gruppe der subsidiär Schutzberechtigten ausgeweitet. Der Nachzug minderjähriger Kinder zu ihren Eltern nach Deutschland ist ebenfalls im *Aufenthaltsgesetz* (§ 32 Abs. 1) festgeschrieben. Insofern stehen die Vorstöße der AfD-Bundestagsfraktion im Widerspruch zum geltenden Recht, zu internationalen Verträgen, zur Verfassung und zum geltenden *Aufenthaltsgesetz*.[16]

Ohne Rücksicht darauf sagte Curio in der Plenardebatte des Bundestages den Geflüchteten und ihren Familien den Kampf an: »Der innere Frieden verträgt keine weitere Zuwanderung dieser einschlägigen Art, keine archaischen Clanstrukturen – die toll integrierten libanesischen Familienclans –, keine kulturfremden, teils gesetzwidrigen Leitvorstellungen des Islam bis hin zur Terrorbedrohung, keine sozialen Spannungen und Gewaltdelikte, keine Machokultur und keinen Hass auf andere Bevölkerungsgruppen, keinen massenhaft importierten Antisemitismus.«[17]

In dieser Passage von Curios Rede verdichtete sich das Hauptfeindbild der AfD wie in einem Brennglas: Flüchtlinge werden nicht als Individuen betrachtet, sondern als Teil eines Clans. Man wirft ihnen vor, die Zeichen der modernen Zeit nicht erkennen zu können, weil sie einem archaischen Leben verhaftet seien. Dasselbe gilt im Hinblick auf die Bereitschaft und die Fähigkeit, sich zu integrieren oder gesellschaftlich zu partizipieren, bleibe ihnen die westliche Kultur doch für immer fremd. Angeblich sind Flüchtlinge auch nicht in der Lage, Recht und Gesetz zu achten, denn ihr Glaube wie ihre Handlungen – Islam und Terror – stünden in diametralem Widerspruch zu Recht und Gesetz. Außerdem seien sie gar nicht bestrebt, in einer harmonischen und friedlichen Gesellschaft zu leben, sondern verursachten soziale Spannungen und Gewalt. Schließlich seien Flüchtlinge außerstande, die Rechte der Frauen oder von Minderheiten zu achten, lebten ihre

Machokultur vielmehr unter Missachtung anderer Minderheiten. Deshalb begegneten Flüchtlinge Jüdinnen und Juden auch nicht mit Respekt, importierten vielmehr den Antisemitismus aus ihren Herkunftsländern und verbreiteten ihn im ganzen Bundesgebiet.

Auch der weitere Redetext ließ erkennen, dass Curio die Geflüchteten als Belastung und Bedrohung konstruiert. So behauptete er, dass Integrationsdruck und -bereitschaft sinken würden, sollten immer mehr Migrant(inn)en zuwandern. Dadurch würden »die in Deutschland schon bestehenden Parallelgesellschaften weiter gefördert«. In einem solchen Fall seien deutsche Sprachkenntnisse obsolet und Integration werde unnötig. Das von Curio beschworene Szenario stößt natürlich auf die Ablehnung der AfD: »Auf deutschen Schulhöfen muss Deutsch gesprochen werden – nicht Arabisch oder Afrikanisch.«

Curio wandte sich aber nicht bloß gegen die Geflüchteten, sondern auch gegen jene, die sich für eine Familienzusammenführung aussprechen. Mit einer rhetorischen Frage unterstellte er ihnen, dass sie die geflüchteten Familien gesellschaftlich und sozial einbinden wollten, um deren Rückkehr zu erschweren oder sogar unmöglich zu machen. Geschickt spielte Curio die vermeintlichen Interessen der autochthonen Bevölkerung, vor allem jene von weniger Qualifizierten, gegen die mögliche Familienzusammenführung aus, indem er ohne jeden Beleg behauptete: »Hier wird Familiengründung erschwert, wenn der Wohnungs- und Arbeitsmarkt für gering Qualifizierte von syrischen Großfamilien belagert wird. Auch Geld für Sozialleistungen kann man nur einmal ausgeben.«

Flüchtlinge werden entmenschlicht und nicht als Individuen betrachtet, sondern als Teil eines Kollektivs. Sie suchten nicht Zuflucht und Schutz, heißt es, sondern »belagerten« die gesellschaftlichen Systeme im Kampf um Ressourcen. Dargestellt werden sie als Invasoren, deren Überlegenheit daraus resultiert,

dass sie sich zu Clans bzw. Großfamilien zusammenschlössen und somit durchsetzungsfähiger seien als einzelne Individuen der Aufnahmegesellschaft. Aufgrund des geschilderten »Belagerungszustandes« verzichten die Einheimischen, wenn sie gering qualifiziert sind, laut Curio auf die Gründung einer Familie. So verknüpfte der AfD-Abgeordnete auch die Bereiche Familien-, Frauen- und Bevölkerungspolitik einerseits sowie Asyl- und Flüchtlingspolitik andererseits miteinander.[18]

Weiterhin unterstellte Curio, dass Flüchtlinge und ihre Familien für einen »massenhaft importierten Antisemitismus« verantwortlich seien. Diese Projektion des Antisemitismus auf die Geflüchteten aus dem Nahen und Mittleren Osten lenkt von den antisemitischen Einstellungen und Handlungen der Mehrheitsbevölkerung ab, die in repräsentativen Untersuchungen immer wieder belegt wurden.[19]

Auch die Tatsache, dass sich in den meisten Fällen männliche Flüchtlinge in der Hoffnung auf den Weg gemacht haben, ihre Familien zu einem späteren Zeitpunkt nachholen zu können, gereicht ihnen zum Nachteil. Curio drehte die Argumentation um, indem er darauf hinwies, dass Sicherheitsbedenken kaum glaubhaft seien, weil Männer oder Familienväter ihre Angehörigen nicht in einem »vermeintlich landesweiten Kriegsgebiet auf unbestimmte Zeit« zurücklassen würden. Er plädierte dafür, dass Familien in »nicht umkämpften oder befriedeten Zonen« des Heimatlandes bleiben sollten. Alternativ zog Curio auch ein »Schutzlager im Nachbarland« in Betracht. Auf diese Weise entledigte sich Curio der Verantwortung Deutschlands für die humanitäre Katastrophe infolge von Kriegen und Bürgerkriegen im Nahen und Mittleren Osten. Seine Darstellung der Fluchtmigration suggerierte, dass die Mehrheit der arabischen Muslime einen Masterplan zur Niederlassung in Deutschland hätte, und weckte Assoziationen zur Organisierten Kriminalität. Wenn man seinen Ausführungen glaubte, organisieren »Großfamilien« das Geld und schicken eine

Person als »Quartiermacher« vor, »um dann selbst nachgeholt zu werden.« Daraus schlussfolgerte Curio: »Die Attraktivität Deutschlands als Ziel von Wirtschaftsmigranten muss gesenkt werden.«

Diskreditierung der Fluchtmigration und Diffamierung der Geflüchteten gingen Hand in Hand, was nicht bloß die kruden Vorstellungen und inhaltlichen Aussagen belegen. Curios Missachtung der Rechte von Flüchtlingen wurde vielmehr auch an seiner Wortwahl deutlich: Er sprach durchgehend von »Migranten«, »Wirtschaftsmigranten« und »Quartiermachern« statt von Asylbewerber(inne)n, Flüchtlingen oder Geflüchteten. Auch der seit den 1990er-Jahren diskreditierte Begriff der »Asylanten« fand sich in seiner Rede: »Wenn die 1,5 Millionen Asylanten seit 2015 hier zu Ankerpersonen für neue Migranten werden, dann reden wir wirklich über ganz andere Dimensionen von Resettlement.« Curios Kulturbegriff ist ein essenzialistischer und steht im Widerspruch zu einem modernen Verständnis, wonach Kultur dynamisch, anpassungsfähig und wandelbar ist.

Anfragen

Bis zur parlamentarischen Sommerpause 2018 legte die AfD im Bundestag und in den Landtagen 291 Anfragen zum Themenbereich »Flucht und Asyl« vor. Dabei ging es beispielsweise um von Flüchtlingen begangene Ladendiebstähle, um Reiseausweise, um steuerfinanzierte Taxifahrten, um einen multiresistenten Tuberkulosekeim bei Flüchtlingen, um die Schwarzarbeit von Flüchtlingen oder die Integration von Flüchtlingen am Arbeitsmarkt, um traumatisierte Flüchtlinge, um unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, von denen angeblich viele bereits volljährig sind, bzw. um das tatsächliche Alter minderjähriger

Flüchtlinge, um das Lehrkräftepotenzial unter Flüchtlingen sowie um Asylentscheidungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge in Brandenburg.[20] Demnach wurden die Problemfelder »Kriminalität«, »gefälschte Dokumente«, »hohe Kosten«, »Risiken für die Gesundheit«, »Integration in den Arbeitsmarkt«, »Fluchttraumata«, »unbegleitete minderjährige Flüchtlinge«, »mangelnde Integration in das Bildungssystem« und rechtliche Streitfragen im Zusammenhang mit der Anerkennung bzw. mit dem subsidiären Schutz abgedeckt.

Die Kleine Anfrage zum Thema »Ladendiebstähle durch Flüchtlinge« bezog sich auf einen Artikel in der FAZ (v. 28.01.2016). Demnach verfolgten die zuständigen Behörden kleinere Ladendiebstähle und Sachbeschädigungen, die von Flüchtlingen ohne Dokumente begangen worden waren, nicht weiter. Die AfD-Fraktion im niedersächsischen Landtag fragte nach der Anzahl von Ladendiebstählen, die 2016/17 von Flüchtlingen ohne Dokumente begangen und nicht weiter verfolgt worden sind. In der Antwort verwies die niedersächsische Landesregierung auf die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS), nach der im fraglichen Zeitraum 33 071 (2016) bzw. 30 333 (2017) Fälle von Ladendiebstahl bekannt wurden. Als Tatverdächtige wurden 5 118 bzw. 3 849 Flüchtlinge ermittelt. Die PKS beinhalte allerdings nur Angaben über den Stand der Ermittlungen, aus der Statistik gehe nicht hervor, wie die Verfahren ausgegangen sind. Weiter fragte die AfD-Fraktion nach der Zahl jener Ladendiebstähle, die wegen Geringfügigkeit eingestellt worden sind, nach dem entstandenen wirtschaftlichen Schaden, nach der Höhe der Personalkosten bei den Ermittlungsbehörden im Zusammenhang mit solchen Ladendiebstählen und nach dem zusätzlichen Sicherheitspersonal, das eingestellt wurde. All diese Fragen konnte die Landesregierung nicht beantworten, weil die PKS dazu keine Angaben macht.

Eine andere Kleine Anfrage berührte Fragen des Asyl- und

Aufenthaltsrechts, thematisierte die entstehenden Kosten und unterstellte einen Missbrauch von Dokumenten. Die Kleine Anfrage »Reiseausweise für Flüchtlinge« rekurrierte auf Artikel 28 der Genfer Flüchtlingskonvention, nach dem Flüchtlinge einen Reiseausweis erhalten sollen, mit dem sie Auslandsreisen unternehmen können. Der AfD-Bundestagsabgeordnete Stephan Brandner, der diese Anfrage zusammen mit seiner Fraktion gestellt hatte, wollte die Anzahl der Flüchtlingen ausgestellten Reiseausweise erfahren und erhielt als Antwort der Bundesregierung eine tabellarische Übersicht: Wurden im Jahr 2007 nur 607 Reiseausweise für Flüchtlinge ausgestellt, so waren es im Jahr nach dem »Flüchtlingssommer« 313 632 und im Jahr 2017 immer noch 254 285 Reiseausweise. Wie zu erwarten, gingen die meisten Reiseausweise an Flüchtlinge aus Syrien.

Der AfD geht es mit solchen Anfragen keineswegs nur darum, Statistiken offenzulegen, sondern sie ist bestrebt, die Öffentlichkeit auf die Folgekosten der »Flüchtlingskrise« aufmerksam zu machen: Sie fragte nach den durch die Reiseausweise für Flüchtlinge jährlich entstehenden Kosten, welche die Bundesregierung auf 60 Euro pro Ausweis bezifferte. Das machte für die Jahre 2015 bis 2017 Gesamtkosten in Höhe von 43 665 420 Euro für die Ausstellung solcher Dokumente. Die weiteren Fragen arbeiteten mit der Unterstellung, dass Flüchtlinge lügen, falsche Angaben zu ihrer Identität machen und Missbrauch mit ihren Papieren betreiben. So fragte Brandner danach, wie die Angaben, die der Inhaber eines solchen Ausweises macht, denn überprüft werden können. Gefragt wurde, wie viele Reisepässe seit 2007 jährlich wieder eingezogen bzw. freiwillig zurückgegeben worden seien und welche Erkenntnisse zu Missbrauchsfällen vorlägen. Eine weitere Frage zielte darauf, wie häufig solche Reisepässe benutzt würden, um in das Herkunftsland zu reisen. In den meisten Fällen musste die Bundesregierung passen, weil ihr keine belastbaren Erkenntnisse

vorlagen. Nur in Bezug auf den Missbrauch solcher Pässe gestand die Bundesregierung ein, dass ihr »allgemeine Erkenntnisse« vorlagen, »nach denen Reiseausweise für Flüchtlinge, Personen zur illegalen Einreise nach Deutschland überlassen oder verkauft werden, die dem Reiseausweisinhaber ähnlich sehen«.[21]

Anlass für die Kleine Anfrage nach den Taxifahrten von Flüchtlingen, eingereicht von dem niedersächsischen AfD-Landtagsabgeordneten Jens Ahrends, waren Recherchen des MDR. Dieser öffentlich-rechtliche Rundfunksender hatte im November 2017 berichtet, dass Flüchtlinge und Asylbewerber/innen in Sachsen regelmäßig mit einem Taxi zu ihren Arztterminen und Behördenbesuchen chauffiert würden. Hierbei handelte es sich nicht bloß um Kurzfahrten innerhalb des Stadtgebiets, sondern auch um Überlandfahrten von bis zu 80 Kilometern. Laut MDR-Beitrag wurden die Taxifahrten damit begründet, dass Flüchtlinge eine geringe Ortskenntnis besäßen; somit bestehe die Gefahr, dass sie nicht pünktlich zu ihren Terminen einträfen, würden sie öffentliche Verkehrsmittel benutzen.

Durch die Vorbemerkung zu der Anfrage wurde das Ergebnis der MDR-Recherchen per Drucksache einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht und der Eindruck erweckt, dass Flüchtlinge und Asylbewerber in Sachsen (und möglicherweise auch in Niedersachsen) großzügig behandelt werden und – falls gewünscht – auf Staatskosten auch lange Taxifahrten unternehmen können, um ihre Termine wahrzunehmen. Obwohl die niedersächsische Landesregierung in ihrer Antwort deutlich machte, dass die rechtliche Lage in dem Bericht verkürzt dargestellt worden sei, entstand der Eindruck, dass der Freistaat Sachsen mit Steuermitteln leichtsinnig umgeht, zumal er Flüchtlinge und Asylbewerber/innen gegenüber anderen Bewohner(inne)n womöglich sogar bevorzugte. Die Antwort der niedersächsischen Landesregierung ließ zwar erkennen, dass nicht jeder Flüchtling

bzw. Asylbewerber in ein Taxi steigen kann, um Arzt- oder Behördentermine wahrzunehmen, sondern dass eine Taxirechnung nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen übernommen wurde, z.B. bei schweren Erkrankungen (nach einer Operation, Fahrten zu einer Chemotherapie oder Dialyse), im Falle einer fortgeschrittenen Schwangerschaft oder bei Gehbehinderungen. Auch wenn die pauschale Unterstellung eines Freifahrtscheins für Flüchtlinge und Asylbewerber von der Landesregierung aus der Welt geschafft werden konnte, blieb der Verdacht hängen, dass für die Flüchtlinge alles getan wird, für die gesetzlich Versicherten hingegen wenig.

Zudem war die niedersächsische Landesregierung in der Pflicht, die dadurch entstandenen Kosten aufzulisten. Bezogen auf die Regelleistungsempfänger/innen entstanden laut Landesregierung folgende Ausgaben für Taxifahrten: ca. 47 Millionen Euro im Jahr 2015, 117 Millionen Euro im Jahr 2016 und 66 Millionen Euro im Jahr 2017. Diese Summen relativieren sich allerdings mit Blick auf die Anzahl der Regelleistungsempfänger/innen. Im Jahr 2015 entfielen nur 0,46 Euro auf jeden Regelleistungsempfänger, und im Jahr 2017 waren es 1,55 Euro. Wie dieses Beispiel zeigt, zielt die parlamentarische Praxis der AfD-Fraktionen darauf ab, Neid, Missgunst und Konkurrenz zu schüren. In einer Zeit, in der die Leistungen für gesetzlich Versicherte abgebaut werden, setzen sie solch ein Thema auf die Agenda und suggerieren, dass Flüchtlinge besser versorgt werden als die Deutschen.

Ralph Weber, ein AfD-Landtagsabgeordneter aus Mecklenburg-Vorpommern, warnte in einer Kleinen Anfrage gar vor dem Ausbruch einer Epidemie.[22] Folgt man der Vorbemerkung seiner Kleinen Anfrage, so hatten Forscher der Universität Zürich einen neuen Tuberkulosekeim bei Flüchtlingen entdeckt, der gegen fünf verschiedene Antibiotika resistent sein soll. Mittels dieser Anfrage wurde ein Bedrohungsszenario aufgebaut, demzufolge die überwunden geglaubte Tuberkulose wieder in Europa oder im

Bundesgebiet ausbrechen könnte. Schutz hätten die Flüchtlinge als Träger/innen dieses multiresistenten Keims. Wieder konnte die Antwort der Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern das Bedrohungsszenario entkräften. Bislang sei ein solcher Keim in Europa in einigen Fällen aufgetaucht, in dem eigenen Bundesland allerdings bislang nicht. Zweck der Anfrage: Es sollte wohl die Angst vor einer sich ausbreitenden Epidemie oder gar Pandemie geschürt werden, die nicht mehr mit Antibiotika einzudämmen ist.[23]

Zahlreiche Anfragen der AfD betrafen die Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen, darunter einige, welche die Aufmerksamkeit auf die Schattenökonomie richteten und im Zusammenhang damit unterstrichen, dass von Flüchtlingen eine Gefahr ausgehe. Exemplarisch gezeigt sei dies am Beispiel einer Anfrage zur Schwarzarbeit von Flüchtlingen.[24] Der sächsische AfD-Landtagsabgeordnete Mario Beger nahm damit auf einen Artikel in der FAZ (v. 30.8.2016) Bezug. Demnach waren Arbeitsvermittler in Asylbewerberheimen unterwegs und versuchten dort gezielt, Flüchtlinge für unangemeldete Jobs anzuwerben. Eine von der FAZ zitierte Studie kam zu dem Ergebnis, dass Hunderttausende von Flüchtlingen im Bereich der Schattenökonomie tätig seien – deutlich mehr als in der offiziellen Statistik. Gefragt wurde nach den offiziellen Zahlen, die der sächsischen Staatsregierung zur irregulären Beschäftigung von Flüchtlingen vorlagen; ferner nach der Veränderung, die sich in den letzten drei Jahren vollzogen hatte. Das sächsische Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr verwies in seiner Antwort darauf, dass eigentlich die Behörden der Zollverwaltung für die Überprüfung solcher Fragen zuständig seien. Die Generalzolldirektion des Bundes könne jedoch keine Auskunft darüber erteilen, ob und in welchem Ausmaß solche Arbeitsvermittler in der Vergangenheit die Aufnahmeeinrichtungen oder Gemeinschaftsunterkünfte aufgesucht hätten, um Flüchtlinge

für irreguläre Beschäftigungen zu rekrutieren. Ebenso wenig könne die Frage beantwortet werden, ob es sich bei der »aufgedeckten Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung um Ordnungswidrigkeiten oder Straftaten von Flüchtlingen« handle.[25] Zudem wies das Wirtschaftsministerium darauf hin, dass in der Polizeilichen Kriminalstatistik »Straftaten nach dem Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz« nur dann erfasst würden, wenn Ermittlungsverfahren abschließend bearbeitet worden seien, wobei an der Bearbeitung solcher Verfahren in der Regel die Landespolizei Sachsen und die Behörde der Zollverwaltung bzw. die Finanzkontrolle Schwarzarbeit beteiligt sind. Mit Blick auf die PKS hieß es, dass im Jahr 2013 keine einzige Straftat in Sachen Schwarzarbeit registriert worden sei, wohingegen es im Jahr 2014 eine Straftat und im Jahr 2015 zwei waren.

Deutlich wurde an der Antwort der sächsischen Landesregierung, dass diese faktisch nicht dazu in der Lage war, die Anwerbung von Flüchtlingen für irreguläre Beschäftigung zu kontrollieren und zu sanktionieren. Dies bestätigte die AfD in ihrer Auffassung, dass der Staat in Bezug auf die »Flüchtlingswelle« handlungsunfähig und schwach sei. Schließlich musste die Landesregierung eingestehen, dass es ihr »grundsätzlich« nicht möglich war, »zu verhindern, dass Arbeitssuchende, darunter auch Flüchtlinge, von Vermittlern illegaler Beschäftigung angesprochen werden«.[26] Die Entscheidung und auch die Verantwortung, ein solches Beschäftigungsverhältnis einzugehen, liege einzig und allein bei der betreffenden Person.

Ganz gezielt fragte Beger auch danach, ob »bereits strafrechtliche Sanktionen gegen Auftraggeber, Vermittler oder Flüchtlinge verhängt« worden seien.[27] Die Landesregierung musste einräumen, dass sie keine »gesonderte Statistik über Straftaten von Flüchtlingen« führte. Weder werde ein Migrationshintergrund statistisch erfasst noch, ob ein Beschuldigter einen Asylantrag gestellt hatte. Ungeachtet der Herkunft weise die entsprechende

Datenbank 3 421 Ermittlungsverfahren gegen Auftraggeber, Vermittler oder Flüchtlinge aus.

Offenbar wollte Beger mittels seiner Kleinen Anfrage den Zugriff auf statistische Daten zum Ausmaß der Schwarzarbeit von Flüchtlingen erlangen. Diese Daten fungieren als Zündstoff im Kontext der Debatte um illegale bzw. irreguläre Arbeit, Schattenökonomie und Lohndumping, wobei es sich – gewiss nicht zufällig – um jene Themen handelt, die gerade von der in Sachsen weit rechts stehenden AfD im Zusammenhang mit der sozialen Frage debattiert werden.

Anknüpfend an Schätzungen, denen zufolge »ein Großteil der Flüchtlinge, gerade aus Kriegsgebieten, traumatisiert« sein soll, fokussierten die brandenburgischen AfD-Landtagsabgeordneten Birgit Bessin und Steffen Königer das Thema in einer Kleinen Anfrage. Sie nahmen Bezug auf einen am 16. September 2015 in der FAZ erschienenen Artikel, der sogar einen Anteil von 50 Prozent in die Diskussion gebracht hatte. Bessin und Königer fragten danach, wie viele der 2014/15 nach Brandenburg eingereisten Flüchtlinge traumatisiert seien, und baten um eine präzise Aufschlüsselung nach Alter und Geschlecht. Die beiden Abgeordneten wollten ferner wissen, auf welche Art und Weise dieser Zustand attestiert werde, welche Behandlungen erfolgt seien, welchen Verlauf die Behandlungen genommen hätten, ob sie positiv abgeschlossen werden konnten oder bislang zu keinem Abschluss gekommen seien, wie häufig staatliche Stellen involviert seien und wie oft man auf andere Netzwerke, u.a. aus Brandenburg, zurückgegriffen habe.

Das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Landes Brandenburg konstatierte, dass der Regierung zu diesem Sachverhalt keine Daten vorlagen. Es verwies zum einen darauf, dass die in der Kleinen Anfrage verwendeten Begriffe (z.B. »psychische Schäden« und »traumatisierte Flüchtlinge«) nicht eindeutig definiert seien und eine verbindliche Auskunft kaum

möglich sei. Ferner verwies das Arbeitsministerium auf die ärztliche Schweigepflicht, die es verbietet, Zahlen zu Traumatisierungen oder psychischen Störungen zu publizieren. Wie die Kleine Anfrage nahelegte, hat das Land Brandenburg im Laufe der »Flüchtlingskrise« zahlreiche Geflüchtete aufgenommen, die im Laufe der kommenden Jahre das Gesundheitssystem und die Gesellschaft insgesamt vor große Herausforderungen stellen. Bessin und Königer richteten ihre Anfrage an die Landesregierung – ungeachtet dessen, dass sie wissen sollten, dass es eine ärztliche Schweigepflicht gibt und die Landesregierung deshalb nicht dazu in der Lage ist, Auskunft zu erteilen.

Was immer wieder in den öffentlichen und mithin auch in den von der AfD lancierten Debatten auftaucht: die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge. So hat auch Harald Feineis, AfD-Abgeordneter in der Hamburger Bürgerschaft, dieses Thema in einer Kleinen Anfrage aufgegriffen. Die Überschrift »Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, von denen viele bereits volljährig sind« war bereits ein politisches Statement.[28] Feineis knüpfte an einen Bericht des Landesbetriebes Erziehung und Beratung an, der sich mit der Inobhutnahme und Betreuung von »unbegleiteten minderjährigen Ausländern« (UMA) befasste. Folgt man dem Bericht, so waren 38,2 Prozent der jugendlichen Ausländer, die im Jahre 2017 in Obhut genommen wurden, nicht minderjährig. Wie es in der Vorbemerkung zu der Kleinen Anfrage hieß, kostet die Versorgung eines UMA jährlich ca. 60 000 Euro. Feineis wollte wissen, wie viele UMA sich in der Obhut des Landesbetriebes Erziehung und Beratung befanden, wie groß der Anteil an Ausländern und an Flüchtlingen war, und aus welchen Herkunftsländern die ausländischen In-Obhut-Genommenen kamen. Die Antwort ergab, dass sich im März 2018 insgesamt 149 Minderjährige in der Obhut des Landesbetriebs Erziehung und Berufsbildung befanden. Schwerpunktmäßig handelte es sich hier –

neben vielen Jugendlichen aus Deutschland (33) – um Jugendliche aus Afghanistan (29), Eritrea (12), Guinea (11), Somalia (10) und Syrien (10). Die Frage, wie viele dieser Personen bereits volljährig seien und aus welchem Grund sie sich immer noch in der Einrichtung befänden, war entweder naiv oder provokativ. Hinreichend bekannt ist, dass eine Inobhutnahme von Personen über 18 Jahren rechtlich ausgeschlossen ist – so auch die Antwort des Hamburger Senats.

Weitere Fragen zielten darauf ab, wie häufig in Hamburg UMA keine Ausweispapiere vorlegen konnten und wie oft sich die Ausweispapiere als Fälschungen erwiesen. Laut der Antwort des Hamburger Senats werden solche Fälle nicht erfasst. Feineis wollte auch erfahren, in wie vielen Fällen UMA aufgrund des Erreichens der Volljährigkeit aus der Inobhutnahme herausgefallen waren. Dazu lagen dem Hamburger Senat gleichfalls keine Statistiken vor, weil dies nicht beim Landesbetrieb Erziehung und Beratung erfasst worden sei. Um diese Frage zu beantworten, müssten pro Jahr ca. 500 Akten überprüft werden. Die Frage, wie viele UMA im Jahr 2017 ausgewiesen worden seien, beantwortete der Hamburger Senat mit dem Hinweis, dass die Ausweisung eines einzigen minderjährigen Ausländers erfolgt sei. In dem Fall lagen drei rechtskräftige Verurteilungen und ein »schwerwiegendes Ausweisungsinteresse« (§ 54 Abs. 2 Nr. 2 *Aufenthaltsgesetz*) vor.

Dann wurde nach den entstandenen Kosten gefragt. Nach Auskunft des Hamburger Senats kostete ein Platz in der Erstversorgung für einen UMA bei einer Verweildauer von bis zu sechs Monaten ca. 56 200 Euro. Die Kosten pro Jahr für einen Betreuungsplatz im Rahmen der Hilfe zur Erziehung betrugen zwischen 18 900 und 52 900 Euro, die für einen Platz in der Erstaufnahme 30 000 Euro und die für die Folgeunterbringung einer Einzelperson 7 044 Euro. Erkennbar wird, dass die AfD das parlamentarische Instrument der Kleinen Anfrage nutzt, um

rassistische Klischees zu verbreiten – etwa das, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge seien meist älter und befänden sich deshalb häufig zu Unrecht in Einrichtungen für Minderjährige. Und wie in den anderen Anfragen auch wurde immer wieder auf die Kosten abgehoben, die durch die Unterbringung von (jungen) Geflüchteten entstehen.

Eine weitere Anfrage zur Integration von Geflüchteten in das Bildungssystem bzw. in den Arbeitsmarkt griff das Thema »Lehrkräftepotenzial unter Flüchtlingen« auf. Anlass der AfD-Anfrage war ein Bericht der *Westdeutschen Allgemeinen Zeitung* vom 8. Dezember 2017, in dem es hieß, dass sich geflüchtete Lehrkräfte an der Ruhr-Universität Bochum in einem auf zwölf Monate angelegten Programm »Lehrkräfte plus« fortbilden lassen können. Wenn sie die Fortbildung erfolgreich absolviert hätten, seien sie dazu berechtigt, an Haupt-, Real- und Gesamtschulen in Nordrhein-Westfalen zu unterrichten. Das Projekt werde, so die Vorbemerkung der AfD, vom dortigen Schulministerium unterstützt und von der Essener Stiftung Mercator gefördert.

In ihrer Antwort wies die nordrhein-westfälische Landesregierung darauf hin, dass die Fortbildung geflüchteten Lehrer(inne)n eine »Perspektive für ihr Berufsfeld« in Deutschland bieten wolle. Die Qualifizierung erfolge ein Jahr auf sprachlicher und fachlicher Ebene und umfasse eine Hospitanz an Schulen, sodass die Lehrkräfte auch praktische Erfahrungen sammeln könnten. Die Lehrer/innen, die diese Fortbildung absolviert haben, sollen nach Auskunft der Landesregierung in den Unterrichtsfächern Englisch, Französisch, Chemie, Physik Mathematik und Sport eingesetzt werden.

Jene Fragen, die von Helmut Seifen stellvertretend für die AfD-Fraktion eingebracht wurden, zielten nicht bloß darauf ab, die Anzahl der für die Fortbildung bereitgestellten Studienplätze in Erfahrung zu bringen und abzufragen, ob neben der Ruhr-

Universität Bochum auch andere Hochschulen beteiligt waren. Seifen wollte auch wissen, wie viele geflüchtete Lehrer/innen, die in NRW leben, schätzungsweise für ein solches Programm in Frage kämen. Die Landesregierung erteilte die Auskunft, dass pro Jahr 25 geflüchtete Lehrer/innen als Studierende an der Ruhr-Universität aufgenommen werden können. Derzeit sei das Programm auf drei Jahre angelegt.

Eine weitere Frage suggerierte, dass man Zweifel daran haben könne, ob es sich um Flüchtlinge handelt. Sie lautete: »Von vielen ›Flüchtlingen‹ liegen oftmals keine Ausweispapiere oder andere personenbezogene Dokumente vor. Nach welchen Kriterien sollen Personen in das Programm ›Lehrkräfte plus‹ einbezogen werden?« Der Abgeordnete Seifen hatte das Wort »Flüchtlinge« in Anführungszeichen gesetzt, um Zweifel am Flüchtlingsstatus der betreffenden Personen auszudrücken. Erstaunlich ist, dass die Landtagsverwaltung diese Anführungszeichen akzeptiert hat, weil damit ein deutliches politisches Statement verbunden war, das eigentlich in Kleinen Anfragen nicht in dieser Deutlichkeit zum Ausdruck kommen darf.

Mit der nächsten Frage wollte der AfD-Landtagsabgeordnete in Erfahrung bringen, ob geplant sei, Absolvent(inn)en in reinen Migrationsklassen einzusetzen – also ob Geflüchtete nicht dazu in der Lage seien, in Regelklassen zu unterrichten. Die Landesregierung antwortete, dass ein erfolgreicher Abschluss des Programms an der Ruhr-Universität Bochum nicht zu einer vollen Lehramtsbefähigung führe. In welcher Form die geflüchteten Lehrer/innen in Schulen zum Einsatz kämen, hänge von den »individuellen Voraussetzungen und Möglichkeiten« ab.[29] Obwohl die AfD-Fraktion aufgrund der Geschäftsordnung des nordrhein-westfälischen Landtages dazu gezwungen ist, sich an bestimmte Spielregeln zu halten, zeigt diese Anfrage klar, dass sie das Parlament als Bühne nutzt, um ihren Zweifeln öffentlich Ausdruck

zu geben, dass Flüchtlinge tatsächlich Flüchtlinge und dazu in der Lage sind, in Regelklassen zu unterrichten.

Zwischenfazit

Wie man sieht, ist »Fluchtmigration« zum Kernthema der AfD im Bundestag und in den Landtagen avanciert. Zuwanderung findet sich als zentraler Punkt in Anträgen, Anfragen und Plenarreden. Das genannte Themenfeld erweist sich für die AfD als besonders wichtig, weil es als Querschnittsthema im Sinne des Nationalpopulismus mit einer Vielzahl von Diskursen verknüpft werden kann, vor allem mit ökonomischen, politischen, sozialen und gesellschaftlichen Krisenerscheinungen. Es geht dabei um Kosten, die in Zusammenhang mit der Aufnahme von Geflüchteten entstehen, um Asylfragen und um die soziale Frage (Verdrängung von Altmietern), um den Sicherheitsdiskurs (Islamismus und Kriminalität von Geflüchteten), um muslimischen Antisemitismus sowie um Gewalt gegen Frauen (Asyl und Sexualstraftäter). Nicht zuletzt findet sich immer wieder die Verknüpfung des Asyldiskurses mit dem Diskurs um Krankheit, Seuchen und Epidemien, etwa in der Anfrage »Ausbruch einer Epidemie in der Erstaufnahmeeinrichtung in Schneeberg« von dem AfD-Landtagsabgeordneten André Wendt und seiner Fraktion oder in der Anfrage »Anzahl an Tuberkulose und Pockenerkrankungen in Deutschland 2015 bis 2017« von dem AfD-Bundestagsabgeordneten Christian Wirth.[30] Auch in der Anfrage »Erhöhte Infektionsrisiken durch Massenzuwanderung«, eingereicht von dem baden-württembergischen Landtagsabgeordneten Hans Peter Stauch,[31] wurden die Themen »Asyl« und »Seuchen« miteinander verbunden – eine Verknüpfung, die dazu geeignet erscheint, viele Menschen in Panik zu versetzen, um sie dann gegen eine humanitäre

Flüchtlingspolitik zu mobilisieren.[32]

Innenpolitik: Bedrohungsszenarien aller Art

Die Innenpolitik ist ein weiterer thematischer Strang, den die AfD-Fraktionen systematisch behandeln. Bis zur parlamentarischen Sommerpause 2018 hatte die AfD bereits 41 Kleine Anfragen und acht Anträge bzw. Gesetzentwürfe aus diesem Themenfeld in den Bundestag eingebracht und damit diesem Politikbereich nach ihrem Schlüsselthema »Migration und Flucht« die zweitgrößte Aufmerksamkeit gewidmet. Vor dem Hintergrund ihrer generellen Ausrichtung auf eine ausgrenzende, nationalistische Politik ist das nicht weiter verwunderlich, bildet die Innenpolitik doch den Ort, an dem Repression und autoritäre Politikvorstellungen am besten umgesetzt werden können. Zudem ist das Migrationsthema eng mit der Innenpolitik verbunden, weil hier die Waffen der nationalen, aber auch der europäischen Abschottungspolitik geschmiedet werden. Da die AfD Flüchtlingsbewegungen und Zuwanderung vor allem als Bedrohung begreift, ist die Innenpolitik ein wichtiges Feld der parlamentarischen Arbeit ihrer Fraktionen.

Dabei sind vor allem drei Themenkomplexe für die innenpolitischen Initiativen der AfD-Fraktionen in den Landtagen und im Bundestag zentral: Bedrohungsszenarien durch (islamistischen) Terrorismus, die Gefährdung durch allgemeine und besonders migrantische Kriminalität sowie die Diskreditierung aller Projekte bzw. Initiativen gegen Rechtsextremismus und Rassismus.

Die gezielte Verstärkung vorhandener Angst- und Bedrohungsgefühle gehört zum Kerngeschäft der Ultrarechten in all ihren Schattierungen. Für die Rechtspopulisten in Europa ist die angebliche Bedrohung ihrer Nationalstaaten durch (Flucht-)Migration aus anderen »Kulturkreisen« das Kernproblem. Angeknüpft wird hier an vorhandene Bedrohungsgefühle in Teilen der Bevölkerung, die jedoch in einem weiten Sinne vor allem sozial begründet sind und mit den durch die Globalisierung bzw. die neoliberale Modernisierung verbundenen Unsicherheiten zusammenhängen. Die Rechte lenkt diese größtenteils berechtigten Ängste und Sorgen gezielt auf die Migrant(inn)en als Personifizierung massiver Veränderungen in den europäischen Gesellschaften. Es kann in Reaktion auf eine solche Politik der AfD also nicht darum gehen, Bedrohungen und Ängste generell zu negieren, es muss vielmehr darum gehen, deren wirkliche Gründe und Hintergründe zu benennen und glaubwürdige Lösungsangebote zu präsentieren.

Erfolgreich kann die AfD mit ihrer Thematisierung der Bedrohungsängste nur sein, weil sie an reale Erfahrungen anknüpft. So ist der islamistische Terrorismus tatsächlich eine Bedrohung und keine Erfindung des Rechtspopulismus. Der AfD geht es jedoch darum, diese Bedrohung allen Migrant(inn)en zuzurechnen, um so ihre Politik der generellen Abgrenzung zu legitimieren. Diese spezifische Form der Thematisierung von Gefahren richtet sich zwar in erster Linie, aber nicht nur gegen die Zugewanderten. Sie dient der AfD auch zur Markierung ihres innenpolitischen Feindes. Alle politischen Entscheidungsträger, die real oder vermeintlich gegen die Politik der AfD sind, werden von ihr als »Feinde des deutschen Volkes« angesehen, mit denen man auch entsprechend verfahren muss. So finden sich in den Reden von AfD-Politiker(inne)n häufig Formulierungen, mit denen die politische Konkurrenz kriminalisiert bzw. ihr mit einer Anklage oder Gefängnis gedroht wird. Damit

knüpft die AfD an Formen der politischen Feindmarkierung an, wie sie im latenten Bürgerkriegsklima der Weimarer Republik üblich und im Faschismus der Freibrief für die Einkerkerung, Folterung und physische Vernichtung politischer Gegner/innen waren.

Die seit Jahren bekannte Lücke zwischen realen Gefahren durch Straftäter und den subjektiven Bedrohungsgefühlen in weiten Teilen der Bevölkerung missbraucht die AfD, um die Kriminalitätsfurcht zu schüren und sie vor allem gegen Migrant(inn)en zu lenken.[33] Nach konservativer »Law and Order«-Manier wird Repression als einziges probates Mittel des Staates betrachtet; Prävention und Ursachenbekämpfung werden demgegenüber als schwächliche Mittel rot-grüner »Gutmenschen« bewertet. Anknüpfen kann die AfD dabei an autoritäre Einstellungsmuster in Teilen der Bevölkerung, die sich vor allem gegen schwache, aber auch delinquente Gruppen richten.[34] »Sicherheit und Ordnung« ist das Versprechen einer autoritären Politik, deren Vertreter/innen die sozialen Ursachen verbreiteter Unsicherheiten nie analysieren. In diesem Sinne ist der Politikansatz der AfD durchaus funktional und systemstabilisierend.

Schließlich bekämpft die AfD in aggressiver Form alle Varianten des Widerstandes gegen die angestrebte rechte Diskursverschiebung und Gesellschaftsentwicklung. In den Fokus geraten dabei parlamentarisch vor allem Projekte und Initiativen, die sich mit dem Rassismus und der Ultrarechten in all ihren Schattierungen beschäftigen, also auch das völkische Denken in der AfD thematisieren. Ungefähr seit der Jahrtausendwende ist ein inzwischen bundesweites Netz von staatlich geförderten Initiativen entstanden, die sich als mobile Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus, als Unterstützungseinrichtungen für die Opfer rassistischer Angriffe sowie in zahlreichen Modellprojekten und lokalen Initiativen für Demokratie bzw. gegen rechte und rassistische Tendenzen einsetzen. Die AfD versucht, solche Projekte generell zu kriminalisieren und nach dem Motto »Wer gegen

Rechtsextremismus engagiert ist, muss selbst Linksextremist sein« unter Extremismusverdacht zu stellen.

Das Bedrohungsszenario des (islamistischen) Terrorismus

Die wachsende Terrorgefahr durch Islamisten wird von der AfD in mehreren Landtagen thematisiert. Häufig handelt es sich darum, welche Maßnahmen die jeweilige Landesregierung zum Schutz der Bevölkerung ergreift, sowie um die Aufforderung, vermeintlich terroristische Bestrebungen in dem betreffenden Bundesland zu unterbinden. Die Thüringer Landtagsfraktion der AfD etwa will die Landesregierung dazu bewegen, auf Bundesebene für eine generelle Verschärfung aufenthaltsrechtlicher Regelungen aktiv zu werden. So soll das Abschiebeverbot, welches Menschen davor schützt, in Länder mit menschenrechtlich bedenklichen Gesetzgebungen abgeschoben bzw. direkter Bedrohung für Leib und Leben ausgesetzt zu werden, generell gelockert werden. Begründet wird das mit der Behauptung einer Gefährdung, die von diesen Personen ausgehe. Die ohnehin juristisch unbestimmte Kategorie des »Gefährders« wird von der AfD geradezu grotesk ausgeweitet. So sollen auch »illegale Einreise«, »Straftaten gegen das Eigentum« und »Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte« ausreichen, um den Schutz vor Abschiebung zu verlieren. Das heißt: Der »illegale« Grenzübertritt, einfacher Ladendiebstahl oder die Nichtbefolgung polizeilicher Anweisungen könnten dazu führen, dass Asylsuchende auch in Länder zurückgeschickt werden, in denen ihnen Verfolgung oder Tod drohen.[35]

Abschiebehaft ohne Altersbegrenzung und die Ausweitung von »DNS-Analysen auf alle technisch möglichen und ermittlungstaktisch sinnvollen Merkmale« sind weitere Forderungen der AfD.[36] Terrorismus und Kriminalität werden von dieser Partei

miteinander verbunden und in einen logischen Zusammenhang mit der Migration gebracht: »Auch Thüringen steht im Fadenkreuz des internationalen islamistischen Terrorismus und der grenzüberschreitenden sowie durch illegale Migration induzierten Kriminalität.«[37] Jener »homgrown terrorism«, der in Fällen spektakulärer Anschläge in Frankreich und anderen Ländern auf die Radikalisierung eigener Staatsbürger/innen zurückging, ist für die AfD eine spitzfindige Ablenkung, denn ihrer Ansicht nach ist entscheidend, dass der Täter einem anderen »Kulturkreis« entstammt und damit als Gefährder zu betrachten ist.

Eine »fremde« Kultur bzw. die muslimische Religion gilt prinzipiell als Bedrohung, weshalb die AfD eine »Deutschpflicht« für Predigten in Moscheen fordert. Hass und Abgrenzung werde in vielen Moscheen gepredigt, wovon die breite Öffentlichkeit aufgrund des »Gebrauchs einer Fremdsprache wie des Arabischen oder Türkischen« nichts erfahre.[38] Unklar bleibt, woher die AfD von diesen Inhalten, die es vermutlich gibt, erfahren haben will, wenn die fremde Sprache ein Erkennen unmöglich macht. Offenbar geht es weniger um Gefahrenabwehr, die den Behörden über V-Leute zweifellos möglich wäre, als um einen symbolischen Zwang zur Assimilation, durch die neben der »fremden« Kultur und Religion auch die »fremde« Sprache zum Verschwinden gebracht werden soll.

Die AfD-Bundestagsfraktion hat die Initiativen aus den Ländern aufgenommen und einen Gesetzentwurf zum »Schutz der Bevölkerung vor ausländischen Gefährdern« eingebracht. Zwar liegt die Kompetenz der Gefahrenabwehr zunächst bei den Bundesländern, aber natürlich wollte sich die AfD die große Bühne bei diesem Thema nicht nehmen lassen. Ziel des Gesetzentwurfs ist die Verschärfung des *Aufenthaltsgesetzes* durch Einführung einer Meldepflicht für all jene Migrant(inn)en, gegen die eine Ausweisungsverfügung oder Abschiebeanordnung vorliegt. Weiter

soll »bei Ausländern, von denen eine erhebliche Gefahr für die innere Sicherheit oder für Leib und Leben Dritter ausgeht«, die Möglichkeit der Haft geschaffen werden, die so lange andauern kann, »bis die Ausweisung vollzogen wurde«.[39]

Asylbewerber ohne Bleibeperspektive gelten der AfD generell als potenzielle Straftäter. In der Begründung des Antrags heißt es, »dass Ausländer, die mit Ausweisung bedroht sind, keinen Grund mehr haben, sich rechtstreu zu verhalten, und insofern leichter in Gewalttätigkeiten abgleiten können. Daraus folgt, dass die Gewaltdelikte durch Ausländer weiter zunehmen werden, da die Gruppe jener, die asylberechtigt sind, klein ist.«[40] Geflüchtete, die sich nichts haben zuschulden kommen lassen, sollen nach dem Willen der AfD mit einer Meldepflicht belegt werden und potenziellen Gefährdern soll eine Haft von unbegrenzter Dauer drohen, denn die Zeit bis zu einer möglichen Abschiebung kann sich über Jahre hinziehen. Hinter dem Begriff »Gefährder« verbirgt sich eine vage, auf Vermutungen und nicht auf Tatsachen beruhende Einschätzung der Sicherheitsbehörden gegenüber potenziellen Straftätern, mit der die unbegrenzte Haft nach dem Willen der AfD begründet wird. Ohne Tat und Tatnachweis soll so eine Form der Präventivhaft implementiert werden, die sich jedoch nur gegen »ausländische Gefährder« richtet.

Den Hinweis auf die Verfassungswidrigkeit eines solchen Vorschlags konterte der AfD-Abgeordnete Roman Reusch, der im Bundestagsplenum zu dem Gesetzentwurf sprach, mit einer Relativierung der Bedeutung des *Grundgesetzes*: »Müssen wir die Leute einsperren? Wenn man das nicht will, zieht man immer sofort das Totschlagargument: verfassungswidrig.«[41] Die von der Verfassung gezogenen Grenzen sind für die AfD demnach nicht verbindlich.

Deutlicher als in den schriftlich formulierten Anträgen und den Gesetzentwürfen wird die AfD, wenn sie ihre Absichten im Plenum

begründet. Zu dem Gesetzentwurf »Umfassende Grenzkontrollen sofort einführen – Zurückweisung bei unberechtigtem Grenzübertritt«[42] hielt der Abgeordnete Gottfried Curio eine Rede, die alle Elemente der von der AfD propagierten Bedrohungsszenarien beinhaltete und Geflüchtete als eine homogene Gruppe krimineller Subjekte erscheinen ließ: »Ist aber der Schleuser kriminell, so ist es auch sein Auftraggeber. Wer sich schleusen lässt, will betrügen. (…) Die Asylbehaupter hier aufzunehmen, die Urlaubsreisen zu ihren Familien machen, ist auch kein Akt der Humanität. (…) Dem [der behaupteten Unterstützung ›offener Grenzen‹ durch die Bundesregierung; Ch.B./G.H./G.W.] dient die Duldung des massenhaften Identitätsbetrugs durch weggeworfene und gefälschte Pässe, dem dient die bewusste Fehlbezeichnung ›Flüchtling‹ für Sozialmigranten. (…) Integration ist gescheitert, schon wegen der schieren Menge. Sie wird von den Migranten selbst auch nicht gewünscht, die ihre eigene Kultur leben wollen – nach den gesetzwidrigen Regeln der Scharia. (…) Sie [die Bundesregierung; Ch.B./G.H./G.W.] hat massenhaft archaische, frauenfeindliche Gewalttäter ins Land geholt – ohne Not –, aber immerhin doch auch Fachkräfte importiert: für Messerattacken.«[43]

Immer wieder finden sich in Reden von AfD-Abgeordneten pauschale Formen der Kriminalisierung aller Geflüchteten, verbunden mit einer Kriminalisierung der politisch Verantwortlichen. Noch einmal sei Curio zitiert: »Wer illegal die Grenze übertritt, ist Betrüger; wer ohne Papiere kommt, will das deutsche Volk betrügen. Dieser Betrug ist Raub, ist Gewalt, ist Kriminalität. Und wer Leute ohne Papiere reinlässt, leistet Beihilfe, ist Mittäter. (…) Da wird ein Millionenheer archaisch geprägter junger Männer ins Land gelassen, denen Frauen als Schlampen und Übergriffsobjekte gelten, wenn sie sich nicht der islamischen Unterdrückungskultur anbequemen. Gelernte Frauenverachtung aber ist programmierter Frauenmord.«[44]

Grenzübertritte, die ob der Abschottungspolitik der EU generell ohne Schleusung nicht möglich sind, erklärte Curio zu einem kriminellen Akt. Angeblich werden Not und Verfolgung nur »behauptet«, während es aus AfD-Sicht um die betrügerische Erschleichung deutscher Sozialleistungen geht, womit Migrant(inn)en der Arbeitswille pauschal abgesprochen wird. Als homogene Masse ohne Individualität wollen die Migrant(inn)en laut Curio eine fremde und gesetzeswidrige Kultur in Form der Scharia ausleben. Schließlich wird diese ununterscheidbare Masse als Ansammlung von Vergewaltigern und Messerstechern, mithin als alltägliche Bedrohung für die Bevölkerung dargestellt. Die Verantwortlichen einer solchen Politik sind für die AfD ausnahmslos »Verräter am deutschen Volk« und Angela Merkel gilt ihr als »Kanzlerin der Ausländer«, die nicht auf die Regierungsbank, sondern eher »auf die Anklagebank« gehöre.[45]

Diese Form der vor allem emotionalisierenden Rede soll das ohnehin vorhandene Bedrohungsgefühl in Teilen der Bevölkerung weiter steigern. Ganz in diesem Sinne wurde das von der AfD geforderte »Verbot der Vollverschleierung im öffentlichen Raum« mit scheinbar frauenrechtlichen Argumenten und mit dem Sicherheitsaspekt gerechtfertigt. Burka und Niqab seien »Uniformen des Salafismus und Islamismus«, hieß es.[46] Zudem beeinträchtige die »Vollvermummung im öffentlichen Raum« die innere Sicherheit: »Gesichtsverschleierung macht Videoüberwachung wertlos und begünstigt terroristische Vorhaben.«[47] Aus den Opfern des frauenverachtenden Islam werden so schnell Täterinnen des Islamismus. Und sogleich erfolgte die Ausweitung der Bedrohung auf die gesamte Gesellschaft, als Curio in seiner Rede zu dem oben genannten Antrag ausführte: »Wenn jetzt wegen verfehlter Zuwanderungspolitik unsere Frauen bald einer Mehrheit von jungen Männern aus archaischen, frauenfeindlichen Gesellschaften gegenüberstehen: Sollen Frauen dann erst auf kurze Röcke

verzichten, dann besser ihre Haare mit einem Kopftuch verhüllen, um am Ende in einer Burka eingesperrt herumlaufen zu müssen? Sollen angstfreie Räume Mangelware werden und abendliches Joggen eine Mutprobe? Dahin darf es nicht kommen.«[48] Ganz offensichtlich benötigt die AfD das Bedrohungsszenario des Islamismus, um ihre entgrenzte Form repressiver Sicherheitspolitik zu legitimieren.

Das Bedrohungsszenario der (Ausländer-)Kriminalität

Der repressive Sicherheitsstaat ist das Leitbild einer konservativen und reaktionären Politik. Insofern setzt die AfD eine Linie fort, die auch bei CDU und CSU existiert. Für die AfD spielt jedoch die Zuordnung der Kriminalität zum Feindbild »(Flucht-)Migranten« eine besondere Rolle. Man könnte auch von einem Ethnisierungsprozess im Rahmen des Kriminalpopulismus sprechen. Die AfD nutzt den Anteil von Migrant(inn)en an bestimmten Straftaten, um ihnen Kriminalität wesenhaft zuzuordnen und diese nicht aus der spezifischen Situation einer sozial und ökonomisch randständigen Gruppe heraus erklären zu müssen.[49] Letztlich geht es der Partei überhaupt nicht um die Verhinderung oder Eindämmung von Kriminalität durch Prävention, sondern um die Stigmatisierung ganzer Bevölkerungsgruppen, denen jede Form der Legitimität abgesprochen werden soll.

Zentral für die Erfassung von Kriminalität ist für die AfD die Rückführung auf die (ethnische) Herkunft der Täter/innen. »Entwicklung der Kriminalität im Hinblick auf Täterherkunft« hieß ein im Landtag von Baden-Württemberg eingereichter AfD-Antrag.[50] Die AfD-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt forderte in einem Antrag, die Fahndung nach Tätern und die Identifizierung von Opfern dadurch zu erleichtern, dass die DNS-Merkmale

forensisch ermittelt werden.[51] In Abänderung der bestehenden Gesetzeslage sollen mittels DNA-Spuren neben einer »Feststellung der Abstammung« potenzieller Täter auch »äußerlich erkennbare Merkmale« bestimmt werden. Fragt man sich nach der praktischen Auswirkung solcher Auswertungen, wird schnell klar, in welche Richtung der AfD-Vorstoß zielt: Blond-braunes Haar und helle Haut dürften wohl kaum zur Beschleunigung der Fahndung führen. Ganz anders sieht es dagegen aus, wenn von dunkler Haut und schwarzen, krausen Haaren gesprochen werden kann. Es geht der AfD offenbar darum, neue Fahndungsmöglichkeiten zu etablieren, mit deren Hilfe man vor allem die migrantische Bevölkerung genauer in den Blick nehmen und unter Generalverdacht stellen kann. In scheinheiliger, aber gleichwohl entlarvender Weise schreibt die AfD: »Zudem könnten auch mögliche voreilige Verdächtigungen gegen bestimmte Bevölkerungsgruppen verhindert werden.«[52] Das ist nur perfide zu nennen: Erst befördert man rassistische Ressentiments, um sie anschließend als Grund dafür zu nennen, warum ihnen durch eine erweiterte DNA-Analyse womöglich der Boden entzogen werden kann.

Gewalt an Schulen ist ein Problem, das viele Eltern besorgt. Von der AfD wird es konsequent in einen Zusammenhang mit Zuwanderung gebracht. In Sachsen-Anhalt hat die AfD einen Antrag mit dem Titel »Null Toleranz für ausländische Gewalttäter an Schulen des Landes« eingebracht.[53] Unwillkürlich fragt man sich, ob gegenüber inländischen Gewalttätern mehr Toleranz geübt werden soll – warum sonst gibt es diese Spezifizierung? Bei einer genaueren Lektüre wird deutlich, dass es gar nicht um Gewalt an Schulen generell geht, sondern dass die AfD nur auf strafbare Handlungen von »ausländischen Gewalttätern« schaut. So will sie eine statistische Erfassung speziell für die »tätliche Beteiligung ausländischer Schüler« einführen und ein landesweites Beratungsteam zur Unterstützung betroffener Opfer einrichten

lassen, das »in Fällen ausländischer Schulhofgewalt umgehend aktiv wird«. Den polizeilichen Einsatzkräften möchte die AfD ermöglichen, »ausländische Schulhofgewalt ohne falsche Hemmschwelle zu unterbinden«. In der Begründung des Antrags wird der spezifische Blick auf »ausländische Gewalttäter an Schulen des Landes« gerechtfertigt, indem man diese Gewalt wesensmäßig »den Ausländern« zurechnet: »In der medialen Berichterstattung werden von Flüchtlingen und Migranten verübte Gewalttaten nicht selten zu ›Einzelfällen‹ deklariert. Diese Bezeichnung ist jedoch irreführend, da bereits ihre relative Häufigkeit als Kennzeichen eines typologischen Musters verstanden werden kann.« Ob kulturell oder biologisch begründet – es handelt sich um eine Form rassistischer Zuschreibung, die Gewalttätigkeit »den Ausländern« als Eigenschaft zurechnet.

Nicht Tatmotivation und Möglichkeiten der Prävention sind für die AfD beim Thema »Kriminalität« entscheidend, vielmehr interessiert sie die ethnische Herkunft der Täter. In Baden-Württemberg fragte die Fraktion denn auch in einem Antrag mit dem Titel »Innere Sicherheit – Entwicklung der Kriminalität in Hinblick auf Täterherkunft« explizit, wie sich »die Anteile der Täter in Hinblick auf Nationalität, Religion und Aufenthaltsstatus« verteilen.[54]

Ziel der AfD-Politik im Bereich der Innenpolitik ist es augenscheinlich, vorhandene Unsicherheitsgefühle in der Bevölkerung gezielt zu verstärken und sie gegen Geflüchtete und Ausländer/innen zu wenden. Doch nicht »nur« Ausländer/innen werden von der AfD unter den Generalverdacht der Kriminalität gestellt, sondern auch Menschen mit einem deutschen Pass, die möglicherweise oder tatsächlich einen Migrationshintergrund haben. Nicht umsonst will die AfD in Baden-Württemberg die Religion als ein Erfassungskriterium der Statistik einführen. Unausgesprochen geht es dabei um die in der AfD vertretene These,

wonach Menschen mit muslimischem Hintergrund kulturell besonders fremd und (deshalb) auch besonders kriminalitätsanfällig sind.

Die Aufwertung und Ausweitung der Polizeiarbeit sowie die Aufstellung von Bürgerwehren ist eine Antwort der AfD auf die von ihr geschürten Unsicherheitsgefühle. Auch der alte Plan von Teilen der Union, die Bundeswehr im Inneren einzusetzen, wird von der AfD aufgegriffen. In den Thüringer Landtag brachte sie einen Antrag mit dem Titel »Personalnotstand der Landespolizei beseitigen – Feldjäger und Informatiker für unsere Polizei« ein. Die Feldjäger sollten für eine »Stabilisierung der Sicherheitslage« sorgen, ganz so, als ob diese in Thüringen außer Kontrolle geraten sei.[55] In Berlin trat die AfD für die »Einführung eines freiwilligen Polizeidienstes« ein und behauptete, dieser würde vor »unkontrollierten Bürgerzusammenschlüssen – wie Bürgerwehren« schützen; sie will aber genau diese institutionell fördern.[56] Zu den Formen des repressiven Staates, die von der AfD in die Debatte eingeführt wurden, gehören außerdem – ebenfalls in Berlin – die Erlaubnis zu einem »finalen Rettungsschuss«, die Aufhebung des Jugendstrafrechts für Heranwachsende oder der Passentzug für Pädophile,[57] womit die Landtagsfraktion in Sachsen-Anhalt ein klassisches Kampagnenthema der NPD übernahm.

Die AfD steht in der erzkonservativen Tradition eines repressiven und strafenden Staates, geht darüber jedoch in Bezug auf die systematische Kriminalisierung von Migrant(inn)en noch deutlich hinaus. Ziel dieser Politik ist die gesellschaftspolitische Diskursverschiebung nach rechts. Folgerichtig betrachtet die AfD alle gesellschaftlichen Gruppen und Initiativen als ihre Feinde, die einer solchen Entwicklung und einer Verrohung der Sprache im Weg stehen.

Feindmarkierungen

Seit 2001 ist als Reaktion auf eine Welle von rassistischen Anschlägen ein mit Bundes- und Landesmitteln gefördertes Netzwerk von Projekten und Beratungseinrichtungen entstanden, das sich mit der extremen Rechten im kommunalen Raum, mit der Unterstützung von Opfern rechter und rassistischer Gewalt, mit Antisemitismus und mit weiteren Formen gruppenbezogener Ausgrenzung befasst. Wegen ihrer Verteidigung von rechten Gewalttätern angegriffener Menschen und zentraler Verfassungswerte sind diese Initiativen auch als Demokratieprojekte zu verstehen, deren Hauptaugenmerk der Lage und Situation von Minderheiten gilt. Neben der Arbeit zur traditionellen extremen Rechten haben sie in den vergangenen Jahren auch vermehrt den gesellschaftlichen Rechtstrend, die zunehmenden Angriffe auf Geflüchtete und die Rechtspopulisten der AfD, aber auch von PEGIDA, zum Thema gemacht. Die AfD reagiert darauf – wie eigentlich auf jede Form der Kritik und des Widerspruchs – mit einer Selbstinszenierung als Opfer politischer und medialer Stigmatisierung, mit aggressiver Polemik und dem Versuch der Kriminalisierung ihrer Gegner/innen.

In mehreren Landesparlamenten stellte die AfD frühzeitig Anfragen zu den besagten Projekten, in Sachsen-Anhalt gleich mit 236 Fragen in einer Großen Anfrage zum Verein Miteinander e.V. und zur Demokratieförderung durch das Land.[58] Mit solchen Anfragen soll die Notwendigkeit einer Arbeit gegen Rechts in Frage gestellt werden. Ziele sind weiterhin die Behauptung eines Missbrauchs staatlicher Mittel, die Unterstellung einer Kooperation der Projekte mit »linksextremistischen« Organisationen und der Vorwurf des politischen Missbrauchs dieser Projekte vor allem durch SPD, LINKE und Bündnisgrüne im Kampf gegen die AfD. Ein wesentlicher Grund für diese Feindmarkierung liegt sicherlich

darin, dass die AfD und mit ihr verbundene bzw. sympathisierende Organisationen wie PEGIDA oder die Identitäre Bewegung von diesen Demokratieprojekten zum Gegenstand der Beobachtung gemacht werden. Für die Frühwarnprojekte zur Aufklärung der Öffentlichkeit über Gefahren von Rechts gehört diese Beobachtung jedoch ohne Zweifel zu den Kernaufgaben, denn selbst das zu Recht häufig gescholtene Bundesamt für Verfassungsschutz konstatierte in seinem Jahresbericht 2016, dass ein immer breiteres und unklares Übergangsfeld von der extremen Rechten über den Rechtspopulismus zur bürgerlichen Mitte existiert.[59]

Man bestreitet seitens der AfD generell die Notwendigkeit einer Arbeit gegen die extreme Rechte. So hieß es in einem Antrag der baden-württembergischen Landtagsfraktion, dass die »Zahl der Rechtsextremen stagniert bis gesunken ist und (…) offenbar kein ›Nachwuchs‹ bei den Rechtsextremen feststellbar ist, der noch angesprochen werden könnte«.[60] Vor dem Hintergrund einer Welle rassistischer Übergriffe in den Jahren 2015 bis 2017,[61] von der auch Baden-Württemberg betroffen war, und angesichts einer rechtsterroristischen Gewalt, wie sie nicht bloß die mehr als ein Jahrzehnt lang unaufgeklärten NSU-Morde darstellten, handelte es sich um eine sehr gewagte Behauptung.

Die AfD setzt bei ihrer Bekämpfung der Demokratieprojekte vor allem auf eine Kriminalisierung derselben, die mittels des Extremismus-Ansatzes erfolgt. Projekte gegen die extreme Rechte werden von der AfD grundsätzlich unter »Linksextremismus«-Verdacht gestellt. Daher fordert die Partei die Rückkehr zu jener »Demokratieerklärung« bzw. »Extremismusklausel«, die unter der konservativen Bundesfamilienministerin Kristina Schröder im Jahr 2011 eingeführt worden war, um den Projekten ein Bekenntnis zur »freiheitlichen demokratischen Grundordnung« und zu den Zielen des *Grundgesetzes* abzuverlangen – ein paradoxes Ansinnen für Projekte, die gerade zentrale Verfassungswerte gegen Rechts

verteidigen.[62] Bei der Forderung nach Wiedereinführung dieser Klausel, die 2014 aufgrund massiver zivilgesellschaftlicher Proteste wieder abgeschafft worden ist, geht es in erster Linie darum, die Projekte unter Extremismusverdacht zu stellen.

In einem Antrag der AfD-Bundestagsfraktion zum selben Thema hieß es: »Kein auch noch so ehrenwert klingender Zweck, welchen Extremisten stets vorgeben zu verfolgen, kann die rechtswidrigen Mittel, die sie anwenden, legitimieren. Methoden wie beispielsweise Einschüchterung, Gewalt und Terror müssen von allen Demokraten ohne Wenn und Aber geächtet – und nicht gefördert – werden.«[63] Damit sollte der Eindruck erweckt werden, über die vom Staat unterstützten Projekte würden »Einschüchterung, Gewalt und Terror« gefördert. Die Realität sieht aber ganz anders aus, denn auf Nachfrage der Linksfraktion antwortete die Bundesregierung, dass es trotz – heimlicher und skandalöser – Überprüfung der Projektträger in keinem Fall zu inhaltlichen Beanstandungen oder finanziellen Rückforderungen gekommen sei.[64]

Je nach Ausrichtung der betreffenden AfD-Fraktion fällt die Diktion in den Anträgen und Anfragen zu den Demokratieprojekten mehr oder weniger aggressiv aus. Von den ideologisch und teilweise auch personell der extremen Rechten nahestehenden Fraktionen im Thüringer Landtag und im Landtag von Sachsen-Anhalt wird die Antifa schon mal zu einer »terroristischen« bzw. »kriminellen Vereinigung« erklärt, deren sofortiges Verbot man fordert.[65]

Genauso wie politische Entscheidungen kriminalisiert werden, zu denen die AfD in scharfer Opposition steht (»Merkel auf die Anklagebank!«), werden auch zivilgesellschaftliche Gruppen, die konträr zur AfD stehen, als Feinde markiert und kriminalisiert. So stellt sich die Innenpolitik der AfD als das dar, was sie für die Ultrarechte immer war: ein Mittel zur innerstaatlichen Feinderklärung, zur Entfernung alles Abweichenden aus dem »homogenen Volkskörper« sowie zur Formierung eines Sicherheits-,

Gewalt- und Überwachungsstaates.

Rassismus und Antisemitismus in der parlamentarischen Praxis der AfD

Rassismus und Antisemitismus sind gleichermaßen Ideologien der Ungleichheit, die Gruppen konstruieren und stigmatisieren. Beide basieren auf einer völkischen Ideologie, propagiert und vorangetrieben durch eine Bewegung, die sich im Zuge der Konfrontation mit dem revolutionären Frankreich während des 19. Jahrhunderts in Deutschland herausgebildet und später radikalisiert hat. Der Historiker Uwe Puschner charakterisiert die klassische völkische Bewegung als »organisatorisch wie in ihren Anliegen vielgestaltige, von bisweilen skurrilen Elementen, mitunter auch von gegenläufigen Strömungen und rivalisierenden, gelegentlich sich befehdenden Gruppierungen gekennzeichnete Sammelbewegung mit verschiedenen, sich teils überlappenden – schwerpunktmäßig antisemitisch, alldeutsch/pangermanisch, lebensreformerisch, eugenisch, kulturell und bzw. oder religiös ausgerichteten – Teilbewegungen«.[66] Folgt man ihren Vordenkern (Johann Gottlieb Fichte, Ludwig Jahn u.a.), so handelt es sich bei Völkern oder Volksgruppen um natürliche, in sich geschlossene ethnisch-biologische bzw. ethnisch-kulturelle Einheiten. Die völkische Bewegung teilt also ein essenzialistisches Verständnis von Nationen, Völkern und Ethnien, erachtet gesellschaftliche

Heterogenität als störend und fordert eine andere Politik, um Diversität und Pluralität innerhalb des biologisch oder kulturalistisch gedachten »Volkskörpers« zu beseitigen.[67]

Wollte man eine Gesamtschau der rassistischen Äußerungen von AfD-Politiker(inne)n vornehmen, wäre das Ergebnis ein Wörterbuch des Unmenschen. Um nur einige Beispiele zu nennen: Die damalige AfD-Bundessprecherin Frauke Petry hielt am 3. Oktober 2016 in Stuttgart eine Rede zur Flüchtlingspolitik und warnte zum Tag der Deutschen Einheit eindringlich davor, dass künftig ein Kampf zwischen den in Europa »ansässigen Transferempfängern« und dem zugewanderten »Lumpenproletariat der afro-arabischen Welt« stattfinden könne.[68] Alexander Gauland beleidigte den schwarzen Fußballnationalspieler Jérôme Boateng, als er im Mai 2016 zu Journalisten sagte: »Die Leute finden ihn als Fußballspieler gut. Aber sie wollen einen Boateng nicht als Nachbarn haben.«[69] Bei einer Wahlkampfrede griff Gauland die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung Aydan Özoguz im August 2017 scharf an und schlug seinen Thüringer Parteifreunden im August 2017 vor: »Ladet sie mal ins Eichsfeld ein und sagt ihr dann, was spezifisch deutsche Kultur ist. Danach kommt sie hier nie wieder her, und wir werden sie dann auch, Gott sei Dank, in Anatolien entsorgen.«[70] Dubravko Mandic, seinerzeit Mitglied des Bundesvorstandes der »Patriotischen Plattform« und Vorsitzender des baden-württembergischen AfD-Schiedsgerichts, hat den US-Präsidenten Barack Obama mehrfach als »Quotenneger« bezeichnet.[71] André Poggenburg, damals Landes- und Fraktionsvorsitzender der AfD in Sachsen-Anhalt, sprach in seiner Aschermittwoch-Rede 2018 im sächsischen Nentmannsdorf von »Kümmelhändlern« und »Kameltreibern«, weil sich die Türkische Gemeinde in Deutschland gegen ein »Heimatministerium« ausgesprochen hatte.[72] Alice Weidel, heute Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion, hat Migrant(inn)en in ihrer früheren E-Mail-Korrespondenz als »kulturfremde Völker, von denen Deutschland

überschwemmt wurde«, bezeichnet.[73] Dieses Kaleidoskop rassistischer Äußerungen stammt nicht etwa von AfD-Mitgliedern am rechten Rand der Partei, sondern vom Spitzenpersonal und transportiert offen und unverblümt einen teils biologistischen, teils kulturalistischen Rassismus.

Rassismus im Grundsatzprogramm der AfD

Ausländer/innen tauchen im Grundsatzprogramm der AfD generell in einem negativen Kontext auf, primär im Zusammenhang mit Gewalt- und Drogenkriminalität. Kritisiert wird, dass nur »halbherzige ausländerrechtliche Maßnahmen« gegen »kriminelle Ausländer« (wohlgemerkt: nicht ausländische Kriminelle) ergriffen würden, sodass sich diese häufig auf Abschiebehindernisse berufen könnten, um einer Abschiebung zu entkommen.[74] Ein weiterer Bezug auf Ausländer findet sich im Zusammenhang mit der »Organisierten Kriminalität« (OK), wo es heißt: »Die Mehrzahl der Täter im Bereich der organisierten Kriminalität sind Ausländer. Sie auszuweisen, muss vereinfacht werden.«[75] Für diesen Personenkreis sei die »OK-Zugehörigkeit als Ausweisungsgrund einzuführen«, wenn ein entsprechender Verdacht vorliege.[76] Erforderlich sei ein »sicherheitspolitischer Befreiungsschlag«, um den Schutz der Bürger zu priorisieren; alle anderen Belange seien diesem Bürgerschutz unterzuordnen.[77] Weiterhin wird moniert, dass die »Durchsetzung der Ausreisepflicht gegenüber Ausländern« fehle, die nicht bleibeberechtigt sind.[78] Um all dies zu ermöglichen, sei eine Neukonzeption von Ausländerbehörden, Polizei und Strafverfolgung erforderlich, also eine »effiziente Gefahrenabwehrbehörde« zu schaffen.[79]

Wenn die Möglichkeit der Einwanderung nach Deutschland überhaupt in Erwägung gezogen wird, dann nach dem kanadischen

Modell, das Einwanderungswillige aus dem Ausland mit einem Punktesystem für ihr Alter, ihre berufliche Qualifikation, ihre Sprachkenntnisse usw. bewertet. Lediglich in Ausnahmefällen dürfen davon laut AfD auch Ausländer ohne Daueraufenthaltsberechtigung profitieren, beispielsweise solche aus Drittstaaten, die in Deutschland ein Studium abgeschlossen haben.

Ähnlich wie beim Begriff »Ausländer« finden sich im AfD-Grundsatzprogramm auch mit Blick auf Synonyme wie »Migranten« keine positiven Konnotationen. So argumentiert das Programm, die Bezeichnung »Flüchtling« für fast alle Migrant(inn)en, die irregulär nach Deutschland einreisten, sei Ausdruck einer verfehlten Politik. Deshalb plädiert das AfD-Programm dafür, zwischen politisch Verfolgten und (Kriegs-)Flüchtlingen einerseits sowie »irregulären Migranten« andererseits zu unterscheiden. Letztere könnten keinen Flüchtlingsschutz beanspruchen.[80] Die im Grundsatzprogramm getroffene semantische Unterscheidung spiegelt sich auch in den parlamentarischen Initiativen und Reden von AfD-Abgeordneten wider.

An einer anderen Stelle des Programms ist explizit von muslimischen Migranten die Rede: Bei einem unterdurchschnittlichen Bildungs- und Beschäftigungsniveau verfüge diese Minderheit über eine Geburtenrate von 1,8 Kindern pro Frau, die somit deutlich höher als bei den »deutschstämmigen Frauen« sei. Indem sie die Gefahr eines »ethnisch kulturellen Wandels der Bevölkerungsstruktur« beschwor, verknüpfte die AfD den Migrations- mit dem bevölkerungspolitischen Diskurs.[81]

Biologistischer Rassismus

Das wohl prominenteste Beispiel für biologistischen Rassismus lieferte Björn Höcke, Landes- und Fraktionsvorsitzender der AfD im

Thüringer Landtag, mit seinem am 21. November 2015 beim Herbsttreffen des Instituts für Staatspolitik zum Thema »Ansturm auf Europa« gehaltenen Vortrag. Um die These einer sich auch künftig nach Deutschland ergießenden »Asylantenflut« pseudowissenschaftlich zu untermauern, bediente sich Höcke eines Modells, das die beiden US-amerikanischen Ökologen Edward O. Wilson und Robert MacArthur gegen Mitte des 20. Jahrhunderts entwickelt hatten, um die Besiedlung von neuen Lebensräumen durch Säugetiere zu verstehen. Wilson und MacArthur unterschieden zwei Reproduktionsstrategien: eine, die sich an den vorhandenen Kapazitäten orientiert und die sie als K-Strategie bezeichneten, sowie eine andere bei Arten, die extrem viele Nachkommen produzieren, um sicherzustellen, dass zumindest einige davon überleben (r-Strategie). Als Beispiel für diese Art des Reproduktionsverhaltens führten sie Grasfrösche an, die Hunderte von Eiern legen, um sie anschließend sich selbst zu überlassen.

Höcke übernahm das Begriffspaar »r-Strategie« und »K-Strategie«, löste es jedoch aus seinem ursprünglichen Kontext heraus und bezog die r-Strategie auf »Afrikaner«. Indem Höcke das Modell von Wilson und MacArthur adaptierte und pervertierte, unterschied er zwischen zwei menschlichen Reproduktionsstrategien: dem »lebensbejahenden afrikanischen Ausbreitungstyp« und dem »selbstverneinenden europäischen Platzhaltertyp«. Weiter behauptete Höcke, dass Ersterer mit Letzterem konkurriere, wobei er den Versuch einer Charakterisierung des Populationsverhaltens unzulässigerweise auf Menschen bezog. Höcke setzte Menschen aus Afrika im Sinne eines biologistischen Rassismus mit Tieren (Grasfröschen und Mäusen) gleich und unterstellte ihnen, sich ohne Rücksicht auf Kapazitäten und Ressourcen auf einem anderen Kontinent ausbreiten zu wollen. Dass seine rassistischen Behauptungen nichts mit den Beobachtungen der beiden Wissenschaftler zu tun haben, wird erst deutlich, wenn man sich

intensiver mit ihren Begriffen »r-Strategie« und »K-Strategie« befasst.[82]

Rassistische Anträge und Anfragen der AfD

Die meisten der im Bundestag und in den Landtagen gestellten Anträge und Anfragen der AfD konzentrieren sich auf Ausländer, Migranten oder Flüchtlinge und bringen diese sozialen Gruppen mit negativen gesellschaftlichen Entwicklungen in Verbindung. Die genannten Personen gelten dann per se als Bedrohung der inneren und äußeren Sicherheit – insbesondere auch als Bedrohung für Mädchen und Frauen, Jüdinnen und Juden – sowie als Bedrohung der sozialen Sicherungssysteme, in die sie angeblich einwandern (wollen). Die von Migranten und Flüchtlingen vermeintlich ausgehende Gefahr wird in parlamentarischen Initiativen aus verschiedenen Blickwinkeln aufgegriffen und gebetsmühlenhaft wiederholt.

So wollte die AfD-Bundestagsfraktion in einer Kleinen Anfrage von der Regierung den »personellen Umfang der kriminellen Familienclans« in Deutschland erfahren und speziell Informationen über den ethnischen und religiösen Hintergrund sowie über die regionalen Schwerpunkte dieser Clans einholen.[83] Auch wenn zum Zeitpunkt des Einreichens der Anfrage bereits klar war, dass die Bundesregierung bzw. das Bundeskriminalamt (BKA) über keine detaillierten Kenntnisse dazu verfügte, nutzte die AfD-Fraktion diese parlamentarische Initiative, weil mit ihr viele Journalist(inn)en und weitere Multiplikator(inn)en erreicht werden konnten.

Die einleitenden Bemerkungen waren im Wesentlichen eine Gesamtschau der vorhandenen Zahlen, die über Medien wie *Focus*, *Cicero*, *Welt am Sonntag* und FAZ bereits verbreitet worden waren. Als weitere Quelle fungierte eine Große Anfrage der FDP-Fraktion

in der Bremischen Bürgerschaft zum selben Thema.[84] Auf dieser recht dürftigen Quellengrundlage unternahm die AfD den Versuch, das »Problem organisierter Clan-Kriminalität« – so Bundesfamilienministerin Franziska Giffey in einem Interview im Berliner *Tagesspiegel* (v. 17.03.2018) – durch eine Kaskade an Zahlen zu belegen.[85] Obwohl keine genauen Erkenntnisse darüber existierten, bekräftigte die AfD die Befürchtung, dass ein nennenswerter Teil der Großstadtbevölkerung kriminellen Clans angehört.

Bei den scheinbar ihre Position bestätigenden Informationen stützte sich die AfD auch auf die Studie »Paralleljustiz in Berlin«, die vom Berliner Senat in Auftrag gegeben worden war.[86] So konstatierte die AfD-Anfrage das Fehlen von offiziellen statistischen Daten über die Anzahl der Mitglieder von kriminellen Familienclans. Sie zitierte auch die beiden Verfasser der Studie, Mathias Rohe und Mahmoud Jaraba, weil diese Bevölkerungsgruppen auflisteten, von denen man annehmen könne, dass sie in solche Clans verstrickt seien: »libanesische Kurden, einige libanesische Palästinenser, libanesische Schiiten, libanesische Beduinen, nordirakische Kurden sowie einige türkische Familien aus Anatolien«.[87] Bezugnehmend auf andere Pressemeldungen ergänzte die AfD ihrerseits »Familienclans mit Sinti- und Roma-Abstammung« und »weitere vornehmlich familiär strukturierte Formen der organisierten Kriminalität, wie etwa die italienische Mafia«. Hervorragend eignete sich auch die folgende, dem *Focus* entnommene Aussage: »Als die vom Umfang her bedeutsamsten kriminellen Familienclans in Deutschland sind wohl die sogenannten Mhallamiye-Kurden anzusehen.« Bodo Pfalzgraf, Berliner Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, wurde mit seiner ebenfalls gegenüber dem *Focus* geäußerten Vermutung zitiert, dass man es mit 15 bis 20 Clans zu tun habe, »von denen etwa zehn in herausragender Weise kriminell« seien.

Die weiteren Absätze der Vorbemerkung waren nichts anderes als eine Fortsetzung von Mutmaßungen, Spekulationen und Zahlenspielereien.[88]

Ein weiteres Beispiel aus dem Antragstext entstammt ursprünglich der *Welt am Sonntag* (v. 04.03.2018), die mit ihrem Artikel zeigen wollte, »wie sehr sich diese Art des Verbrechens in die Stadt gefressen« habe. Indem sie die *Welt am Sonntag* in der Kleinen Anfrage ausgerechnet mit jenen Worten zitierte, übernahm die AfD-Fraktion eine Mensch-Tier-Analogie, die in der Geschichte des Rassismus eine lange Kontinuität aufweist. Gleich einem Fingerzeig, um die Größenordnung und Gefahren zu verdeutlichen, führte der *WaS*-Artikel an, dass am Jahresende 2014 in Berlin 56 591 Männer mit Staatsangehörigkeiten der palästinensischen Gebiete und des Libanon, als Staatenlose oder mit einer ungeklärten Staatsangehörigkeit registriert waren. Dies entspreche einem Bevölkerungsanteil von zwei Prozent. Was der Artikel in der *Welt am Sonntag* als Vermutung enthielt, wurde von der AfD eindeutig kontextualisiert und somit suggeriert, dass jeder 50. Bewohner der Hauptstadt kriminellen Familienclans angehört. Ausländer/innen, Migrant(inn)en oder Flüchtlinge wurden in der Kleinen Anfrage nicht als Individuen, sondern als Teil eines Clans betrachtet. Diese Kollektivsymbolik, die immer wieder in Zusammenhang mit Ausländer(inne)n und Migrant(inn)en auftaucht, wurde von der AfD mit dem Kriminalitätsdiskurs verschränkt. Im Handumdrehen entstand so ein Bedrohungsszenario (hier mittels Informationen und Zahlen, die Massenmedien verbreitet hatten).

Wenngleich die Bundesregierung in ihrer Antwort darauf hinwies, dass das BKA keineswegs Personengruppen nach ihrem ethnischen oder religiösen Hintergrund erfasse und dass Familienclans »nicht per se kriminell« seien, sondern nur Teile einer Familie Straftaten begehen könnten,[89] schaffte es die AfD, rassistische Stereotype geschickt zu reproduzieren und zu platzieren. Forschungen zur

kritischen Diskurstheorie aus dem Umfeld des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung (DISS) verweisen darauf, dass Kollektivsymbole kollektive Stereotypen sind.[90] Hier kann es sich um Bilder im wahrsten Sinne des Wortes handeln, also um Fotos und Karikaturen, aber auch um Metaphern. Es gibt zahlreiche solcher Symbole, die als bekannt vorausgesetzt werden können, sodass die Mitglieder einer Gesellschaft über ein ganzes Repertoire an Bildelementen verfügen, mit denen sie sich ein Gesamtbild von der gesellschaftlichen Wirklichkeit machen. Gesellschaftsmitglieder können damit soziale, politische oder ökonomische Phänomene deuten und Medien können auf diesen Vorrat an Kollektivsymbolen zurückgreifen, um ihrerseits Deutungen vorzunehmen.[91] Eine wichtige Voraussetzung für das »Funktionieren« dieser Symbole ist, dass sie unmittelbar verstanden werden.[92]

AfD-Politiker/innen verbreiten nicht bloß außerhalb, sondern auch innerhalb der Parlamente unterschiedliche Varianten des Rassismus. Obwohl die meisten Rassismusanalysen seit den späten 1980er-Jahren davon ausgingen, dass der biologistische Rassismus durch einen Neorassismus, also einen differenzialistischen Rassismus bzw. einen »Rassismus ohne Rassen« (Etienne Balibar) ersetzt worden ist,[93] feiert der alte Rassismus in den Reden und parlamentarischen Initiativen der AfD heute fröhliche Urständ. Selbst vor der Verwendung des N-Wortes schrecken einige AfD-Politiker/innen nicht zurück, wie an den eingangs zitierten Äußerungen deutlich wurde. Und wie Thilo Sarrazin auch, konzentrieren sich die AfD-Abgeordneten immer wieder auf die in Deutschland lebende muslimische Minderheit, die sie mit in der Regel negativ konnotierten Attributen versehen. Bei der Verbreitung eines solchen biologistischen Rassismus orientieren sie sich sowohl implizit als auch explizit an den Rassetheorien und am Rassismus des 19. und 20. Jahrhunderts, aber auch an den Ideen des Sozialdarwinismus, der Soziobiologie und der Eugenik. Diese

menschenfeindlichen Ideologien hatten im 21. Jahrhundert in Deutschland zunächst eine Renaissance durch Thilo Sarrazins Buch »Deutschland schafft sich ab« erfahren und hielten mit der AfD auch wieder Einzug in die Parlamente.

Zeitgleich finden sich in den Reden und parlamentarischen Initiativen der AfD auch Elemente eines kulturalistischen bzw. differenzialistischen Rassismus. In Einklang mit neueren Tendenzen eines rassistischen Diskurses bemühen sich ihre Abgeordneten zwar darum, den seit Auschwitz zutiefst diskreditierten Begriff »Rasse« zu vermeiden, und verwenden stattdessen lieber Begriffe wie »Volk«, »Kultur«, »Ethnie« oder »Clan«, sie meinen aber im Grunde dasselbe. Denn unabhängig von der »modernen« Terminologie arbeiten die AfD-Parlamentarier mit rassistischen Zuschreibungen, sodass Migrant(inn)en und Geflüchtete als Gruppen konstruiert werden, deren Angehörige mit bestimmten negativen Eigenschaften in Verbindung gebracht werden.

Antisemitismus

Auch wenn es Gemeinsamkeiten zwischen Rassismus und Antisemitismus gibt, hat Letzterer eine Vielzahl von spezifischen Merkmalen. Unterscheiden lassen sich die klassischen Ideologieformen, darunter der religiöse, soziale, politische, nationalistische und rassistische Antisemitismus, von neueren Formen, zu denen vor allem der sekundäre bzw. Post-Holocaust-Antisemitismus und der antizionistische/israelbezogene Antisemitismus zählen.[94] Die besondere Herausforderung liegt also darin, dessen verschiedene Dimensionen herauszuarbeiten – auch unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die AfD versucht, sich als besonders israelfreundliche Partei zu inszenieren. Diese positive Bezugnahme auf Israel – und vor allem auf die Regierungspartei

Likud – findet sich nicht bloß bei der AfD, sondern auch bei rechtspopulistischen Parteien in westlichen Nachbarstaaten.

Nachdem Marine Le Pen im Januar 2011 die Parteiführung des Front National übernommen hatte, setzte sie alles daran, ihn aus der antisemitischen Ecke herauszuholen und salonfähig zu machen. In der französischen Publizistik wurde diese Strategie als »dédiabolisation« bzw. Entdämonisierung bezeichnet. Dazu gehörte auch, dass sich Marine Le Pen mit Politikberatern mosaischen Glaubens umgab und um die Stimmen der jüdischen Bürger/innen warb. In einem Interview mit einem israelischen Privatradio, über das der *Figaro* berichtete, behauptete Marine Le Pen, der FN sei keine antisemitische, rassistische oder xenophobe Partei.[95] Ob es sich hierbei um Mimikry, um den Übergang von einem alten zu einem neuen Antisemitismus oder letztlich um eine Strategie zur Gewinnung von jüdischen Wähler(inne)n handelte, mag dahingestellt bleiben.[96] Jedenfalls lassen sich die beiden Pole »Auschwitz-Lüge« vs. »Entdämonisierung« nicht bloß in der französischen Ultrarechten finden, sondern auch in anderen europäischen Rechtsaußenparteien.

Auch die AfD ist einerseits darum bemüht, sich positiv auf Israel zu beziehen, indem sie sich am niederländischen, belgischen oder französischen Rechtspopulismus orientiert und das Existenzrecht Israels proklamiert. Andererseits haben sich innerhalb der AfD jene Personen und Strömungen fest etabliert, die auf der Klaviatur des Antisemitismus spielen. Diese beiden Tendenzen stehen nur scheinbar im Widerspruch zueinander. Bei einer genaueren Betrachtung wird deutlich, dass es sich um eine Doppelstrategie handelt, die sehr wohl unter dem Dach ein und derselben Rechtspartei verwirklicht werden kann.

Wenn es auf den ersten Blick auch verwunderlich erscheint, dass die ehemaligen AfD-Politiker/innen Frauke Petry und Marcus Pretzell das Thema »Israel« auf ihre Fahnen geschrieben haben, so

wird bei einer Analyse der vorhandenen Widersprüche deutlich, dass es im Wesentlichen darum ging, den Rechtspopulismus salonfähig zu machen. So wandte sich die damalige AfD-Bundessprecherin Frauke Petry im April 2016 in einem Exklusivinterview mit der zweitgrößten israelischen Zeitung *Yedioth Ahronoth* gegen Antisemitismus und Israelkritik. Dennoch bediente sie sich einer Terminologie, die im Spektrum der extremen Rechten in Bezug auf Erinnerungspolitik fest verankert ist, als sie behauptete, dass die deutsche Politik »unter einem Schuldtrauma« leide und somit eine »Denkdiktatur« entstanden sei.[97]

Während Petry einerseits den Versuch unternahm, sich positiv auf Israel und jüdisches Leben in Deutschland zu beziehen, war sie andererseits nicht dazu bereit, sich klar gegen Antisemitismus und antisemitische Verschwörungstheorien, die in der eigenen Partei kursieren, zu positionieren. Deutlich wird dies am Beispiel von Wolfgang Gedeon, wie folgendes Zitat aus einem Text des AfD-Abgeordneten im baden-württembergischen Landtag zeigt: »Wie der Islam der äußere Feind, so waren die talmudischen Ghetto-Juden der innere Feind des christlichen Abendlandes (…). Als sich im 20. Jahrhundert das politische Machtzentrum von Europa in die USA verlagerte, wurde der Judaismus in seiner säkular-zionistischen Form sogar zu einem entscheidenden Wirk- und Machtfaktor westlicher Politik. (…) Der vormals innere geistige Feind des Abendlandes stellt jetzt im Westen einen dominierenden Machtfaktor dar, und der vormals äußere Feind des Abendlandes, der Islam, hat via Massenzuwanderung die trennenden Grenzen überrannt, ist weit in die westlichen Gesellschaften eingedrungen und gestaltet diese in vielfacher Weise um.«[98]

Diese klar antisemitische Aussage von Gedeon basiert auf dem Freund-Feind-Denken, das von dem Staatsrechtler Carl Schmitt inspiriert ist. Demnach galten die Juden als der innere Feind und die Muslime als der äußere Feind. Im Laufe des 20. Jahrhunderts habe

sich diese Konstellation verändert: Der vormals innere Feind wurde zum äußeren und der vormals äußere Feind zum inneren, so die modifizierte Anwendung des Denkens von Carl Schmitt aus AfD-Perspektive.

Gleichwohl vermied es Petry, sich im Falle Gideon zu positionieren, und erst recht, seine Positionen als antisemitisch und damit unvereinbar mit der AfD zu charakterisieren.[99] Stattdessen sollte ein Gutachter mit der Aufgabe betraut werden, die von Gedeon getroffenen Aussagen zu beurteilen. Man wünschte sich, so der Sozialwissenschaftler Samuel Salzborn, einen »Gesinnungs-TÜV (…), der diese Bewertung übernehmen sollte – weil man offenbar selbst mindestens Teile des Weltbildes von Gedeon für unproblematisch hält«.[100] Gedeon verließ die AfD-Landtagsfraktion zwar im Juli 2016, arbeitet mit deren Abgeordneten aber weiter eng zusammen. Trotz seiner antisemitischen Äußerungen ist er bis heute Mitglied der Partei, weil sein Parteiausschlussverfahren im Januar 2018 aus formalen Gründen niedergeschlagen wurde.

Verheiratet ist Frauke Petry mit Marcus Pretzell, seit 2013 Mitglied und Funktionär der AfD. Seit 2014 gehört Pretzell dem Europäischen Parlament und seit 2016 der Fraktion »Europa der Nationen und der Freiheit« an. Außerdem ist er Abgeordneter des nordrhein-westfälischen Landtages. Zusammen mit Frauke Petry trat Pretzell im September 2017 aus der AfD aus und gründete »Die blaue Partei«. Am 21. Januar 2017 fand in Koblenz ein Treffen der Führer europäischer Rechtsparteien statt.[101] Dazu zählten neben Petry und Pretzell auch Marine Le Pen, Geert Wilders, Matteo Salvini (Lega) und Harald Vilimsky (FPÖ). Pretzell ging in seiner Rede weder auf die Shoah noch auf die Erinnerungspolitik ein, warf der EU jedoch vor, über Umwege gegen Israel operierende Terrororganisationen zu finanzieren. Israel stellte Pretzell als Vorbild für den Umgang mit dem Islam hin: »Israel ist unsere Zukunft, meine Damen und Herren, in der Form, wie man mit dem

Islam umgeht. Meine Damen und Herren, wer den politischen Islam, wer den Islamischen Staat wirklich bekämpfen will, der sollte Israel unterstützen und nicht auch noch politisch und finanziell bekämpfen.«[102]

Die positive Bewertung bezog sich demnach ausschließlich auf den Umgang Israels mit dem Islam. Aber was ist damit eigentlich gemeint? Israel versteht sich zwar als jüdischer Staat, aber dort existieren die drei monotheistischen Religionen nebeneinander und knapp ein Fünftel der Israelis sind arabische Israelis, ein Großteil davon Muslime. Meinte Pretzell die israelische Besatzung in der Westbank und die Aufteilung in A-, B- und C-Gebiete? Oder meinte er den Bau der Mauer bzw. des Sicherheitszaunes, der das israelische Kernland gegenüber den besetzten Gebieten abschottet? Diese Fragen im Hinblick auf seine Koblenzer Rede bleiben offen.

Antisemitismus in Anfragen der AfD

Die parlamentarischen Initiativen der AfD-Fraktionen in diesem Bereich beziehen sich zum Teil auf antisemitische Straftaten. So hat Jens Ahrends, der die AfD im niedersächsischen Landtag vertritt, eine Kleine Anfrage zur »Erfassung antisemitischer Straftaten« gestellt.[103] Bezugnehmend auf einen Artikel von Michael Wolffsohn in der *Neuen Zürcher Zeitung* (v. 27.2.2018) erwähnte die Vorbemerkung, dass die Polizeiliche Kriminalstatistik in Deutschland ca. 1 500 antisemitische Straftaten erfasst habe, die zu 90 Prozent von sog. Rechtsradikalen verübt worden seien. Ahrends wollte wissen, unter welcher Kategorie diese Straftaten in der Statistik erfasst würden. Die antisemitischen Straftaten werden, so die Auskunft des Innenministeriums, als politisch motivierte Kriminalität im »Kriminalpolizeilichen Meldedienst Politisch motivierte Kriminalität« (KPMD-PMK) erfasst und fallen in den

Bereich der Hasskriminalität. Auf die Frage, wie die Herkunft der Täter dokumentiert werde, antwortete die Landesregierung, dass das Geburtsland und die Staatsangehörigkeit gespeichert würden. Aus der Antwort auf die Frage, welche Vorfälle unter dem Stichwort »Israel-Palästina-Konflikt« registriert und welche Tätergruppen den Vorfällen zugerechnet werden, erfuhr die AfD-Fraktion, dass dieser Bereich seit Beginn des Jahres 2017 nicht mehr Bestandteil des KPMD-PMK ist und daher keine Taten mehr in diesem Feld gespeichert wurden.

In der Hamburger Bürgerschaft stellte der AfD-Abgeordnete Jörn Kruse eine Kleine Anfrage, die sich mit der angeblichen Relativierung des Antisemitismus beim NDR befasste.[104] Anlass war ein Beitrag mit dem Titel »Antisemitismus: Muslime unter Generalverdacht«, den Canan Topçu verfasst hatte. Die Journalistin, so die Zusammenfassung in der Vorbemerkung, beschäftige sich mit der Frage, ob Antisemitismus ein struktureller Bestandteil des Islam sei, und sie gelange zu der Einschätzung, dass der unter den Muslimen weit verbreitete Judenhass nicht etwa im Islam begründet sei, sondern dass seine Wurzeln historische und politische seien. Topçu weise ferner darauf hin, dass judenfeindliche Ressentiments kein genuin islamisches, sondern ein gesamtgesellschaftliches Problem seien, das auch im Christentum virulent sei. Kruse behauptete demgegenüber, dieser Befund sei »nachweislich falsch«, denn im Koran fänden sich zahlreiche judenfeindliche Verse. Die Gebote forderten Muslime dazu auf, Juden im Alltag zu meiden. Die Vorbemerkung zu der Kleinen Anfrage dokumentierten zahlreiche judenfeindliche Koran-Verse. Ferner verwies der Fragesteller auf die von der Anti-Defamation League durchgeführte Studie »Global 100«, nach der im Irak 92 Prozent sowie im Westjordanland und in Gaza sogar 93 Prozent aller Befragten erklärt hatten, Personen mosaischen Glaubens abzulehnen.

In der Beantwortung dieser Anfrage erklärte der Hamburger Senat, dass die Äußerungen der Journalistin auf der NDR-Homepage vom *Grundgesetz* gedeckt seien, wo die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film verfassungsrechtlich verankert sind. Eine Zensur finde denn auch nicht statt. Der Hamburger Senat enthielt sich eines Statements mit der Begründung, das parlamentarische Fragerecht umfasse lediglich einen Anspruch auf Auskünfte, sehe jedoch nicht vor, dass die Landesregierungen meinungsbildende Stellungnahmen abgeben. Auch dieses Beispiel einer parlamentarischen Initiative lässt erkennen, wie AfD-Abgeordnete die Fragemöglichkeiten und Drucksachen im Parlament zur Verbreitung ihrer politischen Positionen nutzen. In diesem Fall ging man gegen eine kritische Journalistin vor, die den muslimischen Antisemitismus zum Antisemitismus der Mehrheitsgesellschaft ins Verhältnis setzt. Diese Intention wurde in der Anfrage als »Antisemitismusrelativierung« denunziert. Damit suchte man sich als jene politische Kraft zu inszenieren, die aufseiten der jüdischen Gemeinden steht und diese gegen muslimischen Antisemitismus verteidigt.

In dieselbe Richtung wies die Quartalsanfrage »Fälle von muslimischem Antisemitismus« eines anderen AfD-Abgeordneten der Hamburger Bürgerschaft.[105] In einer ausführlichen Vorbemerkung bezog sich der Fragesteller Alexander Wolf auf die Äußerungen von Josef Schuster, Präsident des Zentralrates der Juden, der in einem Interview seine Sorgen über den wachsenden muslimischen Antisemitismus zum Ausdruck gebracht hatte. So werde der Begriff »Jude« auf deutschen Schulhöfen und Sportplätzen als Schimpfwort verwendet, insbesondere unter muslimischen Jugendlichen seien antisemitische Ressentiments weit verbreitet. Im Sinne einer Prävention sollten Lehrer/innen in der historisch-politischen Bildung mehr Wissen über das Judentum vermitteln, hieß es. Das Problem des muslimischen Antisemitismus

sei von der ganzen Gesellschaft ernst zu nehmen. Auch hier ging es dem Fragenden in erster Linie darum, ein Signal in Richtung der jüdischen Gemeinden auszusenden. Suggeriert werden sollte, dass sich die AfD um den Fortbestand jüdischen Lebens in Deutschland sorgt, vor allem in Zeiten der vermehrten Fluchtmigration und des muslimischen Antisemitismus. Gefragt wurde nach Vorfällen antisemitischer Gewalt, der Bedrohung und der Einschüchterung, ferner nach den muslimischen Straftätern bzw. nach den Personen mit Migrationshintergrund eines muslimisch geprägten Landes unter den Straftätern, verbunden mit der Aufforderung, die Art des antisemitischen Vorfalls kurz zu erläutern. So wurden von Mitgliedern der AfD-Bürgerschaftsfraktion regelmäßig Daten zum muslimischen Antisemitismus generiert, mit denen in Hamburg, aber auch in anderen Bundesländern weitergearbeitet werden konnte – nicht zuletzt im Kampf gegen eine humane Flüchtlingspolitik.

Streiflichter einer Bundestagsdebatte und Beispiele für Antisemitismus in den Reihen der AfD

Anlässlich des 70. Jahrestages der Gründung des Staates Israel fand am 14. Mai 2018 im Bundestag eine Aussprache statt. Dazu legte die Regierungskoalition von CDU, CSU und SPD gemeinsam mit der FDP eine Resolution vor, in der sie sich zum Existenzrecht Israels bekannten.[106] Während in der Vergangenheit auf Israel bezogene Resolutionen in der Regel fraktionsübergreifend eingebracht und verabschiedet worden waren, hatte die Regierungskoalition in der 19. Legislaturperiode deutlich gemacht, dass sie nicht dazu bereit sei, gemeinsam mit der AfD-Fraktion und der Fraktion Die LINKE eine Resolution einzubringen. Daraufhin hatten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die LINKE gemeinsam eine eigene Resolution

eingebracht, die sich vor allem durch die Thematisierung der »Palästinenserfrage« von dem anderen Antrag unterschied.[107]

Obwohl die AfD-Bundestagsfraktion dem Antrag »Antisemitismus entschlossen bekämpfen« am 18. Januar 2018 zugestimmt hat, der einer gemeinsamen Initiative von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnisgrünen entstammte,[108] ist die Partei davon selbst keineswegs frei. Vielmehr ließe sich zum Thema »Antisemitismus in der AfD« eine umfangreiche Chronologie erstellen, die aufgrund der laufenden Vorfälle nahezu tagtäglich ergänzt werden müsste. Hierzu zählt letztlich auch, dass die AfD wie erwähnt in mehreren Landtagen eine Streichung der Zuschüsse für NS-Gedenkstätten gefordert hat. Nach Einschätzung von Felix Klein, seit dem 1. Mai 2018 Antisemitismusbeauftragter der Bundesregierung, trägt die AfD sogar maßgeblich zur Verbreitung von Antisemitismus bei.[109] Das politische Klima sei insgesamt rauer und der Antisemitismus unverhohlener geworden.

So relativierte Dirk Hoffmann, Mitglied des AfD-Vorstandes in Sachsen-Anhalt, den Holocaust. Er warf den Israelis am 19. Juli 2014 auf Facebook vor, schlimmer als die Nazis zu sein: »Gerade die Israelis werfen und (sic!) Deutschen immer wieder den Haulocaust (sic!) vor. Was aber die Israelis in Gaza machen ist mindestens genauso schlimm. Was in Gaza abläuft kann man denke ich als Völkermord bezeichnen.«[110] Trotz (oder wegen?) dieser antisemitischen Äußerungen wurde Hoffmann in der Lutherstadt Wittenberg von der AfD als Kandidat für die Wahl des Oberbürgermeisters aufgestellt. Der Brandenburger AfD-Abgeordnete Jan-Ulrich Weiß postete am 2. September 2014 eine antisemitische Karikatur, die den jüdischen Bankier Jacob Rothschild zeigte. Weiß wurde später aus der Fraktion ausgeschlossen und von der Staatsanwaltschaft Cottbus mit einem Strafbefehl in Höhe von 5 000 Euro wegen Volksverhetzung bedacht.[111] Gunnar Baumgart, früher Vorstandsmitglied des AfD-

Kreisverbandes Weserbergland, verteidigte den Holocaust-Leugner Ernst Zündel und verbreitete am 10. August 2015 in den Sozialen Netzwerken einen Artikel, in dem behauptet wurde, kein einziger Jude sei durch Zyklon B oder in den Gaskammern ermordet worden. Anschließend kündigte Baumgart an, aus der AfD auszutreten, um Schaden von der Partei abzuwenden.[112]

Ein weiteres Beispiel ist Volker Olenicak, der als AfD-Landtagsabgeordneter aus Sachsen-Anhalt in die Parlamentarische Kontrollkommission gewählt wurde.[113] Dass ausgerechnet Olenicak die Arbeit des Landesamtes für Verfassungsschutz kontrolliert, muss vor dem Hintergrund seiner politischen Positionen und Posts in Sozialen Netzwerken verwundern. Auf seiner Facebook-Seite bezeichnete Olenicak die Bundeskanzlerin im November 2015 als »Verräterin Merkel«, die den Frieden in Europa gefährde, und forderte den »Rücktritt der zionistischen US-Agentin«. Er teilte ferner auf seiner Facebook-Seite Beiträge der Reichsbürger-Bewegung; diese leugnen die Existenz der Bundesrepublik und sprechen von einer »BRD Pseudostaats-Regierung«. Auch schreckte Olenicak nicht davor zurück, die Politik der israelischen Regierung mit der NS-Politik zu vergleichen, und er warf Israel einen Genozid an den Palästinensern vor. Die von ihm geteilten verschwörungstheoretischen Videos und Bilder verbreiteten die These, der israelische Geheimdienst Mossad habe den FDP-Politiker Jürgen Möllemann ermordet. Auch die Bankiersfamilie Rothschild musste für eine antisemitische Verschwörungsthese herhalten, als ihr Olenicak unterstellte, sie habe die Wirtschaftskrise vorbereitet. Als Reaktion auf die geteilten Bilder und Videos wurde Olenicak keineswegs aus der Partei ausgeschlossen, sondern als Direktkandidat in Bitterfeld aufgestellt. Bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 13. März 2016 konnte er ziemlich genau ein Drittel (33,4 Prozent) der Erststimmen auf sich vereinigen und zog als Direktkandidat in den Landtag ein.[114]

Die AfD umwirbt Jüdinnen und Juden

Umso erstaunlicher ist, dass die AfD versucht, Jüdinnen und Juden für sich einzunehmen. Immer wieder waren bei AfD-Demonstrationen Israel-Fahnen zu sehen, und 2016 versuchte die AfD in Paderborn sogar, Juden und Jüdinnen zu einer Teilnahme an einer Demonstration zu mobilisieren. Außerdem wurde bekannt, dass die AfD mit dem Ziel an jüdische Verbände und Einzelpersonen herangetreten ist, sie zur Teilnahme an Veranstaltungen der Partei zu bewegen.[115]

Schließlich gelang der AfD ein besonderer Coup, als sie ein Treffen mit »hochrangigen Referenten aus Israel« arrangierte, das am 1. Februar 2018 im Berliner Reichstagsgebäude stattfand. Rafi Eitan, führendes Mitglied des israelischen Geheimdienstes – er hatte 1960 jene Mossad-Aktion geleitet, die zur Entführung Adolf Eichmanns von Buenos Aires nach Jerusalem führte –, behauptete in einer Videobotschaft, dass er die Schriften der AfD gelesen habe. Wörtlich sagte er: »Bitte versteht, dass wir alle in Israel eure Haltung zum Judentum schätzen«, und brachte seinen Wunsch zum Ausdruck, aus der Alternative für Deutschland möge die Alternative für Europa werden.[116] Gäste waren ferner Michael Kleiner, der den Likud-Block in der Knesset vertreten hat, und Chaim Rozwaski, der frühere Berliner Gemeinderabbiner. Die AfD hatte es geschafft, diese drei Persönlichkeiten vor ihren Karren zu spannen. Die AfD-Unterstützung von jüdischer Seite wurde breit in die Öffentlichkeit getragen. Die Verbindung zu Israel wurde von Georg Pazderski, Fraktionsvorsitzender der AfD im Berliner Abgeordnetenhaus und stellvertretender Bundessprecher seiner Partei, folgendermaßen begründet: »Wir sollten uns ein Beispiel an Israel nehmen, das mit Grenzsicherung und Zuwanderung jahrzehntelange Erfahrungen gemacht hat. Auch wir sollten endlich absichern und abschieben.«[117]

Die AfD sucht Jüdinnen und Juden für ihre Politik zu gewinnen, indem sie ihnen verspricht, dass sie alles tun werde, um eine weitere Zuwanderung von Muslimen und Muslima zu verhindern. Damit gibt sie vor, den Antisemitismus bekämpfen zu wollen. Für die AfD spielt der Antisemitismus der Mehrheitsgesellschaft oder der extremen Rechten aber überhaupt keine Rolle, sie projiziert Antisemitismus vielmehr auf die muslimischen Minderheiten, die in Deutschland leben oder im Zuge der vermehrten Fluchtmigration hier Schutz gesucht haben. Bis zur parlamentarischen Sommerpause 2018 hat die AfD in den Landtagen und im Deutschen Bundestag insgesamt 31 Anfragen gestellt, die unmittelbar das Thema »muslimischer Antisemitismus« behandeln. In diesem Kontext sind Jüdinnen und Juden bzw. Israelis nützliche Bündnispartner/innen, welche die AfD gegen Einwanderung, gegen die Aufnahme von Geflüchteten, gegen Familienzusammenführung und für Rücküberstellung laut Dublin-Verfahren oder Abschiebung zu mobilisieren sucht. In ihrem Sinne hat die AfD auch die oben erwähnte Veranstaltung mit israelischer Beteiligung per Pressemitteilung nach außen kommuniziert: »Rafi Eitan lobte den politischen Ansatz der AfD.«[118] Der frühere israelische Minister habe Deutschland dazu aufgefordert, »die Grenzen zu schließen und die muslimische Masseneinwanderung nach Europa zu stoppen«. In Bezug auf den Rabbiner Chaim Rozwaski wurde davon gesprochen, dass er Erfahrungen mit antisemitischen Angriffen gemacht habe, die vor allem von jungen Muslimen ausgegangen seien. Alexander Gauland begrüßte als Vorsitzender der AfD-Bundestagsfraktion die Unterstützung durch die Israelis und Gäste aus der jüdischen Gemeinde Berlin, was wieder einmal gezeigt habe, dass seine Partei »auf dem richtigen Weg« sei.[119]

Zwischenfazit

Das Themenfeld »Antisemitismus im Rechtspopulismus« ist insofern von Bedeutung, als sich im europäischen Kontext, aber auch in der Bundesrepublik Deutschland widersprüchliche Konstellationen ergeben. Einerseits spielt die AfD ebenso wie andere Parteien des Rechtspopulismus/Rechtsextremismus in Europa auf der antisemitischen Klaviatur. Hier findet sich die ganze Palette der klassischen Ideologieformen des Antisemitismus (religiöser, sozialer, politischer, nationalistischer, rassistischer) in Verschränkung mit neueren Formen des Antisemitismus (»Kommunikationslatenz«, sekundärer/Post-Holocaust-Antisemitismus, antizionistischer/israelbezogener Antisemitismus).[120]

Zugleich und zeitgleich unternimmt die AfD den Versuch, sich als jene politische Kraft zu präsentieren, die dazu bereit und in der Lage ist, den Antisemitismus am wirkungsvollsten zu bekämpfen. Indem sie ihn auf die Zuwanderer aus den arabischen Staaten bzw. auf Geflüchtete projiziert, gelten der AfD die Bekämpfung von Zuwanderung, eine restriktive Asyl- und Flüchtlingspolitik sowie eine Verhinderung des Familiennachzugs als effiziente Strategien zur Prävention gegen alle Spielarten des Antisemitismus. Deutlich wird dies auch anhand der parlamentarischen Initiativen: Einerseits stimmte die AfD für den Antrag »Antisemitismus entschieden bekämpfen«, andererseits finden sich dessen Varianten wie gezeigt in den Posts und den Reden von AfD-Funktionär(inn)en und Mandatsträger(inne)n.

Die strategischen Überlegungen – sofern man davon sprechen kann – sind recht einfach: Antisemitische Botschaften sind dazu in der Lage, Wähler/innen am rechten Rand, aber auch in der gesellschaftlichen Mitte zu mobilisieren, die entsprechende Ressentiments hegen. Botschaften in Richtung eines Anti-Antisemitismus, die sich an jüdische Vereine und Einzelpersonen richten, dienen dazu, unter dem Vorwand der effizienten Bekämpfung des Antisemitismus gegen Fluchtmigration vorzugehen

und die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung ins Visier zu nehmen.

Jene Tendenzen, die sich bei Parteien der extremen Rechten in Europa finden, existieren also auch innerhalb der AfD. Einerseits orientierten sich Frauke Petry und Marcus Pretzell, als sie noch Leitungsfunktionen innerhalb der AfD einnahmen, an Marine Le Pens Strategie der Entdämonisierung, indem sie versuchten, vom Antisemitismus abzurücken.[121] Andererseits verfolgt die AfD eine Doppelstrategie, deren Bestandteile sich auf unterschiedlichen Bühnen abspielen: vor und hinter den Kulissen. Hinter den Kulissen werden antisemitische Ideologien propagiert, verteidigt und nicht sanktioniert (wie die Äußerungen von Wolfgang Gedeon). Vor den Kulissen inszeniert sich die AfD als Garantin jüdischen Lebens in Deutschland.

Was der Politikwissenschaftler Gideon Botsch als »instrumentelles Verhältnis zum Antisemitismus« bezeichnet, heißt für die AfD, dass dieser nur dann für sie von Bedeutung ist, wenn er sich gegen Minderheiten wenden lässt, vor allem gegen »muslimische Communities in Deutschland und gegen Flüchtlinge«.[122] Für die übrigen Facetten des Antisemitismus interessiert sich die AfD laut Botsch nicht.

Der Versuch der Vereinnahmung von Jüdinnen und Juden hat nicht zuletzt die Funktion, ein Signal in Richtung der bürgerlichen Mitte auszusenden – etwa in dem Sinne, dass es sich bei der AfD um eine »ganz normale« demokratische Partei handle, die um das jüdische Leben in Deutschland besorgt ist. Das dient zugleich auch der besseren Legitimation von Abgrenzung und Abschottung gegenüber Geflüchteten – bis hin zur Legitimation von Rassismus gegenüber Zuwanderern aus Nordafrika oder dem Nahen und Mittleren Osten. »Antiislamismus soll mit Philosemitismus begründet werden«, so stellte Michael Köhlmeier am 4. Mai 2018 in seiner Rede anlässlich eines Gedenkakts des Österreichischen

Nationalrates gegen Gewalt und Rassismus fest: »Das ist genauso verlogen wie ehedem die neonkreuzfuchtelnde Liebe zum Christentum. Sündenböcke braucht das Land.«[123]

Erinnerungs- und Geschichtspolitik

Anders als die traditionelle extreme Rechte ist die AfD nicht auf eine Apologie des Nationalsozialismus fixiert. Historische oder geschichtspolitische Debatten spielten für sie bisher keine große Rolle, und anders als beispielsweise die NPD muss sich die AfD nicht in ein Verhältnis zum historischen Faschismus setzen. Dennoch ist die geschichtspolitische Folie der NS-Vergangenheit für die Partei wichtig, geht es ihr doch um die endgültige Überwindung der realen oder auch nur vermeintlichen Einschränkungen deutscher Politik, die aus dieser Vergangenheit resultieren.

Seit nicht mehr zwei miteinander verfeindete Teilstaaten existieren, erscheint Deutschland wieder als politisches Kollektivsubjekt, das »selbstbewusst« handeln soll und seinen Bürger(inne)n mehr Leistungs- bzw. Leidensfähigkeit abverlangen muss.[124] Neue Rechte und Neokonservative popularisierten während der 1990er-Jahre das Bild der »Normalisierung« deutscher Politik. Sie meinten damit eine Vertretung nationaler Interessen, die alle staatlichen Machtmittel zu deren Durchsetzung nutzt und sich nicht durch die historische Erfahrung des NS-Regimes und damit verbundene Vorbehalte eingrenzen lässt. Die Einbindung Deutschlands in internationale Bündnissysteme, die Westbindung und die (bis 1990 vorhandene und dann immer weiter abgebaute) relative militärische Zurückhaltung wurden von Rechts als aus der geschichtspolitischen Thematisierung der NS-Vergangenheit rührende Einschränkungen einer souveränen und »selbstbewussten Nation« gesehen, die es endlich zu überwinden gelte.[125]

Für die AfD ist daher nicht die Thematisierung der NS-

Vergangenheit, sondern ihre *De*thematisierung ein zentrales Anliegen. So heißt es gleichlautend im Grundsatz- und im Bundestagswahlprogramm 2017 der Partei: »Die aktuelle Verengung der deutschen Erinnerungskultur auf die Zeit des Nationalsozialismus ist zugunsten einer erweiterten Geschichtsbetrachtung aufzubrechen, die auch die positiven, identitätsstiftenden Aspekte deutscher Geschichte mit umfasst.«[126] Belegt wurde die angebliche »Verengung der deutschen Erinnerungskultur« auch in der Parlamentspraxis der AfD an keiner Stelle, vielmehr bleibt sie eine reine Schutzbehauptung für den Versuch, die Geschichte im Sinne der Partei umzuschreiben. Dominante Debatten deutscher Erinnerungskultur waren in den vergangenen Jahren das 500. Reformationsjubiläum, der 100. Jahrestag des Beginns des Ersten Weltkrieges und der 50. Jahrestag von 1968. Die Thematisierung der NS-Vergangenheit ist dagegen seit vielen Jahren zur ritualisierten Routine geworden, die kaum noch gesellschaftspolitische Auswirkungen zeigt. Der AfD, die nicht bloß ideologisch, sondern auch parlamentarisch eine völkische Rechte und einen deutschnationalen Flügel in der Partei bedienen muss, reicht diese relative Ruhigstellung der NS-Vergangenheit im öffentlichen Diskurs jedoch keineswegs aus, weshalb es immer wieder gezielte »Tabubrüche« zur NS-Vergangenheit gibt.

Verbale Duftmarken: Wehrmacht und Holocaust

Historische Bezüge spielen für Alexander Gauland, den Bundessprecher und Fraktionsvorsitzenden der AfD, eine wichtige Rolle bei der Begründung der eigenen Politik. Fürst Otto von Bismarck und andere konservative Bezugsgrößen deutscher Geschichte kommen in seinen Parlamentsreden immer wieder vor. Diese geschichtspolitischen Bezüge sind für Gauland mehr als

historische Reminiszenzen, nämlich Leitlinien einer (Außen-)Politik, die sich nach seiner Überzeugung in ihrer Funktionsweise der Interessen- und Machtpolitik nicht grundsätzlich von der heutigen unterscheidet. In seiner Erwiderung auf die erste Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Angela Merkel in der 19. Wahlperiode zitierte Gauland am 21. März 2018 den »Eisernen Kanzler« und fügte hinzu: »Es hat sich in der Außenpolitik seit den Tagen Bismarcks nicht so viel geändert, und deswegen kann man sehr gut daran erinnern.«[127]

Ganz anders verhält es sich nach Gaulands Überzeugung aber mit der NS-Vergangenheit. Sie »betrifft unsere Identität heute nicht mehr«, behauptete Gauland beim Kyffhäuser-Treffen des rechten Parteiflügels der AfD am 2. September 2017. Man dürfe diese »zwölf Jahre« Deutschland heute nicht mehr vorhalten. So wie im AfD-Grundsatzprogramm gefordert, soll nur noch positive und zur Identifikation geeignete deutsche Geschichte aktiv tradiert werden. Folgerichtig beharrte Gauland bei derselben Veranstaltung auf dem Recht, »uns unsere Vergangenheit zurückzuholen«, womit auch die Deutungshoheit über die NS-Vergangenheit gemeint war, die eben nicht mehr nur in Abgrenzung und Ablehnung zu betrachten sei. Man habe vielmehr das Recht, darauf sowie auf die »Leistungen deutscher Soldaten in zwei Weltkriegen« stolz zu sein.[128] Dass damit auch die Wehrmacht gemeint war, wurde von Gauland mehrfach bestätigt, ohne dass er ausführte, an welche konkreten Leistungen der Streitkräfte im nationalsozialistischen Deutschland er dabei dachte.

Wie wenige andere Themen lässt sich die NS-Vergangenheit für den gezielten Tabubruch und eine kalkulierte Skandalisierung nutzen. Gaulands Behauptung auf dem Bundeskongress der JA im thüringischen Seebach am 2. Juni 2018, »Hitler und die Nazis« seien »nur ein Vogelschiss in über 1 000 Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte« gewesen,[129] erfüllte genau diese Funktion

der gezielten Provokation. Inhaltlich ging es nicht um die Leugnung von NS-Verbrechen, sondern um deren Bagatellisierung für die Gegenwart. Der Schlag ins Gesicht der Opfer der NS-Vernichtungspolitik wird dabei gern in Kauf genommen, denn für Gauland und seine Gesinnungsfreunde verkörpern sie noch immer einen moralischen Vorwurf gegen Deutschland. Entgegen Gaulands Beteuerungen, er habe die Verbrechen des Nationalsozialismus nicht verharmlosen und deren Opfer nicht verhöhnen wollen,[130] ging es ihm aber wohl genau darum. Insofern liegt diese Formulierung auf einer Linie mit einer berühmt-berüchtigten Äußerung Jean-Marie Le Pens. Der damalige Vorsitzende des Front National hat die Gaskammern der Nazis 1987 und danach wiederholt als »Detail in der Geschichte des Zweiten Weltkrieges« bezeichnet. Marine Le Pen, die ihr Bemühen sabotiert wähnte, den Front National zu »entdämonisieren« und den Vorwurf des Antisemitismus zu entkräften, warf ihren Vater, der seinerzeit FN-Ehrenvorsitzender war, im August 2015 aus der Partei. Alexander Gauland, der dies gewusst und Jean-Marie Le Pens skandalöse Äußerung gekannt haben dürfte, als er seine Rede vorbereitete, droht indes kein damit vergleichbarer Abschied.

Unbestimmtheit ist ein Wesenszug der NS-Relativierung, denn es geht den Protagonist(inn)en solcher Äußerungen nicht um die konkrete Bewertung von historischen Vorgängen, sondern um ein Zeichen an ihr Publikum, das die Äußerung schon einzuordnen weiß. Björn Höcke führte das Changieren zwischen Eindeutigkeit und Unbestimmtheit exemplarisch in einer am 17. Januar 2017 in Dresden gehaltenen Rede vor, die hohe Wellen schlug und ihm auch parteiintern Probleme bereiten sollte. Mit Blick auf den deutschen Umgang mit der NS-Vergangenheit sprach er davon, dass »unsere Geistesverfassung, unser Gemütszustand, immer noch der eines total besiegten Volkes« sei. Höcke machte dies daran fest, dass die Deutschen »das einzige Volk der Welt« seien, »das sich ein Denkmal

der Schande in das Herz seiner Hauptstadt gepflanzt hat«.[131] Die »Vergangenheitsbewältigung« lähme ein Volk, weshalb es einer »erinnerungspolitischen Wende um 180 Grad« bedürfe. In der immanenten Logik der Rede war klar, dass es das Berliner Holocaust-Mahnmal nach Höcke nicht geben dürfte und das Denkmal die Schande sei, die den beklagten deutschen Gemütszustand perpetuiere. Später wollte Höcke aber den Holocaust als Schande der Deutschen verstanden wissen. Auch Alexander Gauland bemühte sich im Bundestag um eine Verfälschung von Höckes Aussage, indem er in einem Zwischenruf behauptete, Höcke habe vom »Mahnmal unserer Schande« gesprochen.[132]

Parlamentarische Vorstöße zur Geschichtspolitik

Tabubrüche und Relativierungen der NS-Vergangenheit kommen bei führenden AfD-Politiker(inne)n selten, aber regelmäßig vor. Wichtiger für die parlamentarische Tätigkeit der Partei im Bund und in den Ländern ist – wie gesagt – die Dethematisierung. Nicht die Umdeutung des Faschismus, sondern sein Verschwinden aus der öffentlichen Erinnerung wird angestrebt.

Sehr direkt ging das die Landtagsfraktion der AfD in Baden-Württemberg an. In einem Antrag im Rahmen der Haushaltsberatungen schlug sie vor, 120 000 Euro als Fördergelder für Gedenkstättenfahrten von Schüler(inne)n für den Besuch der NS-Gedenkstätte Gurs im benachbarten Frankreich zu streichen. Die AfD begründete ihren Vorschlag damit, Migrant(inn)en müsse ein positives Bild der deutschen Geschichte vermittelt werden, sowie mit der notwendigen Haushaltskonsolidierung. Wie die FAZ in einem Artikel zu dem Vorgang anmerkte, betrugen die Haushaltsüberschüsse in Baden-Württemberg im Jahr 2016

allerdings 3,5 Milliarden Euro.[133] Wenig später wurde in einem Änderungsantrag zum Landeshaushalt 2017 im Bereich Jugend und kulturelle Angelegenheiten, bei dem es ebenfalls um Zuschüsse für Fahrten zu NS-Gedenkstätten ging, gefordert, die Wörter »Gedenkstätten nationalsozialistischen Unrechts« durch die Wörter »bedeutsame Stätten der deutschen Geschichte« zu ersetzen.[134] Als Begründung gab die AfD-Fraktion an: »Eine einseitige Konzentration auf 12 Jahre nationalsozialistischen Unrechts ist abzulehnen.«[135]

Häufiger nutzt die AfD jedoch die historische Umdeutung, wobei es weniger um die Leugnung oder Relativierung von NS-Verbrechen geht, sondern um die Verlagerung der öffentlichen Erinnerung auf deutsche Opfer und deutsches Leid in dieser Zeit. So brachte die AfD-Fraktion im Magdeburger Landtag im Januar 2018 einen Antrag mit dem Titel »Errichtung einer zentralen Gedenkstätte für die zivilen Opfer der Flächenbombardierung auf dem Gebiet des heutigen Sachsen-Anhalt« ein.[136] Im Antrag war von »Terrorangriffe(n)« und von einer »fortschreitenden Relativierung der Opferzahlen« die Rede. Das Mahnmal sollte »im öffentlichen Raum der Stadt Magdeburg« entstehen. Jede historische Einordnung des alliierten Luftkrieges in dem vom Deutschen Reich begonnenen Zweiten Weltkrieg fehlte im Antrag. Die Frage von Aggressor und Verteidiger spielte genauso wenig eine Rolle wie die von deutscher Seite durchgeführten Bombardierungen europäischer Städte. Nicht zufällig griff der AfD-Antrag eine Debatte zum Thema »Bombenkrieg gegen deutsche Städte« auf, die in Sachsen-Anhalt vor allem von der NPD über Jahre geführt wurde und in Versuchen jährlicher Naziaufmärsche zur Erinnerung an einen Großangriff auf Magdeburg mündete. Auch war es die NPD, die von einer »Relativierung der Opferzahlen« sprach und die heute von Wissenschaftler(inne)n genannte Zahl von ca. 2 000 Opfern auf 16 000 hochrechnete. Ganz offensichtlich hat sich die AfD-Fraktion in Sachsen-Anhalt diese Positionen zu eigen gemacht.

Die Bundestagsfraktion der AfD hat bisher nur wenige Initiativen im Bereich der Geschichts- und Erinnerungspolitik gestartet. Allerdings fielen einzelne Abgeordnete schon im Vorfeld ihres Einzugs in das Parlament mit geschichtsrevisionistischen Äußerungen auf. So hatte der Abgeordnete Wilhelm von Gottberg den Holocaust als »Mythos« und als »wirksames Instrument zur Kriminalisierung der Deutschen und ihrer Geschichte« bezeichnet.[137] Mit Blick auf das hohe Alter von Gottbergs hatte der 18. Bundestag extra die Regelungen zur Alterspräsidentschaft geändert. Seither hält nicht mehr der/die älteste, sondern der/die dienstälteste Abgeordnete die Eröffnungsrede. Dies war Wolfgang Schäuble statt von Gottberg im Falle des 19. Bundestages.

Der sächsische Bundestagsabgeordnete Jens Maier war Vorredner der oben erwähnten Höcke-Rede in Dresden 2017. Er sprach hier bezogen auf die NS-Vergangenheit von einer »dämlichen Bewältigungspolitik« und forderte eine »erinnerungspolitische Wende«. In einem pathetischen Ton erklärte Maier »diesen Schuldkult für beendet, für endgültig beendet«.[138] Auch anlässlich der Gedenkstunde des Bundestages am 27. Januar 2018 (Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus) gerieten Abgeordnete der AfD in den Fokus der Medien. Die Rede der Holocaust-Überlebenden Anita Lasker-Wallfisch traf offensichtlich nicht bei allen Fraktionsmitgliedern auf Zustimmung. Zumindest wurden während eines Pressegesprächs Fragen an den bayerischen Abgeordneten Hansjörg Müller gestellt, der sich nach der Rede dieser Zeitzeugin nicht erhoben und auch den Applaus zunächst verweigert hatte. Müller rechtfertigte sein Verhalten gegenüber Medienvertreter(inne)n mit einer Fundamentalkritik an einem öffentlichen Gedenken, das er als »heuchlerisch« und »aufgesetzt« bezeichnete. Frau Lasker-Wallfisch sei Opfer einer Instrumentalisierung in einer »Art Gedenken« geworden, die er als nicht aufrichtig empfinde.[139] Der AfD, das beweist ihre

Thematisierung der NS-Vergangenheit in den Parlamenten, geht es jedoch nicht um eine andere, würdigere Form der Erinnerung an den Faschismus, sondern um deren Verbannung aus dem öffentlichen Raum.

In ihrer ersten Kleinen Anfrage zum Themenkomplex »Zweiter Weltkrieg« fragte die AfD am 26. Februar 2018 im Bundestag nach der Umsetzung der »Anerkennungsleistung für ehemalige deutsche Zwangsarbeiter«.[140] Erst in der 18. Wahlperiode war mit Unterstützung aller Fraktionen eine symbolische Anerkennungsleistung für die sowjetischen Kriegsgefangenen – der nach den europäischen Juden größten Opfergruppe der NS-Vernichtungspolitik – auf den Weg gebracht worden. Komplementär dazu wurde auf Betreiben der CDU/CSU-Fraktion im Rahmen der Verhandlungen für den Bundeshaushalt 2016 auch eine Entschädigung deutscher Zwangsarbeiter/innen ermöglicht. Aufmerksamkeit und Interesse der AfD-Fraktion galten ausschließlich den *deutschen* Opfern des Zweiten Weltkrieges, wohingegen die Opfer der NS-Politik keine Erwähnung fanden. Ähnlich verhielt es sich bei einer Anfrage, die das Thema »Rückführung deutscher Kunstschätze und Kulturgüter aus Polen, Russland und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion« behandelte.[141] Mit keinem Wort wurde in der Vorbemerkung dazu auf den Kontext der Beschlagnahme deutscher Kulturgüter durch die Sowjetunion bzw. Polen eingegangen. Die deutschen Raubzüge durch den Kulturbesitz der von Wehrmachtsoldaten besetzten Länder und die massive Zerstörung von Kulturgütern durch Nazideutschland fanden in der Anfrage keine Erwähnung.

Mit einer ganzen Reihe von Kleinen Anfragen nahm sich die AfD der »Kulturpflege« in den ehemaligen deutschen Siedlungsgebieten in Osteuropa an. In einer quasi einleitenden Anfrage sprach sie die »Umsetzung des Völkerrechts für die deutschsprachige Bevölkerung der böhmischen Länder« an.[142] Hier wurde ganz im Sinne der

geschichtsrelativierenden Sicht des Bundes der Vertriebenen – seine langjährige Vorsitzende Erika Steinbach ist nicht umsonst Vorsitzende der paradoxerweise nach dem humanistischen Theologen Desiderius Erasmus von Rotterdam benannten AfD-Parteistiftung – eine Opfererzählung vorgenommen, welche die »Vertreibung« der deutschen Bevölkerung nach dem 8. Mai 1945 auch nicht ansatzweise in die historische Kausalität einordnet. Mit Bezug auf rechtskonservative Historiker wurde die Vertreibung als »Völkermord oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit« bewertet und damit auf eine Stufe mit den Verbrechen Nazideutschlands in diesen Ländern gestellt. Rolle und politische Bedeutung dieser Bevölkerungsteile für die Destabilisierung und Besetzung etwa der Tschechoslowakei blieben ebenfalls unerwähnt. In weiteren Anfragen erkundigte sich die AfD-Fraktion nach der vom Bund geförderten Kulturarbeit in Schlesien, Oberschlesien, Pommern, Ostbrandenburg, Westpreußen, dem Posener Land, Mittelpolen, Wolhynien, Galizien, Siebenbürgen, Bessarabien, der Bukowina, der Dobrudscha, Maramuresch, Moldau, der Walachei, Ostpreußen, dem historischen Baltikum und den Siedlungsgebieten der Russlanddeutschen.[143] Im Zusammenhang mit der in Anfragen der AfD vorgenommenen Klassifizierung »Völkermord« und »Verbrechen gegen die Menschlichkeit« für das Geschehen in der Tschechoslowakei könnte der Gedanke aufkommen, die AfD hege territoriale Revisionsgedanken bezüglich ganz Osteuropas. Vermutlich will sie jedoch nur die Gefühlslage derer treffen, die das bis heute tun.

Abschließend noch ein Beispiel aus Thüringen, wo die AfD-Landtagsfraktion öffentliches Gedenken anders zu besetzen versuchte und in einem Antrag die Einführung eines Gedenktages für die Opfer des islamistischen Terrorismus vorschlug.[144] Während die öffentliche Erinnerung an die Naziverbrechen von der AfD zum Verschwinden gebracht werden soll, will diese ein Gedenken an das

von ihr propagierte neue kollektive Feindbild des Islam bzw. des Islamismus etablieren.

Reaktionen der Betroffenen

Der AfD-Abgeordnete Wolfgang Gedeon trat im Juli 2016 nach einem heftigen Konflikt aufgrund seiner antisemitischen Äußerungen aus der Landtagsfraktion in Baden-Württemberg aus. Dennoch kann er bis heute Mitglied der Partei bleiben, wie das Landesschiedsgericht im Januar 2018 bestätigte. Nur wenige Wochen später machte Gedeon erneut auf sich aufmerksam, als er dazu aufforderte, die Stolperstein-Aktion, mit der in vielen deutschen Städten an die Verfolgung und Deportation der jüdischen Bevölkerung im Straßenbild erinnert wird, einzustellen. Gedeon sieht in der Aktion den Versuch der Initiatoren, »eine bestimmte Erinnerungs-Kultur aufzuzwingen«, die er ablehnt.[145] Sehr deutlich reagierte darauf Christoph Heubner, Vizepräsident des Auschwitzkomitees: »Die AfD bekämpft immer brachialer und skrupelloser, was die Überlebenden von Auschwitz als Zeitzeugen in der deutschen Gesellschaft bewirkt haben.«[146] Heubner wertete Jargon und Inhalte der »schäbigen Botschaften« als persönliche Angriffe. Sie seien ein Versuch, die Überlebenden und ihre Erinnerungen aus der Gesellschaft zu drängen.

Seitens der Gedenkstätten und Opferverbände gibt es offenbar wenig Bereitschaft, der AfD ihre geschichtsrevisionistischen Vorstöße durchgehen zu lassen. Schon im Januar 2017, gleich nach seiner Rede im Dresden, wurde Björn Höcke von der Leitung der Gedenkstätte Buchenwald anlässlich des Gedenktages am 27. Januar zur unerwünschten Person erklärt, der man für diesen Tag Hausverbot erteilte. Später führte der Protest von Holocaust-Überlebenden aus aller Welt gegen die Aufnahme eines AfD-

Abgeordneten in den Stiftungsrat der Gedenkstätte Bergen-Belsen zur Änderung des *Gedenkstättengesetzes* durch alle übrigen Fraktionen des niedersächsischen Landtages, mit der die Zahl der Landtagsvertreter/innen auf vier reduziert wurde – wodurch die AfD außen vor blieb.[147] Ohne Zweifel ist eine solche Einschränkung demokratisch-parlamentarischer Rechte nicht unproblematisch, und wie zu erwarten war, hat die AfD-Fraktion in Niedersachsen dagegen geklagt. Bei der Abwägung, entweder die AfD in die von ihr so sehr geliebte Opferrolle zu bringen oder den Überlebenden die Konfrontation mit einer Fraktion zuzumuten, die Geschichtsrevisionisten in ihren Reihen duldet, hat man sich für eine Lösung im Sinne der NS-Opfer entschieden. So weigerte sich auch die Linksfraktion im Bundestag im Frühjahr 2018 mit Verweis auf die AfD, einen gemeinsamen Personalvorschlag mit Vertreter(inne)n aller Fraktionen zur Besetzung des Kuratoriums der Gedenkstätte »Mahnmal für die ermordeten Juden Europas« einzubringen. Die Vorschläge der Fraktionen mussten daraufhin einzeln abgestimmt werden.

Problemverdrängung und Sozialpopulismus: Wie die AfD mit der wachsenden Armut umgeht

Kurz nach der Jahrtausendwende führte der allgemeine Siegeszug des Neoliberalismus unter Bundeskanzler Gerhard Schröder im Rahmen der »Agenda 2010« und der sog. Hartz-Gesetze zu einem

forcierten »Um-« bzw. Abbau des Sozialstaates, der mit drastischen Leistungskürzungen und erheblichen Strukturveränderungen verbunden war.[148] Gleichzeitig rückte die völkische Kapitalismuskritik wieder stärker in das Blickfeld der Ultrarechten, was sich in einem Strategiewechsel von Parteien wie der NPD und in einer Schwerpunktverschiebung ihrer Programmatik von der »Ausländer-« zur »sozialen Frage« niederschlug.[149] Wirtschaft und Soziales avancierten zu dem Politikfeld, auf das sich Agitation und Propaganda fast der gesamten rechten Szene fokussierten. Je mehr Arbeitslosigkeit, Armut und Abstiegsängste das Leben von Millionen (deutscher) Familien bestimmten, umso stärker konzentrierten sich die meisten Rechtsextremisten und -populisten auf das Kernproblem der Existenzsicherung. Freilich hat die *soziale* Frage in rechten Politikmodellen keinen Eigenwert, sie ist vielmehr stets der *nationalen* Frage untergeordnet und wird als Auftrag zur Bildung bzw. Stärkung der homogenen »Volksgemeinschaft« begriffen.

Welcher Stellenwert kommt der Sozialpolitik im parlamentarischen Wirken der AfD zu? Wie gestaltet sich das Verhältnis ihrer Mandatsträger zum bestehenden Wohlfahrtsstaat? Setzen sich die AfD-Parlamentarier glaubwürdig für sozial Benachteiligte ein? Um die Antwort vorwegzunehmen: Man gewinnt nicht den Eindruck, dass sozialpolitische Initiativen ein Herzensanliegen der AfD und/oder ihrer Abgeordneten sind. Beispielsweise rangierte das Kapitel zur Sozialpolitik im Wahlprogramm der AfD zur Bundestagswahl 2017 bei 15 Kapiteln auf Platz 11, bloß noch gefolgt von den Abschnitten zur Gesundheitspolitik, zur Energiepolitik, zur Verkehrs-, Bau- und Infrastrukturpolitik sowie zur Umwelt- und Agrarpolitik. Viel weiter vorn im Programm stand hingegen, was man als negative Sozialpolitik oder exklusive Solidarität bezeichnen kann: die Unterbindung der »Einwanderung in die Sozialsysteme« von »Armutszuwanderern« sowohl aus Drittstaaten wie aus EU-

Mitgliedsländern durch den Ausschluss von Nichtdeutschen: »Sozialleistungen sollen Ausländern aus EU-Mitgliedsstaaten erst dann gewährt werden, wenn diese zuvor vier Jahre versicherungspflichtig in Deutschland beschäftigt waren und ihren Lebensunterhalt damit vollständig selbst decken konnten.«[150]

Manchmal drängt sich der Verdacht auf, dass die Beschäftigung mit der Sozialpolitik nur eine Pflichtaufgabe für die Partei wie für ihre Parlamentsfraktionen darstellt, geboren aus der Notwendigkeit, sich der Ängste und Sorgen bestimmter Wählerschichten anzunehmen. Durch publikumswirksame Anträge, Anfragen und Reden zu dem besagten Politikfeld wird schließlich mit darüber entschieden, ob sich größere Bevölkerungsgruppen, die sozial benachteiligt sind oder das Gefühl haben, es zu sein bzw. in absehbarer Zeit werden zu können, als Unterstützer gewinnen lassen und bei Wahlen für die AfD votieren.

Die Parteiflügel der AfD und ihre Stellung zum Sozialstaat

Auf dem Feld der Sozialpolitik vertreten die Richtungsgruppierungen innerhalb der AfD unterschiedliche, wenn nicht gegensätzliche Positionen. Dies führt zwar selten zu offen ausgetragenen Sachkontroversen, macht aber Kompromisse erforderlich, die dem Parteiinteresse an einer möglichst breiten Akzeptanz in der Bevölkerung entspringen. Der Gewerkschafter Stefan Dietl beschreibt die funktionale Arbeitsteilung zwischen den beiden wichtigsten Parteiflügeln folgendermaßen: »Während die marktradikalen Fundamentalist*innen in der AfD die gesamte Gesellschaft entlang von Marktmechanismen ausrichten wollen und den Beschäftigten im eigenen Wirtschaftsstandort so materielle Vorteile gegenüber denen in anderen Ländern versprechen, bemüht sich der völkisch-nationalistische Flügel der Partei um diejenigen,

welche sich von der Globalisierung und der zunehmenden internationalen Konkurrenz bedroht fühlen, und verspricht ihnen den Schutz der Volksgemeinschaft.«[151] Dies schließt aber keineswegs aus, dass sich auch Angehörige des völkisch-nationalischen Flügels auf die Irrlehren neoliberaler Ökonomen stützen und den Sozialstaat zurechtstutzen möchten.

Während der völkisch-nationalistische Parteiflügel eher an die »sozialpatriotische« Traditionslinie des Rechtsextremismus anknüpft, unterstützen die Wirtschaftsliberalen in der AfD auch heute noch Schröders »Agenda«-Politik. Bernd Lucke gehörte vor der Bundestagswahl 2005 zu den Initiatoren des »Hamburger Appells« neoliberaler Ökonomen, in dem es heißt, »dass eine Verbesserung der Arbeitsmarktlage nur durch niedrigere Entlohnung der ohnehin schon Geringverdienenden, also durch eine verstärkte Lohnspreizung, möglich sein wird. Eine Abfederung dieser Entwicklung ist durch verlängerte Arbeitszeiten, verminderten Urlaubsanspruch oder höhere Leistungsbereitschaft möglich. (…) Das deutsche System der Lohnersatzleistungen von der Sozialhilfe über das Arbeitslosengeld bis zur subventionierten Frührente erzeugt Lohnansprüche, die der Markt nicht mehr befriedigen kann.«[152]

In der Bundestagsfraktion ist die erstgenannte Richtungsgruppierung mit der AfD-Fraktionsvorsitzenden Alice Weidel prominent vertreten. Dass sie als promovierte Ökonomin und spätere Unternehmensberaterin der Sozialpolitik eine geringe Relevanz beimisst, einen großzügigen Wohlfahrtsstaat sogar für einen Klotz am Bein der Wirtschaft oder für ein gewaltiges Standortrisiko hält, kommt im Parlamentsalltag zwar nur selten zum Ausdruck. In der ersten Haushaltsdebatte des Bundestages, die sie als Vorsitzende der größten Oppositionsfraktion traditionsgemäß eröffnete, bezichtigte Alice Weidel am 16. Mai 2018 die Regierungsparteien aber einer »Steuerzahlerausbeutung nach

Gutsherrenart«, unter der besonders die Verdiener mittlerer und kleiner Einkommen litten und durch die vor allem Familien belastet würden.[153] Anschließend erklärte Weidel: »Während die Infrastruktur dieses Landes zerfällt, der Staat seine Bürger nicht mehr schützen kann, fließen Abermilliarden in die Aufnahme und Alimentierung illegaler Einwanderer und in die Sozialsysteme.«[154] Damit nahm Weidel eindeutig Partei für Wohlhabende, Reiche und Hyperreiche, die der Staat durch die Erhebung zu hoher Steuern ausplündere, bezog aber implizit auch Position gegen sozial Benachteiligte und Bedürftige, die auf seine kostenträchtigen Transferleistungen angewiesen sind.

Die AfD-Fraktionsvorsitzende im Bundestag konstruierte einen unlösbaren Widerspruch zwischen den investiven Ausgaben zum Unterhalt der gesellschaftlichen Infrastruktur und Ausgaben für den staatlichen Repressionsapparat zum Schutz vor (Ausländer-)Kriminalität einerseits sowie den konsumtiven Ausgaben für Soziales andererseits. Selbst wenn der Sozialstaat nicht zur (Steigerung der) Arbeitsproduktivität einer Volkswirtschaft beitrüge, was seine Kosten mitnichten als verlorenen Posten im Staatshaushalt erscheinen lässt, wäre zu fragen, ob ein so reiches Land wie die Bundesrepublik nicht genug Geld für beide Aufgabenbereiche erübrigen kann. Als hätte es John Maynard Keynes und seine Wirtschaftstheorie, nach der die Volkswirtschaft aufgrund ihrer Krisenanfälligkeit einen ausgabenfreudigen Staat als Konjunkturmotor, Katalysator und Stabilisator braucht, nie gegeben, wollte Weidel den Nationalstaat auf die Rolle eines bloßen Vermögensverwalters beschränkt wissen. Das begründete sie folgendermaßen: »Staatsaufgabe ist nämlich, das über Generationen aufgebaute Volksvermögen treuhänderisch zum Wohle des deutschen Volkes zu verwalten und es nicht mit vollen Händen zum Fenster rauszuschmeißen; denn Eigentümer sind die deutschen Bürger und nicht Sie, nicht die Regierung.«[155]

Hatte sie eben noch kritisiert, dass zu viel Steuergeld in die Sozialsysteme fließe – mit Abstand am meisten davon übrigens in die Gesetzliche Rentenversicherung –, beklagte Weidel unmittelbar im Anschluss daran, dass in spätestens 20 Jahren jeder fünfte Rentner auf die Grundsicherung im Alter angewiesen sein werde. Offenbar ignorierte Weidel, die über das Rentensystem in der Volksrepublik China promoviert, die Funktionsweise der hiesigen Rentenversicherung aber offenbar nicht begriffen hat, den Kausalzusammenhang zwischen einer guten finanziellen Ausstattung des Sozialstaates und einer wirksamen Armutsbekämpfung. Man kann jedoch nicht auf der einen Seite die Aufblähung der sozialen Sicherungssysteme kritisieren und auf der anderen Seite über wachsende Altersarmut lamentieren, will man ernst genommen werden und politisch glaubwürdig sein.

Um zu illustrieren, dass schon heute unzählige Senioren trotz eines harten Arbeitslebens kaum genug zum Leben haben, während Migranten vermeintlich ohne materielle Sorgen auf Kosten des Steuerzahlers leben, führte Weidel zwei Beispiele für diese »himmelschreiende Ungerechtigkeit« aus Bochum an: Da sei zum einen Herbert W., der bis Mitte der 1970er-Jahre unter Tage malocht, später bei Opel gearbeitet und viele Jahre in die Rentenkasse eingezahlt habe, nunmehr jedoch am Wochenende vor dem Ruhrstadion Flaschen sammle, um seine kümmerliche Rente aufzubessern. Da sei zum anderen Sami A., der früher auch einer beschwerlichen Arbeit als Leibwächter von Osama Bin Laden nachgegangen sei, nie ins deutsche Sozialsystem eingezahlt habe und am Wochenende gern mit seinem Moped ins Grüne fahre, weil er bereits seit zehn Jahren vom Staat 1 200 Euro pro Monat erhalte.

Damit bezog sich Weidel auf den Fall eines als »Gefährder« bezeichneten Tunesiers, mit dem *Bild* am 24. April 2018 unter der Überschrift »Er lebt seit 1997 in Deutschland: Bin-Laden-Leibwächter kassiert 1 100 Euro Stütze« aufgemacht hatte. In dem

von Peter Poensgen und Kai Weise verfassten Artikel zitierte das Boulevardblatt die Antwort der nordrhein-westfälischen Landesregierung auf eine Anfrage der AfD-Abgeordneten Helmut Seifen und Nic Peter Vogel, wonach der im Juli 2018 unter fragwürdigen Umständen nach Tunesien abgeschobene Sami A. seinerzeit Asylbewerberleistungen in Höhe von 1 167,84 Euro pro Monat bezog.[156] Was die beiden *Bild*-Redakteure wenigstens am Rande erwähnten, verschwieg Weidel im Bundestag allerdings tunlichst: Mit dem genannten, von *Bild* ab- und von Weidel aufgerundeten Betrag unterhielt der bis zuletzt aufgrund gerichtlicher Abschiebungsverbote in Deutschland geduldete Sami A. sechs Personen, nämlich sich, seine Frau und vier Kinder. Der ihm von Weidel demonstrativ gegenübergestellte Bochumer Rentner Herbert W. dürfte, sofern er überhaupt existiert, alleinstehend sein, zumindest aber von seinem mit Flaschensammeln nur unwesentlich aufgebesserten Einkommen keine Großfamilie ernähren müssen.

Folglich hat die AfD-Fraktionsvorsitzende völlig unterschiedliche Lebenslagen zweier Männer, also Äpfel mit Birnen verglichen, und zwar eindeutig in manipulativer Absicht. Walter Ötsch und Nina Horaczek haben in ihrem Buch »Populismus für Anfänger. Anleitung zur Volksverführung« geschildert, wie rechte Demagogen als »begnadete Märchenerzähler« ihre Botschaft mittels »anschaulicher Geschichten« an den Mann und die Frau bringen: »Sie greifen einzelne Personen aus der FEIND-Gruppe heraus und stellen sie exemplarisch für die gesamte Gruppe an den Pranger. Konkrete Einzelfälle dienen als ›Beweis‹ dafür, dass das konstruierte Weltbild wirklich stimmt.«[157] Genau dieser Methode bediente sich Alice Weidel, wie sie auch sonst dazu neigt, Menschen anderer ethnischer Herkunft, Religion und Nationalität herabzuwürdigen.

Bezeichnenderweise machen die Parlamentarier und wenigen Parlamentarierinnen der AfD nie den mehr als vier Jahrzehnte währenden »Um-« bzw. Abbau des Sozialstaates zum Thema,

sondern kritisieren nur seinen angeblichen Missbrauch durch Migranten. Anscheinend liegen ihnen nicht Einheimische am Herzen, die auf staatliche Hilfe angewiesen sind, sondern es geht ihnen ausschließlich um die pauschale Diffamierung von Zuwanderern, ohne dass es sie im Geringsten interessiert, aus welchen Notlagen die betreffenden Menschen kommen.

Zu den verbalradikalsten Rednern und den größten Scharfmachern der AfD-Bundestagsfraktion gehört der Berliner Abgeordnete Gottfried Curio. In der Aussprache über den Etat von Horst Seehofer, Minister für Inneres, Bau und Heimat, wandelte Curio die tiefsinnige Bemerkung des Schweizer Schriftstellers Max Frisch zu den Gastarbeitern, wir hätten Arbeitskräfte gerufen und gekommen seien Menschen, am 17. Mai 2018 zu der folgenden, ebenso zynischen wie demagogischen Feststellung ab: »Wir riefen Flüchtlinge, und es kamen Fachkräfte fürs Ausplündern der Sozialsysteme: über 20 Milliarden Euro jährlich, Kosten nach oben offen. Der GroKo-Vertrag kennt keine Obergrenze. Der Bürger versteht es nicht, wenn illegale Grenzverletzer unbekannter Herkunft das Gleiche erhalten wie deutsche Arbeitslose. Das bedingungslose Grundeinkommen gibt es schon – für Ausländer.«[158]

Das war kein politisches Statement, sondern purer Unsinn. Curio präsentierte seinen Zuhörer(inne)n statt Fakten bloße Unterstellungen, Lügen und fragwürdige Behauptungen, um auf Stammtischniveau, eines Parlamentariers unwürdig, Stimmung gegen Flüchtlinge aus Kriegs- und Bürgerkriegsgebieten zu machen. So überschritten die jährlichen Zahlungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz selbst im Jahr 2016, als sie den Rekordstand von 9,5 Milliarden Euro erreichten, bisher nie die Höhe von 10 Milliarden Euro – bei einem Sozialbudget der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 2016 von 918 Milliarden Euro! Seine willkürlichen, aber im Vergleich zu manchem Fraktionskollegen noch moderaten Kostenangaben würzte der AfD-

Abgeordnete mit krassen Fehlinformationen. Der am 12. März 2018 unterzeichnete Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD legt zwar keine Obergrenze hinsichtlich der Flüchtlingsaufnahme fest, weil die Bundesregierung das in der Verfassung niedergeschriebene Grundrecht auf Asyl und die Genfer Flüchtlingskonvention beachten muss. Es heißt darin aber unmissverständlich, »dass die Zuwanderungszahlen (inklusive Kriegsflüchtlinge, vorübergehend Schutzberechtigte, Familiennachzügler, Relocation, Resettlement, abzüglich Rückführungen und freiwilligen Ausreisen künftiger Flüchtlinge und ohne Erwerbsmigration) die Spanne von jährlich 180 000 bis 220 000 nicht übersteigen werden«.[159]

Was die Geflüchteten in Deutschland als Basisleistung erhalten, ist entgegen Curios Bemerkung alles, nur kein bedingungsloses Grundeinkommen. Das heißt nämlich so, weil es sich um eine *Geld*leistung handelt, die ohne Bedürftigkeitsprüfung und Arbeitsverpflichtung gezahlt wird.[160] Asylbewerber/innen bekommen aber häufig Sach- statt Geldleistungen, auf die praktisch jeder Cent, den sie besitzen, voll angerechnet wird. Für (deutsche) Arbeitslose gibt es bei Hartz IV hingegen Erwerbstätigenfreibeträge und ein Schonvermögen, dessen Höhe mit dem Lebensalter steigt. Außerdem ist die Geldleistung für Asylbewerber trotz eines anders lautenden Bundesverfassungsgerichtsurteils vom 18. Juli 2012 (1 BvL 10/10 und 1 BvL 2/11) in den ersten 15 Monaten niedriger als der Sozialhilfesatz. Von einer finanziellen Besserstellung »illegaler Grenzverletzer unbekannter Herkunft« kann also überhaupt nicht die Rede sein.

Der völkisch-nationalistische Parteiflügel räumt der Sozialpolitik zwar einen höheren Stellenwert als der nationalkonservativ-wirtschaftsliberale ein, kümmert sich aber gleichfalls nicht ernsthaft um die realen Probleme eines Großteils der Bevölkerung. Vielmehr missbraucht er dessen Sorgen und Nöte, um sich als Fürsprecher der Benachteiligten zu inszenieren und dadurch Vorbehalte gegenüber

seiner Partei abzubauen. Wenn es um die sozialpolitische Programmatik der AfD geht, ist der Einfluss dieser Gruppierung daher relativ groß.

Am äußersten rechten Rand der AfD versucht Björn Höcke den Eindruck zu erwecken, als sei die von ihm repräsentierte Richtungsgruppierung eine konsequente Verteidigerin des Wohlfahrtsstaates, sofern ihn Deutsche und nicht Ausländer oder Menschen mit Migrationshintergrund in Anspruch nehmen. Was von diesem Image zu halten ist, zeigt ein Interview, das Redakteure der *Thüringischen Landeszeitung* mit ihm als dem AfD-Spitzenkandidaten für die Landtagswahl am 14. September 2014 führten. Ihnen sagte Höcke seinerzeit, dass man sich als Bürger »nicht nur auf Leistungen der öffentlichen Hände verlassen« dürfe.[161] Auf die Frage seiner beiden Gesprächspartner, ob er der Meinung sei, dass wir in Deutschland zu hohe Sozialausgaben hätten, antwortete Höcke: »Wir haben in den vergangenen Jahren unseren Sozialstaat zu sehr aufgebläht. Auf Dauer werden wir – vor allem vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung – Abstriche am Sozialstaat in der bisherigen Form machen müssen.«[162] Folglich befürwortet Höcke künftige »Sparmaßnahmen« im Sozialsystem, die in aller Regel gar nicht zu weniger Ausgaben führen, die Kosten vielmehr bloß vom Staat auf die Betroffenen – meist ausgesprochen einkommensschwache Gruppen – verlagern.

Auf einer AfD-Kundgebung in Schweinfurt hielt Höcke am 28. April 2016 eine Rede, in der er von einer »neuen sozialen Frage« sprach, die zum Schlüsselthema der Zukunft werde: »Die Soziale Frage der Gegenwart ist nicht primär die Verteilung des Volksvermögens von oben nach unten, unten nach oben, Jung zu Alt oder Alt zu Jung. Die neue deutsche Soziale Frage des 21. Jahrhunderts ist die Frage der Verteilung des Volksvermögens von innen nach außen.«[163] Mit dieser Formulierung knüpfte der

Geschichtslehrer Höcke offenbar bewusst an den im September 2017 verstorbenen CDU-Politiker Heiner Geißler an, der seit Mitte der 1970er-Jahre von einer »Neuen Sozialen Frage« gesprochen, damit jedoch die zunehmende Armutsbedrohtheit von sehr viel schlechter als die Arbeitnehmer/innen (mit ihrer gewerkschaftlichen Interessenvertretung) organisierten Bevölkerungsgruppen gemeint hatte. Dies verweist in Höckes Zusammenhang nun aber gerade darauf, dass Flüchtlinge als die rechtloseste und schwächste Gruppe in der Aufnahmegesellschaft den »etablierteren« und besser organisierten Autochthonen kaum »die Butter vom Brot nehmen« können, wenn es um die Verteilung der finanziellen Ressourcen geht.

Was in rechten AfD-Kreisen als »solidarischer Patriotismus« bezeichnet wird, ist nur Sozialpopulismus pur. Melanie Amann charakterisiert Höckes Position als »Nationalsozialismus« und fügt warnend hinzu: »Diese Haltung ist in der AfD fraglos mehrheitsfähig.«[164] Erfolge des völkisch-nationalistischen Parteiflügels hinsichtlich einer sozialen Profilierung der AfD sind jedoch Pyrrhussiege, weil seine scharfe Kapitalismuskritik von rechts mit einer neoliberalen Wirtschaftspolitik korrespondiert. Höcke, dessen Flügel sich als Sprachrohr der sozial benachteiligten Deutschen geriert, beantwortet die Verteilungsfrage also nicht im Sinne des Sozialismus (egal welches Adjektiv man diesem hinzufügt), sondern nimmt die sich gerade in Deutschland seit geraumer Zeit enorm vertiefende Kluft zwischen Arm und Reich überhaupt nicht zur Kenntnis und hält Umverteilung innerhalb des eigenen nationalen Kollektivs daher für weitgehend verzichtbar.

Sozialpolitik wird, weil gerade die äußerste Parteirechte sie auf Familienpolitik reduziert und Arbeits- bzw. Beschäftigungspolitik auch nur am Rande thematisiert, in einer von Christine Schickert verfassten Zwischenbilanz des Wirkens der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag, welcher Björn Höcke vorsteht, gar nicht eigens

behandelt.[165] André Poggenburg, damals noch Landesvorsitzender und Fraktionsvorsitzender im Landtag von Sachsen-Anhalt, gehörte zwar dem Sozial- und Gesundheitsausschuss des Parlaments an, fehlte im Jahr 2016 allerdings bei drei von fünf Sitzungen dieses arbeitsintensiven, aber wenig öffentlichkeitswirksamen Gremiums.[166] In einer Plenardebatte über die Drittelbilanz der sog. Kenia-Koalition aus CDU, SPD, und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen-Anhalt warf Poggenburg den Regierungsparteien vor zu kleckern, wenn es um deutsche Bürger gehe, aber zu klotzen, wenn es darum gehe, »zumeist illegale Einwanderer mit deutschem Steuergeld zu alimentieren«.[167] Poggenburg sprach in diesem Zusammenhang von einem »Verteilungskampf zwischen den Deutschen und den Fremden«, bei dem das deutsche Volk bisher ganz klar das Nachsehen habe. Folgerichtig bezeichnete Poggenburg die AfD als »neue Partei der sozialen Gerechtigkeit«, die im Unterschied zu den »Altparteien« energisch gegen Kinder- und Altersarmut vorgehe.

Wenn die Situation von benachteiligten Bevölkerungsgruppen im Parlamentsbetrieb der AfD überhaupt Aufmerksamkeit fand, fielen die Anträge ihrer Fraktionen weniger durch fachliche Qualität als Kuriosität auf. So bat man die sächsischen Kommunen auf dem Weg über die Staatsregierung, die Anschlussmöglichkeiten für die Ausstattung mit und den Betrieb von WLAN-Hotspots in den kommunalen Obdachlosenunterkünften und sonstigen Anlaufstellen für Menschen ohne Obdach zu schaffen.[168] 90 Prozent der dafür erforderlichen Finanzmittel sollte der Freistaat nach Ansicht der AfD übernehmen. Nötiger hätten die Betroffenen aber vermutlich mehr Notschlafstellen, Wärmestuben, Nachtcafés, Kältebusse oder sauberes Spritzbesteck gehabt.

Das im Volksmund als »Hartz IV« bezeichnete Gesetzespaket machte die sächsische AfD-Fraktion nur zum Thema, sofern es sich um SGB-II-Leistungen (Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld) an

*Nicht*deutsche handelte und ihr Umfang oder ihre Berechtigung skandalisiert werden konnte. Beispielsweise fragte der AfD-Abgeordnete André Wendt die Staatsregierung nach dem Bestand an Transferleistungsbeziehern, aufgeschlüsselt nach »Personen im Kontext der Fluchtmigration« (Anführungszeichen im Original), EU-Ausländern, Nicht-EU-Ausländern und deutschen Staatsangehörigen, aber auch noch einmal separat nach dem Bestand an arbeitslosen bzw. arbeitsuchenden »Personen im Kontext der Fluchtmigration« (Anführungszeichen im Original) in den Jahren 2015, 2016 und 2017 sowie nach der Anzahl von Abgängen dieses Personenkreises in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung.[169] Ließ sich Hartz IV nicht zur »Ausländerproblematik« umdeuten, zeigte die AfD daran keinerlei Interesse.

Ähnliches gilt für vermeintlichen »Sozialleistungsbetrug«, den die sächsische AfD-Landtagsfraktion nur insoweit thematisierte, als daran Asylbewerber beteiligt waren. So fragte ihr Innenpolitischer Sprecher Sebastian Wippel die Staatsregierung regelmäßig, in wie vielen Fällen im vorangegangenen Quartal »ein Betrug zur Erlangung von Sozialleistungen oder Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz durch Asylbewerber, anerkannte Asylberechtigte, Flüchtlinge, subsidiär Schutzbedürftige und Geduldete festgestellt und zur Anzeige gebracht« worden sei.[170] Das Justizministerium des Freistaates nannte jeweils die Zahl weniger Tatverdächtiger (mit der betreffenden Nationalität), die im Zuständigkeitsbereich der sächsischen Polizei angezeigt worden waren, weigerte sich jedoch wegen des erforderlichen Aufwandes, die Ermittlungsverfahren der sächsischen Staatsanwaltschaften per Hand auszuwerten. Weiter wollte der Görlitzer AfD-Abgeordnete jedesmal wissen, aus welchen Ländern die Tatverdächtigen stammten und wie viele Ermittlungsverfahren wegen welcher Delikte von der sächsischen Polizei oder einer Staatsanwaltschaft

des Freistaates gegen Personen eingeleitet worden seien, die sich einen Aufenthaltstitel durch falsche Angaben zu ihrer Identität erschleichen wollten.

Gegen die wachsenden sozialen Probleme (deutscher und nichtdeutscher Unterschichtangehöriger) wie Armut und Wohnungsnot empfiehlt der Rechtspopulismus nationale Lösungen, die in aller Regel zu Lasten der Menschen- und Bürgerrechte von Nichtdeutschen gehen. »So unterschiedlich die Positionen der verschiedenen Flügel in der AfD zu Fragen der Sozialpolitik, der Steuerpolitik, der Außenpolitik, der Militärpolitik und wirtschaftspolitischen Grundfragen auch sein mögen, eint sie die wahnhafte Vorstellung eines homogenen deutschen Volkes. Mit der AfD hat diese Einigung der politischen Rechten auf der Basis des Rassismus einen parteipolitischen Ausdruck gefunden.«[171]

Steuerpolitik für die Wohlhabenden, Reichen und Hyperreichen

In einem am 14. März 2018 gestellten Antrag forderte die AfD-Bundestagsfraktion die Aufhebung des *Solidaritätszuschlagsgesetzes 1995*. Während im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD eine sukzessive Abschmelzung der im Volksmund »Soli« genannten Ergänzungsabgabe vorgesehen war und zunächst 90 Prozent der Steuerzahler/innen davon befreit werden sollten, wollte die AfD ihn »sofort und uneingeschränkt« abgeschafft wissen.[172] Der Essener AfD-Abgeordnete Stefan Keuter begründete den Antrag am Folgetag im Plenum mit verfassungsrechtlichen Bedenken seiner Partei sowie dem Hinweis, dass der Solidaritätszuschlag nur zum geringsten Teil in die neuen Bundesländer fließe und der Aufbau Ost nach mehr als einem Vierteljahrhundert nicht mehr zur Legitimation dieser Abgabe herangezogen werden könne. Vielmehr sei daraus eine »Dauereinrichtung« geworden, was der Steuergerechtigkeit

widerspreche: »Der Steuerzahler, der Bürger muss endlich entlastet werden, und zwar sofort und ersatzlos.«[173]

Nun existiert »der Steuerzahler« natürlich ebenso wenig, wie es »den Bürger«, »den Wähler« oder »die AfD-Wählerin« gibt. Wer eine solche Formulierung wählt, täuscht seine Zuhörer/innen über die unterschiedlichen ökonomischen und sozialen Bedingungen hinweg, unter denen Menschen leben. Die große Mehrheit der Bevölkerung würde durch Abschaffung des Solidaritätszuschlages überhaupt nicht entlastet, sei es, weil es sich dabei um Personen handelt, die gar keine Einkommen-, Kapitalertrag- und Körperschaftsteuer (mithin logischerweise auch keinen Soli) zahlen müssen, oder sei es, weil das Einkommen der Betreffenden so gering ist, dass sie unter der Soli-Freigrenze bleiben. Umgekehrt würde ihre Belastung durch Steuern und staatliche Abgaben sogar steigen, wenn man – wie von der AfD verlangt – Wohlhabenden und Reichen den Solidaritätszuschlag erlassen, diesen Einnahmeausfall in Höhe von 18 bis 20 Milliarden Euro pro Jahr jedoch beispielsweise durch Mehrwertsteuererhöhungen kompensieren würde.

Hatten prominente Vertreter der etablierten Parteien wie Christian Lindner (FDP) und Markus Söder (CSU) die von ihnen für das Ende des »Solidarpakts II« 2019/20 ins Auge gefasste Abschaffung des Solidaritätszuschlages im Bundestagswahlkampf 2017 hauptsächlich mit der falschen Behauptung gerechtfertigt, dadurch würden »besonders Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen« finanziell entlastet, so verzichtete die AfD nunmehr auf Schutzbehauptungen dieser Art. Vor allem die langen steuerrechtlichen Ausführungen im Begründungsteil des AfD-Antrages ließen vielmehr deutlich erkennen, dass es ihr um ein Steuergeschenk für Gutbetuchte und Besserverdiener ging. Denn natürlich war ihren Steuerpolitikern bekannt, dass Geringverdiener/innen gar nichts und Normalverdiener/innen wenig vom Wegfall des »Soli« hätten. Schließlich entfallen gerade einmal 12 Prozent

des Aufkommens auf die untersten sieben Einkommensdezile, aber 80 Prozent auf das einkommensreichste Fünftel.[174]

Hochvermögende und große Konzerne würden hingegen zwei- bzw. dreistellige Millionenbeträge pro Jahr sparen, weil der Solidaritätszuschlag nicht bloß als Ergänzungsabgabe auf die Einkommensteuer, sondern eben auch auf die Kapitalertrag- und die Körperschaftsteuer, also die der Einkommensteuer für natürliche Personen entsprechende Steuerart für Kapitalgesellschaften, erhoben wird. Die von der AfD beantragte Abschaffung des Solidaritätszuschlages wäre für Normal- und Geringverdiener also ein Danaergeschenk, würde aber auch der unteren Mittelschicht wenig nützen.

Während der sich anschließenden Debatte fragte Michael Leutert von der LINKEN die AfD-Parlamentarier/innen, wie sie die durch den Wegfall des Soli und andere von ihnen einkalkulierte Steuerausfälle (z.B. durch Abschaffung der Erbschaftsteuer) entstehenden Finanzierungslöcher schließen wollten.[175] Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Alice Weidel erwiderte darauf per Zwischenruf in sie geradezu entlarvender Offenheit: »Bei Arbeit und Soziales kann man einsparen!«[176] Hierauf gab Leutert zu bedenken, dass in der erforderlichen Größenordnung nicht viele Einsparungsmöglichkeiten blieben, um dann fortzufahren: »Sagen Sie Ihren Wählerinnen und Wählern doch bitte, dass Sie an die Grundsicherung im Alter heranwollen, dass Sie medizinische Leistungen einschränken wollen und dass Sie die Unterstützung für Familien zurückfahren wollen.«[177] An dieser Stelle verzeichnet das Bundestagsprotokoll einen weiteren Zwischenruf, der von dem Waiblinger AfD-Abgeordneten Jürgen Braun kam: »Die illegale Zuwanderung stoppen!«[178] Abgesehen davon, dass die so einzusparenden Mittel gar nicht ausreichen würden, um die Einnahmeausfälle der geplanten AfD-Steuergeschenke zu kompensieren, manifestierte sich in Brauns obligatorischer

Forderung nach einer Grenzschließung für Asylsuchende der Wunsch, ausgerechnet den Ärmsten der Armen jenes Geld zu entziehen, das die AfD zu den gutsituierten (deutschen) Bürgern umschichten möchte.

In der Steuerpolitik vertritt die AfD den borniert-besitzbürgerlichen Standpunkt, wonach der Staat einer finanziellen Abmagerungskur unterzogen sowie die Belastung der Spitzenverdiener und Hochvermögenden reduziert werden muss. Manchmal agiert die AfD auf dem zuletzt genannten Politikfeld noch wirtschaftsfreundlicher als die FDP und nähert sich damit der neoliberalen Extremposition, wonach die Erhebung von (Gewinn-)Steuern einen Diebstahl seitens des Staates darstellt. Hierbei nimmt die AfD weder Rücksicht auf übergeordnete soziale Belange und das Gemeinwohl noch auf das Prinzip der Steuergerechtigkeit, nach dem Reiche stärker zur Finanzierung des Gemeinwesens herangezogen werden müssen als Arme. Auch die notwendige Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts durch eine kostenträchtige Verbesserung der sozialen, Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur bleibt außerhalb des geistigen Horizonts der AfD. Sie inszeniert sich zwar als Sprachrohr der sozial Benachteiligten, ist aber letztlich eine Partei der Privilegierten.

Am 18. Januar 2018 behandelte der Deutsche Bundestag einen Antrag der LINKEN, in dem es um eine gerechtere Verteilung des Reichtums durch Wiedererhebung der Vermögensteuer, die weiterhin im *Grundgesetz* (Art. 106 Abs. 2) steht, als Millionärsteuer ging.[179] In seiner Jungfernrede bezeichnete Albrecht Glaser, der soeben als Kandidat der AfD für das Amt eines Bundestagsvizepräsidenten gescheitert war, die von der LINKEN geforderte Vermögensteuer für Millionäre als »Gruppendiskriminierung« gegenüber den Reichen: »Der steuerliche Zugriff auf die Vermögenssubstanz, meine Damen und Herren, insbesondere Betriebsvermögen, als Mittel der Staatsfinanzierung ist

Kampf gegen jeden prosperierenden Wirtschaftsprozess.«[180] Glasklarer im Sinne der Hochvermögenden hätte auch kein Lobbyist des Unternehmerlagers argumentieren können. Dabei müsste die Wiedererhebung der Vermögensteuer in einer Marktwirtschaft sogar ein mächtiger Anreiz sein, das Betriebsvermögen durch größere Anstrengungen zu mehren, damit sich der für die private Lebensführung zur Verfügung stehende Gewinn trotz einer größeren Steuerlast nicht spürbar verringert.

Armut in einem reichen Land aus Sicht der AfD

Tags darauf diskutierte der Bundestag über einen Antrag der LINKEN, welcher »Armut in Deutschland den Kampf ansagen« überschrieben war.[181] Darin warf die von Dietmar Bartsch und Sahra Wagenknecht geführte Oppositionsfraktion der Bundesregierung vor, keine Verantwortung für die Armutsbekämpfung übernommen, diese vielmehr den Lebensmitteltafeln überlassen und durch Ausweitung des Niedriglohnsektors sogar konterkariert zu haben. Gefordert wurden zahlreiche Maßnahmen zur Umverteilung von Einkommen und Vermögen, darunter die Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro brutto pro Arbeitsstunde, die Schaffung einer sanktionsfreien Mindestsicherung und einer Solidarischen Mindestrente in Höhe von jeweils 1 050 Euro netto im Monat sowie die Anhebung des Kindergeldes auf 328 Euro im Monat (ohne dessen Anrechnung auf Hartz IV). Als längerfristige Forderungen wurden die Einführung einer bedarfsdeckenden Kindergrundsicherung sowie die Wiederanhebung des Rentenniveaus auf 53 Prozent, die Streichung der sog. Dämpfungsfaktoren aus der Rentenanpassungsformel und die Fortführung der Rente nach Mindestentgeltpunkten für Zeiten nach 1991 genannt.

Nach der LINKEN-Vorsitzenden Katja Kipping, die den Antrag begründet hatte, und dem CSU-Abgeordneten Stephan Stracke ergriff für die AfD der zum völkisch-nationalistischen Flügel gezählte Nürnberger Abgeordnete Martin Sichert das Wort. Er hielt eine Grundsatzrede, die das Problem der Armut in demagogischer Manier als Resultat der europäischen Integration einerseits sowie der Arbeits- und Fluchtmigration andererseits darstellte. Sichert knüpfte hieran die Forderung nach einer Rückbesinnung auf »deutsche Interessen« und Wiederherstellung der nationalen Souveränität. Brennglasartig fokussierte sein Redebeitrag das Bestreben der AfD, die Armut rhetorisch durch eine Verbindung der nationalen mit der sozialen Frage zu beseitigen. Obwohl die LINKE schon oft ihre Forderung nach Erhöhung der Kapital- und Gewinnsteuern dargelegt hatte, behauptete Sichert zu Beginn seiner Bundestagsrede: »Sie wollen lauter Wohltaten verteilen, ohne zu erklären, wie das finanziert werden soll.«[182] Schließlich müsse das benötigte Geld erst »hart von der arbeitenden Bevölkerung verdient werden«, bevor man es ausgeben könne. »Wenn Sie hier Geld so freizügig verteilen«, wandte sich der AfD-Parlamentarier an die Linksfraktion im Bundestag, »dann spielen Sie damit die Bedürftigen gegen die hart arbeitenden Menschen aus, dann spalten Sie diese Gesellschaft.« Brauchbar sei nur der Titel des vorgelegten Antrages. Denn die Armut wachse auch deshalb, weil die LINKE »angeblichen deutschen Reichtum« umverteilen wolle. Als den Hauptgrund für die zunehmende Armut in Deutschland betrachtete der AfD-Redner hingegen – wie könnte es anders sein – die EU.[183] Armutsbekämpfung könnte sich nach seiner Ursachenforschung auf die Rückgewinnung der nationalen Souveränität beschränken, wohingegen es überflüssig, wenn nicht gar sinnlos wäre, eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums vorzunehmen.

Das erwartbare, durch diese Behauptung laut Parlamentsprotokoll ausgelöste Lachen bei SPD, LINKER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

veranlasste Sichert zu dem Seitenhieb, für viele Abgeordnete dieser Fraktionen sei der Bundestag »nur ein verlängerter Arm von Brüssel.« Aufgabe des Parlaments sei es jedoch zunächst einmal, »die Armut im eigenen Land zu bekämpfen, anstatt Menschen aus der ganzen Welt unsere Sozialleistungen zu gewähren«. Deutschland brauche ein Ende der EU-Nullzinspolitik, damit die Menschen wieder für ihr Alter vorsorgen könnten, ein Ende des Euro, weil dieser ihren Wohlstand vernichte, sowie ein Ende der angeblichen Arbeitnehmerfreizügigkeit, dank der »Scheinarbeitnehmer aus Osteuropa ins deutsche Sozialsystem einwandern« könnten.

Hierbei handelte es sich um National- und Sozialpopulismus, denn osteuropäische Arbeitsmigrant(inn)en sind oft hoch qualifiziert, weit überwiegend beschäftigt und nicht bloß im Gesundheits- und Pflegebereich längst unentbehrlich. Auf den eigentlichen Skandal, dass Südosteuropäer wie Bulgaren und Rumänen als Leih- bzw. Werkvertragsarbeiter etwa in Schlachthöfen unter sklavenähnlichen Bedingungen und zu Hungerlöhnen tätig waren, ging Sichert nicht ein. Vielmehr beendete er die zitierte Passage seiner Rede mit der Forderung nach einem Ausstieg Deutschlands »aus internationalen Zuwanderungsregelungen, die unserem Land ebenfalls nur massenhafte Einwanderung ins Sozialsystem bescheren«.

Die rassistischen Ressentiments seiner Wähler gegenüber Flüchtlingen mobilisierte der AfD-Abgeordnete auch durch ein aus der Luft gegriffenes Beispiel, das die Situation einer Bewohnerin seines Bundeslandes mit der von angeblich privilegierten Flüchtlingen kontrastierte. Unterstützung durch Wahlstimmen finde die AfD, behauptete Sichert, bei frustrierten Einheimischen, etwa jener »arme(n) Rentnerin aus dem Bayerischen Wald«, die »zu Recht sauer« sei, weil sie auf den Bus warten müsse, der nur dreimal am Tag fahre, »während die Asylbewerber nebenan auf Staatskosten mit dem Taxi abgeholt« würden.

Wer das *Asylbewerberleistungsgesetz* kennt, weiß sehr wohl, dass die betroffenen Flüchtlinge weniger Geld als bedürftige Rentner/innen erhalten, denen ausnahmslos die höhere Grundsicherung im Alter zusteht. Gerade in Sicherts Heimatregion bekommen Asylbewerber/innen neben Sachleistungen (wie Tickets für den öffentlichen Nahverkehr) höchstens ein kleines Taschengeld, das für Taxifahrten nicht ausreicht. Letztere beschränken sich auf Notfälle, in denen Kranke zu einem Facharzt oder in eine Klinik gebracht werden müssen, ohne dass kostengünstigere Beförderungsalternativen existieren. Hierüber gibt übrigens die Sozial-Fibel des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales detailliert Auskunft,[184] ohne dass sich der offenbar permanent im Wahlkampfmodus befindliche AfD-Abgeordnete oder seine Mitarbeiter dort informiert hätten.

Seine wenig glaubhafte und leicht zu widerlegende Geschichte aus dem ländlichen Raum ergänzte Sichert um eine vergleichbare Horrorstory aus dem Ruhrgebiet. Dass sie in Duisburg-Marxloh spielt, bot sich deshalb an, weil es als Sinnbild für einen durch die frühere Deindustrialisierung (Schließung eines großen Stahlwerks) und die anschließende Zuwanderung von Türk(inn)en, staatenlosen Libanes(inn)en und Südosteuropäer(inne)n heruntergekommenen Stadtteil fungiert. Sichert beklagte aber nicht etwa deren Elend, sondern dass die Migranten dort statt zu arbeiten ihren Müll auf die Straße würfen und den »ganzen Stadtteil« in eine No-go-Area verwandelt hätten. Vor allem störte den AfD-Parlamentarier jedoch das hierdurch verursachte Sinken der Immobilienpreise: »Wir haben, um das mal klar zu sagen, mit unseren Sozialleistungen Menschen nach Marxloh gelockt, die mit ihrem Verhalten dafür gesorgt haben, dass es dort nun Kakerlaken- und Rattenplagen gibt. Das ist nicht nur unsozial, sondern auch mit dem im Grundgesetz verankerten Recht auf Eigentum unvereinbar.« Dass deutsche Hauseigentümer dort mit oft zu horrenden Preisen an

Zuwandererfamilien vermieteten Schrottimmobilien lukrative Geschäfte machen, ohne die Sozialpflichtigkeit des Eigentums nach Art. 14 Abs. 2 *Grundgesetz* zu beachten, verschwieg Sichert hingegen tunlichst.

Die sich verfestigende Armut der aus Kriegs- und Bürgerkriegsgebieten in die Bundesrepublik geflüchteten Menschen erwähnte Sichert gleichfalls mit keinem Wort. Lieber bediente der AfD-Abgeordnete antiziganistische Klischees, als sich mit dem Problem zu beschäftigen, dass in Duisburg-Marxloh mehrere tausend Roma aus Bulgarien und Rumänien leben, ohne krankenversichert zu sein. Vielmehr beendete der AfD-Parlamentarier seine Rede, indem er nach einem oberflächlichen und undifferenzierten Exkurs zur Migrationsfrage auf das Thema bzw. den Titel des Antrages der Linksfraktion zurückkam. Zumindest verbal konzedierte Sichert, dass man der Armut in Deutschland den Kampf ansagen müsse, fügte dieser Erkenntnis aber folgenden hanebüchenen Ratschlag hinzu: »Das beste Rezept, um die Armut zu bekämpfen, ist, dass der Bundestag endlich nicht mehr wie ein willfähriger Erfüllungsgehilfe Brüssels agiert, sondern wie ein souveränes Parlament für die Interessen des deutschen Volkes.«

Während die Redner der Union entweder bestritten, dass es hierzulande »wirkliche« Armut in einem nennenswerten Ausmaß gibt, oder sie durch eine auf Vollbeschäftigung gerichtete Arbeitsmarktpolitik beseitigen zu können glaubten, suchte Sichert den Eindruck zu erwecken, als sei die inzwischen bis zur Mitte der Gesellschaft vordringende und sich immer mehr verfestigende Armut keine Folge der sozialen Polarisierung, vielmehr aus Osteuropa und unterentwickelten Ländern der sog. Dritten oder Vierten Welt importiert. Statt auf den sich verschärfenden Oben-unten-Gegensatz führte Sichert das Problem in völkisch-nationalistischer Manier auf den zwischenstaatlichen Innen-außen-

Gegensatz zurück. Die beim Einkommen wie beim Vermögen bestehende Verteilungsschieflage geriet bei dieser Sichtweise aus dem Blickfeld, weil Flüchtlinge – das rechtspopulistische Feindbild schlechthin – einmal mehr zum Sündenbock einer verfehlten Sozialpolitik gemacht wurden.

Wie kein anderer Redebeitrag eines AfD-Abgeordneten offenbarte Sicherts provokativer Auftritt das eigentümliche Armutsverständnis dieser Partei, in dem Deutschland als Wohlstandsinsel erscheint, die fremde Eindringlinge nach Jahrzehnten des ungestörten Glücks mit Not und Elend, Verwahrlosung und Verdreckung überziehen. Durch die Kulturalisierung und Ethnisierung sozialer Probleme lenkt man von der sozialen Polarisierung eines Landes ab, in dem Armut weder ein individuelles noch ein »Ausländerproblem« ist. Denn sie trifft Menschen unabhängig von der Staatsangehörigkeit, der ethnischen Herkunft und der Religion. Bei der AfD tritt an die Stelle der erforderlichen Solidarität mit den Armen und sozial Ausgegrenzten in aller Welt die geradezu mystifizierte Souveränität des »eigenen« Nationalstaates. Die exklusive Solidarität der AfD-Programmatik beschränkt sich auf die Mitglieder der eigenen »Volksgemeinschaft«, Nation, »Rasse« oder Religion. Wirklich human kann eine Position zum Wohlfahrtsstaat allerdings nur genannt werden, wenn sie allen Menschen unabhängig von ihrer ethnischen Herkunft, Hautfarbe und religiösen Überzeugung prinzipiell die gleichen sozialen Rechte zugesteht.

Was konkret gegen Armut getan werden kann, erfährt man von einem Rechtspopulisten wie Sichert nie. Auf diesem Politikfeld wirken alle Parlamentarier der AfD inhaltlich überfordert, wenn sie über platte Losungen, propagandistische Leerformeln und agitatorische Floskeln hinaus Lösungsansätze für soziale Probleme entwickeln sollen. Statt sich zu Anwälten der Armen zu machen, präsentieren sich die AfD-Abgeordneten als Interessenvertreter des »deutschen Volkes«, wobei sie keinen Hehl daraus machen, dass

ihnen der Schutz des Privateigentums (von Deutschen) mehr am Herzen liegt als die Schaffung von mehr sozialer Gerechtigkeit.

Dass es mit jenem »solidarischen Patriotismus«, der von ostdeutschen AfD-Gliederungen favorisiert, aber auch von westdeutschen »Flügel«-Vertretern propagiert wird, nicht weit her ist, zeigte Sicherts Kurzintervention während der Parlamentsdebatte zum selben Antrag. Auf eine Zwischenfrage des FDP-Abgeordneten Pascal Kober, ob es kein Widerspruch sei, dass die LINKE darin eine Mindestsicherung in Höhe von 1 050 Euro zur Führung eines menschenwürdigen Lebens fordere, während Matthias W. Birkwald, ihr rentenpolitischer Sprecher im Bundestag, soeben vorgerechnet habe, dass die EU-Armutsrisikoschwelle seinerzeit bei 1 064 Euro lag, antwortete die Rednerin Sabine Zimmermann (LINKE) spontan mit der Zusicherung: »Herr Kober, wenn die FDP 2 000 Euro fordert, dann bekommen Sie von uns die volle Unterstützung.«[185] Daraufhin meldete sich der AfD-Abgeordnete Sichert noch einmal zu Wort und führte – gegen Zimmermanns ironische Bemerkung gerichtet – ins Feld, das durchschnittliche Nettoeinkommen der Arbeitnehmer in Deutschland betrage 1 893 Euro, während die LINKE eine Mindestsicherung von 2 000 Euro mitzutragen bereit sei, um daran die Frage zu knüpfen: »Wie wollen Sie das all den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern erklären, und wo wollen Sie das Geld hernehmen, um eine Mindestsicherung von 2 000 Euro zu finanzieren?«[186]

Zimmermann, die schon während ihrer Rede keine Zwischenfrage von Sichert zugelassen hatte, verzichtete auf eine Replik. Sie hätte an dieser Stelle anmerken können, dass die Löhne vermutlich stark steigen würden, sobald eine hohe Mindestsicherung eingeführt wäre, der Disziplinierungseffekt für Belegschaften, Betriebsräte und Gewerkschaften durch Hartz IV hingegen entfiele, der diese seit 2005 genötigt hat, Reallohnsenkungen zu akzeptieren. Sichert wäre auch zu entgegnen gewesen, dass sich die bedarfsdeckende

Mindestsicherung der LINKEN nicht zuletzt durch eine Wiedererhebung der Vermögen- und eine höhere Erbschaftsteuer auf große (Betriebs-)Vermögen finanzieren ließe, wohingegen die AfD ausgerechnet diese beiden – nur von Wohlhabenden, Reichen und Hyperreichen zu entrichtenden – Steuerarten abschaffen will.[187]

Am 19. Januar 2018 standen drei Initiativen im Bundestagsplenum zur Debatte. Hatte die FDP einen Gesetzentwurf zur Senkung des Beitragssatzes in der Arbeitslosenversicherung eingebracht, so wiederholte die LINKE ihre Forderung nach einer Kehrtwende in der Arbeitsmarktpolitik und wandte sich die AfD gegen die Zwangsverrentung von Arbeitslosengeld-II-Bezieher(inne)n.[188] Der bayerische AfD-Landesvorsitzende Martin Sichert sprach sich mit folgender Begründung für die Annahme des FDP-Gesetzentwurfes aus: »Das mit Abstand beste Programm zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit und Wirtschaftsabschwung sind nicht aufgeblähte Töpfe der Sozialversicherungen, sondern ist der Abbau von Bürokratie, Abgaben und Steuern.«[189] Als hätten die von der Erwerbslosigkeit bedrohten Arbeitnehmer/innen ein Interesse an leeren Kassen der Sozialversicherung, und als brauchte man nur die »Lohnnebenkosten« senken, um den Wohlstand eines Landes zu fördern!

Anstatt eine die Armut bekämpfende und den Lebensstandard von Mittelschichtangehörigen sichernde Sozialpolitik zu machen, handelt die AfD im Parlament unsozial, wenn sie ausgerechnet dort für »Einsparungen« plädiert, wo Arbeitnehmer/innen, Erwerbslose und Rentner/innen von den Leistungskürzungen getroffen werden. Dabei ist es für die AfD ein wahrer Spagat, denjenigen Angehörigen der gehobenen Schichten, die sich als übermäßig zur Kasse gebetene Steuerzahler empfinden, ihre Entschlossenheit zu einem radikalen »Um-« bzw. Abbau des Sozialstaates zu signalisieren und sich zugleich als glaubwürdige Interessenvertreterin der

Arbeitslosen, Armen und sozial Ausgegrenzten zu profilieren.

Um den Menschen vorzugaukeln, dass die Transferleistungen für Erwerbslose im deutschen Sozialstaat derart großzügig bemessen seien, dass ein Bürger selbst mit harter Arbeit weniger verdient, werden »Milchmädchenrechnungen« angestellt. So behauptete die Rostocker AfD-Abgeordnete Ulrike Schielke-Ziesing am 18. April 2018 in der Aussprache über den Etat des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales: »Die Realität ist, dass ein 30-jähriger Polizeibeamter der Besoldungsgruppe A 4 in Berlin als Alleinverdiener über weniger Nettogehalt verfügt, als ihm mit seiner Familie an Hartz IV zustehen würde.«[190] Das ist bestenfalls eine Halbwahrheit, denn Schielke-Ziesing schwieg zu Leistungen wie Kindergeld und Wohngeld, die Hartz-IV-Bezieher(inne)n im Unterschied zu dem »Alleinverdiener« gar nicht zustehen bzw. die ihnen auf den Regelbedarf angerechnet, also gleich wieder abgezogen werden. Aber selbst wenn es so wäre, wie die AfD-Abgeordnete behauptete, erhielte ein »Alleinverdiener« als sog. Aufstocker wegen des Erwerbstätigenfreibetrags beim Arbeitslosengeld II mehr Geld als der zum Vergleich herangezogene Arbeitslose.

Mit solchen Rechenkunststücken, die darüber hinwegtäuschen sollen, dass jemand, der arbeitet, nie weniger als ein Arbeitslosengeld-II-Bezieher in derselben Familienkonstellation erhält, haben Neoliberale wie der im März 2016 verstorbene FDP-Vorsitzende Guido Westerwelle schon immer Stimmung gegen den Wohlfahrtsstaat gemacht.[191] Auch die AfD-Bundestagsfraktion kommt selten über das Stammtischniveau der neoliberalen Sozialstaatskritik hinaus, verwenden ihre Mitglieder doch heute dasselbe Argumentationsmuster. Zudem leitete die Parlamentarierin aus ihrer (falschen) Feststellung nicht die Forderung nach einer Anhebung des Gehalts der Beschäftigten im öffentlichen Dienst oder der Besoldung unterer Dienstgrade bei der Polizei ab, was

folgerichtig gewesen wäre, schürte vielmehr bloß Sozialneid nach unten.

Als zwangsläufige Folge des Lohnungleichgewichts nannte Schielke-Ziesing, von Beruf Versicherungsfachangestellte bei der Deutschen Rentenversicherung, eine wachsende Altersarmut, weil im Arbeitsleben keine ausreichenden Rentenanwartschaften erworben werden könnten. Die von CDU, CSU und SPD im Koalitionsvertrag avisierten Verbesserungen im Bereich der Altersvorsorge (Stabilisierung des Sicherungsniveaus vor Steuern und des Beitragssatzes in der Gesetzlichen Rentenversicherung; die Grundrente als 10-prozentiger Aufschlag auf die Grundsicherung im Alter für Geringverdiener/innen mit 35 Jahren an Beitragszeiten oder Zeiten der Kindererziehung bzw. Pflegezeiten; die Anhebung der Zurechnungszeiten bei der Erwerbsunfähigkeitsrente; die sog. Mütterrente II) wiederum bezeichnete Schielke-Ziesing als »Wahlkampfgeschenke«, um deren Finanzierung man sich erst jetzt kümmere.

Die Erstunterzeichnerin der Erfurter Resolution beklagte, dass rund 42 Prozent des Bundeshaushalts mit Renten- und Sozialleistungen verbucht seien, was teilweise mit den »schier unübersichtlichen Kosten der Flüchtlingskrise« zusammenhänge.[192] In diesem Kontext berief sich Schielke-Ziesing bezeichnenderweise auf den US-amerikanischen Ökonomen Milton Friedman, der gesagt habe, man könne einen Sozialstaat und auch offene Grenzen haben, aber niemals beides zusammen. Dass ausgerechnet ein Spiritus rector des Neoliberalismus zum Kronzeugen der AfD avancierte, um im Parlament einen unlösbaren Gegensatz zwischen Migrationsbewegungen und Sozialstaatsentwicklung zu konstruieren, verweist auf die fortdauernde Bedeutung dieser Wirtschaftstheorie für den Rechtspopulismus im Allgemeinen sowie den völkisch-nationalistischen AfD-Flügel im Besonderen.

In das gleiche Horn stieß der Potsdamer AfD-Abgeordnete René

Springer, als er Bundeskanzlerin Angela Merkel unter dem Beifall seiner Fraktion nicht bloß die Erleichterung der »Massenzuwanderung«, vielmehr auch die Zerstörung des Sozialstaates vorwarf: »Der gesinnungsethische Größenwahn der Kanzlerin hat unseren Sozialstaat inzwischen tief ins Mark getroffen, und die Kosten dafür tragen nicht die Entscheidungsträger, sondern die Leistungsträger in unserer Gesellschaft.«[193] Selbst wenn die Flüchtlinge irgendwann eine Arbeit aufnähmen, werde es keine qualifizierte Arbeit sein, meinte der persönliche Referent von Alexander Gauland und frühere Inhaber eines SPD-Mitgliedsbuches, weshalb sie zur »existenziellen Konkurrenz für die Beschäftigten im Niedriglohnsektor« würden, wo es keinen Arbeitskräftemangel, sondern einen Arbeitskräfteüberschuss gebe. Mit dem vorgelegten Haushaltsentwurf verschärfe die Bundesregierung den Konkurrenzkampf zwischen einheimischen und fremden Arbeitskräften noch, weil sie 47 Millionen Euro für die berufliche Integration von Zuwanderern, 60 Millionen Euro für die Heranführung von Flüchtlingen an den Arbeitsmarkt und weitere 470 Millionen Euro für die berufsbezogene Deutschsprachförderung von Migrant(inn)en ausgeben wolle. Diese Pläne als sozial zu bezeichnen, sei an Zynismus kaum zu überbieten, meinte Springer: »Die Bundesregierung zieht den Beschäftigten im Niedriglohnsektor heute quasi die Steuern aus der Tasche, um deren direkte Konkurrenz von morgen zu finanzieren.« Wer solche Pläne habe, verdiene nicht den Titel »Sozialminister«, musste sich der SPD-Politiker Hubertus Heil anhören; treffender würde er laut Springer als »sozialer Unruhestifter« bezeichnet.

Hier wird einmal mehr das rechtspopulistische Hauptargumentationsmuster der AfD sichtbar: Finanzlücken und Kürzungsmaßnahmen im Sozialbereich werden grundsätzlich auf Kosten zurückgeführt, die als Folge der vermehrten

(Flucht-)Migration entstanden sind. Damit spielt man jedoch Arme (einheimische Geringqualifizierte) gegen noch Ärmere (Geflüchtete) aus, obwohl beide Opfer einer kapitalkräftigen und mächtigen dritten Interessengruppe sind, vor deren Lohndumping und Ausbeutung im Niedriglohnbereich sie gemeinsam bewahrt werden müssten.

Die für Arbeitnehmer/innen, (Langzeit-)Erwerbslose und Rentner/innen besonders enttäuschende Sozialstaatsentwicklung der vergangenen Jahrzehnte wird in Verbindung mit der »Massenzuwanderung« gebracht, ebenso wie die Armut in Deutschland. Die unsozialen »Sparmaßnahmen« verschiedener Bundesregierungen fanden allerdings statt, lange bevor es vielen Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlingen durch die Verhinderung der Grenzschließung im September 2015 ermöglicht wurde, nach Deutschland zu gelangen, und die AfD mittels der Konzentration ihrer Propaganda darauf ihren Höhenflug in der Wählergunst begann. Weder auf dem Arbeits- noch auf dem Wohnungsmarkt stehen sich aber die ethnischen Gruppen der »Biodeutschen« und der »Fremdstämmigen« gegenüber, sondern Individuen, deren berufliche Qualifikation, materielle Situation und sonstigen Ressourcen über ihre Durchsetzungschancen entscheiden. Nur auf den ersten Blick und aus einer rassistischen Perspektive sieht es so aus, als seien die Zuwanderer schuld an fehlenden Jobs und bezahlbaren Wohnungen. Dabei geht der allgemeine Mangel in den genannten Bereichen auf frühere Versäumnisse der wirtschaftlichen und politischen Entscheidungsträger zurück, die von der AfD aus ihrer Verantwortung für die sozialen Fehlentwicklungen in einem reichen Land entlassen werden.

Gerade die sozial Benachteiligten würden ihr blaues Wunder erleben, wenn die Rechtspopulisten der AfD an die Macht gelangen sollten, und sei es auch nur als Juniorpartner in einer Koalitionsregierung. Denn die AfD ist keine Volkspartei, sondern

eine in Teilen völkisch-nationalistische Partei, die den Interessen der Begüterten noch unverhohlener zum Durchbruch verhelfen würde.Von der AfD wäre vermutlich auch dann kein Protest oder gar Widerstand gegen »Sparmaßnahmen« im Sozialbereich zu erwarten, wenn der Wohlfahrtsstaat durch eine tiefe Wirtschaftskrise oder die auf dem NATO-Gipfel vom 4./5. September 2014 in Wales von der Bundesregierung mit beschlossene und von US-Präsident Donald Trump wiederholt verlangte massive Anhebung des Rüstungsetats stärker unter Druck gerät. Heißt die Alternative künftig »Rüstungs- oder Sozialstaat?«, wird sich die AfD wohl für das Militär und gegen die Armen entscheiden. Insofern stellt ihre ambivalente Haltung zum Sozialstaat die politische Achillesferse der Partei dar. Dies gilt erst recht mit Blick auf innerparteiliche Meinungsverschiedenheiten, die sich auf dem genannten Politikfeld leicht zu einer Zerreißprobe auswachsen können.

Altersarmut und Rentenpolitik – die AfD vor einer Zerreißprobe?

Kinder und Jugendliche bilden mit ca. 2,7 Millionen von Armut betroffenen Menschen unter 18 Jahren zwar seit Langem die Hauptbetroffenengruppe, das Armutsrisiko der ebenfalls 2,7 Millionen von Armut betroffenen Menschen über 64 Jahren wächst momentan allerdings am schnellsten, weshalb man in Fachkreisen auch von einer »Reseniorisierung« der Armut spricht.[194] Sofern sich an der Regierungspolitik nichts ändert, wird die Altersarmut weiter zunehmen. Deshalb schreit die Konzeptionslosigkeit von CDU, CSU und SPD geradezu nach Alternativen, wie man sie von der AfD aufgrund ihres Parteinamens erwartet.

Selbst nach über fünf Jahren ihres Bestehens hat sich die AfD jedoch noch immer auf kein Rentenkonzept geeinigt, sondern außer konträren Positionen und miteinander unvereinbaren Papieren auf diesem Gebiet nichts vorzuweisen. Spitzenpolitiker wie Alexander Gauland weisen deshalb in Diskussionen über die zunehmende Altersarmut gebetsmühlenartig darauf hin, dass man ja eine »junge Partei« sei, die sich gerade erst sortiere. Dies gleicht zumindest dann einem politischen Offenbarungseid, wenn man ihren Anspruch ernst nimmt, die Schutzmacht aller sozial Benachteiligten zu sein. Nur weil die etablierten Parteien das ebenso selten skandalisieren wie die Massenmedien, sondern der AfD durch die ständige Diskussion über das angebliche Kardinalproblem der Bundesrepublik – die vermehrte Fluchtmigration und die mangelnde Integration der Zugewanderten – immer wieder politische Steilvorlagen liefern bzw. ideologische Ablenkungsmanöver erlauben, bleibt der Öffentlichkeit dieses Hauptmanko des rechtspopulistischen Parteiprojekts weitgehend verborgen.

Erst auf ihrem 9. Bundesparteitag, der am 30. Juni/1. Juli 2018 in Augsburg stattfand, beschlossen die Delegierten auf Drängen des völkisch-nationalistischen Flügels um den Thüringer Landes- und Fraktionsvorsitzenden Björn Höcke, im nächsten Jahr einen Sonderparteitag abzuhalten, der sich mit der Sozialpolitik beschäftigen und das (hinsichtlich der Alterssicherung besonders vage) AfD-Grundsatzprogramm in diesem Bereich anpassen oder ergänzen soll.

In ihrem Programm zur Bundestagswahl 2017 führte die AfD die finanziellen Probleme der Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) nicht etwa auf die neoliberale Modernisierung, die Deregulierung des Arbeitsmarktes (Hartz-Gesetze) durch die rot-grüne Koalition und die Demontage des lohn- und beitragsbezogenen Rentensystems, also die Teilprivatisierung der Altersvorsorge

(Riester-Reform) und damit verbundene Beitragssatzsenkungen sowie die Entlastung der Arbeitgeber zurück, sondern nach Art einer Verschwörungstheorie auf die Bezahlung versicherungsfremder Leistungen aus dem Etat der Rentenversicherung »in zweistelliger Milliardenhöhe« allein im Jahr 2015.[195] Dabei wurde jedoch verkannt, dass die GRV kein Ausgaben-, sondern ein Einnahmenproblem hat und auch keine Privatversicherung ist, bei der als »versicherungsfremd« gilt, wofür keine Beiträge entrichtet wurden. Bei einer Sozialversicherung kann nur das versicherungsfremd sein, was nicht durch die Solidarpflicht der Versichertengemeinschaft abgedeckt ist.

Wer die Ursachen der sozialen Probleme nicht oder falsch analysiert, kann sie auch nicht lösen. Hinzu kommt, dass die AfD in der Rentenpolitik zerstritten und schwerlich konsensfähig ist. Der national- bzw. wirtschaftsliberale Flügel um Bundessprecher Jörg Meuthen und die Fraktionsvorsitzende Alice Weidel setzt auf den Markt, Privatinitiative und Eigenverantwortung, während der völkisch-nationalistische Parteiflügel um Björn Höcke die Alterssicherung im Sinne eines »solidarischen Patriotismus« reorganisieren will.

Markus Frohnmaier, der zuerst Frauke Petrys Pressesprecher war, im Mai 2017 zu Alice Weidels Sprecher avancierte und baden-württembergischer Bundestagsabgeordneter ist, plädiert für eine »Volksrente« nach Art des Schweizer Drei-Säulen-Modells. In seinem »Impulspapier« zur Rentenpolitik bemerkt Frohnmaier einleitend, dass ein Möbelhaus in seinem Bundesland eine kostenlose Mittagsspeisung eingeführt hat, was zur Bildung einer langen Schlange von Ruheständler(inne)n führte, die gar nicht zu den Kunden gehören, aber (zu) wenig Geld haben. Daraus zieht er die politische Schlussfolgerung: »Menschen, die teilweise Jahrzehnte lang gearbeitet haben, sind darauf angewiesen, dass sie von ihrem örtlichen Möbelhaus ein lokales Mittagessen spendiert bekommen.

Gleichzeitig zahlt der Staat Sozialleistungen an Menschen aus, die ohne Papiere illegal nach Deutschland gekommen sind.«[196] Auch die Frage der Alterssicherung wird also mit der Zuwanderung verknüpft, obwohl beide nichts miteinander zu tun haben, weil Flüchtlinge (noch) keine Rente erhalten und das Sinken des Rentenniveaus von 53 auf 43 Prozent vor Steuern im Jahr 2030 bereits kurz nach der Jahrtausendwende im Bundesgesetzblatt verankert wurde, als niemand etwas von den Kriegen und Bürgerkriegen in den Hauptherkunftsländern der Flüchtlinge (Syrien, Irak und Afghanistan) ahnte.

Auf der Grundlage eines »Volkskapitalismus« möchte Frohnmaier eine »Volksrente« einführen, die Deutsche gegenüber Ausländer(inne)n und Eltern gegenüber Kinderlosen privilegiert, weil ein Teil der Finanzmittel für die zuerst Genannten reserviert wird bzw. die Zahlungen für Letztere geringer ausfallen. Das bisherige Umlageverfahren soll zwar nicht abgeschaft, sein Schwerpunkt aber zu einem »kapitalgedeckten« – in Wirklichkeit: zu einem finanzmarktabhängigen – Rentensystem verschoben werden. Die geplante Volksrente hat drei Bestandteile: erstens eine »Grundrente« für »alle Menschen mit deutscher Staatsangehörigkeit weltweit«, die sie durch Pflichtbeiträge finanzieren, sofern ihr Jahreseinkommen mindestens 15 000 Euro beträgt; zweitens eine »Lebensrente« als »kapitalgedeckte private Teilzwangsversicherung«, welche die Lebensleistung widerspiegeln und im Idealfall den Löwenanteil der Ausgaben eines Ruheständlers decken soll; drittens eine »rein private und freiwillige Zusatzrente«, durch die sich der Lebensstandard im Alter dem Lebensstandard im Arbeitsleben noch mehr angleichen soll.[197]

Beiträge zur Grundrente wären an die Höhe des Einkommens, aber auch an die Zahl der Kinder gekoppelt (pro Kind würden sie halbiert), Ausländer hätten jedoch stets den vollen Grundrentenbeitrag zu entrichten und erhielten auf ihr

»Lebensrentenkonto« im Unterschied zu deutschen Staatsbürger(inne)n auch keinen staatlichen Zuschuss. Während er die beschriebene Einschränkung nicht begründet, spricht laut Frohnmaier für die beschriebene Entlastung der Umstand, »dass eine deutlich bessere Absicherung im Alter als jedes Rentensystem nach wie vor *die eigenen Kinder* sind und damit auf eine höhere Lebensrente im Zweifel einfacher verzichtet werden kann«.[198] Frohnmaier gehört also zu den Verächtern, nicht zu den Verteidigern des modernen Sozialstaates, glaubt er doch, man könne die Altersvorsorge im 21. Jahrhundert wie in einer altertümlichen Gesellschaft organisieren, in der Kinder den Reichtum ihrer Eltern darstellten und diese im Alter mit »durchfütterten«, wohingegen seinerzeit ärmer war, wer keine (arbeitsfähigen) Kinder hatte.

Die Gesetzliche Rentenversicherung ist auch kein Fürsorgesystem, dessen Transferleistungen man willkürlich auf Einheimische beschränken kann, sondern ein Sozialversicherungssystem, das in erster Linie durch verfassungsrechtlich als Eigentum nach Art. 14 Abs. 1 GG geschützte Beiträge von Arbeitnehmer(inne)n und Arbeitgebern finanziert wird. Wer gewisse Rentenbestandteile deutschen Ruheständler(inne)n vorbehalten will, verstößt damit eindeutig gegen die Verfassung. Nicht der Islam befindet sich also »im Konflikt mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung«, wie das AfD-Programm zur Bundestagswahl behauptet,[199] sondern führende Parteimitglieder des national- bzw. wirtschaftsliberalen Flügels, die Senior(inn)en nur deshalb von Rentenzahlungen ausschließen und womöglich in Altersarmut stürzen möchten, weil sie nicht die »richtige« Nationalität besitzen. Erschwerend kommt hinzu, dass die AfD deren Einbürgerung durch Abschaffung der erst im Januar 2000 eingeführten Elemente des Territorialprinzips im Staatsangehörigkeitsrecht (Wiederherstellung des antiquierten Blutrechts und Ausschluss der Mehrfachstaatsangehörigkeit)

praktisch unmöglich machen will.[200]

Ausgereifter erscheint das von der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag vorgelegte Konzept einer »Produktivitätsrente«, die auf einer »Weiterentwicklung der sozialen Marktwirtschaft« und der »Stärkung des umlagefinanzierten gesetzlichen Rentensystems« basiert.[201] Ausgehend von der Tatsache, dass die ins Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt gesetzten Ausgaben der Rentenversicherung zwischen dem Jahr 2000 und dem Jahr 2015 trotz einer steigenden Zahl von Rentenbezieher(inne)n um ca. 10 Prozent gesunken sind, fordert der Höcke-Flügel die Wiederanhebung des Sicherungsniveaus vor Steuern von 48,6 Prozent auf 50 Prozent. Dieses etwas höhere Rentenniveau soll über das Jahr 2045 hinaus garantiert werden. Explizit abgelehnt wird die staatlicherseits geforderte und geförderte private Altersvorsorge (Riester).

Da den Arbeitnehmer(inne)n mit einer diskontinuierlichen Erwerbsbiografie, prekären Beschäftigungsverhältnissen und niedrigen Löhnen – besonders in Ostdeutschland keine Seltenheit – die Erhöhung des Rentenniveaus allein wenig nützen würde, will die Thüringer Landtagsfraktion zusätzlich eine »Staatsbürgerrente« für Ruheständler/innen einführen, die weniger als 45 Entgeltpunkte, aber mindestens 35 Beitragsjahre (einschließlich Kindererziehungs- und Pflegezeiten) erreichen. Dieser steuerfinanzierte Aufschlag soll eine deutliche Erhöhung des Rentenniveaus für alle Senior(inn)en mit einem Rentenanspruch unterhalb der Standardrente mit sich bringen, aber nur deutschen Staatsbürger(inne)n gezahlt werden.[202]

Mit der »Kinderrente« ist gemeint, dass Eltern je nach Zahl ihrer Kinder von drei zusätzlichen Beitragspunkten befreit würden, die sie andernfalls wie sämtliche Beschäftigte und ihre Arbeitgeber zahlen müssten. Wenn die Eltern in Rente gehen, erhalten sie wiederum abhängig von der Kinderzahl einen Rentenzuschuss, der sich nach der »rechnerischen Versorgungslücke des

Standardrentners« bemisst.[203] Entfallen würden die sog. Mütterrente und die sog. Mütterrente II, wie sie die Große Koalition auf Drängen der CSU plant.

Bei der Finanzierung des Rentensystems soll die Drittelparität zwischen Arbeitnehmer(inne)n, Arbeitgebern und Staat wiederhergestellt werden. Dessen Mehrausgaben will die Thüringer Landtagsfraktion durch Umschichtungen im Bundeshaushalt finanzieren, wobei die mit 20 Milliarden Euro bezifferten Kosten der »Masseneinwanderung« natürlich besonders zu Buche schlagen.[204] Neben den Arbeitnehmer(inne)n sollen Selbstständige, Beamte und Politiker/innen in die Gesetzliche Rentenversicherung einzahlen, diese wird aber nicht als Erwerbstätigen- oder Bürgerversicherung bezeichnet. Ungeklärt bleibt auch, ob weitere Einkunftsarten (z.B. Zinsen, Dividenden sowie Miet- und Pachterlöse) verbeitragt würden, was durchaus im Sinne der sozialen Gerechtigkeit wäre.

Weiter geht die AfD in Sachsen-Anhalt mit ihrem »Volksrentenkonzept«, bei dem alle Einkommensbezieher/innen in die gesetzliche Rentenkasse einzahlen müssten, wie ihr Parlamentarischer Geschäftsführer Robert Farle im Rahmen einer Debatte über das Problem der Altersarmut und die Entwicklung der Altersrenten in dem ostdeutschen Bundesland erklärte.[205] Schließlich soll die Beitragsbemessungsgrenze – 2018 endet die Beitragspflicht für Arbeitnehmer/innen (und Arbeitgeber) bei einem monatlichen Bruttoeinkommen von 6 500 Euro in Westdeutschland und von 5 800 Euro in Ostdeutschland – weder aufgehoben noch sofort angehoben werden.[206]

Gemeinsam ist den AfD-Rentenkonzepten bis auf die geplante Diskriminierung von Ausländer(inne)n wenig. Eine solidarische Bürgerversicherung würde nicht bloß alle Wohnbürger/innen (auch Nichtdeutsche mit Daueraufenthalt) einbeziehen, sondern auch sämtliche Einkunftsarten (unter Einschluss von Kapitalerträgen)

ohne Begrenzung verbeitragen.[207] Da die Thüringer AfD-Landtagsfraktion hiervon absieht, schont sie Spitzenverdiener und andere Hocheinkommensbezieher. Folglich bleibt die AfD selbst dann, wenn sich der völkisch-nationalistische Flügel mit seinem Konzept durchsetzt, auch im Kernbereich des sozialen Sicherungssystems eine Partei der Privilegierten.

Demografie als rechtspopulistische Demagogie: Familienfundamentalismus und Bevölkerungspolitik

Erheblich wichtiger als die Sozialpolitik ist der AfD bislang ein benachbartes Politikfeld – die Familienpolitik, weil sich damit Bevölkerungspolitik machen lässt. Dies gilt für den parlamentarischen Raum in ähnlicher Form wie für den programmatischen Rahmen: »Familienpolitik nimmt im Wesentlichen die prominente Stelle ein, die der Sozialpolitik im AfD-Programm ansonsten verwehrt wird.«[208] Einer der Hauptgründe dafür besteht in der Überzeugung aller Rechtsextremisten/-populisten, dass die Familie – von ihnen als natürliche Keimzelle des »Volkskörpers« begriffen – staatlicherseits geschützt und gefördert werden muss. Außerdem sollen Maßnahmen einer *quantitativen* Bevölkerungspolitik dafür sorgen, dass die Anzahl der Geburten autochthoner Kinder zur Bestandssicherung des eigenen Volkes ausreicht oder sogar ein

größeres Bevölkerungswachstum ermöglicht, damit die eigene Nation groß und mächtig wird; während Maßnahmen einer *qualitativen* Bevölkerungspolitik gewährleisten sollen, dass die Anzahl der Kinder aus gehobenen (Bildungs-)Schichten nicht hinter jener der Kinder aus niederen Schichten zurückbleibt, damit auch die intellektuelle Überlegenheit des eigenen Volkes seinen möglichst umfassenden Herrschaftsanspruch gegenüber anderen Völkern rechtfertigt.

Die Schlüsselrolle des Pronatalismus für den Rechtspopulismus: Rückkehr zur Bevölkerungspolitik?

Da sie die Machtstellung wie die Weltgeltung eines Staates in unmittelbaren Zusammenhang mit seiner Bevölkerungszahl bringen und aufgrund der vermehrten (Flucht-)Migration eine »Überfremdung« durch Zuwanderer fürchten, treibt Nationalisten, Rechtspopulisten und Neonazis hierzulande seit jeher die Sorge um, die (Bio-)Deutschen könnten zu wenig Kinder bekommen. In rechtsextremen bzw. neurechten Publikationsorganen findet sich denn auch eine Fülle meist mit hysterischem Unterton geschriebener Beiträge, die vor einer »demographischen Apokalypse« warnen.[209]

Mit der Redewendung, das deutsche Volk sei vom »Aussterben« bedroht, wird den Einheimischen nicht bloß Angst gemacht,[210] einem existenzgefährdeten Kollektiv anzugehören, sondern unterschwellig auch der Eindruck erweckt, es handle sich bei ihm um eine ganz besondere Spezies, deren Fortbestand auf dem Spiel stehe. Das schon in der frühen NS-Propaganda bemühte Schreckensbild eines »sterbenden Volkes« war im ultrarechten Diskurs der alten Bundesrepublik omnipräsent, wofür nicht zuletzt das am 17. Juni 1981 von 15 Hochschullehrern aus der politischen

Grau- bzw. Braunzone zwischen Rechtsextremismus und Konservatismus veröffentlichte Heidelberger Manifest sorgte.

Besonders rege wurde gegen Ende des 20./Anfang des 21. Jahrhunderts über die Demografie und damit verbundene Probleme wie den Geburtenrückgang, abnehmende Fertilitätsraten oder den »Bevölkerungsschwund« in Deutschland diskutiert. Durch die Art, wie politisch Verantwortliche, Massenmedien, Wissenschaftler/innen und (Fach-)Publizisten das »Problem« mittels demografischer Horrorszenarien behandelt und welche Lösungsmöglichkeiten sie erwogen haben, erhielten Rechtspopulisten spürbar Auftrieb. Einerseits drehte sich die Debatte um *Folgen* des demografischen Wandels (Destabilisierung der sozialen Sicherungssysteme durch die »Vergreisung« der Gesellschaft). Dabei wurde die Demografie von Wirtschaftskreisen, etablierten Parteien und Medien oft als Mittel sozialpolitischer Demagogie bzw. als Legitimationsmuster für den neoliberalen »Um-« bzw. Abbau des Wohlfahrtsstaates benutzt.[211] Andererseits standen – von der breiten Öffentlichkeit jedoch weniger beachtet – die *Ursachen* des Geburtenrückgangs und ihre *Beseitigung* durch eine pronatalistische, d.h. die Fertilität mittels ideeller und finanzieller Anreize fördernde Bevölkerungspolitik zur Diskussion.

Allmählich wanderte der ultrarechte Demografie-Diskurs auf dem Weg über die Mainstream-Medien in die politische Mitte. Die rechtsextremen Publikationsorgane stützen sich gern auf reputierliche Wissenschaftler, Politiker oder Publizisten, um ihre Stellungnahmen vom Ruch der Unseriosität zu befreien. So warnte der damalige brandenburgische Innenminister Jörg Schönbohm (CDU) ausgerechnet in der neurechten Wochenzeitung *Junge Freiheit*, die mehr als zehn Jahre später zum inoffiziellen Zentralorgan der AfD werden sollte, vor einer demografischen Entwicklung, durch die man das deutsche Volk schrittweise reduziere: »Wir würden sozusagen in den Staub der Geschichte

fallen.«[212] Schönbohm, den diese Sorge seit längerer Zeit umtrieb, wollte niedrige Geburtenraten aber nicht einfach hinnehmen, postulierte vielmehr: »Wir müssen eine aktive Bevölkerungspolitik betreiben und nicht vor diesem Begriff, weil er in der NS-Zeit diskreditiert wurde, Angst haben.«[213]

Auch manche Gelehrte scheuten sich nicht, von Gazetten zitiert zu werden oder gar darin zu publizieren, die Neonazis gern lasen. Zu den Autoren, welche die Debatte über den demografischen Wandel und seine Konsequenzen bestimmten, gehörten neben den Bevölkerungswissenschaftlern Herwig Birg, Josef Schmid, Karl Schwarz und James W. Vaupel vor allem die Ökonomen Meinhard Miegel, Thilo Sarrazin, Hans-Werner Sinn und Roland Tichy. Letzterer gehört mittlerweile als Namens- und Herausgeber von *Tichys Einblick*, einer Online-Zeitung, die monatlich auch als Printmagazin erscheint, zu den wichtigsten Publizisten im unmittelbaren AfD-Umfeld.

Im politischen und medialen Mainstream der Bundesrepublik gab es seinerzeit vergleichbare Tendenzen. So fragte die *Zeit* mehrfach Interviewpartner, ob »wir eine Bevölkerungspolitik für Deutschland« bräuchten. Der frühere Verfassungsrichter Paul Kirchhof wich einer Antwort zwar aus, ließ aber erkennen, dass er für mehr Engagement auf diesem Gebiet war, etwa hinsichtlich der Beeinflussung des Alltagsbewusstseins: »Unterstellt, wir würden uns nicht jeden Abend in der Fernsehgemeinde dem Faszinosum steigender und fallender Aktienkurse widmen, sondern wir würden jeden Abend unterrichtet, wie viele Kinder in Deutschland geboren werden und dieser Demokratie eine Zukunft geben, dann verstünden die Menschen, um was es um ihrer selbst willen geht.«[214]

Politiker/innen demokratischer Parteien und einflussreiche Medien lieferten regelrechte Traumvorlagen für Rechtspopulisten, die mit ihrem Werben für eine pronatalistische Familien- bzw. eine

nationale Bevölkerungspolitik wiederum massiven Druck auf die Etablierten ausübten und das öffentliche Klima vergifteten. Edmund Stoiber verlangte eine »aktive Bevölkerungspolitik«, was selbst die konservative *Rheinische Post* im Frühjahr 2001 noch zu dem sarkastischen Kommentar veranlasste: »Das klingt nach Mutterkreuz.«[215] Paul Rosen berief sich in der *Jungen Freiheit* auf die »Argumentationslinie des bayerischen Ministerpräsidenten«, wonach die demografischen Existenzprobleme der Bundesrepublik nicht gelöst würden, »wenn man 30jährige Zuwanderer ins Land strömen läßt, während 45jährige Deutsche heute in vielen Fällen als nur noch schwer vermittelbar gelten«.[216]

Rechtsextreme und neurechte Gazetten stützten sich auf Berichte oder Berechnungen der Massenmedien, um ihre teilweise absurden Behauptungen seriös erscheinen zu lassen. Hier sei nur die Parteizeitung *Der Republikaner* genannt, wo es unter der Überschrift »Rot-grüne ›Rentenreform‹: Deutsche Kinder unerwünscht?« nach mehreren Zitaten aus einem *Zeit*-Artikel Susanne Mayers hieß: »In einer Zeit, in der von morgens bis abends die demographische Misere der Deutschen beklagt wird, beschließt die rot-grüne Mehrheit im Bundestag eine Rentenreform, die auf eine Bestrafung von Kindern hinausläuft. Die Folge wird sein, daß noch weniger deutsche Paare Kinder bekommen werden. Da drängt sich die Frage auf, ob nicht genau dies gewünscht ist. Die Rechnung der rot-grünen Gesellschaftsingenieure: Je weniger deutsche Kinder auf die Welt kommen, desto mehr Zuwanderer können ins Land strömen.«[217]

Im nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampf 2000 sorgte die Parole »Kinder statt Inder« für enormen Wirbel, mit der Jürgen Rüttgers, seinerzeit Spitzenkandidat der CDU für das Amt des Ministerpräsidenten, die Green-Card-Initiative des damaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder bekämpfte. Sie wurde in der *Jungen Freiheit* als »hilflose Formulierung« abqualifiziert, die nicht

richtig habe ausdrücken können, was Rüttgers damals meinte: »Die Kinder müssen nicht nur besser ausgebildet werden, sondern es muß auch wieder mehr Geburten geben, um die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes befriedigen zu können.«[218]

SPD-Altkanzler Helmut Schmidt forderte unverhohlen eine »Politik für mehr Kinder«, die sich, wie er allerdings einräumte, nicht sofort auswirke: »Die Wiederherstellung eines gesunden Altersaufbaus unserer Gesellschaft wird Jahrzehnte brauchen. Gleichwohl liegt hier – angesichts unserer stetig schrumpfenden und stetig überalternden Gesellschaft – eine der wichtigsten langfristigen Aufgaben! Dabei geht es nicht bloß um die Finanzierbarkeit zukünftiger Renten, sondern ganz grundsätzlich besteht absehbar die Gefahr des Verlustes an Vitalität und Kreativität der Nation – ein Verlust, der noch schwerer wiegen könnte als die Beeinträchtigung des Wohlfahrtsstaates. Hier wird Umdenken und Umlenken zu einer nationalen Aufgabe!«[219] Nötig war in Wirklichkeit eine Politik für (arme) Kinder, nicht eine für *mehr* Kinder, welche die Elternschaft als solche fördert, anstatt nur Eltern zu fördern, die der Unterstützung bedürfen, um ihrem Nachwuchs ausreichend gute Lebensbedingungen bieten zu können.

Bevölkerungspolitik, durch die Verbrechen des NS-Regimes in der Bundesrepublik jahrzehntelang diskreditiert, wurde mit dem Argument, die zunehmende »Vergreisung« der Gesellschaft im »Altersheim Deutschland« und der drastische Geburtenrückgang beeinträchtigten längerfristig die Konkurrenzfähigkeit des heimischen Wirtschaftsstandortes auf dem Weltmarkt, in Medien, Fachwissenschaft und Politikberatung rehabilitiert. Neben (begrenzter) Zuwanderung, die Neoliberale favorisierten, wurde von Nationalkonservativen und Rechtspopulisten auch Geburtenförderung propagiert, die eine weitere Schrumpfung der Population aufhalten oder umkehren soll.

Boulevardzeitungen, aber auch seriöse Printmedien, etablierte

Politiker und renommierte Publizist(inn)en sorgten sich um den Fortbestand des »deutschen Volkes« und machten sich darüber Gedanken, wie er zu gewährleisten sei. Das demografische Trauma, die Deutschen könnten in gar nicht sehr ferner Zukunft aussterben, trieb außer rechten Agitatoren auch die bürgerlichen Kreise um. Schlagzeilen wie »Die demografische Zeitbombe tickt«, »Land ohne (Kinder-)Lachen« oder »Land ohne Leute« häuften sich. So wanderte der rechte Demografie-Diskurs immer mehr in die Mitte,[220] wo er nicht zuletzt dazu diente, die Kürzung sozialer Transferleistungen (für Ältere) und eine Rückkehr zur pronatalistischen Bevölkerungspolitik zu rechtfertigen.

Immer wieder klangen historische Reminiszenzen an, wenn es um Familienidylle und Elternschaft ging. So hieß es nostalgisch in einer Wochenzeitung, die sich liberal, weltoffen und tolerant gibt: »Es war einmal eine Zeit im christlichen Abendland, da galt Vaterschaft als Ausweis von Männlichkeit. Der Paterfamilias war eine Art irdischer Gottvater und Mittelpunkt einer möglichst zahlreichen Sippschaft. Wer zum Haushalt gehörte, unterstand seiner gesetzlich und gesellschaftlich unumstrittenen Autorität.«[221] Gleich im Anschluss nannte die Verfasserin des Artikels zwei Jahreszahlen, die das Familienidyll des »christlichen Abendlandes« ge- bzw. zerstört hätten: 1789 und 1968 sind nicht zufällig jene Daten, an denen Rechtspopulisten bis heute sämtliche Übel festmachen und hinter die sie durch Zerstörung demokratischer Entscheidungsmechanismen zurückwollen.

Welch fragwürdige Implikationen und Zwangsmomente in dieser Debatte steckten, zeigte der Eklat um den Bestseller von Eva Herman.[222] Die Fernsehmoderatorin hatte zuerst im *Cicero* heftig gegen die Emanzipation der Frau polemisiert, die ihrer Meinung nach wieder zur »Wahrnehmung ihres Schöpfungsauftrages« verpflichtet werden musste: »Seit einigen Jahrzehnten verstoßen wir Frauen zunehmend gegen jene Gesetze, die das Überleben

unserer menschlichen Spezies einst gesichert haben. Wir missachten sie, weil wir glauben, uns selbst verwirklichen zu müssen und mindestens genauso gut zu sein wie Männer.«[223] Auf einer Pressekonferenz am 6. September 2007 lobte Herman die nationalsozialistische Frauen- und Familienpolitik, was zu ihrer Entlassung durch den NDR führte. In der ZDF-Talkshow von Johannes B. Kerner am 9. Oktober 2007 wies der Berliner Historiker Wolfgang Wippermann, der zusammen mit Herman als Gast anwesend war, darauf hin, dass es sog. Werte wie »Kinder«, »Mutterschaft« und »Familie« im Dritten bzw. Großdeutschen Reich nicht oder nur in einem rassistischen Kontext gegeben habe, weshalb man keineswegs behaupten könne, irgendetwas am NS-Regime sei »gut« gewesen, auch nicht der von Herman in diesem Zusammenhang erwähnte Autobahnbau Hitlers.[224]

Familien- und bevölkerungspolitische Initiativen der AfD

In der deutschen Öffentlichkeit war seit der Jahrtausendwende nicht mehr umstritten, dass die Geburtenzahl erhöht werden muss, sondern bloß noch, wie dies am besten und kostengünstigsten erreichbar ist. Insofern konnte die AfD mit ihrer familialistischen und pronatalistischen Bevölkerungspolitik an den herrschenden Diskurs andocken. Für die AfD ist »die seit Jahrzehnten zu niedrige Geburtenrate von derzeit 1,59 Kindern pro Frau in Bezug auf die Gesamtfruchtbarkeitsrate von 2,1 Geburten pro Frau als natürliche Reproduktionsrate« – man beachte die technokratische Begrifflichkeit zur Charakterisierung biologischer Gegebenheiten – das Kardinalproblem der Gesellschaft.[225] Da ihrer Meinung nach die »Verwerfungen der sozialen Sicherungssysteme« aus einer »demographische(n) Krise« resultieren, setzt die AfD auf eine Anhebung der Geburtenrate durch bevölkerungspolitische

Maßnahmen als Lösungsstrategie. Auf die Frage der AfD-Fraktion »Strebt die Bundesregierung eine für den Fortbestand der Bindungskräfte unserer deutschen Gesellschaft und der sozialen Sicherungssysteme ausreichende Höhe der Geburtenrate an?« antwortete das Arbeits- und Sozialministerium: »Nein. Ziel der Bundesregierung ist es, gute Rahmenbedingungen zu schaffen und Menschen mit Kinderwunsch eine Familiengründung und -erweiterung zu erleichtern.«[226] Wenngleich die Bundesregierung dem hier formulierten hehren Anspruch selten gerecht wird, ist es im Prinzip richtig, die Armut *von* Kindern (und Familien) zu bekämpfen, sofern man der Armut *an* Kindern in einer reichen Gesellschaft entgegenwirken möchte.

Genoss der/die Einzelne früher wie selbstverständlich soziale Grundrechte, welche ihm/ihr der Wohlfahrtsstaat garantierte, dominieren für die AfD nunmehr Pflichten, besonders im Hinblick auf die Verantwortung der (Volks-)Gemeinschaft gegenüber, durch Aufzucht von Nachwuchs für deren Reproduktion zu sorgen. Wenn die Familie zum Fetisch, das Kind zum Kultobjekt und die Mutterschaft zum Mythos avanciert, kann eine Gesellschaft nicht mehr freiheitlich-liberal, republikanisch-demokratisch und auf die Selbstverwirklichung ihrer (weiblichen) Mitglieder orientiert sein. Hauptleidtragende einer pronatalistischen Bevölkerungspolitik sind nämlich die Frauen, deren Gleichstellung damit unvereinbar ist, dass sie im Rahmen einer »neuen Mütterlichkeit« auf ihre »Gebärfunktion« reduziert werden.

AfD-Abgeordnete betreiben eine Biologisierung und Ethnisierung des Sozialen, verbunden mit einer Naturalisierung der sozialen Ungleichheit. Dies schlägt sich hauptsächlich in ihren Anträgen, Anfragen und Reden zur Bevölkerungsentwicklung und zur Familienpolitik nieder. Während das *Grundgesetz* in Art. 6 Abs. 1 »Ehe und Familie« unter den besonderen Schutz des Staates stellt, geht es der AfD ausschließlich um die *deutsche* Familie, verstanden

als Reproduktionsstätte für das eigene Volk. Hervorgegangen aus Gruppierungen wie der »Zivilen Koalition«, in denen »Lebensschützer/innen« wichtige Ämter bekleiden,[227] lastet die Partei den als »Bevölkerungsschwund« dramatisierten Geburtenrückgang und die Kinderlosigkeit vieler deutscher Frauen dem Feminismus an und deutet sie damit antiemanzipatorisch. Für dieses Argumentationsmuster kann man allerdings kein Copyright beanspruchen, fand es sich doch selbst bei sozialdemokratischen Politikerinnen und Publizistinnen lange vor Gründung der AfD.[228]

Die familienpolitischen Initiativen der AfD sind dem bevölkerungspolitischen Hauptziel dieser Partei nach- bzw. untergeordnet, wie ein Absatz ihres Bundestagswahlprogramms 2017 zeigt: »Deutschland braucht einen Paradigmenwechsel hin zu einer nationalen Bevölkerungspolitik. Familienpolitik soll deshalb den Maßstab für alle mit ihr verbundenen Politikfelder setzen, insbesondere für die Sozial-, Steuer- und Bildungspolitik.«[229] Ginge es nach der AfD, würde das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in »Bundesministerium für Familie und Bevölkerungsentwicklung« umbenannt.

Wenn es um die Einführung neuer familienpolitischer Leistungen geht, macht die AfD keinen Unterschied zwischen mehr und weniger wohlhabenden Familien. So beantragte die AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag am 1. Juni 2015, »dass mit Hauptwohnsitz im Freistaat lebende Sorgeberechtigte bei der Geburt ihres Kindes von Amts wegen eine steuerfreie Zuwendung von einmalig pauschal 5 000 Euro (›Begrüßungsgeld‹) erhalten«.[230] Mit dem Begrüßungsgeld verbanden die Antragsteller den Wunsch nach einer »einkommens- und vermögensunabhängige(n)« Finanzhilfe zur Erstausstattung des Neugeborenen.

In der ersten Plenarsitzung des Jahres 2018 fand im Bundestag eine Befragung der damaligen Familienministerin Katarina Barley zum Bericht über die Auswirkungen des Elterngeldes Plus, des

Partnerschaftsbonus und der Elternzeit statt. Die rheinland-pfälzische AfD-Abgeordnete Nicole Höchst warf der Regierungskoalition von CDU, CSU und SPD in diesem Zusammenhang vor, mit Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe eine auffällige Vorliebe »für die Befriedigung von Kleinstinteressengruppen« gezeigt zu haben.[231] Die von Barley genannte Inanspruchnahme-Quote von 28 Prozent war für Höchst außerdem Grund genug, hinsichtlich des Elterngeldes Plus wegen »der fatalen Gesamtsituation eines sich nicht reproduzierenden Deutschlands« von einer »Nischenpolitik« zu sprechen.

Das durch SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unter Bundeskanzler Schröder etablierte Dispositiv einer »Aktivierung« bestimmter Bevölkerungsgruppen, die das im Volksmund »Hartz IV« genannte Gesetzespaket mit dem Slogan »Fördern und Fordern« rechtfertigte, übertrug die AfD von der Arbeitsmarktpolitik auf die Familienpolitik. So heißt es in dem am 30. April/1. Mai 2016 in Stuttgart beschlossenen Grundsatzprogramm der AfD: »Den demografischen Fehlentwicklungen in Deutschland muss entgegengewirkt werden. Die volkswirtschaftlich nicht tragfähige und konfliktträchtige Masseneinwanderung ist dafür kein geeignetes Mittel. Vielmehr muss mittels einer aktivierenden Familienpolitik eine höhere Geburtenrate der einheimischen Bevölkerung als mittel- und langfristig einzig tragfähige Lösung erreicht werden.«[232] In ihrem Wahlprogramm, das am 22./23. April 2017 in Köln beschlossen wurde, lehnte sich die AfD politisch wie sprachlich noch enger an Thilo Sarrazin an, wenn sie unter der Überschrift »Deutschland nicht abschaffen« forderte, dass »Maßnahmen zur mittelfristigen Erhöhung der Geburtenrate der einheimischen Bevölkerung« ergriffen würden: »Der Erhalt des eigenen Staatsvolks ist vorrangige Aufgabe der Politik und jeder Regierung. Dies kann in der derzeitigen demografischen Lage Deutschlands nur mit einer aktivierenden Familienpolitik gelingen.«[233] Während die Erziehung

von Kindern innerhalb einer staatlich normierten Familie für »bildungsnahe« deutsche Eltern belohnt werden soll, möchte die AfD freiwillige und unfreiwillige Kinderlosigkeit mit Hilfe einer Umgestaltung des Steuer-, Sozialversicherungs- und Rentenrechts bestrafen.[234]

Da es der AfD wie allen Rechtsparteien weniger um die Menschen in Deutschland als um das deutsche Volk – die Nazis sagten es ihren Mitbürger(inne)n sogar ins Gesicht: »Du bist nichts, dein Volk ist alles« – geht, interessieren sich ihre Abgeordneten eher für die Armut *an* als für die Armut *von* Kindern. Selten richtet sich ihr Blick auf sozial- und familienpolitische Maßnahmen, die dagegen ergriffen werden müssten. Schon nach wenigen Sätzen schweifen die meisten Redner der AfD zur Bevölkerungsentwicklung ab und befassen sich fortan bloß noch mit der Frage, wie die Geburtenrate bei deutschen Ehepaaren (möglichst mit akademischer Bildung) gesteigert werden kann.

In der ersten Generaldebatte zum Haushalt sagte Alice Weidel am 16. Mai 2018, dass hierzulande seit dem Jahr 1972 jedes Jahr weniger Kinder geboren würden als Menschen sterben, was für die Überlebensfähigkeit eines leistungsfähigen Staates ein Problem sei. Weidel kritisierte die Politik der Bundesregierung, die ausschließlich auf »kompensatorische Einwanderung« setze, weil die Geburtenrate bei muslimischen Zuwanderern erheblich höher als bei Einheimischen sei: »Sogar die Auffettung (sic!) der Einwohnerzahl durch zugewanderte Straftäter mit mehrfachen Identitäten scheint Sie überhaupt gar nicht zu stören.«[235] An dieser Stelle ihrer Rede ließ Weidel nicht bloß der unter AfD-Mitgliedern verbreiteten Neigung zur rassistischen Ausgrenzung von Muslimas und Migrant(inn)en freien Lauf, sondern auch ihr nationalistisches Staatsverständnis erkennen, denn sie schrie ins Mikrofon: »Burkas, Kopftuchmädchen, alimentierte Messermänner und sonstige Taugenichtse werden unseren Wohlstand, das Wirtschaftswachstum

und vor allem den Sozialstaat nicht sichern.«[236] Dazu bedürfe es vielmehr einer qualifizierten, also keiner plan- und zügellosen, »bildungsfernen« Zuwanderung. Weidel differenzierte also zwischen für den eigenen Wirtschaftsstandort nützlichen, weil möglichst hoch qualifizierten Zuwanderern einerseits sowie unnützen, weil nicht ausreichend qualifizierten (Flucht-)Migranten andererseits. Mit einer humanen Flüchtlingspolitik ist diese Art, Menschen nach ihrem ökonomischen Wert zu beurteilen und entsprechend unterschiedlich zu behandeln, unvereinbar.

Auf einen Zwischenruf von Anton Hofreiter, dem Fraktionsvorsitzenden der Bündnisgrünen, reagierte Weidel mit der Frage: »Und was tun Sie dagegen? Wer soll in Zukunft für die Renten aufkommen? Wer zahlt denn Ihre stattlichen Pensionen, auch Ihre, Herr Hofreiter, Sie Schreihals?«[237] Weidel tat so, als zahlten die heute geborenen Kinder später automatisch Rentenversicherungsbeiträge zur Unterhaltung der Älteren und Steuern zur Finanzierung der Pensionen von Abgeordneten, was aber mitnichten der Fall ist. Denn sie können nach Erreichen der Volljährigkeit auswandern, nicht erwerbsfähig oder (dauerhaft) erwerbslos sein. Vielleicht werden aus den Kindern auch Selbstständige, Freiberufler/innen, Beamte, Abgeordnete oder Minister/innen, die zwar Steuern, aber keine Rentenversicherungsbeiträge entrichten.

Weidels Sprecher und Fraktionskollege Markus Frohnmaier tat in seinem schon erwähnten »Impulspapier – Leistung und Eigenverantwortung« zur Rentenpolitik kund, dass die Anhebung der Geburtenrate von der AfD »natürlich weiterhin als staatspolitisches Ziel mit höchster Priorität verfolgt werden« müsse.[238] Offenbar hängen beide AfD-Abgeordneten der absurden Vorstellung an, die Fortpflanzung der Menschen bilde die Quelle des gesellschaftlichen Reichtums. Diese »biologische Produktionstheorie« orientiert sich am Muster der archaischen

Subsistenzwirtschaft, entspricht aber nicht den Gegebenheiten einer modernen Volkswirtschaft, in der weniger die Zunahme der Köpfe oder der Arbeitskräfte als die Kapital- bzw. Wissensakkumulation, mithin die Steigerung der Arbeitsproduktivität, ausschlaggebend ist.[239] Nach dem sog. Mackenroth-Theorem müssen Renten und Pensionen – wie alle Sozialleistungen – grundsätzlich aus der Wertschöpfung einer Volkswirtschaft zu dem Zeitpunkt bezahlt werden, zu dem sie anfallen. Deshalb kommt es auch eher auf die Entwicklung der Arbeitsproduktivität in dem betreffenden Land sowie auf die Höhe der gezahlten Bruttolöhne und -gehälter als auf die Entwicklung der Geburtenrate an.

Mit ihrer emotional aufgeladenen Rede löste Weidel zwar bei ihrer Fraktion großen Beifall aus, Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) rief sie allerdings dafür zur Ordnung, dass sie mit einer Formulierung alle Frauen diskriminiert habe, die ein Kopftuch tragen.[240] Die offenbar gezielt bewirkte Provokation führte zu dem erwünschten Aufregungseffekt und zu einem Aufmerksamkeitsgewinn in der Öffentlichkeit.

Der AfD-Fraktionsvorsitzende Alexander Gauland berief sich in derselben Plenardebatte explizit auf den umstrittenen SPD-Politiker Thilo Sarrazin und dessen Diagnose, Deutschland schaffe sich ab: »Wenn beispielsweise die Alimentierung von Einwanderern im Jahr doppelt so viel Geld kostet, wie das Bundesforschungsministerium an Mitteln erhält, kann man sich ausrechnen, dass die Leistungsfähigkeit des Landes rapide sinken wird.«[241] Gauland übersah, dass inzwischen selbst jene Wissenschaftler, die den demografischen Wandel um die Jahrtausendwende noch dramatisiert hatten, mittlerweile zu der Einsicht gelangt waren, dass der »Untergang« gerade wegen der vermehrten Fluchtmigration in der jüngeren Vergangenheit »abgesagt« ist: »Je mehr jüngere Frauen aus politischen und wirtschaftlichen Krisenregionen nach Deutschland kommen, desto eher werden auch die Geburtenzahlen

ansteigen. Das kann den von vielen als unumkehrbar beurteilten Schrumpfungsprozess der Bevölkerungsgröße dann doch bremsen, verzögern und auf sehr lange Frist vielleicht sogar stoppen.«[242]

In der Aussprache über den Etat von Bundesfamilienministerin Franziska Giffey behauptete der baden-württembergische AfD-Abgeordnete Volker Münz am 17. Mai 2018 allen Ernstes, für die Förderung der Familien würden nur 7,8 Milliarden Euro ausgegeben, für die Unterbringung und Verpflegung der seit 2014 nach Deutschland gekommenen Asylbewerber hingegen 50 Milliarden Euro pro Jahr.[243] War die zuletzt genannte Zahl maßlos übertrieben – auch mehrere Fraktionskollegen von Münz nannten während der Haushaltsdebatte sehr viel niedrigere Geldbeträge –, so war die zuerst genannte viel zu niedrig und ebenfalls aus der Luft gegriffen. Denn es gibt ca. 150 familienbezogene Leistungen, für die bereits im Jahr 2012 fast 130 Milliarden Euro aufgewendet wurden, darunter steuerrechtliche Maßnahmen, Geldleistungen, familienbezogene Leistungen innerhalb der Sozialversicherungen und Realtransfers.[244]

Münz forderte eine spürbare Steuerentlastung für Eltern und nannte als Beispiel ausgerechnet eine Anhebung der Kinderfreibeträge über die von CDU, CSU und SPD im Koalitionsvertrag angekündigte Erhöhung hinaus. Denn diese bedeute nur die schon lange geforderte Steuerfreistellung des Existenzminimums der Kinder. Abgesehen davon, dass jene Eltern, die keine Einkommensteuer bezahlen müssen, weil sie Transferleistungsbezieher/innen und/oder Geringverdiener/innen sind, gar nicht in den Genuss höherer Kinderfreibeträge kämen, würden davon besonders Spitzenverdiener und Vermögende profitieren, weil die Steuerersparnis beim Kinderfreibetrag mit dem zu versteuernden Einkommen steigt. Michael Leutert, Mitglied der Linksfraktion und des Haushaltsausschusses, stellte in seiner Rede daher die verteilungspolitische Kardinalfrage: »Warum werden die

Familien oder Personen mit hohem Einkommen über Freibeträge noch besser gestellt als diejenigen, die weniger Einkommen haben und auf das Kindergeld angewiesen sind?«[245]

Der von seinem damaligen Landesvorsitzenden André Poggenburg protegierte AfD-Abgeordnete Martin Reichardt aus Sachsen-Anhalt sprach von einer »demografischen Katastrophe«, die CDU, CSU und SPD schlichtweg leugneten. Dahinter wiederum glaubte Reichardt in verschwörungstheoretischer Manier einen teuflischen Plan zu erkennen: »Die Bundesregierung will die Notwendigkeit einer gezielten Förderung einheimischer Geburten und einheimischer Kinder kleinreden, um den Deutschen die Masseneinwanderung schmackhaft zu machen.«[246] Nach offiziellen Angaben gebe der Bund 21,39 Milliarden Euro für sog. Flüchtlinge aus und bis 2021 jährlich mindestens 15 Milliarden Euro. Dem stehe ein Haushaltsentwurf für das Familienministerium gegenüber, dessen Gesamtvolumen nur 10 Milliarden Euro betrage: »Dies zeigt eindrucksvoll, meine Damen und Herren, dass für die Bundesregierung die Masseneinwanderung vor der Förderung deutscher Familien steht.«

Mit den Fakten nimmt es die AfD trotz ihres Mottos »Mut zur Wahrheit« bekanntlich nicht immer so genau: Entweder wusste Reichardt nicht oder – was sehr viel wahrscheinlicher ist – er wollte seine Zuhörer/innen darüber hinwegtäuschen, dass die meisten familienpolitischen Leistungen, deren Gesamtsumme sich inzwischen auf über 200 Milliarden Euro pro Jahr beläuft, gar nicht aus dem Etat des Familienministeriums finanziert werden. Allein für das Kindergeld wendet der Bund jährlich mehr als 40 Milliarden Euro auf. Damit fällt die gesamte Argumentation von Reichardt in sich zusammen.

In einer Bundestagsdebatte über die Frage, wie Kinderarmut am wirksamsten zu bekämpfen sei, sagte derselbe Mandatsträger, Deutschland habe nicht bloß viele arme Kinder, sondern sei generell

arm an Kindern: »Wir brauchen eine Willkommenskultur für deutsche Kinder und ein ›Wir schaffen das‹ gegen Kinderarmut und für mehr Kinder in Deutschland.«[247] Da eine geringe Kinderzahl den sozialen Frieden in Deutschland gefährde, sei eine »aktive Familienpolitik« für Land und Gesellschaft lebenswichtig, um die Zahl der einheimischen Kinder wieder zu erhöhen. »Unser Renten-, Sozial- und Gesundheitssystem beruht auch auf einer ausgeglichenen Bevölkerungsbilanz. Gute Kinder, gute Ausbildung: Das ist die Zukunft Deutschlands. Das sichert hier Wohlstand, und das sichert letzten Endes auch Wettbewerbsfähigkeit für Deutschland, meine Damen und Herren.«[248] An dieser Stelle der Rede vermerkt das Plenarprotokoll den Beifall der AfD-Fraktionsvorsitzenden Alice Weidel. Besonders gefallen haben dürfte ihr, dass ein Vertreter des völkisch-nationalistischen Parteiflügels hinsichtlich der demografischen Entwicklung und der Ausrichtung der Familien- als Bevölkerungspolitik genauso wie sie selbst im Rahmen der Standortlogik argumentierte.

Tatsächlich gibt es in der Familienpolitik zwischen dem völkisch-nationalistischen und dem wirtschaftsliberalen Parteiflügel wenig Reibungsflächen. Für den erstgenannten bildet das (Ehe-)Paar mit eigenen Kindern ohnehin die Keimzelle und Kraftquelle der Nation, was die Familie zum Hauptfokus aller staatlichen Unterstützungsleistungen macht. Hier liegt für diese Rechtspopulisten der Schlüssel für eine gute Zukunft des deutschen Volkes. Aber auch die zuletzt genannte Gruppe, die den Sozialstaat im Sinne des Neoliberalismus schwächen, zurückdrängen oder zerstören will, kommt nicht umhin, die Familie zu stärken. Denn wie sollen Kinder, Erwerbslose, Schwerstbehinderte und Senior(inn)en sonst materiell versorgt, psychisch aufgebaut und pflegerisch betreut werden, wenn sich der Markt, von Staatseingriffen und Regulierungsmaßnahmen befreit, wieder ungehindert entfalten kann?

Auf die Zwischenfrage der CDU-Bundestagsabgeordneten Nadine Schön, ob er zwischen deutschen Kindern und Kindern ohne deutsche Herkunft unterscheide oder seine Forderung nach guten Lebensbedingungen für alle Kinder in unserem Land gleichermaßen gelten lasse, antwortete Reichardt ausweichend: »Das gilt für die Kinder, die hier einen regulären Bleiberechtsanspruch haben.«[249] Schließlich verwies er auf das Bundestagswahlprogramm seiner Partei, das Ehestartkredite (mit der Möglichkeit des »Abkinderns«), eine längere Zahlung des Arbeitslosengeldes I für Eltern und eine Wiedereingliederungshilfe für Arbeitgeber vorsieht, die Menschen mit Kindern beschäftigen.

»Zwangsheiraten«, Inzest und Behinderungen – Ansatzpunkte für einen Übergang zum Antinatalismus?

AfD-Invektiven treffen nicht bloß Migrant(inn)en, sondern auch Einheimische, die dem Wunschbild des Mitglieds einer besonders leistungsfähigen »Volksgemeinschaft« nicht oder nur zum Teil entsprechen. Großes Aufsehen erregte in dieser Hinsicht eine Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion, die sich im März 2018 mit Schwerbehinderungen in Deutschland befasste. Einleitend wiesen die Fragesteller auf »Heiraten innerhalb der Familie« als eine von mehreren Entstehungsursachen von Behinderungen hin, um die Regierung anschließend um Informationen zur »Verlagerung« der Ursachen im Zusammenhang mit Einwanderung zu bitten. Der vermeintliche Verfall der erblichen Anlagen der bundesdeutschen Wohnbevölkerung und die angenommene Gefahr einer steigenden Anzahl von sog. minderwertigen Menschen wurden geschickt insinuiert. So fragte man danach, wie sich die Zahl der Behinderten seit 2012 entwickelt habe, vor allem infolge von Heirat innerhalb der Familie, wie viele dieser Fälle einen Migrationshintergrund

haben und wie viele der Schwerbehinderten, die im Bundesgebiet leben, keinen deutschen Pass haben. Die Bundesregierung wurde dazu aufgefordert, alle Arten von Behinderungen zusammenzufassen und diese nach Jahren seit 2012 aufzuschlüsseln.[250]

Durch die Quellenangaben und ihre Fragetechnik suggerierten die Fragesteller nicht bloß, dass eine Korrelation, sondern auch eine Kausalität zwischen Migration und Schwerbehinderung existiere. Demnach lag der Schluss nahe, dass der Anteil von schwerbehinderten Kindern und Jugendlichen in den vergangenen Jahren infolge der Migration angestiegen sei. Lakonisch konstatierten die Fragesteller: »Behinderungen entstehen u.a. durch Heiraten innerhalb der Familie.« Indem sie nur diesen einzigen Grund für Behinderungen bei Kindern und Jugendlichen angaben, blendeten sie alle anderen Gründe aus und lenkten die Aufmerksamkeit der Leser/innen direkt auf das Themenfeld »Migration, Inzest seitens der Geflüchteten und Behinderung«. Unterstrichen wurde diese Kontextualisierung durch den Hinweis auf einen älteren TV-Beitrag, der am 31. Juli 2008 unter der Überschrift »Die Cousine als Ehefrau – behinderte Kinder aus Verwandtenehen« in der Sendung »Kontraste« ausgestrahlt worden war.

Unter Bezugnahme auf Daten des Statistischen Bundesamtes behaupteten die Fragesteller/innen, dass der Anteil der Menschen mit einem Schwerbehindertenausweis in der bundesdeutschen Bevölkerung im Zeitraum 2013 bis 2015 um 0,9 Prozent angestiegen sei. In absoluten Zahlen: von 7 548 560 Menschen mit Behinderung im Jahre 2013 auf 7 615 560 im Jahr 2015. Demnach betrug der Anteil an behinderten Menschen im Jahr 2015 9,3 Prozent der Gesamtbevölkerung. (Die von den Fragestellern angegebene Zahl, dass 152 000 behinderte Menschen Kinder und Jugendliche gewesen seien, wurde von der Bundesregierung

korrigiert. Tatsächlich seien 174 000 Menschen mit Behinderung minderjährig.)

Wie das Bundesministerium für Arbeit und Soziales die Fragesteller im April 2018 namens der Regierung beschied, gehen nicht bloß die Schwerbehinderungen aufgrund anerkannter Kriegsbeschädigungen zurück: »Auch die relative Bedeutung der angeborenen Behinderungen als Behinderungsursache ist bereits seit längerem rückläufig.«[251] Daten zum Familienstand der Eltern von Kindern mit Behinderungen, hieß es weiter, würden in der Schwerbehindertenstatistik nicht erhoben. Die beigefügte Zeitreihe der Schwerbehinderten nach Nationalität (deutsch bzw. nichtdeutsch) wiederum ließ deutlich erkennen, dass die Anzahl der nichtdeutschen Betroffenen zwischen 2001 und 2015 (durch die vermehrte Zuwanderung) zwar stärker gestiegen war als diejenige der deutschen, dass sie aber mit ca. 6 Prozent nur einen Bruchteil der Gesamtmenge ausmachen.

Peter Dabrock, Vorsitzender des deutschen Ethikrates, gelangte zu der Einschätzung, dass sich die AfD-Anfrage »bewusst an der Grenze rechtsextremistischen Vokabulars« bewege und jedem die Möglichkeit eröffne, »Lebenswerturteile« zu erkennen: »Allen Menschen, die behindert sind, allen Menschen, die eine Solidarität mit Menschen mit Behinderung haben, und auch allen Menschen, die aufgrund von Alter oder Krankheit Sorge haben, bald selbst behindert zu werden, sollte klar und deutlich sein, aus welchem dunklen Geist solche Anfragen kommen.«[252]

Auch zahlreiche Sozialverbände reagierten entsetzt auf die Anfrage der AfD. Auf Betreiben des Paritätischen Gesamtverbandes schalteten 18 Wohlfahrtsverbände am 22. April 2018 in einer ungewöhnlichen Aktion unter der Überschrift »Es geht uns alle an: Wachsam sein für Menschlichkeit« eine Anzeige in der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung*, die der AfD vorwarf, durch ihre Anfrage »in bösartiger Weise einen abwegigen Zusammenhang von

Inzucht, behinderten Kindern und Migrantinnen und Migranten« herzustellen.[253] Darüber hinaus tue die Partei implizit so, als sei Behinderung ein zu vermeidendes Übel. »Die Anfrage der AfD-Fraktion erinnert damit an die dunkelsten Zeiten der deutschen Geschichte, in denen Menschen mit Behinderung das Lebensrecht aberkannt wurde und sie zu Hunderttausenden Opfer des Nationalsozialismus wurden.« Abschließend rief man seitens der Unterzeichner die Bevölkerung auf, sich entschlossen gegen die »unerträgliche Menschen- und Lebensfeindlichkeit« der AfD zu stellen: »Wir sagen ›Nein‹ zu jeder Abwertung von Menschen mit Behinderung und zu jeglicher Form des Rassismus. Ideologien der Ungleichwertigkeit menschlichen Lebens haben keinen Platz in diesem Land.«

Da nur wenige Schwerbehinderungen angeboren, die allermeisten jedoch Folge chronischer Krankheiten und verschiedenartiger Unfälle sind, kommt – entgegen den von der AfD mit ihrer Anfrage geschürten Vorurteilen – weder »Zwangsheiraten« innerhalb von Migrantenfamilien noch bestimmten Religionsgruppen unterstellte Inzestneigungen eine nennenswerte Bedeutung zu. Wegen des geltenden Inzesttabus wirkte die biologistische und rassistische Suggestion der AfD-Fraktion vielmehr besonders infam.

Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes, hielt der AfD in einem Interview, das der *Kölner Stadt-Anzeiger* mit ihm geführt hatte, nicht ohne Grund vor, die öffentlich zugänglichen Statistiken über Behinderung zu kennen und zu wissen, dass Inzucht als deren Ursache in Deutschland so gut wie keine Rolle spiele.[254] Deshalb kam ehrliche Sorge um die »Volksgesundheit« als Grund für die parlamentarische Anfrage wohl kaum in Frage. Als heimliches Motiv dahinter vermutete Schneider vielmehr, dass sich die Partei nicht scheue, gleichermaßen Stimmung gegen Flüchtlinge wie gegen Menschen mit Behinderung zu machen, was bei ihm, wie er sagte, Erinnerungen an die

Euthanasie des NS-Regimes geweckt habe.

Antifeminismus und Polemik gegen Gender Mainstreaming

Steffen Königer, AfD-Landtagsabgeordneter in Brandenburg, Beisitzer im Bundesvorstand der Partei und früher Redakteur der *Jungen Freiheit*, eröffnete seine Jungfernrede am 9. Juni 2016 mit folgenden Worten: »Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren, sehr geehrte Schwule, sehr geehrte Lesben, sehr geehrte Androgyne, sehr geehrte Bi-gender, sehr geehrte Frau zu Mann, sehr geehrte Mann zu Frau, sehr geehrte Gendervariable, sehr geehrte Gender Queer, sehr geehrte Intersexuelle, sehr geehrte Weder-Noch-Geschlechter, sehr geehrte Geschlechtslose, sehr geehrte Nicht-Binäre, sehr geehrte Pan-Gender und Pan-Geschlechtliche, sehr geehrte Trans-Männliche und Trans-Männer, sehr geehrte Trans-Weibliche und Trans-Frauen, sehr geehrte Trans-Menschen, sehr geehrte Trans mit Stern, sehr geehrte Trans-Stern-Weiblich und Trans-Stern-Frauen, sehr geehrte Trans-Stern-Männlich und Trans-Stern-Männer, sehr geehrte Trans-Menschen, sehr geehrte Trans-Feminine und sehr geehrte Trans-Gender, sehr geehrte Trans-Gender-Weiblich, sehr geehrte Trans-Gender-Frau (…).«[255] Diese Aneinanderreihung eigener Wortschöpfungen dauerte über zwei Minuten. Offensichtlich wollte sich Königer mit ihr über geschlechtergerechte Sprache lustig machen und sie ad absurdum

führen. Die Videoaufzeichnung dieses Auftritts erfreute sich auf YouTube großer Beliebtheit unter Personen, die der Meinung sind, dass es sich bei der Forderung nach einer geschlechtergerechten Sprache ohnehin nur um »Gender Gaga« handle.

Wähler/innen, Mitglieder, Funktionäre und Parlamentarier/innen der AfD

Mit einem Frauenanteil von 13 Prozent der ca. 29 000 Parteimitglieder weist die AfD unter allen im Bundestag vertretenen Parteien den geringsten Wert auf. Dass sich der Frauenanteil des Parlaments aufgrund der Bundestagswahl 2017 gegenüber der Sitzverteilung in der vorherigen Legislaturperiode um 5,4 Prozent verringert hat und nun bei 30,9 Prozent liegt, ist maßgeblich auf den Einzug der AfD zurückzuführen.[256] Während nur 10,8 Prozent aller Abgeordneten der AfD-Bundestagsfraktion weiblichen Geschlechts sind, beträgt der Frauenanteil in der CDU/ CSU-Fraktion immerhin 19,9 Prozent und bei der FDP-Fraktion 22,5 Prozent. Die SPD-Bundestagsfraktion weist mit 41,8 Prozent einen deutlich höheren Frauenanteil auf. In den Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind Frauen mit 53,6 Prozent bzw. 58,2 Prozent sehr stark repräsentiert.

Die Marginalisierung von weiblichen Abgeordneten zeigt sich noch deutlicher mit Blick auf die Verteilung von Parteiämtern. So sind nach dem Ausscheiden Frauke Petrys alle Ausschuss- und Fraktionsvorsitzenden auf der Landesebene männlichen Geschlechts. Die männliche Hegemonie innerhalb der AfD spiegelt sich auch in der Wählerbasis wider. Bei der Bundestagswahl 2017 haben 16 Prozent aller sich daran beteiligenden Männer der AfD ihre Stimme gegeben, jedoch nur 9 Prozent aller sich beteiligenden Frauen. Männer stellen etwa zwei Drittel des AfD-Elektorats.

Innerhalb der AfD gab bzw. gibt es dennoch vereinzelte Protagonistinnen, etwa Frauke Petry, Beatrix von Storch, Alice Weidel und die vor dem Hannoveraner Bundesparteitag im Januar 2018 weitgehend unbekannte Doris von Sayn-Wittgenstein. Diese Akteurinnen können jedoch nicht als »Frauenbewegung« innerhalb der Partei gelten, sondern vertreten selbst genuin antifeministische Positionen. Beatrix von Storch ist beim Verein »Zivile Koalition« sogar eine Hauptorganisatorin von Protesten für eine pronatalistische Bevölkerungspolitik.[257] Die aktive Beteiligung von Politikerinnen an der Verbreitung einer Ideologie des Antifeminismus und einer Anti-Gender-Politik lässt sich auch in rechtspopulistischen Parteien und Bewegungen anderer europäischer Länder beobachten.[258] So liegt ein Vergleich mit dem französischen Front National unter Marine Le Pen nahe.[259] Dass weibliche Personen überhaupt in Führungspositionen vorrücken können, stellt bei neurechten und rechtsextremen Gruppierungen eine Entwicklung der jüngeren Vergangenheit dar und markiert eine Konfliktlinie zwischen konservativer Ideologie im Sinne eines traditionellen Familienbildes und einer »modernisierten« Praxis weiblicher Führung.[260] Dieses Auseinanderklaffen von (Partei-)Ideologie und (persönlicher) Praxis wird im Falle Alice Weidels besonders deutlich, die selbst in einer homosexuellen Partnerschaft lebt, sich aber gegen die »Ehe für alle« und die gesetzliche Gleichstellung aller Paare ausspricht.[261] Zwar haben einzelne Akteurinnen innerhalb der AfD eine herausragende Position eingenommen (oder nehmen sie weiterhin ein), dies ändert jedoch nichts an dem Umstand, dass sie eine männlich dominierte Partei ist.

Kritik am Gender Mainstreaming

Kritik am Gender Mainstreaming ist ein zentraler Programmpunkt der AfD und Kernbestandteil ihrer Parteiideologie. Schon ein Blick in die AfD-Wahlprogramme zeigt, dass es zwischen der EU-Kritik und der Kritik an Gender Mainstreaming einen engen Zusammenhang gibt. Denn bei Letzterem handelt es sich um ein Konzept, das im Vertrag von Amsterdam am 2. Oktober 1997 zur verbindlichen Richtlinie für die EU-Mitgliedstaaten erhoben und von ihnen anschließend in geltendes Recht umgesetzt worden ist.[262]

In diesem Sinne verabschiedete ein Landesparteitag der baden-württembergischen AfD am 25. Juli 2015 eine Resolution gegen Gender Mainstreaming und schlug den anderen Landesverbänden vor, sich ihr anzuschließen. Die zentrale Forderung des Beschlusstextes lautete: »Gender Mainstreaming als durchgängiges politisches Leitprinzip in Form einer Querschnittsaufgabe staatlichen Handelns ist auf allen Ebenen unverzüglich und ersatzlos zu beenden.«[263] Weiter hieß es, man halte die »Nivellierung der Unterschiede zwischen Männern und Frauen für einen unzulässigen Eingriff des Staates in das private und gesellschaftliche Leben der Menschen«. Eine solche Intervention sei zudem aus biologischen Gründen zum Scheitern verurteilt und eine Verschwendung von Steuergeldern. Mütter, die auf Erwerbsarbeit verzichteten, um sich Vollzeit der Kindererziehung zu widmen, dürften in keiner Weise unter Druck gesetzt werden. »Sexualkundeunterricht« in Schulen, der zu »sexuellem Experimentieren ermutigen« solle, wurde von der baden-württembergischen AfD als sittenwidriger Eingriff in die Kinderseelen abgelehnt. Ein solcher Unterricht führe zu einer »schwerwiegende(n) Beeinträchtigung der psychischen und physischen Entwicklung junger Menschen«.[264] Eine »Aushöhlung des Erziehungsrechts von Eltern und dessen Übertragung auf den Staat« lehnte die Partei ab, denn dies widerspreche dem *Grundgesetz* und dem Subsidiaritätsprinzip.

Außerdem wandte sich die AfD-Resolution gegen die geschlechtergerechte Sprache, bei der es sich um eine »grobe Verunstaltung« des Deutschen handle, und plädierte dafür, zum »generischen Maskulinum« zurückzukehren. Diese Abwendung von der geschlechtergerechten Sprache solle für alle behördlichen Dokumente gelten, für Gesetzestexte und alle weiteren Verlautbarungen von staatlichen oder staatsnahen Institutionen. Widerspruch löste auch »jegliche staatliche Propaganda (…) für bestimmte sexuelle Orientierungen oder Verhaltensweisen« aus. Von diesem Verdikt blieb die »Förderung der klassischen Familie« allerdings unberührt. Mit anderen Worten: Propaganda für die klassische Familie ist aus Sicht der AfD legitim. Diese begrüßte eine »Willkommenskultur für Un- und Neugeborene« und wandte sich gegen »alle Versuche, Abtreibungen zu bagatellisieren«, diese staatlich zu unterstützen oder gar als Menschenrecht zu betrachten. Ihre Resolution stehe, so meinte die baden-württembergische AfD, deren Landesvorsitz Jörg Meuthen auf dem Parteitag übernahm, in Einklang mit den »ethischen Grundsätzen der großen Weltreligionen«, die nicht auf dem »Altar der pseudowissenschaftlichen Gender-Ideologie« geopfert werden dürften.

Die kategorische Ablehnung von Gender Mainstreaming findet sich auch in der Praxis der Bundestagsfraktion und der Landtagsfraktionen der AfD. Diese haben im Zeitraum von der sächsischen Landtagswahl am 31. August 2014 bis zur parlamentarischen Sommerpause 2018 ca. 50 Kleine und Große sowie Schriftliche Anfragen eingereicht, die sich explizit mit dem Genderthema befassen. Diese deckten ein breites Themenspektrum ab: Bezüglich der Erziehung beschäftigten sich die Anfragen mit Sexualerziehung in Krippen und Kitas, hinsichtlich der Bildung fokussierten sie vor allem Sexualkunde, Lehrmaterialien und die »Schule der Vielfalt«, mit Blick auf die Hochschulen nahmen sie den

Ansatz der Gender Studies bzw. der Gender-Forschung ins Visier, denunzierten diese Ansätze als »Gender Gaga« oder »Gender-Wahn« und deklinierten es an verschiedenen Beispielen durch, etwa Ringvorlesungen oder sog. All-Gender-Toiletten. Immer wieder skandalisiert wurde die geschlechtergerechte Sprache und als »gegenderte Sprache« bezeichnet. Im Hinblick auf die Verwaltung ging es um Kosten und Nutzen von Gender Mainstreaming bei der Berliner Polizei, im öffentlichen Personennahverkehr und in der Stadtentwicklung. In den Anfragen wurden auch gezielt Ministerien in den Blick genommen; so geriet z.B. das Sächsische Staatsministerium für Gleichstellung ins Fadenkreuz der AfD-Kritik.

Skurril wirkte die Schriftliche Kleine Anfrage zum Thema »Salafismus-Prävention Hamburg. Mit Gender gegen Jihadisten«.[265] Hierin bezog sich der AfD-Abgeordnete Jörn Kruse darauf, dass der Hamburger Senat 14 Präventionsprojekte gegen Salafismus unterstützte. Dessen ungeachtet sei es dem Senat nicht gelungen, »dem rasanten Wachstum der salafistischen Szene Einhalt zu gebieten«. Die AfD-Fraktion führte dies auf die mangelnde Effektivität der Präventionsarbeit zurück und begründete dies damit, dass die Gender Studies mittlerweile auch ihre Spuren in der Präventionsarbeit gegen Salafismus hinterlassen hätten. In der Vorbemerkung zu dieser Anfrage wurde der Hamburger Senat mit den Worten zitiert, dass die Präventionsprojekte genderbezogene Aspekte berücksichtigten, dass sie darauf ausgerichtet seien, die Medienkompetenz von Mädchen und Frauen zu befördern und dass sie deren Empowerment dienten. Dazu zähle auch, so der Hamburger Senat weiter, die »Sichtbarmachung von Religionsverständnissen, die sich von salafistischen Deutungsangeboten unterscheiden«. Im Zuge der Präventionsprojekte sollten die jungen Teilnehmerinnen, die nicht oder kaum religiös sozialisiert worden seien, die Möglichkeit haben, sich reflektiert mit dem Islam zu beschäftigen und ggf. auch eigene

Zugänge zu dieser Religion zu entwickeln. Ferner sollte ihnen die Chance eröffnet werden, sich mit Frauenbildern und -rollen zu befassen sowie eigene Diskriminierungserfahrungen zu thematisieren.

Dieser genderspezifische Ansatz der Hamburger Präventionsarbeit wurde von der AfD als ineffizient abqualifiziert: Es sei offensichtlich, dass der Senat versuche, durch eine Dekonstruktion sozialer Rollenbilder und durch eine Aufarbeitung sexistischer Diskriminierungserfahrungen der salafistischen Szene das Wasser abzugraben. Diese Strategie sei jedoch, so die AfD in der Vorbemerkung, völlig ungeeignet, da der Salafismus männerdominiert sei. Belegt wurde das mit dem Verweis darauf, dass im November 2016 nur 108 Salafistinnen aktenkundig gewesen seien, was lediglich einem Anteil von ca. 17,36 Prozent entsprochen habe.

Das Argument, dessen sich die AfD bediente, war wenig überzeugend: Erstens ist es bemerkenswert, dass insgesamt 108 Salafistinnen (Stand: November 2016) aktenkundig waren und demnach fast jede fünfte Person in diesem Spektrum weiblich. Zweitens sind Frauen in der salafistischen Szene von besonderer Bedeutung, weil sie ihre Kinder im Sinne des Salafismus erziehen, somit in der familiären Sozialisation die wichtigste Rolle übernehmen und als Ideologieproduzentinnen wirken können. Drittens kann man beobachten, dass infolge der Zurückdrängung und der teilweisen Zerschlagung des IS immer mehr Frauen, Kinder und Jugendliche aus Syrien und dem Irak zurückkehren. Diese Rückkehrerinnen haben jedoch keineswegs dem Salafismus abgeschworen; einige von ihnen haben sich aufgrund ihres Lebens im IS radikalisiert, missionieren im Sinne des Salafismus und können somit auch als Jihadistinnen bezeichnet werden. Beispielsweise existiert in Nordrhein-Westfalen ein sog. Schwesternnetzwerk mit 40 Frauen, die gut vernetzt sind und auch

von den Männern in der Community akzeptiert werden.[266] Viertens kommt Frauen im Salafismus eine immer wichtiger werdende Rolle zu, da charismatische Führungspersönlichkeiten inhaftiert worden sind. Und schließlich kann es, fünftens, in der Präventionsarbeit nicht darum gehen, sich auf die bereits aktenkundigen Salafisten zu konzentrieren. Im Sinne einer präventiven Jugendarbeit sollten in erster Linie Gruppen adressiert werden, die für einen solchen Fanatismus ansprechbar sein könnten.

Demnach war die Antwort des Hamburger Senats, dass genderspezifische Aspekte in seiner Politik als Querschnittsaufgabe berücksichtigt würden, durchaus eine angemessene Herangehensweise und überzeugend. Auch der Hinweis darauf, dass sich 2017 eine Gruppe von zehn Mädchen aus drei Moscheegemeinden zusammengeschlossen habe, die sich damit beschäftigten, welchen Beitrag Musliminnen für das friedliche Zusammenleben in einer heterogenen Stadtgesellschaft leisten können, war durchaus ein Beleg für eine erfolgreiche genderspezifische Jugendarbeit.

Die erste Anfrage zum Thema Gender trug den einfachen Titel »Gleichstellungspolitik« und wurde am 26. Mai 2015 von Sebastian Wippel, Mitglied der AfD-Fraktion im sächsischen Landtag, eingebracht.[267] Anlass dieser Kleinen Anfrage war ein Bericht des EU-Verbindungsbüros des Deutschen Bundestages, in dem erläutert wurde, dass die EU-Kommission an einer neuen Gleichstellungsstrategie arbeite. Bei der EU-Konferenz, die im April 2015 zum Thema »Gleichstellungsfragen« stattgefunden hatte, sei es um das Thema »Gender Budgeting« gegangen. Dabei handle es sich um einen geschlechtersensiblen Haushaltsplan, bei dem überprüft werde, ob und in welchem Maße die darin festgelegten Ausgaben beiden Geschlechtern zugutekommen. Im Anschluss an die Konferenz sollte eine Konsultation stattfinden, um eine künftige Ausrichtung der Gleichstellungsstrategie zu beschließen. An dieser

Konsultation seien neben den Mitgliedstaaten auch die nationalen Parlamente, die Sozialpartner, NGOs, Gleichstellungsbeauftragte und interessierte Bürger/innen zu beteiligen.

In seiner Anfrage wollte Wippel wissen, ob sich die sächsische Staatsregierung an dem Konsultationsprozess beteiligen werde und wie das Gender Budgeting funktioniere. Er forderte Informationen darüber, ob die Staatsregierung die Einführung plane. Außerdem fragte der AfD-Abgeordnete nach Erkenntnissen darüber, ob Frauen für gleiche Arbeit und Tätigkeiten in Sachsen schlechter bezahlt würden als Männer und – wenn ja – in welchen Branchen und Berufen dies der Fall sei. Ferner wollte er wissen, was sich hinter dem Begriff »geschlechterspezifische Gewalt« verberge und welche Erkenntnisse die Staatsregierung über die Häufigkeit von geschlechtsspezifischer Gewalt von Frauen gegen Männer und von Männern gegen Frauen habe.

Gender bzw. Gender Mainstreaming und die damit im Zusammenhang stehenden Maßnahmen wurden von der AfD so dargestellt, als seien sie den Mitgliedstaaten und den Bundesländern von der EU-Kommission oktroyiert worden. So inszenierte sich die Landtagsfraktion als politische Kraft, die einen zentralen Beitrag leistete, um die vermeintlichen Machenschaften auf europäischer Ebene aufzudecken, und beanspruchte, für die nationalen und regionalen Interessen – hier die Interessen Sachsens – einzutreten. Die erste Kleine Anfrage zu der Thematik zeichnete sich ferner dadurch aus, dass unterschiedliche Problemfelder angesprochen wurden, beispielsweise die Frage des ungleichen Lohns und die Frage der häuslichen Gewalt. In Bezug auf den ungleichen Lohn musste die Staatsministerin für Gleichstellung und Integration in ihrer Antwort eingestehen, dass sie über keine genauen Erkenntnisse verfügte, in welchen Branchen es welche Gehaltsunterschiede – bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit – zwischen Männern und Frauen gab. Mit Blick auf die häusliche

Gewalt wurden der Staatsministerin statistische Daten entlockt, die erkennen ließen, dass auch Männer zu Opfern häuslicher Gewalt werden. Zudem ergaben die statistischen Daten, dass ca. 5,5 Prozent aller Personen, die als Opfer häuslicher Gewalt eine Beratungsstelle aufsuchen, Männer waren.

Ebenfalls zu einem recht frühen Zeitpunkt griff der Thüringer AfD-Fraktionsvorsitzende Björn Höcke das Thema in einer Kleinen Anfrage auf.[268] Unter Hinweis auf eine von ihm gestellte Mündliche Anfrage und deren ihn nicht befriedigende Beantwortung in der Landtagssitzung am 26. Februar 2015 wollte Höcke u.a. wissen, auf welchen Definitionen von »Gender Mainstreaming«, »Gender«, »Gleichstellung«, »Gleichberechtigung« und »Chancengleichheit« die Arbeit der Landesregierung basiere; was die Landesregierung unter der »Herstellung von Chancengleichheit als Ziel ihrer Politik« verstehe; wie die Landesregierung den Versuch beurteile, den »Erfolg von Maßnahmen zur Herstellung von Chancengleichheit« an Zuständen zu messen, die tatsächlich eingetreten sind; inwiefern sich die Begriffe »Gender Mainstreaming« und »Gleichstellung von Mann und Frau« voneinander abgrenzen ließen; welche Funktion die Gender-Koordinaten hätten und wie eine Evaluation erfolgen solle; in welcher Weise eine Evaluation der Arbeit der Beauftragten für die Gleichstellung von Frau und Mann erfolgen solle; wie sich Gender Mainstreaming als »langjähriger Organisationsentwicklungsprozess« für die Landesregierung darstelle; in welcher Weise der Prozess von der Landesregierung gesteuert werde; ob es in der Arbeit der Landesregierung seit der Einführung von Gender Mainstreaming eine Bedeutungsverschiebung des Gender-Begriffs gegeben habe.

Das im Namen der Staatsregierung antwortende Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie wies Höcke darauf hin, dass Gender Mainstreaming das Instrument und Gleichstellung das Ziel sei. Gender Mainstreaming sei mit Beginn der

Förderperiode 2000 bis 2006 als Strategie im Rahmen der EU-Strukturfonds eingeführt worden und gehe in Thüringen auf einen Kabinettsbeschluss vom 5. Juli 2007 zurück, demzufolge in den einzelnen Ressorts Gender-Koordinator(inn)en als Ansprechpartner/innen nach Art eines Top-down-Modells benannt worden seien.

Instrumentalisierung der Sexismus-Debatte und Bekämpfung der Sexualpädagogik an Schulen

Die AfD setzt in den Parlamenten nicht nur Antifeminismus und Kritik am Gender Mainstreaming auf die Agenda, sondern versucht auch, die Sexismus-Debatte für ihre Zwecke zu instrumentalisieren – etwa indem die neuen Möglichkeiten der Thematisierung von sexuellen Übergriffen, die durch die #metoo-Kampagne entstanden sind, genutzt werden, um Personen mit Migrationsgeschichte als potenzielle Gewalttäter zu denunzieren. Dabei wird der Sexismus innerhalb der Mehrheitsgesellschaft ausgeklammert und auf die »Anderen« projiziert.[269] Aus (kultur)rassistischen Positionen heraus werden vor allem muslimische Geflüchtete als Täter konstruiert und pauschalisiert. Die Erkenntnis, dass die heteronormative Kernfamilie, die von der AfD als einzig natürliche Form des partnerschaftlichen Zusammenlebens propagiert wird, zugleich auch der Ort ist, an dem sich in vielen Fällen Gewalt gegen Frauen ereignet, ignoriert und tabuisiert man hingegen.[270]

Von neurechter Seite wird die Erzählung zunehmender Messerattacken gegen »deutsche« Frauen verbreitet. Durch die Aktion »Tote Mädchen lügen nicht« am 23. März 2018 in Kiel versuchte etwa die Identitäre Bewegung im Rahmen ihrer als feministisch deklarierten, jedoch von männlichen IB-Aktivisten koordinierten »#120db«-Kampagne, welche eine Gegenkampagne zu #metoo darstellen soll, ein solches Bedrohungsszenario

aufzubauen.[271] Auch die AfD gab dem Thema in ihren Anfragen Raum, etwa durch eine Kleine Anfrage, die ihr Abgeordneter Marcus Wagner unter dem reißerischen Titel »›Blutiger Samstag in NRW!‹ Wie steht es um die Innere Sicherheit, die uns im Wahlkampf versprochen wurde?« in den nordrhein-westfälischen Landtag einbrachte.[272] Dabei bezog sich der Genannte auf einen Bericht in *BILD Online* vom 15. Oktober 2017 über Messerangriffe in Bonn, Dortmund, Essen und Köln sowie die Drohung eines armenischen Vaters mehrerer Kinder, sich im Falle seiner bevorstehenden Abschiebung mit einem Messer selbst zu verletzen. So flankierte die Partei eine Aktion, die von der äußersten Rechten im Netz organisiert wurde, durch ihre parlamentarische Arbeit. Diese Instrumentalisierung sollte die Forderung nach mehr innerer und äußerer Sicherheit untermauern und zu ihrer Durchsetzung führen.[273]

In den vergangenen Jahren erhielten die Proteste gegen die Sexualpädagogik bzw. den Sexualkundeunterricht in Kitas, Kindergärten und Schulen viel öffentliche Aufmerksamkeit und wurden kontrovers debattiert. Die Thematisierung von sexueller Identität im Sinne von sexueller Vielfalt in Kindergärten und Schulen wurde nicht bloß von Akif Pirinçci,[274] sondern – auf einem ähnlich beschämenden geistigen Niveau – auch von der AfD als »Frühsexualisierung« denunziert. Die rechtskonservative Kritik am Ansatz einer »Sexualpädagogik der Vielfalt« machte auch vor Hochschullehrerinnen nicht halt. So geriet Elisabeth Tuider, Professorin an der Universität Kassel, ins Kreuzfeuer der Kritik. Ihr wurde vorgeworfen, sie habe mit ihrer »Sexualpädagogik der Vielfalt« einen Beitrag zur Frühsexualisierung geleistet. In Wahrheit handelt es sich dabei um ein Handbuch, das, so der Untertitel, »Praxismethoden zu Identitäten, Beziehungen, Körper« zusammenstellt und somit Pädagog(inn)en, die mit diesen Themen befasst sind, sexualpädagogische Materialien an die Hand geben

und einen Beitrag zur »Prävention für Schule und Jugendarbeit« leisten möchte.[275]

Mit der »Magdeburger Erklärung zur Frühsexualisierung in Kindergärten und Schulen« verabschiedeten AfD-Parlamentarier/innen unterschiedlicher Fraktionen am 14. November 2016 ein gemeinsames Papier, mit dem sie der Sexualpädagogik der Vielfalt – als »Frühsexualisierung« verteufelt – eine deutliche Absage erteilten. Zu den Initiator(inn)en gehörten Landtagsabgeordnete der Partei aus Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen.[276] Die Magdeburger Erklärung leitete aus Art. 6 Abs. 1 GG (Schutz von Ehe und Familie) ab, dass Kinder vor »Frühsexualisierung« geschützt werden müssten: »Die Kindheit ist eine besondere Zeit, eine Zeit der Freiheit, eine Zeit der Aufnahme- und Prägefähigkeit und eine Zeit der Unschuld.« Daraus ergebe sich eine »besondere Vorsicht im Umgang mit unseren Kindern«. In Bezug auf den Schulunterricht bedeute dies, »daß nicht Triebbefriedigung, sondern eine intakte Familie primäres Lebensziel sein sollte«. Mit der Magdeburger Erklärung wandten sich die Abgeordneten »gegen alle Versuche, andere Formen des Zusammenlebens und Sexualverhaltens gleichwertig neben Ehe und Familie zu stellen«. Ferner wollten die Initiator(inn)en sicherstellen, dass Kinder in der frühkindlichen Erziehung und in Schulen nicht mit »scham- und persönlichkeitsverletzenden Inhalten in Wort, Bild und Ton konfrontiert werden«. Der Staat dürfe weder die Erziehungshoheit der Eltern beeinträchtigen, noch habe er das Recht, Kinder oder Jugendliche in ihren vermeintlich natürlichen Vorstellungen zu verunsichern, die sie sich vom familiären Leben und von den Geschlechterrollen machten.

Die Anzahl der von AfD-Abgeordneten zu diesem Themenbereich eingebrachten Anfragen blieb überschaubar: Der sächsische AfD-Landtagsabgeordnete Uwe Wurlitzer hat am 8. August 2016 eine Kleine Anfrage unter dem Titel »Sexualpraktiken als

Schulunterricht« gestellt und sein Fraktionskollege André Wendt am 23. Februar 2017 mit seiner Kleinen Anfrage das Thema »Sexualerziehung in Krippen und Kitas« auf die Agenda gesetzt.

Hierbei gab es inhaltliche Überschneidungen zwischen CDU und AfD. Beide Parteien gingen denn auch gegen eine Broschüre vor, die sich an Erzieher/innen richtet und an Berliner Kitas verteilt wird. Sie trägt den Titel »Murat spielt Prinzessin, Alex hat zwei Mütter und Sophie heißt jetzt Ben« und befasst sich mit sexueller und geschlechtlicher Vielfalt, mit Zweigeschlechtlichkeit und Intergeschlechtlichkeit, mit Familienvielfalt und Regenbogenfamilien. Die 140-seitige Broschüre, herausgegeben von der Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie und verfasst von der Bildungsinitiative Queerformat, will Erzieher(innen) konkrete Handlungsempfehlungen mit auf den Weg geben und versteht sich als Beitrag zur Inklusionspädagogik und zur sozialen Vielfalt.[277]

Zunächst hatten sich die AfD-Funktionäre Steffen Königer (Vorsitzender der AfD-Fraktion im Landtag von Brandenburg) und Franz Kerker (bildungspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus) über diese Handreichung für pädagogische Fachkräfte empört. »Neue Sex-Broschüre für Kita-Erzieher reine Geldverschwendung«, hieß es in einer Pressemitteilung, die Kerker am 15. Februar 2018 herausgab.[278] Kritisiert wurde darin, dass bereits der Titel »Murat wird Prinzessin« die »linksgrüne Wunschrealität« widerspiegle. Dabei sei vor allem unter Muslimen Homophobie weit verbreitet und gerade in diesem Milieu werde unmännliches Verhalten strikt sanktioniert. Sein eigenes Verhältnis dazu bestimmte Kerker so: »Homosexuelle und transsexuelle Lebensweisen sind zu tolerieren. Etwas zu tolerieren, bedeutet, es als normabweichend zu begreifen, aber zu dulden.« Die entsprechende Norm hingegen sei auf eine Beziehung zwischen Mann und Frau gerichtet, die der Fortpflanzung diene. Kerker

sprach in seiner Pressemitteilung von einer »Hypersexualisierung« und monierte, dass die Broschüre »mit der Argumentation der organisierten Päderasten für Sexualität zwischen Kind und Erwachsenen« korrespondiere. Den Verfasser(inne)n bzw. Herausgeber(inne)n der Broschüre vorzuwerfen, diese sei eine Steilvorlage für Päderasten, ging am Inhalt der Publikation allerdings ebenso vorbei wie an der Intention ihrer Urheber und konnte nur einem AfD-Parlamentarier einfallen, der die Broschüre nie gelesen hatte.

Ungefähr zur selben Zeit opponierte auch die Berliner CDU gegen die Broschüre und brachte einen Antrag mit dem Ziel ein, ihre Verbreitung zu stoppen. Die darin formulierte Begründung entsprach der AfD-Argumentation, die auch in der Magdeburger Erklärung zu finden ist: »Fragen der sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt gehören nicht in die Berliner Kindertagesstätten.«[279]

Für die heteronormative Familie als Ideal, gegen Schwangerschaftsabbrüche und die »Ehe für alle«

Gemäß ihrem Parteiprogramm will die AfD Schwangerschaftsabbrüche zum besseren »Schutz des ungeborenen Lebens« erschweren.[280] Unter dem Motto »Freie Bürger sein, keine Untertanen« hatte die AfD in dem Grundsatzprogrammentwurf im Februar 2016 sogar angedroht, sie wolle Maßnahmen zur Verschärfung des Abtreibungsrechts ergreifen – für den Fall, dass die Anzahl der Schwangerschaftsabbrüche nicht sinken sollte.[281] Ein markantes Beispiel für diese Position im parlamentarischen Kontext bot die Debatte über ein Werbeverbot für Abtreibung, die am 22. Februar 2018 im Bundestag stattfand. Anlass war der Fall der Gießener Ärztin Kristina Hänel, die vom Amtsgericht Gießen wegen unerlaubter Werbung für Schwangerschaftsabbrüche zu einer

Geldstrafe verurteilt worden war. Das Gericht stützte sich dabei auf das Verbot der »Werbung für den Abbruch einer Schwangerschaft« in § 218a Strafgesetzbuch. Hänel hatte ebenso wie andere Fachkolleginnen, die angezeigt wurden, auf ihrer Internetseite darüber informiert, dass sie in ihrer Praxis auch Schwangerschaftsabbrüche durchführe. Während sich Redner/innen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE, FDP und SPD in der Plenardebatte für eine Reform bzw. die Abschaffung des Werbeverbotes aussprachen, hielten lediglich Vertreter/innen der Fraktionen von CDU/CSU und der AfD daran fest und behaupteten, dass auch eine Information auf der Internetseite einer Arztpraxis über Schwangerschaftsabbrüche unter das Werbeverbot falle.[282]

Ausgehend von Frankreich hat sich die Idee der »Manif pour tous« als Reaktion auf die Öffnung der Ehe und das Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare auch in Deutschland verbreitet. Unter dem Namen »Demo für alle« fanden seit 2014 zahlreiche Kundgebungen statt, zu denen auch die AfD mobilisierte. Ihre parlamentarische Praxis verdeutlicht, dass die Partei auch hier in die Offensive zu kommen sucht. So hatte die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im nordrhein-westfälischen Landtag eine Kleine Anfrage gestellt, durch die sie erfahren wollte, ob es für gleichgeschlechtliche Eheschließungen bereits die entsprechende Standesamtssoftware gebe. Hintergrund der bündnisgrünen Anfrage war, dass die Berliner Standesämter bei Eheschließungen aufgrund der Programme immer einen Mann und eine Frau angeben mussten – unabhängig davon, ob ein homosexuelles oder heterosexuelles Paar heiraten wollte. Die AfD interessierte sich in ihrer Kleinen Anfrage nun dafür, welche Kosten auf Nordrhein-Westfalen zukämen, wenn die Software umgestellt werden müsste.[283] Die Landesregierung gab in einer differenzierten Antwort bekannt, dass für die Jahre 2016, 2017 und 2018 der Höchstaufwand, der auf die Bundesländer zukomme, auf ca.

1,5 Millionen Euro festgesetzt worden sei, wobei auf Nordrhein-Westfalen in den Jahren 2016, 2017 und 2018 jeweils 252 217 Euro entfielen. Mit diesen Zahlen konnte die AfD argumentieren, dass die Ehe für alle das Land teuer zu stehen komme und eine Verschwendung von Steuergeld darstelle.

Die AfD hat seit ihrer Gründung immer wieder gegen eine Politik der sexuellen Vielfalt, gegen eine Politik der Gleichstellung und gegen eine Politik polemisiert, die auf Förderung von Offenheit, Toleranz und Respekt gegenüber der Vielfalt an Lebensweisen gerichtet ist. Eine besonders menschenverachtende Anfrage stellte die AfD-Landtagsabgeordnete Corinna Herold aus Thüringen.[284] Sie fragte die Landesregierung danach, ob Erkenntnisse vorlägen, »wie viele Homosexuelle, Bi- und Transsexuelle, Transgender und intergeschlechtliche Menschen in Thüringen leben«, und wollte außerdem erfahren, »wie groß ihr Anteil an der Bevölkerung ist – und zwar aufgeschlüsselt nach den jeweiligen Subgruppen«. Die Thüringer Staatskanzlei ließ keinen Zweifel daran, was sie von der Intention dieser Anfrage hielt, als sie auf die Fragen nach der Existenz statistischer Daten antwortete: »Nein, und das ist gut so. Die Zeiten des Erfassens solcher Angaben sind vorbei.«[285]

Eine besonders skurrile Anfrage stellte Alexander Wolf, AfD-Abgeordneter in der Hamburger Bürgerschaft.[286] Anlass seiner Anfrage war ein taz-Bericht, wonach Fußgängerampeln der Hansestadt im Juli 2015 erstmals so ausgestattet wurden, dass in einem Stadtteil schwule und lesbische Liebespaare zu sehen waren. Die Idee für solche »Vielfalts-Ampeln« ging auf die bündnisgrüne Senatorin für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung Katharina Fegebank bzw. auf den Christopher Street Day (CSD) in Wien zurück, wo sie erstmals solche Ampeln gesehen hatte und zahlreiche Selfies damit gemacht worden waren. Alexander Wolf fragte danach, wie viele Ampeln zu sog. Vielfalts-Ampeln umgerüstet worden seien, welche Kosten dadurch entstanden seien und an

welchen Stellen weitere Umrüstungsmaßnahmen geplant seien, wie viele Leute Selfies vor diesen Ampeln gemacht hätten, auf welcher wissenschaftlichen Begründung die Aussage der Senatorin beruhe, dass Vielfalts-Ampeln die Toleranz gegenüber der gleichgeschlechtlichen Lebensweise förderten, ob der Erfolg wissenschaftlich evaluiert worden sei, was die Senatorin während ihrer Amtszeit mit Blick auf Toleranz gegenüber der gleichgeschlechtlichen Liebe erreicht habe und welche Effekte solche Ampeln für das Standortmarketing für Hamburg hätten.

Die Antworten des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg fielen dürftig aus: Bei der Umrüstung einer einzigen Ampelanlage seien Kosten in Höhe von 956,33 Euro entstanden und weitere Umrüstungen nicht geplant. Was den Erfolg dieser Ampeln betrifft, verwies der Senat auf seinen Aktionsplan für Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt.[287] Hier werde betont, dass die »Anerkennung, Selbstbestimmung, gerechte Teilhabe und Selbstakzeptanz von Lesben, Schwulen und bisexuellen Menschen gestärkt werden kann«, wenn sie auch in der Gesellschaft sichtbar seien.[288] Der Abgeordnete Wolf hatte das Beispiel der Vielfalts-Ampeln offenbar ausgewählt, um zu skandalisieren, dass die Senatorin für solche Ampeln eintrat, obwohl bei einer Umfrage des *Hamburger Abendblatts* von 2 360 Personen 92 Prozent die Frage »Glauben Sie, dass die gleichgeschlechtlichen Ampelmännchen für mehr Toleranz sorgen werden?« mit »Nein« und lediglich 8 Prozent der Befragten mit »Ja« beantwortet hatten.

Kampfansagen gegenüber den Gender Studies an Hochschulen und gegenüber Frauenhäusern

Gender Studies lehnt die AfD als unwissenschaftlich ab. Dass es ihr allerdings um mehr geht als um Kritik an einer Dekonstruktion der

binären Geschlechterordnung und an der Auflösung »klassischer« Familienformen, zeigt eine Vielzahl von Kleinen Anfragen zu Lehre und Forschung im Bereich der Gender Studies an Hochschulen. So ist es das erklärte Ziel der AfD, die Geschlechterforschung strukturell und finanziell zu schwächen und sie letztlich obsolet werden zu lassen.

Länderübergreifend erfasste die AfD durch Kleine Anfragen zunächst Daten zu Gender Studies an Hochschulen, etwa zum Lehrangebot, zum Personal oder zu den Zahlen der Absolvent(inn)en. Während sich die Anfragen inhaltlich leicht unterschieden, fand sich in allen folgenden Anfragen die Frage nach den Kosten. Die Höhe der Ausgaben für Geschlechterforschung an den jeweiligen Hochschulen der Länder skandalisierte die AfD teilweise bereits in der Anfrage, spätestens jedoch nach der Antwort.[289] Dies gilt auch hinsichtlich der Einführung von All-Gender-Toiletten an der Friedrich-Schiller Universität Jena oder der Umbenennung in Studierendenwerke. So forderte die AfD-Fraktion im Thüringer Landtag eine Stellungnahme bezüglich der »Tatsache, dass es an der Universität Jena zuletzt zu Sparmaßnahmen auf Kosten der Studienqualität kam, während diese zusätzliche Kosten für derartige Neu- und Umbaumaßnahmen in Kauf nimmt«.[290]

Mit ihrer parlamentarischen Initiative spielte die AfD das vermeintliche Interesse der Gesamtheit der Studierenden gegen das Interesse einzelner betroffener Personen aus. Ferner versuchte sie, die Perspektive behinderter und religiöser Menschen zu instrumentalisieren. Ähnlich argumentierte auch die nordrhein-westfälische Landtagsfraktion der AfD in Bezug auf die Umbenennung einzelner ehemaliger Studentenwerke in die gendergerechte Form. Zudem wurden weitere Gegenargumente beispielsweise grammatikalischer Art und Strategien wie die Möglichkeit einer »sanften Rückbenennung« mit Hilfe des Mediums der Kleinen Anfrage publiziert.

Dass parlamentarische Anfragen genutzt werden, um Wissen bei Personen zu verbreiten, welche die Ansichten der AfD teilen, zeigte sich noch deutlicher an einer Kleinen Anfrage in der Freien und Hansestadt Hamburg. Dieser Anfrage zum »Gender-Wahn an Hamburger Hochschulen« war ein Kurzessay vorangestellt,[291] was den Anfragecharakter in den Hintergrund rücken ließ. Im Falle einer Kleinen Anfrage des baden-württembergischen Landtagsabgeordneten Heiner Merz hingegen wurde die Landesregierung selbst zur Stellungnahme aufgefordert: »Von der Existenz wie vieler Geschlechter geht sie aus?«[292]

Die AfD verfolgt eine Doppelstrategie: Sie inszeniert sich als Verteidigerin der Meinungsfreiheit, gepaart mit einem Ideologievorwurf an politische Gegner/innen, und opponiert zugleich antifeministisch motiviert gegen die Freiheit von Lehre und Forschung. Dass sich dieses Vorgehen der Partei und ihrer Sympathisant(inn)en gegen die Gender Studies nicht nur auf der strukturellen, sondern auch auf der persönlichen Ebene niederschlägt, unterstreichen besonders drastisch Morddrohungen gegen die genannte Professorin Elisabeth Tuider.

Auch beim Themenkomplex »häusliche Gewalt und Anlaufstellen für Betroffene« unternahm die AfD den Versuch einer Instrumentalisierung der Debatte, indem sie in ihren Anfragen gezielt die Themen »Gewalt« und »Migration« miteinander verband.[293] Gewaltförmiger Sexismus innerhalb der Mehrheitsgesellschaft und der Institution Ehe blieb aber meist im Dunkeln. Während männliche Personen mit Migrationserfahrungen oder muslimischen Glaubens als Täter hingestellt wurden, galten weiße Männer als selbst von Gewalt betroffen und tendenziell unverdächtig. Exemplarisch sichtbar wird dies am Entwurf eines »Thüringer Gesetzes zur Förderung von Gewaltschutzräumen und zur Prävention gegen häusliche Gewalt« der dortigen AfD-Landtagsfraktion. Dieses sollte das *Thüringer Gesetz zur Förderung der*

Chancengleichheit von Frauen und Männern und zur Förderung von Frauenhäusern ersetzen. Dass häusliche Gewalt gegen Männer nicht tabuisiert werden darf, wird in Thüringen bereits seit 2011 diskutiert und von Beratungsstellen des Vereins »Vereint gegen Gewalt« praktiziert, auch wenn das Angebot von Männern vergleichsweise selten wahrgenommen wurde (2015: 74 Männer).[294] Hinzu kam das von der rot-rot-grünen Landesregierung geförderte Pilotprojekt »A4«, welches den Beratungsbedarf erhob und in Erfahrung zu bringen suchte, welche Barrieren betroffene Männer davon abhalten, Beratungsstellen aufzusuchen.

Der Gesetzesentwurf der AfD-Fraktion sah eine finanzielle Förderung von Schutzräumen vor, und zwar unabhängig davon, ob sich das Angebot an Männer oder Frauen richte: »Gleichzeitig fällt die gesetzliche Anspruchsgrundlage für die Förderung von Frauenzentren ersatzlos weg.«[295] Die Finanzierung der Angebote weiterer Gewaltschutzräume auch für männliche Betroffene sollte durch »Einsparungen bei Frauenzentren« erfolgen.[296] Angesichts einer ohnehin schwierigen Finanzlage der Frauenhäuser im Freistaat könnte sich dies fatal auswirken, zumal die Zahl der erfassten häuslichen Gewalttaten gegen Frauen in Thüringen gestiegen ist.[297]

Bei dem AfD-Gesetzesentwurf handelte es sich de facto um den Versuch, eine Kürzung der Mittel für erkämpfte Strukturen zum weiblichen Selbstschutz durch die Hintertür zu erreichen. Dies geschah unter dem Deckmantel einer »Gleichbehandlung« von Männern und Frauen. Dass es sich hierbei nicht um einen konstruktiven Vorstoß, vielmehr um ein Manöver gegen Gleichstellung, Frauenrechte und Gender Mainstreaming handelte, verdeutlichen sowohl die Begründung des Gesetzentwurfes vom 25. Oktober 2017 als auch die Landtagsreden der AfD-Abgeordneten Corinna Herold am 1. November 2017 und

13. Dezember 2017. In erster Linie attackierte sie die – mit ihren Worten – »linksradikal dominierte Frauenpolitik«. Sie warf den Vertreter(inne)n anderer Fraktionen vor, sie hätten in Bezug auf die Opfer häuslicher Gewalt einen »Tunnelblick«; alle anderen Opfer seien völlig aus dem Blick geraten, bislang sei nichts getan worden, um den Männern als Opfer häuslicher Gewalt zu helfen.[298] Herold sprach von »Ungleichbehandlung, Vernachlässigung und Diskriminierung«,[299] da es in den Frauenhäusern in Thüringen keine vergleichbaren Angebote für Männer gebe, die vor innerfamilialer Gewalt fliehen müssten. Die »Lösung« ihrer Fraktion wäre im Falle der Zustimmung des Landtages eindeutig auf Kosten der Frauenhäuser gegangen: »Die von uns geforderte Finanzierung dieser Vorhaben kann kostenneutral erfolgen, wenn die Landesregierung aufhört, gleichbehandlungswidrig Frauenzentren finanziell zu fördern. (…) Eine einseitige Förderung dieser Frauenzentren bei gleichzeitiger Vernachlässigung der Interessen und Bedürfnisse von Männern, die Opfer physischer oder struktureller Gewalt in häuslichen Beziehungen geworden sind, ist weder zeitgemäß, noch fair.«[300]

Zugleich wurde seitens der AfD-Abgeordneten völlig ignoriert, dass es in Thüringen vor allem auch für Männer oder Kinder als Opfer häuslicher Gewalt Interventionsstellen gab, die 2013/14 von 54 Männern aufgesucht worden sind. Ihre Argumentation funktionierte nach dem Muster, dass im ersten Schritt geleugnet wurde, dass es für Männer und Kinder als Opfer häuslicher Gewalt ein staatliches Hilfsangebot gab, um dann im zweiten Schritt Unterstützung für die vermeintlich ignorierten Opfergruppen zu fordern. Letztlich erfolgt dann der Vorschlag einer Umverteilung der Mittel zuungunsten von Frauenzentren und zugunsten der Einrichtung von Schutzwohnungen. Mit solchen Kunstgriffen unternimmt die AfD den Versuch, die Errungenschaften der Frauenbewegung zurückzudrängen.

Die Außen- und Europapolitik der AfD: Deutschland auf dem Weg zur »selbstbewussten Nation«?

Nach ihrer Gründung im Frühjahr 2013 trat die AfD mit einem wirtschafts- und europapolitischen Kernprogramm an, das die Hauptanliegen der Partei umfasste: Wirtschaftspolitik aus nationaler Perspektive und dementsprechend eine EU-Politik, welche die Interessen hiesiger kleiner und mittelständischer Unternehmen in den Mittelpunkt stellte. Die stärkere Betonung vermeintlich deutscher Interessen im Rahmen von EU und NATO galt als gemeinsame Linie der unterschiedlichen Richtungsgruppierungen, wenngleich die Parteirechte schon damals eine sehr viel grundsätzlichere Neuausrichtung deutscher Außenpolitik im Sinn hatte.

Ideologische Grundlagen und programmatische Leitlinien

In ihrem Grundsatzprogramm hat die AfD die Weichen klar auf eine nationalistische Außenpolitik jenseits der multinationalen Einbindung gestellt. Der Gedanke einer internationalen Ordnung und die Existenz »multinationaler Großstaaten« werden von ihr als »ideengeschichtlich alte Utopie« denunziert, die »stets großes Leid über die Menschen gebracht« habe.[301] Dem entgegengestellt wird der ethnisch möglichst homogene Nationalstaat.

Während des 20. Jahrhunderts wurden im Namen des Nationalismus und wegen der Wunschvorstellung ethnisch (damals hieß es »rassisch«) homogener Nationalstaaten zwei Weltkriege geführt. Die Zerschlagung eines »multinationalen« Staates aufgrund der Rückkehr zum Nationalismus war es, die Jugoslawien während

der 1990er-Jahre in den Bürgerkrieg gestürzt hat. Trotzdem hält die AfD die Rückkehr zur nationalen Politik in Europa allen Ernstes für zukunftsweisend. Wohin diese Zukunft führen soll, macht sie in ihrem Grundsatzprogramm klar, wenn es um die Militarisierung der Außenpolitik und die Durchsetzung der ökonomisch stärksten Macht in Europa gegen alle anderen geht.

Gegen den Gedanken der europäischen Integration steht die AfD für »ein Europa der Vaterländer« und die Rückabwicklung der EU zu einer Freihandelszone. Während man auf die ökonomischen Vorteile des Binnenmarktes für die Exportnation Deutschland nicht verzichten will, soll Europa politisch wieder in das Gegeneinander der Nationalstaaten zerfallen, welches sich gegenwärtig bereits abzeichnet. Die Verletzung neoliberaler Dogmen im Rahmen der Euro-Rettungspolitik wird von der AfD kritisiert, während die tatsächlichen Ursachen der handelspolitischen und sozialen Divergenzen für sie keine Rolle spielen. Den Euro-Raum will die Partei auf jeden Fall verlassen; notfalls soll darüber in einer Volksabstimmung entschieden werden.

»*Fremd*schulden«, »*Fremd*bestimmung« und »fremde« Kulturen in der EU bilden den Hintergrund dieser EU-Kritik, nicht die besonders von Bernd Lucke und Hans-Olaf Henkel während der AfD-Gründungsphase unablässig kritisierten ökonomischen Ungleichgewichte. Aus diesem Grund soll die deutsche Außenpolitik generell stärker national geprägt werden und weniger auf internationale Zusammenarbeit setzen. Letztere wird von der AfD als »orientierungslose Anpassungspolitik« denunziert, wodurch »zunehmend andere Staaten und Institutionen die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik beeinflussen und steuern«.[302] Daher sei Deutschland auf den Schutz anderer angewiesen und könne »eigene Interessen nicht angemessen vertreten«.[303] Demgegenüber will die AfD die »nationalen Interessen« in den Mittelpunkt rücken, womit eine massive Aufrüstung und eine Militarisierung der Außenpolitik

verbunden sind. Programmatisch steht die AfD (noch) zur NATO, wenngleich der völkisch-nationalistische Parteiflügel die Mitgliedschaft in dem Bündnis genauso in Frage stellt wie die gesamte Westbindung Deutschlands.[304]

Umsetzungsbemühungen in Bund und Ländern

Außen- und Europapolitik spielen in den Landesparlamenten nur eine untergeordnete Rolle, weshalb dieser Themenkomplex auch von der AfD eher im Bundestag behandelt wird. Dennoch ergreifen AfD-Fraktionen auch in den Ländern eine ganze Reihe außen- und europapolitischer Initiativen. Vor allem für die ostdeutschen Landtagsfraktionen hatte beispielsweise das Thema der Wirtschaftssanktionen gegen Russland im Gefolge des Ukraine-Konflikts große Bedeutung.[305] Auf den ersten Blick scheint sich die AfD damit als Partei einer friedlichen und auf Ausgleich bedachten Außenpolitik zu präsentieren, bei genauerer Analyse geht es jedoch um etwas ganz anderes: Nichts weniger als eine grundlegende Umorientierung deutscher Außenpolitik ist das Ziel der AfD.

An einem Antrag der Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt lässt sich diese Zielstellung verdeutlichen. Darin hieß es recht harmlos: »Wenn Frieden zwischen Deutschland und Russland herrscht, dann geht es Europa gut, wusste bereits Reichskanzler Otto von Bismarck.«[306] Was sich wie eine bloße historische Reminiszenz anhörte, beinhaltete in Wahrheit den Anspruch einer Neuausrichtung deutscher Außenpolitik, die Abkehr von der durch die Niederlage des Deutschen Reiches im Zweiten Weltkrieg bedingten Westbindung der Bundesrepublik sowie die Rückkehr zu einer eigenständigen Macht- und Interessenpolitik Deutschlands als dem vermeintlichen Mittler zwischen Ost- und Westeuropa.

Weiter hieß es in dem genannten Antrag: »Die von der EU

verhängten, vom Merkel-Regime mitgetragenen und geopolitisch wirkungslosen Sanktionen haben die sachsen-anhaltische Exportwirtschaft massiv geschädigt.«[307] Abgesehen davon, dass im Landtag von Sachsen-Anhalt der Kampfbegriff »Merkel-Regime« offenbar als parlamentarischer Sprachgebrauch akzeptiert und nicht als Diffamierung einer demokratisch legitimierten Regierung zurückgewiesen wurde – womit die von der AfD betriebene Sprach- und Diskursverschiebung einmal mehr erfolgreich war –, ist »geopolitisch« das Schlüsselwort des zitierten Satzes. Hiermit knüpfte die AfD an eine von der Neuen Rechten über Karl Haushofer und Carl Schmitt rezipierte Linie deutscher Außenpolitik an, die in geografischen Großräumen denkt. Gemeint sind damit Einflusszonen großer Mächte. In dieser Denktradition gilt Deutschland als Zentralmacht Mitteleuropas sowie als politischer und ökonomischer Hegemon, der selbst weder Teil des Westens noch des Ostens ist und ohne Einbindung in politische und/oder militärische Bündnisstrukturen als Vertreter einer »selbstbewussten Nation« deren Interessen durchsetzen soll. Daran orientierten sich die Antragsteller aus Sachsen-Anhalt. Nicht eine internationalistische, auf Ausgleich und Frieden bedachte Außenpolitik ist das Ziel, sondern die Verfolgung nationaler Machtinteressen ohne Rücksichtnahme auf mögliche Bündnispartner.

Die im Antrag der Landtagsfraktion nur angedeutete Linie der Außenpolitik führte der nordrhein-westfälische AfD-Abgeordnete Harald Weyel im Plenum des Bundestages deutlicher aus. In der Aussprache zu den Vorhaben des Auswärtigen Amtes im Rahmen der dritten CDU/CSU/SPD-Koalition unter Angela Merkel skizzierte Weyel am 21. März 2018 die außenpolitische Grundposition zumindest des völkisch-nationalistischen Flügels der AfD. So begriff Weyel die Einbindung der Bundesrepublik in internationale Strukturen eher als Hemmschuh. Die deutsche Politik befinde sich

in einer »Zwangsjacke«, sagte Weyel: »Auf dem einen Ärmel steht NATO und auf dem anderen EU.«[308] Für Weyel ist diese Einbindung eine Form der »Nichtaußenpolitik«, die aus einem »Urlaub von der Geschichte« erwachse, bei dem man jedoch »ständig verliert und draufzahlt«. Gefordert sei stattdessen »Normalisierung« mit pragmatischen Lösungen, »unabhängig davon, ob diese gewissen Leuten im Ausland oder im Inland passen oder nicht«. Die Menschen wollten keine »Flucht in den verantwortungslosen und verschleiernden Pseudomultilateralismus. Nichts anderes ist das ganze Gemurkse mit EU, NATO und UNO. Ein ubiquitärer Menschenrechtsuniversalismus wird dabei bemüht, wenn es passt.« Demgegenüber gelte es jetzt wieder, »aktiv für das eigene Volk« zu werden. Davon profitiere nämlich auch die Welt »nach fast 100 Jahren Pause von einem intakten statt kaputtgemachten Deutschland«.

So hört es sich an, wenn die Neue Rechte die außenpolitische Rolle der »selbstbewussten Nation« umreißt: keine Einbindung Deutschlands in internationale Strukturen und keine Einhegung der außenpolitischen Bewegungsfreiheit z.B. durch die Vereinten Nationen mehr. Die dezidierte Absage an den Multilateralismus beinhaltet das Bekenntnis zu einer nationalistisch grundierten Außenpolitik, wie sie von der Neuen Rechten seit dem Epochenbruch 1989/90 gefordert wird. Mit Eric Lehnert, Geschäftsführer des Instituts für Staatspolitik, beschäftigt Weyel einen Vertreter dieser Richtung in seinem Parlamentsbüro,[309] der ihm bei seiner Rede offenbar die Feder führte. Seit den frühen 1990er-Jahren gibt es Versuche der Neuen Rechten, die »Westbindung« Deutschlands zu lösen und zur Außenpolitik einer »selbstbewussten Nation« überzugehen. So lauteten auch die Titel zweier programmatischer Bücher aus der damaligen Zeit, in denen jene Linie entwickelt wurde, die ein Teil der AfD heute fortführt.[310]

Ein deutsches Europa – das Ziel der AfD

Europapolitisch betreibt die AfD das, was im Volksmund »Rosinenpickerei« genannt wird: Binnenmarkt und Schutz der EU-Außengrenzen möchte sie erhalten, politische oder gar soziale Formen der Vergemeinschaftung werden von ihr hingegen abgelehnt. Das soziale Gefälle innerhalb der EU, das die Hauptursache jener EU-Krise darstellt, an der die von Deutschland durchgesetzte Austeritätspolitik einen maßgeblichen Anteil hat, problematisiert die AfD an keiner Stelle. Alle Vorschläge, die sich auf einen möglichen sozialen Ausgleich innerhalb der EU beziehen, werden von ihr als vermeintlich einseitige Belastung deutscher Steuerzahler strikt abgelehnt. In einem Antrag unter dem Titel »Elysée als Vorbild – Für ein Europa der Zusammenarbeit souveräner Nationen« fasste die AfD-Bundestagsfraktion ihre Forderungen noch einmal zusammen: Rücknahme der Integrationsschritte spätestens seit 1992 (Maastricht), Einschränkung der Personenfreizügigkeit innerhalb der EU, keinerlei soziale Ausgleichsmaßnahme zwischen den EU-Staaten und Abwicklung des Euro – insgesamt also eine Renationalisierung deutscher Politik.[311]

Den AfD-typischen Blickwinkel auf Europa verdeutlicht die Überschrift »Für eine europapolitische Strategie im nationalen Interesse« recht gut, die ein Antrag ihrer Fraktion im Thüringer Landtag trug.[312] Inhaltlich ging es darin um die Einschränkung sozialer Ansprüche von Arbeitsmigrant(inn)en aus der EU, die Abschaffung des Euro, die effektivere Sicherung der EU-Außengrenzen und die Verlagerung von Asylverfahren in von der EU betriebene Sammellager in Nordafrika. Wieder verbarg sich hinter den konkreten Forderungen eine ideologische Linie, welche für die außenpolitische Orientierung der AfD und ihr Agieren im Parlament zentral ist: nationale Bewegungsfreiheit und

Überwindung der europäischen Einbindung. Deutlich wird diese Position in den verbalen Angriffen der AfD auf Frankreich, den wichtigsten deutschen EU-Partner. Dessen Staatspräsidenten Emmanuel Macron bekämpft die AfD, weil er für eine Ausweitung von EU-Zuständigkeiten und eine stärkere Vergemeinschaftung der europäischen Finanzpolitik plädiert.[313]

In ihrer Erwiderung auf die erste Regierungserklärung von Angela Merkel in der 19. Wahlperiode bezichtigte die AfD-Fraktionsvorsitzende Alice Weidel die Bundeskanzlerin am 18. März 2018, mit der europapolitischen Ausrichtung des Koalitionsvertrages von CDU, CSU und SPD einen »Kniefall« vor Macron vollzogen zu haben: »Hier wird Politik nicht für Deutschland gemacht, sondern eigentlich primär für Macron und Frankreich.«[314] Ähnlich äußerte sich der AfD-Bundestagsabgeordnete Armin-Paul Hampel am selben Tag mit Blick auf den Antrittsbesuch des neuen Außenministers Heiko Maaß an der Seine: »Und in Paris, lieber Herr Maas, hat Ihnen Herr Macron, wie Sie sagen, die Hand entgegengestreckt. Das haben Sie falsch gesehen. Er hat die Hand in Ihre Tasche gesteckt; denn das wollen die Franzosen: ihre Misere mit deutschen Finanzen beheben.«[315]

Am 22. März 2018 kommentierte der AfD-Bundestagsabgeordnete Albrecht Glaser in einer Rede zum Thema »Haushalt und Finanzen« die vermeintlichen Motive der von Frankreich mit betriebenen Euro-Einführung folgendermaßen: »In Wahrheit ging es nicht um die Währung, wie man damals wissen konnte und heute weiß; es ging um den Plan, auf lange Sicht Zugriff auf die wirtschaftliche Leistung des Nachbarn zu bekommen.«[316] EU und Euro werden von der AfD als politische Waffen interpretiert, die der frühere »Erbfeind« heute benutzt, um Deutschland kleinzuhalten und sich seiner Wirtschaftskraft zu bedienen. Ignoriert wird hingegen die Tatsache, dass Deutschland ökonomisch zu den Hauptprofiteuren

von EU und Euro gehört und dass es aufgrund seiner Vormachtstellung in der Union den wirtschaftlich schwächeren Partnerländern seine Bedingungen oktroyiert, etwa in Form einer rigiden Austeritätspolitik, die ihnen kaum Spielraum für notwendige Investitionen und höhere Sozialausgaben lässt.

Eigene außenpolitische Akzente hat die AfD bisher weder im Bundestag noch in den Landtagen gesetzt. Ihre europapolitischen Initiativen zielen vor allem auf die Verhinderung stärkerer finanzieller Anstrengungen Deutschlands und auf die Kritik am Eurostabilitätsmechanismus (ESM) – geradezu ein Schlüsselthema in der frühen AfD unter dem Vorsitzenden Bernd Lucke. Großzügiger ist man in finanziellen Dingen, wenn es um die Unterstützung flüchtlingsfeindlicher Regierungen wie der von Viktor Orbán und seiner Partei Fidesz geführten in Ungarn geht. So verlangte ein Antrag der AfD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus »Europäische Solidarität muss praktisch werden: Ungarn entlasten« vom Senat, auf die EU einzuwirken, damit diese Ungarns Kosten beim Schutz der EU-Außengrenzen in Höhe von 440 Millionen Euro übernehme.[317] Von finanziellen Hilfen für die südlichen EU-Mitgliedstaaten, die im 1997 etablierten Dublin-System die größte Last bei der Flüchtlingsaufnahme tragen, war von der AfD bisher dagegen genauso wenig zu hören wie von einer Unterstützung für Griechenland, dessen Bevölkerung seit Jahren am stärksten unter der EU-Austeritätspolitik leidet.

Anfragen und Anträge der AfD, die sich mit der Situation in den Herkunftsländern der Geflüchteten beschäftigen, stellen diese fast immer als relativ unproblematisch dar, um die Forderung nach mehr und schnelleren Abschiebungen besser legitimieren zu können. So begann der Antrag »Rückführung syrischer Flüchtlinge einleiten« mit den Worten: »Der Deutsche Bundestag stellt fest, dass der Krieg in Syrien fast beendet ist. Nur in etwa 10 Prozent des syrischen Staatsgebietes finden derzeit noch Kämpfe statt (…). Das

vollständige Ende des Krieges ist abzusehen, in den meisten Gebieten Syriens herrscht bereits wieder Frieden, der Wiederaufbau beginnt.«[318] Auch in einem Antrag der AfD-Fraktion unter dem Titel »Sechs-Punkte-Plan – Abkommen zur Förderung syrischer Flüchtlinge« hieß es, Kampfhandlungen und »sicherheitsrelevante Störungen« seien nur noch in einigen Landesteilen feststellbar: »Diese positive Veränderung der Lage nutzten laut Angaben der International Organization for Migration (IOM) der Vereinten Nationen (UN) allein in den ersten sieben Monaten des Jahres 2017 insgesamt über 600 000 Syrer dazu, in ihre Heimat zurückzukehren.«[319] Nicht erwähnt wurde jedoch, dass im selben Zeitraum 800 000 Menschen erneut fliehen mussten, wie aus dem von der AfD-Fraktion zitierten IOM-Bericht ebenfalls hervorging.

Der im März 2018 veranstaltete Syrien-Besuch einer Parlamentariergruppe aus dem Bundestag und dem nordrhein-westfälischen Landtag hat die eindimensionale Ausrichtung der AfD-Außenpolitik noch einmal unterstrichen. Die ihm zugrunde liegende Begeisterung für autoritäre und diktatorische Regierungen war schon immer ein Merkmal rechtsextremer bzw. -populistischer Parteien und wird auch von der AfD geteilt. Ist es beim russischen Präsidenten Wladimir Putin sein gegen »westliche Dekadenz« mit ihren Rechten für gesellschaftliche und sexuelle Minderheiten gewendeter Affekt, so mag es beim syrischen Präsidenten Baschar al-Assad die kompromisslose Härte der Alleinherrschaft sein, welche die heimliche Faszination der AfD erklärt. Auch mit einem islamischen Großmufti wie Ahmed Hassun, den die AfD-Delegation in Syrien traf, versteht man sich problemlos, solange dieser in »seinem Kulturkreis« bleibt, den man als aufgeschlossener Nationalist gern besucht. Tatsächlich ist der radikale Islam für die Ultrarechte nicht generell ein Feindbild, sondern nur dann, wenn er die Regeln völkischer Ordnungsvorstellungen durchbricht und »kulturelle Vermischung« betreibt. Ideologisch dagegen teilt man

ein Weltbild, das auf die Homogenität der Eigengruppe, die strikte Abgrenzung von allem »Fremden« und die Ablehnung jeder Veränderung des Status quo fixiert ist. Politische Liberalität, Emanzipation und Individualismus sind die gemeinsamen Feinde.[320]

5 Verbindungen der AfD zur extremen Rechten

Am Abend der Bundestagswahl 2017 tauchte auf der Internetseite der *Sezession*, dem Selbstverständigungsorgan des Instituts für Staatspolitik, ein denkwürdiger Eintrag ihres verantwortlichen Redakteurs Götz Kubitschek unter der Überschrift »AfD im Bundestag oder: Was heute passiert ist« auf. Darin konstatierte der für die AfD und besonders für ihren völkisch-nationalistischen Flügel vermutlich wichtigste Vordenker und Stratege der Neuen Rechten: »Auch für uns bricht eine andere Zeit an: erneute Resonanzraumerweiterung, berufliche Auffangnetze für manchen, der sich vorwagte und keine der 200 Genderprofessuren abgreifen konnte – dafür jetzt aber den Posten eines Beraters, eines Büroleiters, eines wissenschaftlichen Mitarbeiters angeboten bekommt. Man wird Texter, Computerspezialisten, Filmleute, Sicherheitspersonal, Experten benötigen, es wird sehr viele sehr gut bezahlte Stellen geben, und mancher wird sein Leben als Lehrstuhlhure mit prekärem Vier-Jahres-Vertrag aufgeben und in gesittete geistige Verhältnisse wechseln können.«[1] Wen das von Kubitschek gleich zu Beginn gewählte Wort »uns« umfasst, blieb zwar unklar, der Einzug der AfD in den Bundestag markierte aber ganz offensichtlich auch für den von ihm repräsentierten Teil der extremen Rechten eine historische Zäsur. Denn die AfD-Fraktionen in den Landesparlamenten und im Bundestag wurden sowohl als neue Machtbasis wie als Jobmaschine begriffen, mit deren Hilfe man nicht bloß die eigenen politischen Vorstellungen vorantreiben, sondern möglicherweise auch eine bürgerliche Existenz aufbauen kann.

Ihr sukzessiver Einzug in die Parlamente hat der AfD enorme

Möglichkeiten verschafft, sowohl in finanzieller wie in personeller Hinsicht. Allein die Bundestagsfraktion kann bei 92 Abgeordneten problemlos 150 bis 200 Mitarbeiter/innen beschäftigen. Berücksichtigt man, dass jeder Abgeordnete darüber hinaus drei bis fünf persönliche Mitarbeiter/innen einstellen kann, dann geht es allein in der AfD-Bundestagsfraktion um mehr als 500 Stellen. Nicht alle diese Arbeitsplätze sind im politisch-operativen Bereich angesiedelt, es handelt sich vielmehr auch um Stellen in der Organisation und Administration, im Veranstaltungsmanagement und im IT-Bereich. Gleichwohl ist ein Großteil der zu vergebenden Stellen inhaltlich mit der Entwicklung von Strategie und Taktik der Fraktion befasst bzw. an der parlamentarischen Arbeit ihrer Angehörigen beteiligt, sodass die Mitarbeiter/innen partiell Einfluss auf die Ausgestaltung der Bundespolitik haben. Agitation und Propaganda der AfD, die in den voranstehenden Kapiteln untersucht wurden, bestimmen sie maßgeblich mit.

Die zahlreichen Wahlerfolge der AfD führten zum größten Arbeitsbeschaffungsprogramm für Deutschlands extreme Rechte seit dem Zweiten Weltkrieg. Vor allem über die Parlamentsfraktionen in Bund und Ländern erhielten Menschen, die sich wegen ihrer antidemokratischen und verfassungsfeindlichen Überzeugungen zuvor kaum Hoffnungen auf eine berufliche Karriere machen konnten, die Möglichkeit, ihre politischen Vorstellungen in praktische Politik umzusetzen – und das auch noch mit einer guten Bezahlung als Voraussetzung für ein hohes Maß an Professionalisierung. Gleichzeitig avancierte die AfD zu einer Auffangstation, ja zu einer Machtbastion für Mitglieder ultrarechter Organisationen, die von der neonazistischen bis zur sog. Neuen Rechten reichen. Dies ist nicht ohne Folgen geblieben, wie Kai Biermann auf *ZEIT Online* treffend bemerkt: »Die AfD hat einen neuen Tonfall in den Bundestag eingeführt, und er geht deutlich über das hinaus, was bislang die Norm im demokratischen Diskurs

war. Das ist kein Zufall. Viele Angestellte der neuen Abgeordneten haben sehr gute Verbindungen zu extrem rechten Gruppen und Organisationen.«[2]

Ähnlich sieht es in den Landtagsfraktionen aus, wo die AfD ebenfalls zum wichtigsten Jobvermittler und bedeutendsten Arbeitgeber für einen Großteil der extremen Rechten avanciert ist.[3] Die Zusammensetzung der Gruppe ihrer Mitarbeiter/innen, deren politische Herkunft, Kontakte und politischen Vorerfahrungen sind für die Fraktionen ein intellektuelles und ideologisches Kapital, mit dem diese wuchern. Und sie prägen deren Gesicht ebenso wie die Einflussmöglichkeiten der AfD in den Parlamenten. Selbstverständlich trifft das noch mehr auf die Mandatsträger/innen selbst zu, deren Verbindungen zu Organisationen der extremen Rechten jedoch weit mehr im Fokus der Öffentlichkeit stehen, als dies bei den Mitarbeiter(inne)n der Fall ist.

Einbindung der AfD in rechte Netzwerke

Seit ihrer Gründung muss sich die AfD der Frage nach ihrem Verhältnis zur extremen Rechten stellen. Formal hat die Partei schon früh eine ganze Reihe von Abgrenzungs- und Unvereinbarkeitsbeschlüssen zu deren wichtigsten Organisationen gefasst. In der Alltagspraxis der AfD und ihrer Parlamentsfraktionen spielen diese Beschlüsse seit ihrer forcierten Rechtsentwicklung ab 2015 jedoch kaum noch eine Rolle. So berichtet die ehemalige sächsische JA-Landesvorsitzende und AfD-Aussteigerin Franziska Schreiber über das Verhältnis zu PEGIDA: »Auf dem Papier hatte (und hat) die AfD die längste Unvereinbarkeitsliste aller Parteien. Aber niemand hielt sich daran. Und der Kampf gegen diesen Unvereinbarkeitsbeschluss hatte schließlich Erfolg.«[4]

Auf dieser zuletzt im November 2017 erneuerten Liste von

Unvereinbarkeiten mit einer AfD-Mitgliedschaft wird zwar die Identitäre Bewegung genannt, deren spezifisches Merkmal darin besteht, dass sie faschistisches Gedankengut mit spektakulären, teilweise von linken Gruppierungen entlehnten Aktionsformen durchzusetzen sucht.[5] Die von der AfD-Bundesgeschäftsstelle veröffentlichte Liste erlaubt jedoch Ausnahmen.[6] In der Realität finden sich denn auch zahlreiche und vielfältige personelle Überschneidungen zwischen AfD und Identitärer Bewegung. »Der Höcke-Flügel und die IB arbeiten inzwischen offen zusammen.«[7]

Selbst neonazistische Kader der im März 2009 verbotenen Heimattreuen Deutschen Jugend (HDJ) beschäftigt die Bundestagsfraktion als Mitarbeiter.[8] Zentral für die Vernetzung der AfD im rechten Milieu sind jedoch nicht die traditionellen Organisationen der extremen Rechten, sondern die im Zuge des Aufstiegs von PEGIDA und AfD entstandenen rechten Netzwerke rund um das Magazin *Compact*, die Internetplattform »Ein Prozent«, das IfS, die *Junge Freiheit* und andere Zusammenschlüsse der Neuen Rechten. Burschenschaften und studentische Korporationen generell spielen für die AfD gleichfalls eine wichtige Rolle. Abgeordnete und Mitarbeiter/innen der AfD bewegen sich in diesem ideologischen Umfeld und gestalten vor diesem Hintergrund die parlamentarische Arbeit der Fraktionen. Recherchen der taz, der Zeitschrift *Der rechte Rand* und des »Antifaschistischen Pressearchivs und Bildungszentrums« (apabiz) haben – bezogen auf die Bundestagsfraktion – ergeben, dass »23 von 92 Abgeordneten-Büros Verbindungen zu extrem rechten Parteien, Thinktanks, Medien, Burschenschaften oder anderen Organisationen« haben.[9] Außerdem fanden sich zu dem Zeitpunkt, als die Recherche-Ergebnisse ausgewertet wurden, mindestens 27 Mitarbeiter/innen, die extrem rechten Gruppierungen angehörten, in solchen Zeitungen publizierten bzw. redaktionell sogar verantwortlich waren oder dem extrem rechten burschenschaftlichen Spektrum entstammten.[10]

Von ausschlaggebender Bedeutung ist dabei nicht die Zahl der Kontakte zur extremen Rechten, sondern ihre Qualität. Demnach stellt sich die Frage, in welchem Maße sich die Inhalte der extremen Rechten – vermittelt über die betreffenden Abgeordneten und/oder Mitarbeiter/innen – in der AfD-Politik bzw. in der Parlamentsarbeit ihrer Bundestagsfraktion widerspiegeln. Dass es dabei immer wieder zu Grenzüberschreitungen und Tabubrüchen in Form offen rassistischer Äußerungen und der NS-Verherrlichung/ Verharmlosung kommt, ist teils Strategie, teils dem Umfeld geschuldet, in dem sich die AfD-Politiker/innen und ihre Mitarbeiter/innen bewegen.

Ein ganzes System von Einzelfällen

Im November 2017 wurde bekannt, dass sich unter den ca. 30 000 Mitgliedern der geschlossenen Facebook-Gruppe »Die Patrioten« 48 Mandatsträger/innen der AfD befanden, davon 15 aus der Bundestagsfraktion und 33 aus den Landtagen. Neben zahlreichen rassistischen, frauenverachtenden und gewaltverherrlichenden Posts versandte ein Mitglied der Gruppe eine Fotomontage von Anne Frank auf einer mit der Aufschrift »Die Ofenfrische, locker und knusprig zugleich« versehenen Pizzaschachtel.[11] Diese obszöne Form des Antisemitismus in Verbindung mit AfD-Abgeordneten schreckte auch die Partei sogleich auf. Man beteuerte, die Parlamentarier seien meistenteils ohne ihr Wissen als Mitglied der Facebook-Gruppe geführt worden. Diese Behauptung stand jedoch in Widerspruch zu den Rechercheergebnissen: So berichtete der Berliner *Tagesspiegel*, dass sich mindestens 14 Abgeordnete an den gruppeninternen Diskussionen beteiligt hatten. Dass mit Jens Maier, Enrico Komning, Jürgen Pohl und Volker Münz bekannte Rechtsausleger der

Bundestagsfraktion zu den aktiven Gruppenmitgliedern gehörten, verwundert nicht. Der Aufruf des AfD-Bundesvorstandes, die Gruppe »Die Patrioten« zu verlassen, stieß aber nicht bei allen Mandatsträger(inne)n der Partei auf positive Resonanz. Christina Baum, baden-württembergische AfD-Landtagsabgeordnete, trat der Gruppe sogar erst nach dem Vorstandsappell bei, nannte das Schreiben der Bundesgeschäftsstelle »völlig inakzeptabel« und forderte die Mitglieder der rassistischen Facebook-Gruppe auf: »Bleibt standhaft und seid mutig.«[12]

Es ist bestimmt kein Zufall, dass gerade diese Abgeordnete mit M. G. einen Mitarbeiter im Landtag beschäftigt, der durch seine Verbindungen zur extremen Rechten und seine Gewaltphantasien in Baden-Württemberg für einigen Wirbel sorgte. Die Stuttgarter Wochenzeitung KONTEXT, ein Onlinemagazin, das in gedruckter Version der taz-Wochenendausgabe beiliegt, veröffentlichte im Mai 2018 Chatprotokolle des AfD-Mitarbeiters, die über den Zeitraum von vier Jahren hinweg einen tiefen Einblick in die Gedankenwelt moderner Faschisten bieten.[13] G. ist Mitglied der Marburger Burschenschaft Germania und gab sich in seinen Mails als überzeugter Rassist und Antisemit zu erkennen. Zunächst trat er der NPD bei, bevor er sich ab 2014 in Richtung AfD orientierte, deren Aufstieg gerade begann. Mit Philip Stein, dem Chef des Netzwerkes »Ein Prozent«, und Torben Braga, Pressesprecher des Thüringer AfD-Landesverbandes, tauschte sich G. über Politik allgemein, aber auch über eigene berufliche Möglichkeiten in der Partei aus.

Menschenverachtende und offen rassistische Äußerungen finden sich in den Beiträgen von G. zuhauf. Da hieß es beispielsweise: »Nigger, Sandneger. Ich hasse sie alle.« Auch seine Hetze gegenüber Muslim(inn)en zeugt davon, dass er einen biologistischen Rassismus und menschenfeindliche Hetze verbreitet: »Dass sie generell eher zu untermenschlichem Verhalten neigen, liegt schon an der Rasse.« Angesichts der Aufnahme zahlreicher Geflüchteter im Sommer 2015

schrieb er: »Ich bin so voller Hass. Die Belästigungen werden auch immer mehr. Ich würde niemanden verurteilen, der ein bewohntes Asylantenheim anzündet.« Auf Philip Steins mit einem Smiley versehene Mail »Wir landen bestimmt alle im Knast« antwortete G.: »Solange wir bei der Verhaftung knietief im Blut stehen ist das o.k.« Auf dem Höhepunkt dieser Gewaltfantasien bekannte G.: »Ich wünsche mir so sehr einen Bürgerkrieg und Millionen Tote. Frauen, Kinder. Mir egal. Hautsache es geht los. Insbesondere würde ich laut lachen, wenn sowas auf der Gegendemo passieren würde. Tote, Verkrüppelte. Es wäre so schön. Ich will auf Leichen pissen und auf Gräbern tanzen. SIEG HEIL!«

Bereits 2014 schrieb ihm sein Kumpel Stein mit Blick auf den Einzug der AfD in diverse Landesparlamente: »Jetzt haben wir die Chance, da Leute zu platzieren«, worauf G. antwortete: »Parlamentarischer Berater ist im Prinzip für mich ideal.« Stein schloss: »Eben. – Götz sagt, du sollst ihm Bewerbung schicken.« Ohne Zweifel war hier von Götz Kubitschek die Rede, dessen Einfluss auf personalpolitische Fragen in den AfD-Fraktionen offenbar bedeutend ist. Christina Baum, jene AfD-Landtagsabgeordnete, die G. eingestellt hat, kann auf Nachfragen nicht verstehen, »wen überhaupt die jugendliche Vergangenheit meines Mitarbeiters interessieren könnte.«[14]

Der sicherlich extreme Fall M. G. zeigt, dass die formale Abgrenzung der AfD zur extremen Rechten häufig inhaltsleer ist. Zudem entstammt G. – bis auf seine Mitgliedschaft in der NPD – genau dem Teil der extremen Rechten, der offen gute Kontakte zur AfD unterhält. Diese intellektuelle Neue Rechte weist deutliche Verbindungen zur faschistischen Ideologie auf, die jedoch zumeist hinter einer rechtsintellektuellen Attitüde versteckt sind.

Laut Internetrecherchen von taz, *Der rechte Rand* und apabiz haben die Mitarbeiter/innen von zehn AfD-Abgeordnetenbüros im Bundestag Kontakte zur Identitären Bewegung, die seit 2016 vom

Bundesamt und den Landesämtern für Verfassungsschutz beobachtet wird.[15] Kein Wunder also, dass es immer wieder Versuche innerhalb der AfD gibt, die ohnehin nur verbale Abgrenzung zur IB weiter aufzuweichen. So will Ralph Weber, Parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, die Gesamtpartei für die IB öffnen.[16]

Im Dezember 2017 berichtete die FAZ, dass sich Maximilian T., mutmaßlicher Helfer des rechtsextremen Bundeswehr-Oberleutnants Franco A., der als syrischer Flüchtling getarnt Terroranschläge geplant haben soll, als Mitarbeiter der AfD-Bundestagfraktion bewerbe.[17] Nachdem sich die Bundestagsverwaltung geweigert hatte, für T. einen Hausausweis auszustellen, weil sie ihn als möglichen Gefährder einstufte, wurde T. als persönlicher Mitarbeiter des AfD-Abgeordneten Jan Nolte eingestellt. Dieser sieht die Ermittlungen gegen T. als unproblematisch und ist von dessen Unschuld überzeugt. Dass der Militärische Abschirmdienst (MAD) auch schon früher gegen T. wegen flüchtlingsfeindlicher Aktivitäten ermittelte, scheint Nolte nicht zu stören.[18]

Die Heimattreue Deutsche Jugend wurde 2009 vom damaligen Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble u.a. wegen des Vorwurfs verboten, dass sie eine nationalsozialistische Elite heranbilden wolle. Für die AfD scheinen frühere Kontakte zur oder gar eine Mitgliedschaft in der HDJ jedoch kein Einstellungshindernis zu sein. Der spätere Nachfolger Alexander Gaulands als AfD-Fraktionsvorsitzender im Brandenburger Landtag, Andreas Kalbitz, hatte 2007 am sog. Pfingstlager der HDJ teilgenommen, behauptete jedoch gegenüber der Presse, er sei dort nur als Gast gewesen, »mutmaßlich, um mir das mal anzuschauen«.[19] Dass diese Organisation vom Verfassungsschutz als »extremistisch« eingestuft wurde, sei ihm nicht bekannt gewesen. Auch für den Partei- und Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, Alexander Gauland, ist die

HDJ-Mitgliedschaft kein Grund, an einem Mitarbeiter zu zweifeln. Gauland soll nach Recherchen des *Tagesspiegels* zunächst in Brandenburg und dann auch im Bundestag mit Felix W. einen ehemaligen Kader der HDJ beschäftigt haben.[20]

Einflussnahme auf die Politik der AfD

Vom *Compact*-Magazin über die *Deutsche Militärzeitschrift*, das NPD-Blatt *Deutsche Stimme*, die *Junge Freiheit* bis zur neurechten *Sezession* – die Liste der Kontakte von AfD-Mitarbeiter(inne)n im Bundestag nach Rechtsaußen ist lang, wie nicht nur die taz-Recherche, sondern auch eine entsprechende Auflistung von *ZEIT Online* zeigt.[21] Von einer glaubwürdigen Abgrenzung gegenüber der extremen Rechten und Neonazis kann bei den AfD-Fraktionen keine Rede sein.

Für die Bewertung dieser Verflechtung mit der extremen Rechten ist vor allem der inhaltliche Einfluss dieser Akteure entscheidend. Die starke Einbindung des Instituts für Staatspolitik und seines Mitbegründers Götz Kubitschek spricht dafür, dass von hier der dominante inhaltliche Einfluss kommt. Insbesondere die engen Kontakte zu Björn Höcke und zur Parteiströmung der völkisch-nationalistischen Rechten, dem »Flügel«, lassen den Einfluss des IfS auf die Politikgestaltung der AfD deutlich werden. Mit Eric Lehnert ist der Geschäftsführer des Instituts – wie erwähnt – beim Bundestagsabgeordneten Harald Weyel untergekommen und prägt seitdem die außenpolitische Linie der AfD-Bundestagsfraktion mit.[22]

In Reden, Anfragen und Anträgen gibt die AfD sprachlich und inhaltlich wieder, was man in der neurechten Presse lesen kann, aus der ein Teil der Mitarbeiter/innen stammt. Die aggressiven Feindbildkonstruktionen gegen »die Etablierten«, »Gutmenschen«

und Linken aller Couleur lassen vermuten, dass hier langjährige Feindbilder in parlamentarische Formen gegossen werden. Der erwähnte M. G. war es übrigens, der für die AfD-Landtagsfraktion den Antrag zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses »Linksextremismus und Linksterrorismus in Baden-Württemberg« verfasste. Was hinter der bürgerlich-konservativen Fassade zum Vorschein kommt, lässt erahnen, wohin die Reise der AfD mit diesem Personal gehen könnte.

6 AfD und Social Media

Um die Medienstrategien und -nutzung vor allem digitaler und sog. Sozialer Medien durch die AfD und ihre Parlamentsfraktionen analysieren zu können, muss man sich bewusst machen, dass die Partei in Netzwerke unterschiedlicher Akteure eingebunden ist. Es werden europaweit Bündnisse mit anderen rechtspopulistischen Parteien gesucht, was sich etwa im Rahmen der Fraktionsbildung im Europäischen Parlament, bei Kongressen (z.B. der Tagung »Europa der Nationen und der Freiheit« am 21. Januar 2017 in Koblenz) oder bei gemeinsamen Demonstrationen und Besuchen manifestiert. Im deutschsprachigen Kontext gibt es zudem mannigfaltige Bezüge zwischen Mitgliedern, Abgeordneten und innerparteilichen Zusammenschlüssen, etwa dem »Flügel« oder der »Patriotischen Plattform«, zu bewegungsförmigen Organisationen wie PEGIDA oder der Identitären Bewegung sowie zu Burschenschaften und studentischen Verbindungen. Auch ist die sog. Neue Rechte vielfältig mit der AfD vernetzt, vor allem das Umfeld des Instituts für Staatspolitik auf dem von Götz Kubitschek und Ellen Kositza erworbenen Rittergut Schnellroda sowie des ebenfalls dort angesiedelten Antaios Verlages.

Obwohl die Neue Rechte und ihr Umfeld versuchen, sich als neue »konservativ-intellektuelle« Denkströmung zu inszenieren, leisten sie einen Beitrag zur Wiederbelebung der nationalrevolutionären und faschistischen Ideologie der Zwischenkriegszeit im 20. Jahrhundert. Dies bezeugen die Auftritte einzelner AfD-Politiker/innen bei IfS-Veranstaltungen und Interviews mit Götz Kubitschek, der Björn Höcke und André Poggenburg zu seinen Freunden zählt. Diese neurechten Netzwerke, deren parteipolitische Repräsentation die AfD inzwischen darstellt, werden publizistisch durch eine Vielzahl von Zeitschriften, Monografien, Sammelbänden,

Blogs usw. flankiert.[1] Sie verhelfen der AfD im Rahmen des von ihr selbst ausgerufenen »Kampfes um kulturelle Hegemonie« zu medialer Aufmerksamkeit. Auf dem Feld der Sozialen Medien geschieht dies in vergleichbarer Weise mittels Twitter-Accounts, YouTube-Kanälen sowie Facebook-Seiten und Facebook-Gruppen.

Während sich eine Studie der Otto Brenner Stiftung mit dem Verhältnis der AfD zu Medien im Allgemeinen auseinandersetzt und daraus Gegenstrategien ableitet,[2] ist die Studie zur »Parlamentarischen Praxis der AfD in deutschen Landesparlamenten« des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung auch explizit auf die Sozialen Medien fokussiert und attestiert ihnen eine besondere Relevanz bei der Mobilisierung und Selbstinszenierung dieser Partei. Dabei ersetzten laut Wolfgang Schroeder und seinen Ko-Autoren Online-Netzwerke die im Vergleich zu anderen Parteien noch unterentwickelte oder sich erst im Aufbau befindliche Parteiinfrastruktur zur Herausbildung eines Wählerstamms.[3]

Die erschlossenen virtuellen Räume eignen sich zudem äußerst gut zur Imagination und Weiterverbreitung der eigenen Inhalte, weil dort nicht bloß viele Personen erreicht werden, sondern auch mit weniger Gegenrede als in parlamentarischen Zusammenhängen oder auf der Straße in Form von Kundgebungen und Informationsständen zu rechnen ist. Zählt man alle offiziellen Kanäle der verschiedenen Social-Media-Plattformen zusammen, so hat die AfD im bundesweiten Vergleich aller Parteien nach den Bündnisgrünen die zweitmeisten Follower.[4] Zudem möchte die AfD im Bundestag einen Newsroom eröffnen, der durch Content-Produktion in Echtzeit eine weitere Verstetigung der Medienstrategie von Partei und Fraktion sichern soll.[5]

Konstitution und virtuelle Raumnahme der AfD: Filterblase,

Echokammer und Bots

Zur Charakterisierung der Struktur dieser virtuellen Räume sind in der themenbezogenen Diskussion vor allem zwei Ansätze von großer Relevanz. Da ist zunächst die von Eli Pariser konzipierte »filter bubble«, welche die Konstruktion einer Blase aus personalisierten, von Algorithmen erstellten Suchergebnissen, Newsfeeds, Werbung usw. beschreibt, die sich an der bereits vorhandenen persönlichen Meinung orientieren.[6] Wie wirkmächtig diese technische Verzerrung der schnellen Verfügbarkeit alternativer Perspektiven in Bezug auf die eigene Position im jeweiligen Diskurs und auf das eigene »Weltbild« ist, bleibt jedoch umstritten, wenngleich einzelne der genannten Effekte einer Filterblase unterschiedlich stark auftreten mögen. Die breite Diskussion um Yuval Noah Hararis Buch »Homo Deus«, Facebooks Ankündigungen zur Änderung des Algorithmus und der spontane Erfolg des Sozialen Netzwerks »Vero« können als Reaktionen auf die Debatten um (gefühlte) Filterblasen interpretiert werden.

Der zweite Ansatz rankt sich um den Begriff »Echokammer«. Diese kommunikationswissenschaftliche Metapher beschreibt die Tendenz, sich in Sozialen Medien wegen der auf sozialen Kontakten basierten Struktur vor allem mit Gleichgesinnten zu vernetzen und auszutauschen, dieselben Seiten zu besuchen und denselben Personen zu folgen. So erfährt die eigene politische Meinung – ähnlich wie am Stammtisch, in der Szenekneipe oder im real existierenden Kreis von Freund(inn)en – sehr viel Zustimmung, aber wenig Widerspruch, Kritik oder Irritation.[7]

Katharina Brunner und Sabrina Ebitsch kamen in einer Studie zu dem Schluss, dass sich die Facebook-Community der AfD in einer Echokammer befindet, die weitestgehend abgeschottet kommuniziert und zu großen Teilen spezifischen Seiten folgt, die von Anhänger(inne)n anderer Parteien ignoriert werden, wie

»Lügenpresse« oder dem neurechten Medium »Epoch Times«. Es ergeben sich lediglich Schnittmengen mit den Followern der CSU, die gewissermaßen eine diskursive Brücke zwischen der AfD und der restlichen digitalen Parteienlandschaft herstellt.[8] Auch die Amadeu Antonio Stiftung nutzt in ihrer Studie »Toxische Narrative«, die sich mit neurechter Hate Speech befasst, den Begriff der Echokammer.[9]

Die Analysen von *netzpolitik.org* bezüglich des Twitter-Verhaltens der AfD-Sympathisant(inn)en zeichnen ein ähnliches Bild. Auch twittern AfD-Politiker/innen wenig mit Personen aus anderen politischen Lagern.[10] Hinzu kommt, dass es auf Twitter ein intransparentes enges Netz von Accounts gibt, welche die Partei unterstützen. Darin arbeiten personelle, offizielle und inoffizielle Unterstützer/innen eng zusammen, was nicht bloß für mehr Reichweite sorgt, sondern auch eine Offenheit für radikalere Inhalte erzeugt, weil die nicht offiziell mit der Partei assoziierten Accounts wenig um ihre Reputation fürchten müssen.[11] Die beispielhafte Analyse des followerstärksten unterstützenden Accounts »Balleryna« liefert nicht bloß Hinweise darauf, wie sich ein scheinbar riesiges meinungsbildendes »Grundrauschen« auf Twitter erzeugen lässt, sondern auch, dass der AfD zur Erzeugung von Öffentlichkeit fragwürdigste Mittel recht sind. Dazu zählt auch die inoffizielle Koordination von Fake-Accounts.[12]

Alice Weidel, spätere Spitzenkandidatin der AfD und Vorsitzende ihrer Bundestagsfraktion, hat eingestanden, dass ihre Partei für Wahlkampfzwecke gern Social Bots einsetzen würde.[13] Bisher ist der politische Einfluss von Bots, verglichen etwa mit dem Wahlkampf Donald Trumps vor der US-Präsidentschaftswahl 2016, in Deutschland noch gering.[14] Dass automatisierte Bot-Netzwerke von Personen aus dem Umfeld der AfD jedoch teilweise durchaus erfolgreich für politische Stimmungsmache auf Twitter genutzt werden, zeigt beispielsweise eine Studie von »Fearless Democracy«,

einem jungen Verein von Personen aus der Kommunikations- und Digitalbranche, die »gegen Populisten und Extremisten« im Netz vorgehen wollen.[15] In breiter medialer Öffentlichkeit wurden die von rechten Trolls organisierten Hate-Speech-Angriffe auf einzelne Social-Media-Seiten, unlängst etwa den Kölner AStA,[16] durch die Gegenkampagne »Reconquista Internet« des Moderators Jan Böhmermann (Neo Magazine Royal, ZDFneo) thematisiert.[17] Inwiefern diese Aktionen innerparteilich kommuniziert und koordiniert werden, ist ungeklärt.

Die Social-Media-Aktivitäten der AfD sollten weder unter- noch überschätzt werden. Zwar schafft es die Partei mit Hilfe eigener Unterstützernetzwerke, die Follower- und Wählermilieus zu sammeln und zu festigen. Dies findet jedoch weitestgehend abgetrennt vom Mainstream statt. Eine flächendeckende Manipulation etwa durch die Verbreitung von Fake News ist der Partei nicht möglich. Dass die AfD mit Hilfe ihrer inhaltlichen Rezeption durch etablierte Medien oder Politiker/innen anderer Parteien in Kombination mit parlamentarischer und bewegungsorientierter Arbeit dennoch Diskursverschiebungen erzielen und Agenda-Setting betreiben kann, steht jedoch fest. Dabei sind die Sozialen Medien oft die erste Plattform, um Reichweite zu generieren. Erst darauf folgt eine weitere Rezeptionswelle, etwa in den etablierten Medien.

Kommunikationsstrategien der AfD

Wie genau kommuniziert die AfD ihre parlamentarische Arbeit via Social Media? Dafür sollen beispielhaft Posts auf ihre strategische Praxis, inhaltliche Verarbeitung, Bildsprache und – soweit möglich – Resonanz untersucht werden. Dabei liegt das Hauptaugenmerk auf der Bundestagsfraktion, berücksichtigt wurden aber auch die

Aktivitäten ausgewählter Landtagsfraktionen.

Zunächst fällt auf, dass sich die AfD auf Facebook einer deutlich größeren Anhängerschaft gewiss sein kann als auf Twitter. Sie war dort (am 17. Juli 2018) mit 409 461 Likes mit einem großen Abstand (auf Platz zwei die LINKE mit 252 627) im Parteienvergleich führend. Auf Twitter jedoch belegte sie gemessen an Followern nur den sechsten Platz. Bei keiner anderen im Bundestag vertretenen Partei war die Differenz zwischen beiden Netzwerken so groß. Neben dem Nutzerverhalten könnte ein weiterer Erklärungsansatz dafür eine Vielzahl geschlossener Facebook-Gruppen sein, die der AfD nahestehen. Dies zeigt nicht nur die Arbeit Shahak Shapiras und der PARTEI, sondern auch eine »Motherboard«-Recherche.[18]

In Bezug auf die Arbeit der Bundestagsfraktion sind die geposteten Inhalte auf Facebook und Twitter deckungsgleich. Dabei handelt es sich vor allem um Bilder mit inhaltlichen Forderungen oder um (verkürzte) Zusammenfassungen aktueller Debatten im Bundestag, um Videomitschnitte parlamentarischer Reden sowie um Ankündigungen von Fernsehauftritten und außerparlamentarischen Gruppenaktivitäten. Der Anteil geteilter Beiträge von Parteifunktionär(inn)en und Unterstützer(inne)n ist gemäß der gängigen Praxis auf Twitter deutlich höher. Zudem versucht die AfD, bei Twitter eine höhere Vernetzung mit dem fraktionseigenen YouTube-Kanal zu erzielen. In Bezug auf die Arbeit der Landtagsfraktionen differenzieren sich die Social-Media-Strategien. So stehen bei einigen Fraktionen aufwendiger produzierte Videoformate stärker im Vordergrund, etwa die »Blaupause« der Thüringer Fraktion oder die »Blaue Wochenschau« der Fraktion im sächsischen Landtag. Das »Corporate Design« der Beiträge ist dennoch gemäß dem Parteilogo und der Parteifarben größtenteils stark vereinheitlicht, was sich ebenfalls im gemeinsamen Medium »AfD kompakt« (https://afdkompakt.de/) niederschlägt.

Neben dem abgestimmten Design der Bildmaterialproduktion sind auch Aufbau und Bildsprache weitestgehend einheitlich, Letztere erinnert an die Plakatkampagne zur Bundestagswahl 2017. Im Vordergrund steht fettgedruckt eine verkürzte Wiedergabe parlamentarischer Debatten, eine Forderung, eine Parole oder ein Zitat. Dies wird zumeist durch eine weitere Zeile, die den Anlass wiedergibt, beispielsweise eine Anfrage im Parlament oder einen Gesetzesentwurf, kontextualisiert und von Partei- und Fraktionslogos gerahmt.

Abb. 1

Abb. 31

Abb. 5

Abb. 2

Abb. 4

Abb. 6

Die Bildhintergründe variieren je nach Thema. Es lassen sich jedoch zwei zentrale Schemata herausarbeiten. Das erste Kernschema bildet Parteifunktionäre – versehen mit Namen, Funktion und Titel – vom Kopf bis zum Brustbereich ab, den Blick frontal in Richtung der betrachtenden Person gerichtet. Somit findet nicht bloß eine Personalisierung der Forderungen und Zitate statt, sondern der/die Betrachtende wird auch direkt angesprochen und scheinbar einbezogen (vgl. Abbildung 1). Dieser Effekt wird verstärkt, wenn die Abgebildeten nicht bloß hinter ihrem Zitat

stehen, sondern sich nahezu auf derselben Bildebene daneben befinden, wobei in diesen Fällen der thematisch angepasste Hintergrund an Relevanz verliert bzw. dezenter ausfällt (vgl. Abbildung 2).

Das zweite Kernschema setzt auf inhaltliche Eskalation. Die hintergründige Bildebene lässt hierbei viel Raum für Interpretationen, Assoziationen und Phantasien der Betrachtenden. Häufig werden Feindbilder potenzieller Follower (re)produziert. Topoi sind etwa vollverschleierte Frauen und als »linksextrem« gebrandmarkte zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure (vgl. die Abbildungen 3 und 4). Klar identifizierbare Fotomontagen und die Rezeption popkultureller Fragmente sowie historische Rückbezüge finden ebenfalls Verwendung, teils in skurrilen Ausmaßen wie bei der Gleichsetzung von Klimazielen und dem Realsozialismus (vgl. Abbildung 5). Das wiederholte Posten nur leicht veränderter Inhalte kann als Versuch einer Zementierung von Stereotypen gedeutet werden – mit dem Ziel des »Einbrennens auf der Netzhaut« dieses als vermeintliches Schockbild fungierenden Bildmaterials.[19]

Diffamierung von AfD-Gegner(inne)n ist ein taktisches Kernelement der politischen wie der parlamentarischen Praxis dieser Partei und wird ebenfalls über die Social-Media-Kanäle betrieben. Laut der erwähnten Studie »Toxische Narrative« erzielten diejenigen Inhalte, welche an die Erzählung eines »Volksverrats« durch Politiker/innen im Zuge einer inneren Bedrohung Deutschlands anknüpfen, die höchste Reichweite.[20] Eines der Hauptobjekte von Diffamierungsversuchen der AfD war Bundeskanzlerin Angela Merkel, die vor allem wegen ihrer Flüchtlings- und Asylpolitik kritisiert und beispielsweise als Schlepperin dargestellt wurde (vgl. Abbildung 6).

Außer von den Accounts der Partei, ihrer Landesverbände und Fraktionen geht von den offiziellen Accounts der Parteimitglieder,

insbesondere der Funktionäre und Funktionärinnen, ein erhebliches Mobilisierungspotenzial aus. Die Administrator(inn)en, seien es die Politiker/innen selbst oder ihre Mitarbeiter/innen, müssen sich hier weniger an Vorgaben in Bezug auf Design und Inhalt halten. Sie sind, wenn auch als öffentliche Persönlichkeiten im sozial-medialen Raum aktiv, scheinbar lediglich der eigenen Sache verpflichtet und vordergründig von der AfD getrennt, was einen größeren Spielraum für Grenzüberschreitungen und spätere Revidierungen erschließt und die Möglichkeit einer Distanzierung seitens der Partei als Institution offenhält. Dies ist in virtuellen Räumen eher möglich als im Rahmen einer realen Begegnung. Der Unterschied zum parlamentarischen Betrieb, wo sich ähnliche Effekte bei Reden ergeben können, besteht darin, dass durch die klare Markierung und Kategorisierung in parteieigene, private, offizielle und andere Accounts in den Sozialen Medien scheinbar Transparenz entsteht, in welcher Rolle und aus welcher Position gerade gesprochen bzw. getweetet wird. Bei Plenarreden hingegen wird die Gleichzeitigkeit, Überschneidung und Untrennbarkeit der Rollen als Privatperson und als Politiker/in der Partei »Alternative für Deutschland« durch das personelle Auftreten und Sprechen manifest sichtbar.

Ein Musterbeispiel dafür war ein Tweet der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Beatrix von Storch zu Silvester 2017. Darin kritisierte sie, an den Diskurs um die sog. Kölner Silvesternacht 2015 anknüpfend, die Kölner Polizei für eine arabische Version ihrer via Twitter versandten Silvestergrüße. Zugleich zeichnete von Storch ein dezidiert rassistisches und menschenverachtendes Bild aller muslimischen Männer, denen sie unter anderem pauschal Gruppenvergewaltigungen vorwarf. Es folgten nahezu hundert Anzeigen wegen Volksverhetzung, die Sperrung des Twitter-Kontos der Politikerin für mehrere Stunden und eine massive Rezeption des Tweets in den Medien.[21] Zudem wurde der Vorfall seitens der AfD, jedoch auch z.B. von dem Satiremagazin »Titanic« genutzt, um das

Netzwerkdurchsetzungsgesetz auf die Agenda zu setzen, welches Unternehmen wie Facebook verpflichtet, Hate Speech zu löschen.

Beatrix von Storch verteidigte sich anschließend unter Berufung auf die Meinungsfreiheit, was von der Staatsanwaltschaft Berlin später akzeptiert wurde.[22] Sie erhielt Unterstützung von Parteikolleg(inn)en und konnte sich zugleich als Opfer des *Netzwerkdurchsetzungsgesetzes* und als Kämpferin gegen dieses Gesetz inszenieren: »Nun also auch @Alice_Weidel zensiert. Glückwünsche @Heiko Maas ! An Tag 1 des #NetzDG der Fraktionsvorsitzenden und der Stellvertreterin der #AfDimBundestag den Garaus gemacht. Frohes Neues Jahr!«[23] Eine derartig perfide Grenzüberschreitung, die voraussichtlich zur Sperrung des Accounts führen würde, als bewusste öffentlichkeitswirksame Aktionsform wäre über einen offiziellen Partei-Account nicht ohne Weiteres möglich gewesen, weil dadurch vermutlich ausgelöste interne Streitigkeiten die in den Medien erzielte Aufmerksamkeit reputationsschädigend konterkariert hätten. Mittels persönlicher Profile gelang jedoch die Erweiterung des Sagbaren, etwa die Verbreitung gewaltaffirmativer Andeutungen und Insinuationen.[24]

Die AfD produziert also mit Hilfe ihrer parlamentarischen Arbeit, vor allem durch Kleine und Große Anfragen, Wissen, welches sie in populistischer Manier oft in überspitzter Art und Weise über ihre Social-Media-Kanäle verbreitet. Dabei versucht die Partei nicht bloß, eine möglichst hohe Reichweite zu erzielen, sondern auch ihren Follower- und Wählerstamm zu festigen. Sie knüpft bewusst an rechtsextreme Narrative, Topoi und Netzwerke an, während zugleich der Anschein einer seriösen Partei gewahrt bleiben soll. Um diese Doppelstrategie, welche die Neue Rechte bereits seit Jahrzehnten verfolgt,[25] mit Erfolg anwenden zu können, kommt den einzelnen AfD-Politiker(inne)n, Mitgliedern der Partei sowie ihrem intransparenten Umfeld in den Sozialen Medien eine wachsende Bedeutung zu.

7 Fazit und Ausblick

Da die Parlamentsfraktionen der AfD in Bund und Ländern aufgrund ihrer finanziellen und personellen Möglichkeiten, der öffentlichen Aufmerksamkeit und der medienwirksamen Präsenz zentrale politische Akteure der Partei sind, standen sie im Zentrum unserer Analyse. Wir sind auf die Kategorien der »Parlaments-« und der »Bewegungsorientierung« eingegangen, mit denen die unterschiedlichen Grundausrichtungen der einzelnen Fraktionen klassifiziert werden können. Inhaltlich hat unsere Analyse der parlamentarischen Aktivitäten deutlich gemacht, dass es der AfD letztlich um einen prinzipiellen Bruch mit zentralen Werten des *Grundgesetzes* geht. Wie sie ihre Programminhalte perspektivisch umsetzen will, ist innerhalb der AfD allerdings nach wie vor umstritten und ein Grund für die relative Heterogenität ihrer Parlamentsfraktionen, deren Mitglieder sich zwischen konservativer Realpolitik und neurechten Umsturzphantasien bewegen.

Dies sagt jedoch noch nichts Grundsätzliches über die Stellung der AfD zur parlamentarischen Demokratie aus. Seit die AfD in das EU-Parlament, in Kommunal- und Landesparlamente sowie in den Bundestag eingezogen ist, wo sie hauptsächlich durch Provokationen, Verbalradikalität und minderheitenfeindliche Inhalte auffällt, hat sich Deutschland spürbar verändert. Sein parlamentarisches, Regierungs- und Parteiensystem, jahrzehntelang ein wahrer Hort der Stabilität, scheint dadurch ebenso Schaden genommen zu haben wie die politische Kultur und das soziale Klima. Wenn die demokratische Gegenöffentlichkeit versagt, leben wir am Ende der Entwicklung vielleicht in einer anderen Republik.[1]

Denn die AfD erfüllt – wie gezeigt – auch in den Parlamenten alle Kriterien für eine rechtspopulistische Partei. Angefangen beim Sozialpopulismus über den Kriminal- und den Nationalpopulismus

bis hin zum Radikalpopulismus sind alle Voraussetzungen dafür gegeben:

1. Anfragen, Anträge und Reden der meisten AfD-Abgeordneten lassen das Bemühen erkennen, sich gegenüber der Öffentlichkeit als Befürworter, ja als Schutzherren des Sozialstaates zu profilieren, um finanzschwache Wählerschichten zu erschließen. Allerdings mangelt es diesen Versuchen an Glaubwürdigkeit, da sein »Um-« bzw. Abbau durch neoliberale Reformen und »Sparmaßnahmen« unterschiedlicher Bundesregierungen nicht kritisiert, vielmehr im Gegenteil kein Hehl aus der Absicht gemacht wird, dass die soziale Demontage im Falle einer Regierungsbeteiligung der AfD verschärft fortgesetzt würde.
2. Kriminalität wird nicht als gesellschaftliches, sondern als individuelles und »Ausländerproblem« dargestellt, das mittels härterer Strafen, besserer Grenzsicherung und einer konsequenteren Ausweisungspraxis zu lösen sei.
3. Das als homogene Einheit verstandene »deutsche Volk«, nicht der einzelne Mensch steht im Mittelpunkt des politischen Interesses von AfD-Abgeordneten, und fast alle Themenfelder bringen sie im Parlament mit der nationalen Frage und der »Flüchtlingskrise« als dominantem Querschnittsthema ihrer Partei in Verbindung.
4. Mit den »Systemparteien«, die man im Grunde verachtet, verhöhnt und lächerlich zu machen sucht, wird auch das demokratische Repräsentativsystem der Bundesrepublik Deutschland bekämpft, wobei basisdemokratische Entscheidungsmechanismen wie Bürgerbegehren und Volksabstimmungen nur ein Mittel zu ebendiesem Zweck sind. Es geht dabei keineswegs um mehr Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte für die Mehrheit der Bevölkerung,

sondern in erster Linie um das Schüren rassistischer Ressentiments und einen größeren Einfluss der AfD auf die Gesellschaftsentwicklung.

Ohne an irgendeiner Regierung beteiligt zu sein, beeinflusst die AfD schon heute den Gesetzgebungsprozess. Besonders deutlich spürbar ist das in der Asyl-, Flüchtlings- und Migrationspolitik sowie im Bereich der Inneren Sicherheit. Falls sich die Kluft zwischen Arm und Reich weiter vertieft, eine schwere Wirtschaftskrise das Vertrauen in die bestehenden Institutionen zerstört und ein Klima der Angst und der Verunsicherung entsteht, in dem die AfD einflussreichen Kreisen als Hoffnungsträger erscheint und als Machtfaktor erstarkt, ist die Demokratie sogar akut bedroht. Wie sich etwa in Ungarn und Polen beobachten lässt, missbrauchen Parteien der extremen Rechten die staatlichen Instrumentarien zur Einschränkung der Demokratie, sobald sie an der Regierung sind. Das von dem ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán geprägte Motto einer »illiberalen Demokratie« scheint auch für die AfD zu einem Leitbild zu werden.

Selbst innerhalb der engeren Parteiführung ist die Frage, wie und in welchen Zeiträumen man Politik qua Regierungsbeteiligung oder als Fundamentalopposition konkret gestalten will, umstritten. Während die Vorsitzende der Bundestagsfraktion, Alice Weidel, nach der Bundestagswahl 2017 davon sprach, die Partei müsse bis zum nächsten regulären Wahltermin im Herbst 2021 regierungsfähig sein,[2] machte ihr Ko-Vorsitzender Alexander Gauland im Interview mit dem *Tagesspiegel* eine Regierungsbeteiligung von der Stärke der eigenen Partei abhängig: »Mir geht es darum, dass eine Koalition nur in Frage kommt, wenn man auf Augenhöhe verhandelt. Und da sind wir mit unseren knapp 13 Prozent bei der Bundestagswahl nicht.«[3] Was bei Gauland »Augenhöhe« heißt, begreift der völkische Flügel seiner Partei als

Position der Stärke, aus der heraus die eigene Position ohne Kompromissbereitschaft umgesetzt und die Republik grundlegend im völkisch-nationalistischen Sinne verändert werden soll. In seiner berüchtigten Dresdner-Rede hat Björn Höcke am 17. Januar 2017 seinen Plan vom Weg der AfD als einer »fundamentaloppositionellen Bewegungspartei« beschrieben. Diesen gelte es so lange durchzuhalten, »bis wir in diesem Land 51 Prozent erreicht haben (…) oder aber als Seniorpartner – als Seniorpartner! – in einer Koalition mit einer Altpartei sind.« Es dürfe um nichts weniger als einen »vollständigen Sieg« gehen, denn »dieses Land braucht einen vollständigen Sieg der AfD«.[4]

Die Arbeit der Parlamentsfraktionen wird Hinweise darauf geben, welche Orientierung sich wo durchsetzt, ohne dass sich die Partei als ganze einen solchen Kurs zu eigen machen muss. Die immer weitere Rechtsverschiebung der AfD seit 2015 hat dazu geführt, dass gegen den völkischen Flügel gegenwärtig keine Mehrheiten zu organisieren sind. Insofern werden die Parlamentsfraktionen weiterhin unter scharfer Beobachtung der Basis stehen und immer wieder über Provokationen und Tabubrüche ihre Stellung »innerhalb des Systems« rechtfertigen. Während sich die Abgeordneten der etablierten Parteien nicht zuletzt durch Sachkenntnis und Fachkompetenz auszeichnen müssen, sind bei der AfD ganz andere Qualitäten gefragt. Die AfD-Aussteigerin Franziska Schreiber schildert sehr anschaulich, wie der herrschende Konformitätsdruck die Mitglieder ihrer früheren Partei – auch und gerade Mandatsträger/innen als besonders ambitionierte Personen – nötigt, eine moderate Haltung aufzugeben und immer radikalere Positionen zu beziehen: »Die Basis schätzt die derbe Rede, weil sie als Beweis gilt, dass sich der Funktionär nicht hat ›verbiegen‹ lassen und ›der Sache treu geblieben‹ ist. Das sorgt dafür, dass fast immer der Kandidat gewählt wird, der am meisten polarisiert. Wer sich gemäßigt ausdrückt, macht sich verdächtig.«[5] Hieraus resultiert ein

doppelbödiges Agieren der AfD-Parlamentsfraktionen, das ein wichtiges Forschungsfeld bleibt: die realpolitische Professionalisierung nach innen und die verbale Fundamentalopposition nach außen.

Eben deshalb ist es sinnvoll, den Umgang der anderen Fraktionen mit der AfD im Parlament und auch die zivilgesellschaftlichen Reaktionen auf die von der Partei angestrebte Rechtsverschiebung genauer in den Blick zu nehmen.[6] Durch moralische Empörung ist den an etlichen Beispielen dargestellten Provokationen von AfD-Abgeordneten jedenfalls nicht beizukommen. Vielmehr legen es diese ja gerade darauf an, von demokratischen »Gutmenschen« abgekanzelt und sozial ausgegrenzt zu werden, damit sie als Opfer einer öffentlichen Diffamierungskampagne in eine von Dritten positiv konnotierte Märtyrerrolle schlüpfen können. Es muss umgekehrt darum gehen, den Rechtspopulismus im Parlament argumentativ zu stellen, also seine logischen Widersprüche und inneren Brüche aufzudecken.

Ein geeignetes Feld dafür bildet die Sozialpolitik.[7] Hier klaffen der Anspruch, unterprivilegierte Bevölkerungsschichten zu vertreten, und die Wirklichkeit der AfD-Parlamentspraxis, Politik für die besonders Privilegierten zu machen, meilenweit auseinander. Ein vertrauliches Strategiepapier, das der AfD-Bundesvorstand für das Wahljahr 2017 beschlossen hatte, räumte die eklatante Schwäche auf diesem Gebiet unverblümt ein: »Bei für die AfD bislang für Wahlerfolge nicht erforderlichen Themen (das gilt insbesondere für die Wirtschafts- und Sozialpolitik) muss sehr sorgfältig darauf geachtet werden, dass sich die Anhängerschaft der AfD nicht auseinanderdividiert. Während Teile des liberal-konservativen Bürgertums auf der einen und Arbeiter und Arbeitslose auf der anderen Seite bei Themen wie Euro/Europa, Sicherheit, Migration/Islam, Demokratie, nationale Identität oder Genderismus durchaus ähnliche Positionen vertreten, kann es

Differenzen bei Fragen wie Steuergerechtigkeit, Rentenhöhe, Krankenkassenbeiträge, Mietbremsen oder Arbeitslosenversicherung geben.«[8] Um dem hier prägnant beschriebenen Kerndilemma der AfD zu entgehen, empfahl die Parteispitze, »Querverbindungen zwischen den Kernthemen und den möglicherweise spalterisch wirkenden Themen« herzustellen. Weiter hieß es, vom politischen Gegner als »neoliberal« auszuschlachtende Positionen müssten »gut argumentiert und unter Marketinggesichtspunkten aufbereitet werden«.[9] Als ein Beispiel nannte das Papier die AfD-Forderung nach Abschaffung der Erbschaftsteuer, weil sie für sich genommen Sozialneid schüre und dem politischen Gegner Schützenhilfe leiste. Aus diesem Grund müssten die Wahlkämpfer/innen der AfD immer sagen, warum ihre Partei die Erbschaftsteuer abschaffen wolle: Sie bringe kaum Geld, zerstöre aber Arbeitsplätze in Deutschland.[10]

Damit wurde die politisch-strategische Dilemmasituation der AfD – so wie es die Führungen der etablierten Parteien in vergleichbarer Lage normalerweise auch tun – auf ein bloßes Kommunikationsproblem reduziert, jedoch keineswegs gelöst. Nichts scheut die AfD, deren Führung sich als »Partei der kleinen Leute« zu inszenieren sucht, mehr als den öffentlichkeitswirksamen Nachweis, dass es sich bei ihr in Wahrheit um eine Partei des großen Geldes handelt. Dies würde den elektoralen Spagat zwischen einerseits jenen Anhänger(inne)n der Mittelschicht, die sich dem Rechtspopulismus aus Angst vor dem sozialen Abstieg zuwenden, sowie andererseits den im Bestreben, die SPD in naher Zukunft als »größte Arbeiterpartei« des Landes abzulösen, umworbenen Geringverdiener(inne)n, Erwerbslosen und Transferleistungsbezieher(inne)n für immer unmöglich machen und die Wahlchancen der AfD erheblich schmälern. Die völkische Rechte versucht diesen Widerspruch durch eine weitere Ethnisierung des Sozialen zu lösen und den Zugang zu sozialen Transferleistungen an die Herkunft der Betroffenen zu knüpfen. Im

bürgerlich-konservativen Teil der Partei stößt diese »ethno-soziale« Offensive jedoch nach wie vor auf Misstrauen. Diese Differenz muss von den AfD-Gegner(inne)n viel stärker gegen die Partei genutzt werden, als das bisher der Fall ist.

Noch besteht die AfD aus zwei auf Dauer schwerlich miteinander zu vereinbarenden Richtungen des Rechtspopulismus: Der sozial-protektionistische und wohlfahrtschauvinistische Flügel (in Ostdeutschland eindeutig dominant) drängt auf ein Rentenkonzept, das die Altersarmut zumindest einhegt, während die neo(national)liberale Strömung (stärker in Westdeutschland verankert) mehr Markt, Eigenverantwortung und Privatinitiative statt Absicherung durch einen fürsorglichen Staat fordert. Fortsetzung der neoliberalen Austeritätspolitik oder ein Politikwechsel zu (etwas) mehr sozialem Ausgleich – um diese Streitfrage geht es. Wie sich die Gesamtpartei in dem zukunftsentscheidenden Richtungsstreit positioniert, dürfte auch für die Arbeit der AfD-Parlamentsfraktionen von großer Bedeutung sein. Wie der Kampf beider Linien ausgeht, weiß zwar niemand genau.[11] Die schrittweise Rechtsentwicklung der AfD und die unübersehbare Radikalisierung ihrer Mitgliedschaft sprechen aber womöglich eher für den »Thüringer Weg« eines »solidarischen Patriotismus« des völkisch-nationalistischen Parteiflügels.

Die gesellschaftliche Ausgrenzung, Stigmatisierung und Isolierung der AfD stoßen trotz dieser innerparteilichen Gegensätze wegen der zunehmenden Etablierung dieser Partei – auch und gerade in den Parlamenten – bei ihrer heterogen strukturierten Wählerklientel an Grenzen. Nur ein konsequenter Kampf gegen die äußerste Rechte, der zivilgesellschaftliche Aktivitäten und außerparlamentarische Initiativen einschließt, kann die Normalisierung der parlamentarischen AfD-Repräsentanz verhindern.

Ein gewisser Vorteil liegt darin, dass der Durchbruch und Aufstieg einer rechtspopulistischen Partei in der Bundesrepublik im

Vergleich zu den meisten europäischen Nachbarländern ziemlich spät kommt. Das bietet zumindest die Möglichkeit, die Reaktionen in anderen Ländern sowie die Stärken und Schwächen im Umgang mit der populistischen Rechten zu berücksichtigen. Ob und was es hier für den deutschen Fall zu lernen gibt, müssen weitere Studien erweisen.

Literaturauswahl

Einführungs- und Grundlagenliteratur zum Rechtsextremismus

Ahlheim, Klaus/Kopke, Christoph (Hg.): Handlexikon Rechter Radikalismus, Ulm 2017

Botsch, Gideon: Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis heute, Darmstadt 2012

Butterwegge, Christoph: Rechtsextremismus, Freiburg im Breisgau/Basel/Wien 2002

Butterwegge, Christoph: Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt. Erklärungsmodelle in der Diskussion, Darmstadt 1996

Butterwegge, Christoph (u.a.): Rechtsextremisten in Parlamenten. Forschungsstand – Fallstudien – Gegenstrategien, Opladen 1997

Falter, Jürgen W. (u.a., Hg.): Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, Opladen 1996 (PVS-Sonderheft 27)

Funke, Hajo: Paranoia und Politik. Rechtsextremismus in der Berliner Republik, Berlin 2002

Gießelmann, Bente (u.a., Hg.): Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe, Schwalbach im Taunus 2015

Grumke, Thomas/Wagner, Bernd (Hg.): Handbuch Rechtsradikalismus. Personen – Organisationen – Netzwerke vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft, Opladen 2002

Hufer, Klaus-Peter: Neue Rechte, altes Denken. Ideologie, Kernbegriffe und Vordenker, Weinheim/Basel 2018

Klärner, Andreas: Zwischen Militanz und Bürgerlichkeit. Selbstverständnis und Praxis der extremen Rechten, Hamburg 2008

Klärner, Andreas/Kohlstruck, Michael (Hg.): Moderner Rechtsextremismus in Deutschland, Hamburg 2006

Pfahl-Traughber, Armin: Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, 4. Aufl. München 2006

Salzborn, Samuel: Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze, 3. Aufl. Baden-Baden 2018

Schubarth, Wilfried/Stöss, Richard (Hg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, Opladen 2001

Stöss, Richard: Rechtsextremismus im Wandel, 3. Aufl. Berlin 2010 (Friedrich-Ebert-Stiftung)

Virchow, Fabian/Langebach, Martin/Häusler, Alexander (Hg.): Handbuch Rechtsextremismus, Wiesbaden 2017

Populismusforschung und Rechtspopulismus

Allmendinger, Björn/Fährmann, Joachim/Tietze, Klaudia (Hg.): Von Biedermännern und Brandstiftern. Rechtspopulismus in Betrieb und Gesellschaft, Hamburg 2017

Bachmeier, Andreas: Wirtschaftspopulismus. Die Instrumentalisierung von Arbeitslosigkeit in Wahlkämpfen, Wiesbaden 2006

Bax, Daniel: Die Volksverführer. Warum Rechtspopulismus so erfolgreich ist, Frankfurt am Main 2018

Becher, Phillip: Rechtspopulismus, Köln 2013

Becker, Karina/Dörre, Klaus/Reif-Spirek, Peter (Hg.): Arbeiterbewegung von rechts?. Ungleichheit – Verteilungskämpfe – populistische Revolte, Frankfurt am MainNew York 2018

Beyme, Klaus von: Rechtspopulismus. Ein Element der Neodemokratie?, Wiesbaden 2018

Bischoff, Joachim (u.a.): Moderner Rechtspopulismus. Ursachen, Wirkungen, Gegenstrategien, Hamburg 2004

Butterwegge, Christoph/Hentges, Gudrun/Lösch, Bettina (Hg.): Auf dem Weg in eine andere Republik? – Neoliberalismus, Standortnationalismus und Rechtspopulismus, Weinheim/Basel 2018

Candeias, Mario (Hg.): Rechtspopulismus, radikale Rechte, Faschisierung. Bestimmungsversuche, Erklärungsmuster und Gegenstrategien, Berlin 2018 (Rosa-Luxemburg-Stiftung)

Cippitelli, Claudia/Schwanebeck, Axel (Hg.): Die neuen Verführer? – Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in den Medien. Dokumentation der 22. Tutzinger Medientage 2003, München 2004

Decker, Frank: Der neue Rechtspopulismus, 2. Aufl. Opladen 2004

Decker, Frank: Wenn die Populisten kommen. Beiträge zum Zustand der Demokratie und des Parteiensystems, Wiesbaden 2013

Decker, Frank (Hg.): Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?, Wiesbaden 2006

Grünberg, Kurt/Leuschner, Wolfgang/Initiative 9. November (Hg.): Populismus – Paranoia – Pogrom. Affekterbschaften des Nationalsozialismus, Frankfurt am Main 2017

Hartleb, Florian: Die Stunde der Populisten. Wie sich unsere Politik trumpetisiert und was wir dagegen tun können, Schwalbach im Taunus 2017

Heitmeyer, Wilhelm: Autoritäre Versuchungen. Bedrohungen der offenen Gesellschaft und liberalen Demokratie, Berlin 2018

Hentges, Gudrun/Nottbohm, Kristina/Platzer, Hans-Wolfgang (Hg.): Europäische Identität in der Krise? – Europäische Identitätsforschung und Rechtspopulismusforschung im Dialog, Wiesbaden 2017

Hillje, Johannes: Propaganda 4.0. Wie rechte Populisten Politik machen, Bonn 2017

Holtmann, Everhard/Krappidel, Adrienne/Rehse, Sebastian: Die Droge Populismus. Zur Kritik des politischen Vorurteils, Wiesbaden 2006

Ludwig, Jan: Populismus, Hamburg 2018

Lühr, Thomas: Prekarisierung und »Rechtspopulismus«. Lohnarbeit und Klassensubjektivität in der Krise, Köln 2011

Müller, Jan-Werner: Was ist Populismus? – Ein Essay, Berlin 2016

Ötsch, Walter/*Horaczek, Nina*: Populismus für Anfänger. Anleitung zur Volksverführung, Frankfurt am Main 2017

Pörksen, Bernhard: Die Konstruktion von Feindbildern. Zum Sprachgebrauch in neonazistischen Medien, Mit einem Geleitwort von Johano Strasser, 2. Aufl. Wiesbaden 2005

Priester, Karin: Populismus. Historische und aktuelle Erscheinungsformen, Frankfurt am Main/New York 2007

Priester, Karin: Rechter und linker Populismus. Annäherung an ein Chamäleon, Frankfurt am Main/New York 2012

Sauer, Dieter (u.a.): Rechtspopulismus und Gewerkschaften. Eine arbeitsweltliche Spurensuche, Hamburg 2018

Schönfelder, Sven: Rechtspopulismus. Teil Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Schwalbach im Taunus 2008

Zick, Andreas/Berg, Lynn (Hg.): Populär – extrem – normal. Zur Debatte über Rechtspopulismus, Bonn 2018

Nationalkonservative (Krisen-)Diskurse und die Sarrazin-Debatte: Geburtshelfer der AfD

Ahlheim, Klaus: Sarrazin und der Extremismus der Mitte. Empirische Analysen und pädagogische Reflexionen, Hannover 2011

Bahners, Patrick: Die Panikmacher. Die deutsche Angst vor dem Islam, München 2011

Bednarz, Liane/Giesa, Christoph: Gefährliche Bürger. Die neue Rechte greift nach der Mitte, München 2015

Bellers, Jürgen (Hg.): Zur Sache Sarrazin. Wissenschaft – Medien – Materialien, Berlin 2010

Butterwegge, Christoph (u.a.): Themen der Rechten – Themen der Mitte. Zuwanderung, demografischer Wandel und Nationalbewusstsein, Opladen 2002

Deutschlandstiftung Integration (Hg.): Sarrazin. Eine deutsche Debatte, München/ Zürich 2010

Friedrich, Sebastian (Hg.): Rassismus in der Leistungsgesellschaft. Analysen und kritische Perspektiven zu den rassistischen Normalisierungsprozessen der »Sarrazindebatte«, Münster 2011

Friedrich, Sebastian/Schreiner, Patrick (Hg.), Nation – Ausgrenzung – Krise. Kritische

Perspektiven auf Europa, Münster 2013
Heither, Dietrich/Wiegel, Gerd (Hg.): Die Stolzdeutschen. Von Mordspatrioten, Herrenreitern und ihrer Leitkultur, Köln 2001
Kämper, Gabriele: Die männliche Nation. Politische Rhetorik der neuen intellektuellen Rechten, Köln/Weimar/Wien 2005
Klärner, Andreas: Aufstand der Ressentiments. Einwanderungsdiskurs, völkischer Nationalismus und die Kampagne der CDU/CSU gegen die doppelte Staatsbürgerschaft, Köln 2000
Krell, Gert: Schafft Deutschland sich ab? – Ein Essay über Demografie, Intelligenz, Armut und Einwanderung, Schwalbach im Taunus 2013
Melzer, Ralf/Molthagen, Dietmar (Hg.): Wut, Verachtung, Abwertung. Rechtspopulismus in Deutschland, Bonn 2015
Müller, Henrik: Wirtschaftsfaktor Patriotismus. Vaterlandsliebe in Zeiten der Globalisierung, Frankfurt am Main 2006
Nowak, Jürgen: Leitkultur und Parallelgesellschaft. Argumente wider einen deutschen Mythos, Frankfurt am Main 2006
Öner, Özgür: Nation, Nationalismus und Globalisierung. Eine Bilanz theoretischer Erklärungsansätze, Köln 2002
Reinfeldt, Sebastian: »Wir für euch«. Die Wirksamkeit des Rechtspopulismus in Zeiten der Krise, Münster 2013
Salzborn, Samuel: Angriff der Antidemokraten. Die völkische Rebellion der Neuen Rechten, Weinheim/Basel 2017
Schwarz, Patrick (Hg.): Die Sarrazin-Debatte. Eine Provokation – und die Antworten, Hamburg 2010
Stanicic, Sascha: Anti-Sarrazin. Argumente gegen Rassismus, Islamfeindlichkeit und Sozialdarwinismus, Köln 2011
Wagner, Thomas: Die Angstmacher. 1968 und die Neuen Rechten, Berlin 2017
Wagner, Thomas/Zander, Michael: Sarrazin, die SPD und die Neue Rechte. Untersuchung eines Syndroms, Berlin 2011
Weiß, Volker: Deutschlands Neue Rechte. Angriff der Eliten – Von Spengler bis Sarrazin, Paderborn 2011
Weiß, Volker: Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes, Stuttgart 2017
Wiegel, Gerd/Klotz, Johannes (Hg.): Geistige Brandstiftung? Die Walser-Bubis-Debatte, Köln 1999
Wodak, Ruth: Politik mit der Angst. Zur Wirkung rechtspopulistischer Diskurse, Wien/Hamburg 2016

(Vorfeld-)Organisationen, Rechtsparteien und »Bürgerbewegungen«

als Wegbereiter/Begleiter der AfD

Becher, Phillip/Begass, Christian/Kraft, Josef: Der Aufstand des Abendlandes. AfD, PEGIDA & Co.: Vom Salon auf die Straße, Köln 2015

Benz, Wolfgang (Hg.): Fremdenfeinde und »Wutbürger«. Verliert die demokratische Gesellschaft ihre Mitte?, Berlin 2016

Carini, Marco/Speit, Andreas: Ronald Schill. Der Rechtssprecher, Hamburg 2002

Funke, Hajo: Von Wutbürgern und Brandstiftern. AfD – Pegida – Gewaltnetze, Berlin 2016

Geiges, Lars/Marg, Stine/Walter, Franz: Pegida. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft?, Bielefeld 2015

Goetz, Judith/Sedlacek, Joseph Maria/Winkler, Alexander (Hg.): Untergangster des Abendlandes. Ideologie und Rezeption der rechtsextremen »Identitären«, Hamburg 2017

Hartleb, Florian: Rechts- und Linkspopulismus. Eine Fallstudie anhand von Schill-Partei und PDS, Wiesbaden 2004

Häusler, Alexander (Hg.): Rechtspopulismus als »Bürgerbewegung«. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien, Wiesbaden 2008

Heim, Tino (Hg.): Pegida als Spiegel und Projektionsfläche. Wechselwirkungen und Abgrenzungen zwischen Pegida, Politik, Medien, Zivilgesellschaft und Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2017

Kellershohn, Helmut/Kastrup, Wolfgang (Hg.): Kulturkampf von rechts. AfD, Pegida und die Neue Rechte, Münster 2016

Lausberg, Michael: Die PRO-Bewegung. Geschichte, Inhalte, Strategien der »Bürgerbewegung Pro Köln« und der »Bürgerbewegung Pro NRW«, Münster 2010

Milbradt, Björn/Albrecht, Yvonne/Kiepe, Lukas (Hg.): Ruck nach rechts? – Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und die Suche nach Gegenstrategien, Opladen/Berlin/Toronto 2017

Patzelt, Werner J./Klose, Joachim: PEGIDA. Warnsignale aus Dresden, Dresden 2016

Rehberg, Karl-Siegbert/Kunz, Franziska/Schlinzig, Tino (Hg.): PEGIDA. Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und »Wende«-Enttäuschung? – Analysen im Überblick, Bielefeld 2016

Speit, Andreas: Bürgerliche Scharfmacher. Deutschlands neue rechte Mitte – von AfD bis Pegida, Zürich 2016

Politik, Programmatik und Parlamentsarbeit der AfD

Amann, Melanie: Angst für Deutschland. Die Wahrheit über die AfD: wo sie herkommt, wer sie führt, wohin sie steuert, München 2017

Bebnowski, David: Die Alternative für Deutschland. Aufstieg und gesellschaftliche Repräsentanz einer rechten populistischen Partei, Wiesbaden 2015

Bender, Justus: Was will die AfD? – Eine Partei verändert Deutschland, München 2017

Bensmann, Marcus (u.a.): Schwarzbuch AfD. Fakten – Figuren – Hintergründe, Essen/Berlin 2017

Crome, Erhard: AfD. Eine Alternative?, Berlin 2015

Dietl, Stefan: Die AfD und die soziale Frage. Zwischen Marktradikalismus und »völkischem Antikapitalismus«, 2. Aufl. Münster 2017

Friedrich, Sebastian: Der Aufstieg der AfD. Neokonservative Mobilmachung in Deutschland, Berlin 2015

Friedrich, Sebastian: Die AfD. Analysen – Hintergründe – Kontroversen, Berlin 2017

Funke, Hajo/Mudra, Christiane: Gäriger Haufen. Die AfD: Ressentiments, Regimewechsel und völkische Radikale, Hamburg 2018

Hafeneger, Benno (u.a.): AfD in Parlamenten. Themen, Strategien, Akteure, Frankfurt am Main 2018

Häusler, Alexander (Hg.): Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung, Wiesbaden 2016

Häusler, Alexander (Hg.): Völkisch-autoritärer Populismus. Der Rechtsruck in Deutschland und die AfD, Hamburg 2018

Häusler, Alexander/Roeser, Rainer: Die rechten »Mut«-Bürger. Entstehung, Entwicklung, Personal und Positionen der »Alternative für Deutschland«, Hamburg 2015

Ruhose, Fedor: Die AfD im Bundestag. Zum Umgang mit einem neuen politischen Akteur, Wiesbaden 2018

Schreiber, Franziska: Inside AfD. Der Bericht einer Aussteigerin, München 2018

Werner, Alban: Was ist, was will, wie wirkt die AfD?, Köln/Karlsruhe 2015

Wildt, Michael: Volk, Volksgemeinschaft, AfD, Hamburg 2017

Rechtsextremismus bzw. -populismus im europäischen und im globalen Rahmen

Aigner, Isolde/Paul, Jobst/Wamper, Regina (Hg.): Autoritäre Zuspitzung. Rechtsruck in Europa, Münster 2017

Bathke, Peter/Hoffstadt, Anke (Hg.): Die neuen Rechten in Europa. Zwischen Neoliberalismus und Rassismus, Köln 2013

Bathke, Peter/Spindler, Susanne (Hg.): Neoliberalismus und Rechtsextremismus in Europa. Zusammenhänge – Widersprüche – Gegenstrategien, Berlin 2006

Bischoff, Joachim/Gauthier, Elisabeth/Müller, Bernhard: Europas Rechte. Das Konzept des »modernisierten« Rechtspopulismus, Hamburg 2015

Bjurwald, Lisa: Europas Schande. Rechtsextremismus auf dem Vormarsch, Frankfurt am Main 2012

Bruns, Julian/Glösel, Kathrin/Strobl, Natascha: Die Identitären. Handbuch zur Jugendbewegung der Neuen Rechten in Europa, 3. Aufl. Münster 2017

Busch, Klaus/Bischoff, Joachim/Funke, Hajo: Rechtspopulistische Zerstörung Europas? – Wachsende politische Instabilität und die Möglichkeiten einer Kehrtwende, Hamburg 2018

Butterwegge, Christoph/Hentges, Gudrun (Hg.): Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut. Befunde aus Deutschland, Österreich und der Schweiz, Opladen/Farmington Hills 2008

Decker, Frank/Henningsen, Bernd/Jakobsen, Kjetil (Hg.): Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa. Die Herausforderungen der Zivilgesellschaft durch alte Ideologien und neue Medien, Baden-Baden 2015

Dietrich, Christian/Schüßler, Michael (Hg.): Jenseits der Epoche. Zur Aktualität faschistischer Bewegungen in Europa, Münster 2011

Eckardt, Frank: Pim Fortuyn und die Niederlande. Populismus als Reaktion auf die Globalisierung, Marburg 2003

Eismann, Wolfgang (Hg.): Rechtspopulismus. Österreichische Krankheit oder europäische Normalität?, Wien 2002

Flecker, Jörg/Kirschenhofer, Sabine: Die populistische Lücke. Umbrüche in der Arbeitswelt und Aufstieg des Rechtspopulismus am Beispiel Österreichs, Berlin 2007

Forschungsgruppe Europäische Integration (Hg.): Rechtspopulismus in der Europäischen Union, Hamburg 2012

Frölich-Steffen, Susanne/Rensmann, Lars (Hg.): Populisten an der Macht. Populistische Regierungsparteien in West- und Osteuropa, Wien 2005

Geden, Oliver: Diskursstrategien im Rechtspopulismus. Freiheitliche Partei Österreichs und Schweizerische Volkspartei zwischen Opposition und Regierungsbeteiligung, Wiesbaden 2006

Globisch, Claudia/Pufelska, Agnieszka/Weiß, Volker (Hg.): Die Dynamik der europäischen Rechten. Geschichte, Kontinuitäten und Wandel, Wiesbaden 2011

Greven, Thomas/Grumke, Thomas (Hg.): Globalisierter Rechtsextremismus? – Die extremistische Rechte in der Ära der Globalisierung, Wiesbaden 2006

Grigat, Stephan (Hg.): AfD & FPÖ. Antisemitismus, völkischer Nationalismus und Geschlechterbilder, Baden-Baden 2017

Häusler, Alexander/Killguss, Hans-Peter (Hg.): Das Geschäft mit der Angst. Rechtspopulismus, Muslimfeindlichkeit und die extreme Rechte in Europa, Köln 2012

Hillebrand, Ernst (Hg.): Rechtspopulismus in Europa. Gefahr für die Demokratie?, 2. Aufl. Bonn 2017

Jungwirth, Michael: Haider, Le Pen & Co. – Europas Rechtspopulisten, Graz/Wien/Köln 2002

Koob, Andreas/Marcks, Holger/Marsovsky, Magdalena: Mit Pfeil, Kreuz und Krone. Nationalismus und autoritäre Krisenbewältigung in Ungarn, Münster 2013

Langebach, Martin/Speit, Andreas: Europas radikale Rechte. Bewegungen und Parteien auf Straßen und in Parlamenten, Zürich 2013

Langenbacher, Nora/Schellenberg, Britta (Hg.): Ist Europa auf dem »rechten« Weg? – Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Europa, Berlin 2011 (Friedrich-Ebert-Stiftung)

Loch, Dietmar/Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Schattenseiten der Globalisierung. Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus und separatistischer Regionalismus in westlichen Demokratien, Frankfurt am Main 2001

Pfahl-Traughber, Armin: Volkes Stimme? – Rechtspopulismus in Europa, Bonn 1994

Poier, Klaus/Saywald-Wedl, Sandra/Unger, Hedwig: Die Themen der »Populisten«. Mit einer Medienanalyse von Wahlkämpfen in Österreich, Deutschland, der Schweiz, Dänemark und Polen, Baden-Baden 2017

Robertson-von Trotha, Caroline Y. (Hg.): Rechtsextremismus in Deutschland und Europa. Rechts außen – rechts »Mitte«?, Baden-Baden 2011

Scharsach, Hans-Henning: Europas Populisten. Rückwärts nach rechts, Wien 2002

Scharsach, Hans-Henning (Hg.): Haider. Österreich und die rechte Versuchung, Reinbek bei Hamburg 2000

Scharsach, Hans-Henning: Stille Machtergreifung. Hofer, Strache und die Burschenschaften, Wien 2017

Scharsach, Hans-Henning: Strache. Im braunen Sumpf, Wien 2012

Spier, Tim: Modernisierungsverlierer? – Die Wählerschaft rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa, Wiesbaden 2010

Spöhr, Holger/Kolls, Sarah (Hg.): Rechtsextremismus in Deutschland und Europa. Aktuelle Entwicklungstendenzen im Vergleich, Frankfurt am Main 2010

Theile, Charlotte: Ist die AfD zu stoppen? – Die Schweiz als Vorbild der neuen Rechten, Zürich 2017

Werz, Nikolaus (Hg.): Populismus. Populisten in Übersee und Europa, Opladen 2003

Gegenmaßnahmen – Möglichkeiten der Prävention und Intervention

Becker, Reiner/Palloks, Kerstin (Hg.): Praxishandbuch: Jugend an der roten Linie. Analysen von und Erfahrungen mit Interventionsansätzen zur Rechtsextremismusprävention, Schwalbach im Taunus 2013

Benz, Wolfgang/Pfeiffer, Thomas (Hg.): »WIR oder Scharia«? – Islamfeindliche Kampagnen im Rechtsextremismus. Analysen und Projekte zur Prävention, Schwalbach im Taunus 2011

Bröning, Michael: Lob der Nation. Warum wir den Nationalstaat nicht den Rechtspopulisten überlassen dürfen, Bonn 2018

Bundschuh, Stephan/Drücker, Ansgar/Scholle, Thilo (Hg.): Wegweiser Jugendarbeit gegen Rechtsextremismus. Motive, Praxisbeispiele und Handlungsperspektiven, Schwalbach im Taunus 2012

Butterwegge, Christoph/Lohmann, Georg (Hg.): Jugend, Rechtsextremismus und Gewalt. Analysen und Argumente, 2. Aufl. Opladen 2001

Elverich, Gabi: Demokratische Schulentwicklung – Potenziale und Grenzen einer Handlungsstrategie gegen Rechtsextremismus, Wiesbaden 2011

Gensing, Patrick: Angriff von rechts. Die Strategien der Neonazis – und was man dagegen tun kann, München 2009

Gloel, Rolf/Gützlaff, Kathrin: Gegen Rechts argumentieren lernen, Hamburg 2005

Grünke, Ralf: Geheiligte Mittel? – Der Umgang von CDU/CSU und SPD mit den Republikanern, Baden-Baden 2006

Hebel, Stephan: Sehr geehrter AfD-Wähler, wählen Sie sich nicht unglücklich! – Ein Brandbrief, Frankfurt am Main 2016

Hess, Sabine/Linder, Andreas: Antirassistische Identitäten in Bewegung, Tübingen 1997

Hufer, Klaus-Peter: Argumentationstraining gegen Stammtischparolen. Materialien und Anleitungen für Bildungsarbeit und Selbstlernen, Schwalbach im Taunus 1999

Hufer, Klaus-Peter: Argumente am Stammtisch. Erfolgreich gegen Parolen, Palaver, Populismus, Schwalbach im Taunus 2006

Kulick, Holger/Staud, Toralf (Hg.): Das Buch gegen Nazis. Rechtsextremismus – was man wissen muss und wie man sich wehren kann, 3. Aufl. Köln 2013

Leo, Per/Steinbeis, Maximilian/Zorn, Daniel-Pascal: Mit Rechten reden. Ein Leitfaden, Stuttgart 2017

Lynen von Berg, Heinz/Palloks, Kerstin/Steil, Armin: Interventionsfeld Gemeinwesen. Evaluation zivilgesellschaftlicher Strategien gegen Rechtsextremismus, Weinheim/München 2007

Molthagen, Dietmar (u.a., Hg.): Lern- und Arbeitsbuch »Gegen Rechtsextremismus«. Handeln für Demokratie, Bonn 2008 (Friedrich-Ebert-Stiftung)

Molthagen, Dietmar/Korgel, Lorenz (Hg.): Handbuch für die kommunale Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus, Berlin 2009 (Friedrich-Ebert-Stiftung)

Müller, Yves/Winkler, Benjamin: Gegen Nazis sowieso. Lokale Strategie gegen rechts, Hamburg 2012

Nawrocki, Christian/Fuhrer, Armin (Hg.): AfD – bekämpfen oder ignorieren?, Intelligente Argumente von 14 Demokraten, Bremen 2016

Nölke, Andreas: Linkspopulär. Vorwärts handeln statt rückwärts denken – gegen den Rechtsruck, Frankfurt am Main 2017

Wiegel, Gerd: Ein aufhaltsamer Aufstieg. Alternativen zu AfD & Co., Köln 2017

Zeuner, Bodo (u.a.): Gewerkschaften und Rechtsextremismus. Anregungen für die

Bildungsarbeit und die politische Selbstverständigung der deutschen Gewerkschaften, Münster 2007

Zudeick, Peter: Heimat. Volk. Vaterland. Eine Kampfansage an Rechts, Frankfurt am Main 2018

Anmerkungen

1 Rechtspopulismus in Deutschland: Erscheinungsformen, Entstehungsursachen und Entwicklungstendenzen

1 Vgl. z.B. Karl-Rudolf Korte, Populismus als Regierungsstil, in: Nikolaus Werz (Hg.), Populismus. Populisten in Überseee und Europa, Opladen 2003, S. 209 ff.

2 Hans-Jürgen Puhle, Was ist Populismus?, in: Helmut Dubiel (Hg.), Populismus und Aufklärung, Frankfurt am Main 1986, S. 13

3 Vgl. Dagmar Schaefer/Jürgen Mansel/Wilhelm Heitmeyer, Rechtspopulistisches Potential. Die »saubere Mitte« als Problem, in: Wilhelm Heitmeyer (Hg.), Deutsche Zustände. Folge 1, Frankfurt am Main 2002, S. 124

4 Vgl. auch: Sven Schönfelder, Rechtspopulismus. Teil Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Schwalbach im Taunus 2008

5 Karin Priester, Populismus. Historische und aktuelle Erscheinungsformen, Frankfurt am Main/New York 2007, S. 13

6 Siehe Jan-Werner Müller, Was ist Populismus? – Ein Essay, Berlin 2016, S. 42

7 Vgl. Dieter Boris, Populismuskritik ohne Tiefgang, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 8/2016, S. 25 ff.

8 Vgl. Dietmar Loch/Wilhelm Heitmeyer (Hg.), Schattenseiten der Globalisierung. Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus und separatistischer Regionalismus in westlichen Demokratien, Frankfurt am Main 2001

9 Vgl. hierzu und zum Folgenden: Christoph Butterwegge, Definitionen, Einfallstore und Handlungsfelder des Rechtspopulismus, in: ders./Gudrun Hentges (Hg.), Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut. Befunde aus Deutschland, Österreich und der Schweiz, Opladen/Farmington Hills 2008, S. 11 ff.

10 Siehe dazu und zum Folgenden: Frank Decker, Parteien unter Druck. Der neue Rechtspopulismus in den westlichen Demokratien, Opladen 2000, S. 213 f.

11 Siehe Karin Priester, Rechter und linker Populismus. Annäherung an ein Chamäleon, Frankfurt am Main/New York 2012, S. 23

12 Andreas Bachmeier, Wirtschaftspopulismus. Die Instrumentalisierung von Arbeitslosigkeit in Wahlkämpfen, Wiesbaden 2006, S. 14

13 David Bebnowski, »Gute« Liberale gegen »böse« Rechte? – Zum Wettbewerbspopulismus der AfD als Brücke zwischen Wirtschaftsliberalismus und Rechtspopulismus und zum Umgang mit der Partei, in: Alexander Häusler (Hg.), Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung, Wiesbaden 2016, S. 29; vgl. ergänzend: David Bebnowski/Lisa Julika Förster, Wettbewerbspopulismus. Die Alternative für Deutschland und die Rolle der Ökonomen, OBS-Arbeitspapier 14, Frankfurt am Main, Juni 2014 (Otto Brenner Stiftung)

14 Siehe Alban Werner, Was ist, was will, wie wirkt die AfD?, Köln/Karlsruhe 2015, S. 91

15 Siehe Gerd Wiegel, Ein aufhaltsamer Aufstieg. Alternativen zu AfD & Co., Köln 2017, S. 13

16 Vgl. Hans-Georg Betz, Radikaler Rechtspopulismus im Spannungsfeld zwischen neoliberalistischen Wirtschaftskonzepten und antiliberaler autoritärer Ideologie, in: Dietmar Loch/Wilhelm Heitmeyer (Hg.), Schattenseiten der Globalisierung, a.a.O., S. 168

17 Vgl. hierzu: Christoph Butterwegge, Marktradikalismus, Standortnationalismus und Wohlstandschauvinismus – die Sinnkrise des Sozialen als Nährboden der extremen Rechten, in: ders./Rudolf Hickel/Ralf Ptak, Sozialstaat und neoliberale Hegemonie. Standortnationalismus als Gefahr für die Demokratie, Berlin 1998, S. 121 ff.

18 Vgl. Christina Kaindl, Antikapitalismus und Globalisierungskritik von rechts. Erfolgskonzepte für die extreme Rechte?, in: Peter Bathke/Susanne Spindler (Hg.), Neoliberalismus und Rechtsextremismus in Europa. Zusammenhänge – Widersprüche – Gegenstrategien, Berlin 2006, S. 64

19 Vgl. Ralf Ptak, Der Neoliberalismus entlässt seine Kinder: Krise(n) und Rechtspopulismus, in: Christoph Butterwegge/Gudrun Hentges/Bettina Lösch (Hg.), Auf dem Weg in eine andere Republik? – Neoliberalismus, Standortnationalismus und Rechtspopulismus, Weinheim/Basel 2018, S. 74

20 Ebd., S. 72

21 Marcel Fratzscher, Verteilungskampf. Warum Deutschland immer ungleicher wird, München 2016, S. 47

22 Vgl. Hans-Ulrich Wehler, Die neue Umverteilung. Soziale Ungleichheit in Deutschland, München 2013; Thomas Piketty, Das Kapital im 21. Jahrhundert, Müchen 2014; Hartmut Kaelble, Mehr Reichtum, mehr Armut.

Soziale Ungleichheit in Europa vom 20. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Frankfurt am Main/New York 2017

23 Vgl. Ralf Ptak, Der Neoliberalismus entlässt seine Kinder: Krise(n) und Rechtspopulismus, a.a.O., S. 73 f.

24 Vgl. Christoph Butterwegge, Armut, 3. Aufl. Köln 2018, S. 68

25 Vgl. hierzu: ders., Hartz IV und die Folgen. Auf dem Weg in eine andere Republik?, 3. Aufl. Weinheim/Basel 2018, S. 225 ff.

26 Vgl. Pierre Bourdieu, Prekarität ist überall, in: ders., Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion, Konstanz 1998, S. 97 f.

27 Vgl. Rolf Hepp/Robert Riesinger/David Kergel (Hg.), Verunsicherte Gesellschaft. Prekarisierung auf dem Weg in das Zentrum, Wiesbaden 2016

28 Vgl. Gudrun Hentges/Gerd Wiegel, Arbeitswelt, soziale Frage und Rechtspopulismus in Deutschland, in: Christoph Butterwegge/Gudrun Hentges (Hg.), Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut, a.a.O., S. 168 ff.; Bernd Sommer, Prekarisierung und Ressentiments. Soziale Unsicherheit und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland, Wiesbaden 2010

29 Vgl. Michael Hartmann, Soziale Ungleichheit – kein Thema für die Eliten?, Frankfurt am Main/New York 2013

30 Vgl. hierzu: Christoph Butterwegge, Die soziale Spaltung und der Erfolg des Rechtsextremismus, in: ders./Gudrun Hentges/Bettina Lösch (Hg.), Auf dem Weg in eine andere Republik?, a.a.O., S. 53 f.

31 Vgl. dazu: Sebastian Friedrich, Die AfD. Analysen – Hintergründe – Kontroversen, Berlin 2017, S. 82 ff.

32 Chantal Mouffe, Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion, Frankfurt am Main 2007, S. 93

33 Vgl. Ralf Ptak, Der Neoliberalismus entlässt seine Kinder: Krise(n) und Rechtspopulismus, a.a.O., S. 73

34 Stephan Hebel, Mutter Blamage und die Brandstifter. Das Versagen der Angela Merkel – warum Deutschland eine echte Alternative braucht, Frankfurt am Main 2017, S. 68 f.; vgl. ergänzend: ders., Angela Merkel: die Geburtshelferin der AfD, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 8/2017, S. 81 ff.

35 Vgl. Christina Kaindl, Neoliberalismus und Rechtsextremismus im Wandel, in: Peter Bathke/Anke Hoffstadt (Hg.), Die neuen Rechten in Europa. Zwischen Neoliberalismus und Rassismus, Köln 2013, S. 28

36 Dies behauptet jedoch Thomas Greven, Rechtsextreme Globalisierungskritik: Anti-globaler Gegenentwurf zu Neoliberalismus und

Global Governance, in: ders./Thomas Grumke (Hg.), Globalisierter Rechtsextremismus? – Die extremistische Rechte in der Ära der Globalisierung, Wiesbaden 2006, S. 19

37 Micha Brumlik, Das Öffnen der Schleusen. Bitburg und die Rehabilitation des Nationalismus in der Bundesrepublik, in: Georg M. Hafner/Edmund Jacoby (Hg.), Die Skandale der Republik, Frankfurt am Main 1989, S. 264

38 Vgl. z.B. Heinrich Senfft, Kein Abschied von Hitler. Ein Blick hinter die Fassaden des »Historikerstreits«, Köln 1990

39 Vgl. dazu: Wolfgang Wippermann, Wessen Schuld? – Vom Historikerstreit zur Goldhagen-Kontroverse, Berlin 1997; Gerd Wiegel/Johannes Klotz (Hg.), Geistige Brandstiftung? – Die Walser-Bubis-Debatte, Köln 1999; Micha Brumlik/Hajo Funke/Lars Rensmann, Umkämpftes Vergessen. Walser-Debatte, Holocaust-Mahnmal und neuere deutsche Geschichtspolitik, Berlin 2000; Michael Klundt, Geschichtspolitik. Die Kontroversen um Goldhagen, die Wehrmachtsausstellung und das »Schwarzbuch des Kommunismus«, Köln 2000; Petra Steinberger (Hg.), Die Finkelstein-Debatte, München/Zürich 2001

40 Vgl. dazu: Andreas Dietl/Heiner Möller/Wolf-Dieter Vogel, Zum Wohle der Nation, Berlin 1998; Martin Dietzsch/Siegfried Jäger/Alfred Schobert (Hg.), Endlich ein normales Volk? – Vom rechten Verständnis der Friedenspreis-Rede Martin Walsers. Eine Dokumentation, Duisburg 1999; Margret Jäger/Siegfried Jäger, Gefährliche Erbschaften. Die schleichende Restauration rechten Denkens, Berlin 1999

41 Vgl. Heribert Prantl, Deutschland – leicht entflammbar. Ermittlungen gegen die Bonner Politik, München/Wien 1994

42 Siehe Günter Grass, Rede vom Verlust. Über den Niedergang der politischen Kultur im geeinten Deutschland, Göttingen 1992, S. 22

43 Vgl. z.B. Herbert A. Henzler/Lothar Späth, Sind die Deutschen noch zu retten? – Von der Krise in den Aufbruch, 3. Aufl. München 1993; Hans-Werner Sinn, Ist Deutschland noch zu retten?, 8. Aufl. München 2004; Gabor Steingart, Deutschland. Der Abstieg eines Superstar, 14. Aufl. München/Zürich 2004

44 Friedbert Pflüger, Deutschland driftet. Die Konserative Revolution entdeckt ihre Kinder, Düsseldorf 1994, S. 61

45 Vgl. Gudrun Hentges, Das Plädoyer für eine »deutsche Leitkultur« – Steilvorlage für die extreme Rechte, in: Christoph Butterwegge u.a., Themen der Rechten – Themen der Mitte. Zuwanderung, demografischer Wandel und Nationalbewusstsein, Opladen 2002, S. 113 f.

46 Vgl. dazu: Alexander Häusler, Die »Nationalstolz«-Debatte als Markstein einer Rechtsentwicklung der bürgerlichen Mitte, in: ebd., S. 123 ff.

47 Vgl. hierzu mit zahlreichen Beispielen und Nachweisen: Christoph Butterwegge u.a., Themen der Rechten – Themen der Mitte, a.a.O.

48 Vgl. Udo Di Fabio, Die Kultur der Freiheit, München 2005; Paul Kirchhof, Das Gesetz der Hydra. Gebt den Bürgern ihren Staat zurück!, München 2006; Meinhard Miegel, Die deformierte Gesellschaft. Wie die Deutschen ihre Wirklichkeit verdrängen, Berlin/München 2002; ders., Epochenwende. Gewinnt der Westen die Zukunft?, Berlin 2005; Paul Nolte, Generation Reform. Jenseits der blockierten Republik, München 2004; ders., Riskante Moderne. Die Deutschen und der neue Kapitalismus, München 2006; Frank Schirrmacher, Das Methusalem-Komplott, München 2004; ders., Minimum. Vom Vergehen und Neuentstehen unserer Gemeinschaft, München 2006

49 Vgl. Thilo Sarrazin, Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen, München 2010

2 Entstehung und Entwicklung der AfD bis zur Gegenwart

1 Vgl. dazu und zum Folgenden: Peter Bathke/Anke Hoffstadt (Hg.), Die neuen Rechten in Europa. Zwischen Neoliberalismus und Rassismus, Köln 2013; Joachim Bischoff/Elisabeth Gauthier/Bernhard Müller, Europas Rechte. Das Konzept des »modernisierten« Rechtspopulismus, Hamburg 2015; Ernst Hillebrand (Hg.), Rechtspopulismus in Europa. Gefahr für die Demokratie?, 2. Aufl. Bonn 2017

2 Vgl. Oliver Geden, Diskursstrategien im Rechtspopulismus. Freiheitliche Partei Österreichs und Schweizerische Volkspartei zwischen Opposition und Regierungsbeteiligung, Wiesbaden 2006; Alexander Häusler/Hans-Peter Killguss (Hg.), Das Geschäft mit der Angst. Rechtspopulismus, Muslimfeindlichkeit und die extreme Rechte in Europa, Köln 2012; Stephan Grigat (Hg.), AfD & FPÖ. Antisemitismus, völkischer Nationalismus und Geschlechterbilder, Baden-Baden 2017

3 Vgl. dazu und zum Folgenden: Claus Leggewie, Die Republikaner. Ein Phantom nimmt Gestalt an, 4. Aufl. Berlin (West) 1990; Richard Stöss, Die »Republikaner«. Woher sie kommen, was sie wollen, wer sie wählt, was zu tun ist, Vorwort: Ernst Breit, Köln 1990; Hans-Gerd Jaschke, Die »Republikaner«. Profile einer Rechtsaußenpartei, 3. Aufl. Bonn 1994

4 Vgl. Herbert Schui u.a., Wollt ihr den totalen Markt? – Der Neoliberalismus

und die extreme Rechte, München 1997, S. 140 ff.

5 Vgl. dazu und zum Folgenden: Hartmut Grewe, Der »Bund freier Bürger«. Die Brunner- oder Anti-Maastricht-Partei vor und nach der Europawahl 1994, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hg.), Interne Studien 81/82 (1994), S. 65 ff.; Herbert Schui u.a., Wollt ihr den totalen Markt?, a.a.O., S. 173 ff.

6 Vgl. Birgit Griese/Gunther Niermann, Rechtsextremisten in nordrhein-westfälischen Kommunalparlamenten (1989–1994), in: Christoph Butterwegge u.a., Rechtsextremisten in Parlamenten. Forschungsstand – Fallstudien – Gegenstrategien, Opladen 1997, S. 149 ff.

7 Vgl. dazu und zum Folgenden: Alexander Häusler (Hg.), Rechtspopulismus als »Bürgerbewegung«. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien, Wiesbaden 2008; Michael Lausberg, Die PRO-Bewegung. Geschichte, Inhalte, Strategien der »Bürgerbewegung Pro Köln« und der »Bürgerbewegung Pro NRW«, Münster 2010

8 Vgl. dazu: Marco Carini/Andreas Speit, Ronald Schill. Der Rechtssprecher, Hamburg 2002

9 Vgl. Wilhelm Heitmeyer (Hg.), Deutsche Zustände, Bd. 1-10, Frankfurt am Main bzw. Berlin 2002–2012; Oliver Decker/Johannes Kiess/Elmar Brähler (Hg.), Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland, Gießen 2016; Christoph Butterwegge/Gudrun Hentges (Hg.), Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut. Befunde aus Deutschland, Österreich und der Schweiz, Opladen/Farmington Hills 2008; Thüringens ambivalente Mitte. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2017 (https://ljrt.de/downloads/Thueringenmonitor/thueringen-monitor-2017.pdf; 28.06.2018)

10 Vgl. dazu: Phillip Becher/Christian Begass/Josef Kraft, Der Aufstand des Abendlandes. AfD, PEGIDA & Co.: Vom Salon auf die Straße, Köln 2015; Hajo Funke, Von Wutbürgern und Brandstiftern: AfD – Pegida – Gewaltnetze, Berlin 2016; Hans Vorländer/Maik Herold/Steven Schäller, PEGIDA. Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung, Wiesbaden 2016

11 Vgl. dazu und zum Folgenden: Andreas Kemper, Rechte Euro-Rebellen. Alternative für Deutschland und Zivile Koalition e.V., Münster 2013; Sebastian Friedrich, Der Aufstieg der AfD. Neokonservative Mobilmachung in Deutschland, Berlin 2015; Alban Werner, Was ist, was will, wie wirkt die AfD?, Köln/Karlsruhe 2015

12 Sebastian Friedrich, Die AfD. Analysen – Hintergründe – Kontroversen, Berlin 2017, S. 48

13 Vgl. Christoph Kopke/Alexander Lorenz, Die AfD und die Parteien der

politischen Rechten, in: Alexander Häusler (Hg.), Völkisch-autoritärer Populismus. Der Rechtsruck in Deutschland und die AfD, Hamburg 2018, S. 71

14 Siehe Gideon Botsch, AfD: Im Parlament gegen das Parlament, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 4/2018, S. 18

15 Vgl. dazu und zum Folgenden: Sebastian Friedrich, Die AfD., a.a.O., S. 46; Alexander Häusler, Die AfD: Partei des völkisch-autoritären Populismus, in: ders. (Hg.), Völkisch-autoritärer Populismus, a.a.O., S. 10 ff.

16 Vgl. Justus Bender, Was will die AfD? – Eine Partei verändert Deutschland, München 2017, S. 56 f.

17 Siehe Volker Weiß, Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes, Stuttgart 2017, S. 83

18 Vgl. Felix Korsch/Volkmar Wölk, Nationalkonservativ und marktradikal. Eine politische Einordnung der »Alternative für Deutschland«, 2. Aufl. Berlin 2015 (Rosa-Luxemburg-Stiftung)

19 Manfred Güllner, Mythos und Verharmlosungen: Wie die AfD »salonfähig« gemacht wurde, in: Christian Nawrocki/Armin Fuhrer (Hg.), AfD. Bekämpfen oder ignorieren? – Intelligente Argumente von 14 Demokraten, Bremen/Boston 2016, S. 45

20 Melanie Amann, Angst für Deutschland. Die Wahrheit über die AfD: wo sie herkommt, wer sie führt, wohin sie steuert, München 2017, S. 100

21 Stefan Dietl, Die AfD und die soziale Frage. Zwischen Marktradikalismus und »völkischem Antikapitalismus«, 2. Aufl. Münster 2017, S. 31

22 Vgl. Alban Werner, Was ist, was will, wie wirkt die AfD?, a.a.O., S. 73 f.

23 Vgl. dazu: Margret Feit, Die »Neue Rechte« in der Bundesrepublik. Organisation – Ideologie – Strategie, Frankfurt am Main/New York 1987, S. 122 ff.

24 Vgl. hierzu: Christoph Butterwegge, Die soziale Spaltung und der Erfolg des Rechtspopulismus, in: ders./Gudrun Hentges/Bettina Lösch (Hg.), Auf dem Weg in eine andere Republik? – Neoliberalismus, Standortnationalismus und Rechtspopulismus, Weinheim/Basel 2018, S. 55 f.

25 Vgl. Melanie Amann, Angst für Deutschland, a.a.O., S. 179 ff.

26 Vgl. Justus Bender, Was will die AfD?, a.a.O., S. 122 f.

3 Wahlerfolge und parlamentarisches Wirken der AfD

1 Siehe Sebastian Friedrich, Die AfD. Analysen – Hintergründe – Kontroversen,

Berlin 2017, S. 49 f.

2 Vgl. Alban Werner, Was ist, was will, wie wirkt die AfD?, Köln/Karlsruhe 2015, S. 106

3 430 000 Wähler/innen kamen von der FDP, 340 000 von der LINKEN und 410 000 von »sonstigen Parteien«. Vgl. hierzu ausführlicher: Gerd Wiegel, Ein aufhaltsamer Aufstieg. Alternativen zu AfD & Co., Köln 2017, S. 26 f.

4 Mehr als eine halbe Million Stimmen stammten bei der Europawahl 2014 von Bürger(inne)n, die zuletzt CDU oder CSU gewählt hatten.

5 Äußerungen der beiden damals einflussreichsten AfD-Funktionärinnen Frauke Petry und Beatrix von Storch, gegen »illegale« Migranten (und ihre Kinder) müssten an der Grenzen notfalls auch Schusswaffen eingesetzt werden, stammen ebenfalls aus dieser Zeit.

6 Paul Bey/Regina Wamper, Die »Mainstream-Medien«: Stütze der AfD?, in: Alexander Häusler (Hg.), Völkisch-autoritärer Populismus. Der Rechtsruck in Deutschland und die AfD, Hamburg 2018, S. 122

7 Volker Weiß, Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes, Stuttgart 2017, S. 92

8 Vgl. zur Relativierung dieser Zuschreibungen: Gerd Wiegel, Ein aufhaltsamer Aufstieg, a.a.O., S. 94 f.; zum Thema generell: Thomas Sablowski/Hans-Günter Thien, Die AfD, die ArbeiterInnenklasse und die Linke – kein Problem?, in: PROKLA 190 (2018), S. 55 ff.

9 Siehe Konrad Schacht, Nachwort: Die AfD im Bundestag. Eine Zeitenwende?, in: Benno Hafeneger u.a., AfD in Parlamenten. Themen, Strategien, Akteure, Frankfurt am Main 2018, S. 156

10 Vgl. zum Folgenden: Andreas Kemper, Rechte Euro-Rebellion. Alternative für Deutschland und Zivile Koalition e.V. , Münster 2013, S. 31 ff.; Tomasz Konicz, AfD: Die Masken fallen, in: Telepolis v. 14.09.2017

11 Vgl. Alban Werner, Was ist, was will, wie wirkt die AfD?, a.a.O., S. 46

12 Siehe Gideon Botsch, AfD: Im Parlament gegen das Parlament, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 4/2018, S. 20

13 Ebd.

14 Vgl. Beate Küpper/Andreas Zick, Wie sich der Rechtsruck in den Befunden der Einstellungsforschung widerspiegelt, in: Alexander Häusler (Hg.), Völkisch-autoritärer Populismus, a.a.O., S. 141

15 Vgl. Lüder Meier/Birgit Griese, Die REPublikaner im Landtag von Baden-Württemberg (1992–1996), in: Christoph Butterwegge u.a., Rechtsextremisten in Parlamenten. Forschungsstand – Fallstudien – Gegenstrategien, Opladen 1997, S. 211

16 David Begrich, Die AfD als Stimme ostdeutscher Volksinteressen?, in: Alexander Häusler (Hg.), Völkisch-autoritärer Populismus, a. a. O., S. 47

17 Einzeln porträtiert hat sie David Bebnowski, Die Alternative für Deutschland. Aufstieg und gesellschaftliche Repräsentanz einer rechten populistischen Partei, Wiesbaden 2015, S. 19 ff.

18 Vgl. als Überblick, der bis zum Oktober 2017 reicht: Ulf Lüdeke, Immer mehr Austritte nach Petry-Rückzug. NRW-Fraktion fast am Ende: So viele Abgeordnete hat die AfD in Landtagen verloren, in: FOCUS Online v. 23.10.2017

19 Vgl. Wolfgang Schroeder u.a., Parlamentarische Praxis der AfD in deutschen Landesparlamenten, WZB Discussion Paper SP V 2017-102, Berlin, Juni 2017

20 Vgl. Mariam Lau, AfD: Lasst sie mal machen!, in: ZEIT Online v. 24.01.2018; Melanie Amann, E-Mail bringt AfD-Mann in Erklärungsnot, in: SPIEGEL Online v. 10.2.2018

21 Vgl. AfD-Politiker verursacht Eklat im Landtag von Sachsen-Anhalt, in: RP Online v. 26.01.2018

22 David Begrich, Die AfD als Stimme ostdeutscher Volksinteressen?, a.a.O., S. 46

23 Vgl. Christine Schickert, Die AfD-Fraktion im Thüringer Landtag – das erste Jahr im Parlament, E-Paper der Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen, Dresden, Februar 2017, S. 6

24 Vgl. Benno Hafeneger u.a., AfD in Parlamenten, a.a.O., S. 73 ff.

25 Vgl. mehrere Beiträge zur Parlamentstätigkeit von DVU, NPD und REPublikanern in: Christoph Butterwegge u.a., Rechtsextremisten in Parlamenten, a. a. O.

26 Benno Hafeneger u.a., AfD in Parlamenten, a.a.O., S. 26 f.

4 Das parlamentarische Wirken der AfD nach politischen Sachgebieten und Themen

1 Siehe Sechs-Punkte-Plan – Abkommen zur Förderung der Rückkehr syrischer Flüchtlinge. Antrag der AfD-Fraktion, BT-Drs. 19/48 v. 13.11.2017

2 Vgl. IOM, Over 600,000 Displaced Syrians Returned Home in First 7 Months of 2017 (https://www.iom.int/news/over-600000-displaced-syrians-returned-home-first-7-months-2017, 01.07.2018); IOM, Nearly 715,000 Syrian Displaced Returned Home Between January and October 2017 (https://

www.iom.int/news/nearly-715000-syrian-displaced-returned-home-between-ja nuary-and-october-2017; 01.07.2018)

3 Siehe Umfassende Grenzkontrollen sofort einführen – Zurückweisung bei unberechtigtem Grenzübertritt. Antrag der AfD-Fraktion, BT-Drs. 19/41 v. 13.11.2017, S. 1

4 Siehe ebd.

5 Siehe ebd., S. 2

6 Vgl. EuGH-Urteil zum Asylrecht: Dublin III kennt keinen Ausnahmezustand, in: tagesschau.de v. 26.07.2017

7 Vgl. z.B. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, DIW-Konjunkturprognose: Neue Regierung schickt deutschen Aufschwung in die Verlängerung, Pressemitteilung v. 14.03.2018; Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum 2018. Preis der »schwarzen Null«: Verteilungsdefizite und Versorgungslücken, Köln 2018, S. 79 ff.

8 Vgl. Gottfried Curio (AfD), in: Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll der 21. Sitzung, 16. März 2018, S. 1744 ff.

9 Vgl. Detlef Seif (CDU/CSU), in: ebd., S. 1742

10 Vgl. dazu: Wolfgang Grenz/Julian Lehmann/Stefan Keßler, Schiffbruch. Das Versagen der europäischen Flüchtlingspolitik, München 2015, S. 83 ff.; Stefan Buchen, Die Schlepper und die Bauernfänger. Der Kampf gegen die Schleuser ist nur eine Scheinlösung, in: Anja Reschke (Hg.), Und das ist erst der Anfang. Deutschland und die Flüchtlinge, 6. Aufl. Hamburg 2016, S. 118 ff.

11 Vgl. Gesetzentwurf der AfD-Fraktion: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes, BT-Drs. 19/182 v. 06.12.2017

12 Siehe ebd., S. 1

13 Siehe ebd.

14 Siehe ebd., S. 2

15 Ebd.

16 Vgl. Helene Heuser, Aussetzung des Familiennachzugs – ein Verstoß gegen das Grundgesetz? – Der Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten und das Grundrecht auf Familie, in: Asylmagazin 4/2017, S. 125 ff.; ergänzend: UNHCR Deutschland, Familienzusammenführung zu Personen mit internationalem Schutz. Rechtliche Probleme und deren praktische Auswirkungen, in: Asylmagazin 4/2017, S. 132 ff.

17 Gottfried Curio (AfD), in: Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll der 7. Sitzung, 18. Januar 2018, S. 531

18 Vgl. hierzu: Gudrun Hentges/Kristina Nottbohm, Die Verbindung von

Antifeminismus und Europakritik. Positionen der Parteien »Alternative für Deutschland« und »Front National«, in: Gudrun Hentges/Kristina Nottbohm/Hans W. Platzer (Hg.), Europäische Identität in der Krise? – Europäische Identitätsforschung und Rechtspopulismusforschung im Dialog, Wiesbaden 2017, S. 167 ff.

19 Vgl. Oliver Decker/Johannes Kiess/Elmar Brähler (Hg.), Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland, Gießen 2016, S. 34 ff.

20 Vgl. Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung mit Antwort der Landesregierung: Ladendiebstähle von Flüchtlingen, Niedersächsischer Landtag, Drs. 18/572 v. 26.03.2018; Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Stephan Brandner und der Fraktion der AfD – Drucksache 19/997: Reiseausweise für Flüchtlinge, BT-Drs. 19/1245 v. 16.03.2018; Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung mit Antwort der Landesregierung: Taxifahrten von Flüchtlingen, Niedersächsischer Landtag, Drs. 18/497 v. 14.03.2018; Kleine Anfrage des Abgeordneten Prof. Dr. Ralph Weber, Fraktion der AfD: Multiresistenter Tuberkulosekeim bei Flüchtlingen und Antwort der Landesregierung, Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Drs. 7/1655 v. 09.02.2018; Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Beantwortung der Kleinen Anfrage des Abgeordneten Mario Beger, AfD-Fraktion, Drs.-Nr. 6/6269, Thema: Schwarzarbeit durch Flüchtlinge, Dresden, 27.09.2016; Integration von Flüchtlingen am Arbeitsmarkt. Kleine Anfrage des Abgeordneten Mario Beger, AfD-Fraktion, Sächsischer Landtag, Drs. 6/11941 v. 06.02.2018; Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage 1504 der Abgeordneten Birgit Bessin und Steffen Königer AfD Fraktion, Drucksache 6/3612: Traumatisierte Flüchtlinge. Landtag Brandenburg, Drs. 6/3806 v. 05.04.2016; Schriftliche Kleine Anfrage des Abgeordneten Harald Feineis AfD vom 20.3.2018 und Antwort des Senats, Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, von denen viele bereits volljährig sind. Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, Drs. 21/12401 v. 27.03.2018; Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage 604 vom 7. Dezember 2017 der Abgeordneten Thomas Röckelmann AfD, Drucksache 17/1449. Landtag Nordrhein-Westfalen, Drs. 17/1775 v. 17.01.2018; Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage 634 vom 12.12.2017 des Abgeordneten Helmut Seifen AfD, Drucksache 17/1530: Lehrkräftepotenzial unter Flüchtlingen. Landtag Nordrhein-Westfalen, Drs. 17/1773 v. 17.01.2018; Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage des

Abgeordneten René Springer und der Fraktion der AfD, Drucksache 19/785: Asyl-Entscheidungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge in Brandenburg, BT-Drs. 19/1088 v. 06.03.2018

21 Siehe Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Stephan Brandner und der Fraktion der AfD – Drucksache 19/997: Reiseausweise für Flüchtlinge, a.a.O., S. 7

22 Antwort der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Prof. Dr. Ralph Weber, AfD: Multiresistenter Tuberkulosekeim bei Flüchtlingen, Drs. 7/1655 v. 09.02.2018

23 Ebd.

24 Siehe Antwort des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Mario Beger, AfD-Fraktion, Drucksache 6/6269, Thema: Schwarzarbeit durch Flüchtlinge v. 27.09.2016, S. 1; vgl. auch Antwort des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Carsten Hütter, AfD, Drucksache 6/13367, Thema: Schwarzarbeit und Scheinanstellungen durch bzw. von Flüchtlinge(n) in den Jahren 2016, 2017 und im 1. Quartal 2018 in Sachsen, 06.06.2018

25 Siehe Antwort des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Mario Beger, AfD-Fraktion, Drucksache 6/6269, Thema: Schwarzarbeit durch Flüchtlinge, a.a.O., S. 1

26 Siehe ebd., S. 2

27 Siehe ebd.

28 Siehe Schriftliche Kleine Anfrage des Abgeordneten Harald Feineis (AfD) vom 20.03.2018 und Antwort des Senats, Betr.: Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, von denen viele bereits volljährig sind, Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, Drs. 21/12401 v. 27.03.2018

29 Siehe Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage 634 vom 12.12.2017 des Abgeordneten Helmut Seifen AfD, Drucksache 17/1530: Lehrkräftepotenzial unter Flüchtlingen. Landtag Nordrhein-Westfalen, Drs. 17/1773 v. 17.01.2018, S. 2

30 Siehe Antwort des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Verbraucherschutz auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten André Wendt, AfD-Fraktion, Drucksache: Ausbruch einer Epidemie in der Erstaufnahmeeinrichtung in Schneeberg, Drs. 6/2296 v. 24.08.2015; Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Christian Wirth und der Fraktion der AfD, Drucksache 19/1077: Anzahl an

Tuberkulose und Pockenerkrankungen in Deutschland 2015 bis 2017, Drs. 19/1352 v. 21.03.2018

31 Siehe Antwort des Ministeriums für Soziales und Integration, Landtag von Baden-Württemberg auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Hans Peter Stauch AfD, Drucksache 16/2962: Erhöhte Infektionsrisiken durch Massenzuwanderung v. 08.11.2017

32 Vgl. Sander L. Gilman, Rasse, Sexualität und Seuche. Stereotypen aus der Innenwelt der westlichen Kultur, Frankfurt am Main 1992, S. 281 ff.

33 Symptomatisch für diese Strategie war die Kommentierung der Polizeilichen Kriminalstatistik 2017 durch die AfD-Bundestagsfraktion: Obwohl die Gesamtzahl der beschuldigten Personen so niedrig wie seit 1992 nicht mehr war, schürte die AfD Ängste mit Verweis auf den hohen Anteil von Migrant(inn)en (vgl. http://www.tagesschau.de/inland/pks-kriminalstatistik-101.html und https://youtu.be/CPUcSmh2UWA; 11.05.2018).

34 Vgl. dazu: Wilhelm Heitmeyer (Hg.), Deutsche Zustände, Bd. 1-10, Frankfurt am Main bzw. Berlin 2002–2012

35 Vgl. Für ein sicheres Thüringen: Unsere Heimat vor Kriminalität und Terrorismus schützen. Antrag der Fraktion der AfD, Thüringer Landtag, Drs. 6/3783 v. 26.04.2017

36 Siehe ebd.

37 Ebd.

38 Siehe Freiheitliche demokratische Grundordnung durchsetzen – Verfassungswidrige Bestrebungen in Moscheen unterbinden, Deutschpflicht einführen. Antrag der Fraktion der AfD, Thüringer Landtag, Drs. 6/3912 v. 18.05.2017

39 Siehe Entwurf eines Gesetzes zum Schutz der Bevölkerung vor ausländischen Gefährdern. Gesetzentwurf der Fraktion der AfD, BT-Drs. 19/931 v. 26.02.2018, S. 2

40 Ebd., S. 5

41 Roman Reusch (AfD), in: Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll der 17. Sitzung, 1. März 2018, S. 1406

42 Vgl. Umfassende Grenzkontrollen sofort einführen – Zurückweisung bei unberechtigtem Grenzübertritt. Antrag der AfD-Fraktion, BT-Drs. 19/41 v. 13.11.2017

43 Gottfried Curio (AfD), in: Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll der 21. Sitzung, 16. März 2018, S. 1745

44 Ders., in: Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll der 40. Sitzung,

15. Juni 2018, S. 4009

45 Siehe ebd.

46 Siehe Verbot der Vollverschleierung im öffentlichen Raum. Antrag der AfD-Fraktion, BT-Drs. 19/829 v. 21.02.2018, S. 2

47 Ebd.

48 Gottfried Curio (AfD), in: Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll der 14. Sitzung, 22. Februar 2018, S. 1112

49 So gibt es auf den ersten Blick einen überproportionalen Anteil von Migrant(inn)en an bestimmten Formen der Kriminalität. Der Grund liegt aber darin, dass es sich bei den Geflüchteten sehr häufig um junge Männer handelt, die in der Polizeilichen Kriminalitätsstatistik generell dominierend sind. Vergleicht man die Geflüchteten mit entsprechenden Gruppen deutscher junger Männer – und nicht mit der Gesamtbevölkerung –, so ergeben sich keine gravierenden Unterschiede.

50 Siehe Entwicklung der Kriminalität im Hinblick auf Täterherkunft. Antrag der AfD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg, Drs. 16/1524 v. 30.01.2017

51 DNS-Merkmale forensisch ermitteln – Fahndung nach Tätern und Identifizierung von Opfern erleichtern. Antrag der AfD-Fraktion, Landtag von Sachsen-Anhalt, Drs. 7/1301 v. 26.04.2017

52 Ebd., S. 1 f.

53 Vgl. Null Toleranz für ausländische Gewalttäter an Schulen des Landes. Antrag der Fraktion der AfD, Landtag von Sachsen-Anhalt, Drs. 7/2095 v. 15.11.2017. Die folgenden Zitate finden sich ebd., S. 1 f.

54 Siehe Innere Sicherheit – Entwicklung der Kriminalität in Hinblick auf Täterherkunft. Antrag der AfD-Fraktion, Landtag von Baden-Württemberg, Drs. 16/1524 v. 30.01.2017, S. 1

55 Siehe Personalnotstand in der Landespolizei beseitigen – Feldjäger und Informatiker für unsere Polizei. Antrag der AfD-Fraktion, Thüringer Landtag, Drs. 6/4366 v. 22.08.2017

56 Siehe Einführung eines freiwilligen Polizeidienstes. Antrag der AfD-Fraktion, Abgeordnetenhaus Berlin, Drs. 18/0069 v. 04.01.2017, S. 6

57 Siehe Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Anwendung unmittelbaren Zwangs bei der Ausübung öffentlicher Gewalt durch Vollzugsbeamte des Landes Berlin (UZwG Bln). Antrag der Fraktion der AfD, Abgeordnetenhaus Berlin, Drs. 18/0763 v. 16.01.2018; Anwendung des Jugendstrafrechts auf Heranwachsende aufheben. Antrag der AfD-Fraktion, Landtag von Sachsen-Anhalt, Drs. 7/483 v. 20.10.2016; Passentzug für

Pädophile. Antrag der AfD-Fraktion, Landtag von Sachsen-Anhalt, Drs. 7/1859 v. 18.09.2018

58 Vgl. Fördermittelvergabe an den »Verein Miteinander e.V.« und angeschlossene Projekte im Rahmen der sogenannten »Demokratieförderung« des Landes Sachsen-Anhalt. Große Anfrage der AfD-Fraktion, Landtag von Sachsen-Anhalt, Drs. 7/2247 v. 20.12.2017

59 Bundesministerium des Inneren (Hg.), Verfassungsschutzbericht 2016, Berlin o.J., S. 55 f.: »Im Streben nach gesellschaftlicher Akzeptanz versuchen Rechtsextremisten in Teilen Anschluss an sogenannte rechtspopulistische Zusammenhänge zu finden. Diesen gelingt es – im Gegensatz zu vielen Rechtsextremisten – trotz radikaler Standpunkte, ein bürgerliches Erscheinungsbild beizubehalten und somit nicht (sofort) gesellschaftlich ›geächtet‹ zu werden. Rechtsextremisten finden hier ideologische Anknüpfungspunkte, zum Beispiel hinsichtlich der in beiden Bereichen vorherrschenden Elitenfeindlichkeit sowie im Politikstil (›Wir da unten gegen die da oben‹). Ferner bietet das sogenannte rechtspopulistische Spektrum für Rechtsextremisten zumindest potenziell eine bürgerliche Camouflage für tatsächlich rechtsextremistische Argumentationslinien, um diese sukzessive in breitere Gesellschaftsschichten einsickern zu lassen.«

60 Siehe Beabsichtigt die Landesregierung die Gründung einer BIG LEX? – Antrag der Abg. Daniel Rottmann u.a. (AfD) und Stellungnahme des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration, Landtag von Baden-Württemberg, Drs. 16/2543 v. 17.08.2017, S. 1

61 Vgl. Mut gegen rechte Gewalt, Chronik flüchtlingsfeindlicher Vorfälle (https://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/service/chronik-vorfaelle; 20.07.2018); Pro Asyl, 2015: Dramatischer Anstieg von Gewalt gegen Flüchtlinge, News v. 13.01.2016 (https://www.proasyl.de/news/2015-dramatischer-anstieg-von-gewalt-gegen-fluechtlinge/; 20.07.2018)

62 Vgl. Friedrich Burschel/Uwe Schubert/Gerd Wiegel (Hg.), Der Sommer ist vorbei … Vom »Aufstand der Anständigen« zur »Extremismus-Klausel«. Beiträge zu 13 Jahren »Bundesprogramme gegen Rechts«, Münster 2013

63 Extremismus ächten, nicht fördern – Demokratieklausel einführen. Antrag der Fraktion der AfD, BT-Drs. 19/592 v. 31.01.2018, S. 1

64 Vgl. Überprüfung der Demokratieprojekte durch Sicherheitsbehörden des Bundes. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE, BT-Drs. 19/2086 v. 11.05.2018

65 Siehe Terror von links verhindern und verfolgen. Antrag der AfD-Fraktion, Thüringer Landtag, Drs. 6/4210 v. 10.07.2017, S. 2; Extremistische

Strukturen bekämpfen – Kriminellen Recherchenetzwerken das Handwerk legen. Antrag der AfD-Fraktion, Landtag von Sachsen-Anhalt, Drs. 7/1858 v. 18.09.2017, S. 1

66 Siehe Uwe Puschner, Strukturmerkmale der völkischen Bewegung, in: Michel Grunewald/Hans Manfred Bock (Hg.), Le Milieu intellectuel conservateur en Allemagne, sa presse et ses réseaux (1890–1960), Bern 2003, S. 446

67 Vgl. hierzu: Gudrun Hentges, Schattenseiten der Aufklärung. Die Darstellung von Juden und »Wilden« in philosophischen Schriften des 18. und 19. Jahrhunderts, Schwalbach im Taunus 1999, S. 110 ff.; Volker Weiß, Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes, Stuttgart 2017; Samuel Salzborn, Angriff der Antidemokraten. Die völkische Rebellion der Neuen Rechten, Weinheim/Basel 2017

68 Siehe Frauke Petry, zit. nach: »Verräterin des Abendlandes«, in: FAZ v. 05.10.2016

69 Alexander Gauland, zit. nach: Markus Wehner/Eckart Loose, Gauland beleidigt Boateng, in: FAZ v. 29.05.2016

70 Ders., zit. nach: Severin Weiland, AfD: Rhetorik: Die Selbstradikalisierung des Alexander Gauland, in: SPIEGEL Online v. 28.08.2017

71 Vgl. Rüdiger Soldt, AfD Chef Meuthen will gegen Radikale in der Partei vorgehen, in: FAZ v. 04.06.2016

72 Siehe André Poggenburg, zit. nach: Nach rassistischer Rede: AfD mahnt Poggenburg ab, in: SPIEGEL Online v. 16.02.2018

73 Siehe Alice Weidel, zit. nach: AfD-Spitzenkandidatin Weidel spricht nicht mehr von Fälschung, in: Die Welt v. 16.09.2017

74 Siehe Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland, beschlossen auf dem Bundesparteitag in Stuttgart am 30.04./01.05.2016, S. 26 (www.afd.de/grundsatzprogramm)

75 Ebd., S. 27

76 Siehe ebd.

77 Siehe ebd., S. 24

78 Siehe ebd., S. 60 f.

79 Siehe ebd., S. 65

80 Vgl. ebd.

81 Siehe ebd., S. 42

82 Vgl. Andreas Beier, Evolution, Kulturen, Fortpflanzung, Björn Höcke und die AfD. Wie rassistisches Gedankengut durch die AfD salonfähig gemacht wird (http://www.ag-evolutionsbiologie.net/html/2016/evolution-bjoern-

hoecke-und-die-afd.html; 06.07.2018)

83 Vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Bernd Baumann, Dr. Christian Wirth, Lars Herrmann und der AfD-Fraktion – Drucksache 19/2190 – Personeller Umfang der kriminellen Familienclans in Deutschland, BT-Drs. 19/2457 v. 04.06.2018

84 Vgl. Kriminelle Clans in Bremen. Große Anfrage der FDP-Fraktion, Bremische Bürgerschaft (Landtag), Drs. 1078 v. 24.05.2017

85 Siehe Stephan Haselberger/Hans Monath, Familienministerin Franziska Giffey: »Es gibt in Deutschland viele Neuköllns«. Die neue Bundesfamilienministerin Franziska Giffey spricht über die Flucht der Politik vor der Wirklichkeit, ihre neue Aufgabe und ihre Herkunft aus dem Osten. Ein Interview, in: Der Tagesspiegel v. 17.03.2018

86 Siehe Mathias Rohe/Mahmoud Jaraba, Paralleljustiz in Berlin. Eine Studie im Auftrag des Landes Berlin, vertreten durch die Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz, Erlangen 2015 (http://berlin.de/sen/justva/_assets/gesamtstudie-paralleljustiz.pdf; 09.07.2018)

87 Ebd., S. 40

88 Vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Bernd Baumann, Dr. Christian Wirth, Lars Herrmann und der AfD-Fraktion – Drucksache 19/2190 – Personeller Umfang der kriminellen Familienclans in Deutschland, BT-Drs. 19/2457 v. 04.06.2018

89 Siehe ebd., S. 2

90 Vgl. Margarete Jäger/Regina Wamper (Hg.), Von der Willkommenskultur zur Notstandsstimmung. Der Fluchtdiskurs in deutschen Medien 2015 und 2016, Duisburg 2017, S. 121 ff. (http://www.diss-duisburg.de/wp-content/uploads/2017/02/DISS-2017-Von-der-Willkommenskultur-zur-Notstandsstimmung.pdf; 06.07.2018)

91 Vgl. Siegfried Jäger, Theoretische und methodische Aspekte einer Kritischen Diskurs- und Dispositivanalyse, in: Reiner Keller u.a. (Hg.), Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden, 2. Aufl. Wiesbaden 2006, S. 83 ff.

92 Vgl. ebd., S. 86

93 Vgl. Etienne Balibar/Immanuel Wallerstein, Rasse. Klasse. Nation. Ambivalente Identitäten, Hamburg 1990, S. 23 ff.; Etienne Balibar, Der Rassismus: auch noch ein Universalismus, in: Uli Bielefeld (Hg.), Das Eigene und das Fremde. Neuer Rassismus in der Alten Welt?, 2. Aufl. Hamburg 1992, S. 175 ff.; Pierre André Taguieff, Die ideologischen Metamorphosen des Rassismus und die Krise des Antirassismus, in: ebd., S. 221 ff.

94 Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Ideologische Erscheinungsformen des Antisemitismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament* 31/2007, S. 4 ff.; Unterrichtung durch die Bundesregierung: Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus, BT-Drs. 18/11970 v. 07.04.2017, S. 23 ff.

95 Vgl. Le Pen: »Le FN n'est pas antisemite«, in: Le Figaro v. 30.03.2011

96 Michel Eltchaninoff hat das Vokabular und die Argumentationsfiguren von Marine Le Pen untersucht und »Anklänge an einen wirtschaftlich begründeten Antisemitismus« herausgearbeitet, der Ende des 19. Jahrhunderts in Frankreich weit verbreitet war. Vgl. Claudia Mäder, Antisemitismus geht auch anders, in: Neue Zürcher Zeitung v. 28.03.2018

97 Frauke Petry, zit. nach: Jan Riebe, Wie antisemitisch ist die AfD?, in: Beltower News v. 10.5.2016

98 Wolfgang Gedeon, zit. nach: Samuel Salzborn, Antisemitismus in der AfD, in: taz v. 10.10.2016

99 Vgl. Marc Grimm/Bodo Kahmann, AfD und Judenbild. Eine Partei im Spannungsfeld von Antisemitismus, Schuldabwehr und instrumenteller Israelsolidarität, in: Stephan Grigat (Hg.), AfD & FPÖ. Antisemitismus, völkischer Nationalismus und Geschlechterbild, Baden-Baden 2017, S. 52 f.

100 Siehe Samuel Salzborn, Antisemitismus in der AfD, a.a.O.

101 Vgl. Antonie Rietzschel, Frauke Petry braucht den großen Auftritt, in: Süddeutsche Zeitung v. 21.1.2017

102 Marcus Pretzell (AfD) in Koblenz: »Israel ist unsere Zukunft« (https://www.youtube.com/watch?v=K5WYQcCxA5Q; 06.07.2018)

103 Vgl. Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung mit Antwort der Landesregierung. Anfrage des Abgeordneten Jens Ahrends (AfD), Erfassung antisemitischer Straftaten, Niedersächsischer Landtag, Drs. 18/753 v. 25.04.2018

104 Vgl. Schriftliche Kleine Anfrage des Abgeordneten Prof. Dr. Jörn Kruse (AfD) vom 04.04.2018 und Antwort des Senats. Betr.: Antisemitismusrelativierung beim NDR – Was sagt der Senat?, Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, Drs. 21/12576 v. 10.04.2018; außerdem: https://www.ndr.de/ndrkultur/sendungen/freitagsforum/Antisemitismus-Muslime-unter-Generalverdacht,topcuantisemitismus100.html; 12.07.2018)

105 Vgl. Schriftliche Kleine Anfrage des Abgeordneten Dr. Alexander Wolf (AfD) vom 04.04.2018 und Antwort des Senats. Betr. Fälle von muslimischem Antisemitismus – Quartalsabfrage empower 1/2018, in:

Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, Drs. 21/12554 v. 10.04.2018

106 Vgl. 70 Jahre Gründung des Staates Israel – In historischer Verantwortung unsere zukunftsgerichtete Freundschaft festigen. Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD und FDP, BT-Drs. 19/1823 v. 24.04.2018

107 Vgl. 70 Jahre Staat Israel. Antrag der Abgeordneten Omid Nouripour u.a. und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie der Abgeordneten Petra Pau u.a. und der Fraktion Die Linke, in: BT-Drs. 19/1850 v. 25.04.2018

108 Vgl. Antisemitismus entschlossen bekämpfen. Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, BT-Drs. 19/444 v. 17.01.2018

109 Vgl. Felix Klein, AfD hat zu verstärktem Judenhass beigetragen, in: FAZ v. 28.04.2018

110 Zit. nach: Jan Riebe: Wie antisemitisch ist die AfD?, a.a.O.

111 Vgl. Antisemitismus in der AfD: Alternative ganz rechts, in: taz v. 03.11.2014; Tobias Lill, »Kein einziger Jude ist in der Gaskammer umgebracht worden«: Wie antisemitisch ist die AfD wirklich?, in: Huffington Post v. 21.06.2016

112 Vgl. ebd.

113 Vgl. Internet-Hetze holt AfD-Mann ein, in: Volksstimme v. 02.06.2016. Während die AfD-Fraktion im Landtag über 25 Sitze verfügt, erhielt Olenicak bei der Wahl zur PKK 48 Ja-Stimmen; 35 Abgeordnete stimmten gegen ihn und drei enthielten sich der Stimme. Demnach haben auch Abgeordnete aus der Regierungskoalition von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ihn gestimmt.

114 Vgl. Jan Riebe, Wie antisemitisch ist die AfD?, a.a.O.

115 Ebd.

116 Vgl. Israelischer Geheimdienstler jagte Nazis – nun unterstützt er die AfD, in: Huffington Post v. 03.02.2018. Rafi Eitan hat sich später von dieser Videobotschaft distanziert und eingestanden, einen Fehler gemacht zu haben. Dennoch ist sie nach wie vor auf Facebook abrufbar (https://www.facebook.com/alternativefuerde/videos/1768800569816941/; 06.07.2018)

117 Georg Pazderski, zit. nach: Martin Krauss, Was die AfD von Juden will, in: Jüdische Allgemeine v. 08.02.2018

118 Israelische Geheimdienstlegende Rafi Eitan unterstützt die AfD (02.02.2018), in: AfD kompakt (https://afdkompakt.de/2018/02/02/israelische-geheim dienstlegende-rafi-eitan-unterstuetzt-afd/; 08.07.2018)

119 Siehe Alexander Gauland, zit. nach: Israelische Geheimdienstlegende Eitan unterstützt AfD (https://afdkompakt.de/2018/02/02/israelische-geheim dienstlegende-rafi-eitan-unterstuetzt-afd/; 06.07.2018)

120 Vgl. Unterrichtung durch die Bundesregierung: Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus, BT-Drs. 18/11970 v. 07.04.2017, S. 23 ff.; Armin Pfahl-Traughber, Ideologische Erscheinungsformen des Antisemitismus, a. a. O.

121 Vgl. hierzu ausführlicher: Gudrun Hentges/Kristina Nottbohm, Die Verbindung von Antifeminismus und Europakritik. Positionen der Parteien »Alternative für Deutschland« und »Front National«, in: Gudrun Hentges/Kristina Nottbohm/Hans W. Platzer (Hg.), Europäische Identität in der Krise? – Europäische Identitätsforschung und Rechtspopulismusforschung im Dialog, Wiesbaden 2017, S. 167 ff.

122 Gideon Botsch, zit. nach: Patrick Gensing, Ist die AfD antisemitisch?, in: tagesschau.de (https://faktenfinder.tagesschau.de/inland/akk-afd-antisemitismus-101.html; 08.07.2018); vgl. ergänzend: Gideon Botsch/Christoph Kopke, Antisemitismus ohne Antisemiten?, in: Ralf Melzer/Dietmar Molthagen (Hg.), Wut, Verachtung, Abwertung. Rechtspopulismus in Deutschland, Bonn 2015, S. 178 ff.

123 Michael Köhlmeier, »Zum großen Bösen kamen die Menschen nie mit einem Schritt«, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 6/2018 (https://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/dokumente/%C2%BBzum-grossen-boe sen-kamen-die-menschen-nie-mit-einem-schritt-sondern-mit; 08.07.2018)

124 Vgl. Arnulf Baring, Deutschland, was nun? – Ein Gespräch mit Dirk Rumberg und Wolf Jobst Siedler, Berlin 1991; Heimo Schwilk/Ulrich Schacht (Hg.), Die selbstbewußte Nation. »Anschwellender Bocksgesang« und weitere Beiträge zu einer deutschen Debatte, Berlin/Frankfurt am Main 1994; Arnulf Baring, Scheitert Deutschland? – Abschied von unseren Wunschwelten, Stuttgart 2007

125 Vgl. zum geschichtspolitischen Gesamtkomplex der konservativen Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit: Gerd Wiegel, Die Zukunft der Vergangenheit. Konservativer Geschichtsdiskurs und kulturelle Hegemonie, Köln 2001

126 Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland, a. a. O.; Programm für Deutschland. Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017, beschlossen auf dem Bundesparteitag in Köln am

22./23.04.2017, S. 48 (www.afd.de/wahlprogramm)

127 Alexander Gauland (AfD), in: Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll der 22. Sitzung, 21. März 2018, S. 1822

128 Die gesamte Rede von Gauland beim Kyffhäuser-Treffen findet sich hier: https://www.youtube.com/watch?v=0GZVenmLDm4, die zitierten Passagen ab Min. 13 (04.04.2018)

129 Siehe https://www.dw.com/de/gauland-bezeichnet-ns-zeit-als-vogelschiss-in-der-geschichte/a-44054219 (28.06.2018)

130 Vgl. https://www.afdbundestag.de/gauland-es-war-nicht-meine-absicht-die-verbrechen-des-nationalsozialismus-zu-bagatellisieren/ (04.06.2018)

131 Die gesamte Rede ist abgedruckt unter https://www.tagesspiegel.de/politik/hoecke-rede-im-wortlaut-gemuetszustand-eines-total-besiegten-volkes/19273518.html (04.04.2018).

132 Siehe Alexander Gauland (AfD), in: Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll der 15. Sitzung, 23. Februar 2018, S. 1292

133 Vgl. Rüdiger Soldt, AfD will Geld für NS-Gedenkstätten streichen, in: FAZ v. 23.01.2017

134 Siehe Dr. Jörg Meuthen, Änderungsantrag zum Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2017, Landtag von Baden-Württemberg, Drs. 16/1404-29 v. 28.02.2017

135 Ebd.

136 Vgl. Errichtung einer zentralen Gedenkstätte für die zivilen Opfer der Flächenbombardierung auf dem Gebiet des heutigen Sachsen-Anhalt. Antrag der AfD-Fraktion, Landtag von Sachsen-Anhalt, Drs. 7/2339 v. 17.01.2018

137 Siehe Wilhelm von Gottberg, zit. nach: Christian Bommarius, Die AfD und der »Mythos« Holocaust, in: Frankfurter Rundschau v. 16.03.2017

138 Jens Maier, zit. nach: Christian Jakob, AfD-Richter in Dresden: Herr Maier erwacht, in taz v. 12.9.2017

139 Hansjörg Müller, zit. nach: Severin Weiland, Die AfD und das Gedenken an NS-Opfer: Hand-Werk, in: SPIEGEL Online v. 20.2.2018

140 Anerkennungsleistung für ehemalige deutsche Zwangsarbeiter. Kleine Anfrage der AfD-Fraktion, BT-Drs. 19/1001 v. 28.02.2018

141 Siehe Rückführung deutscher Kunstschätze und Kulturgüter aus Polen, Russland und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Kleine Anfrage der AfD-Fraktion, BT-Drs. 19/767 v. 12.02.2018

142 Vgl. Umsetzung des Völkerrechts für die deutschsprachige Bevölkerung der böhmischen Länder. Kleine Anfrage der AfD-Fraktion, BT-Drs. 19/2214 v. 17.05.2018

143 Vgl. Entwicklung der Arbeit der Kulturreferentin für Schlesien. Kleine Anfrage der AfD-Fraktion, BT-Drs. 19/2234 v. 18.05.2018; Entwicklung der Arbeit der Kulturreferentin für Westpreußen, Posener Land, Mittelpolen, Wolhynien und Galizien. Kleine Anfrage der AfD-Fraktion, BT-Drs. 19/2235 v. 18.05.2018; Entwicklung der Arbeit der Kulturreferentin für Siebenbürgen, Bessarabien, Bukowina, Dobrudscha, Maramuresch, Moldau, Walachei. Kleine Anfrage der AfD-Fraktion, BT-Drs. 19/2255 v. 22.05.2018; Entwicklung der Arbeit der Kulturreferentin für Ostpreußen, das historische Baltikum und die Siedlungsgebiete der Russlanddeutschen. Kleine Anfrage der AfD-Fraktion, BT-Drs. 19/2256 v. 22.05.2018; Entwicklung der Arbeit des Kulturreferenten für Oberschlesien. Kleine Anfrage der AfD-Fraktion, BT-Drs. 19/2257 v. 22.05.2018; Entwicklung der Arbeit der Kulturreferentin für Pommern und Ostbrandenburg. Kleine Anfrage der AfD-Fraktion, BT-Drs. 19/2258 v. 22.05.2018

144 Gesetzentwurf der AfD-Fraktion: Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Feier- und Gedenktagsgesetzes (Gesetz zur Einführung eines Gedenktages für die Opfer des islamistischen Terrorismus), Thüringer Landtag, Drs. 6/3308 v. 18.01.2017

145 Vgl. AfD: Abgeordneter Gedeon fordert Ende der Stolperstein-Aktionen, in: ZEIT Online v. 18.02.2018

146 Christoph Heubner, zit. nach: Auschwitz-Komitee kontert AfD-Kritik an Stolpersteinen, in: tagesspiegel.de v. 19.02.2018

147 Vgl. Christina Sticht, Gedenkstätte Bergen-Belsen: Landtag will AfD ausbremsen, in: Hamburger Abendblatt v. 12.02.2018

148 Vgl. hierzu: Christoph Butterwegge, Krise und Zukunft des Sozialstaates, 6. Aufl. Wiesbaden 2018, S. 155 ff.; ders., Hartz IV und die Folgen. Auf dem Weg in eine andere Republik?, 3. Aufl. Weinheim/Basel 2018, S. 49 ff.

149 Vgl. Hendrik Puls, Antikapitalismus von rechts. Wirtschafts- und sozialpolitische Positionen der NPD, Münster 2012

150 Programm für Deutschland. Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017, a. a. O., S. 29

151 Stefan Dietl, Die AfD und die soziale Frage. Zwischen Marktradikalismus und »völkischem Antikapitalismus«, 2. Aufl. Münster 2017, S. 142

152 Michael Funke/Bernd Lucke/Thomas Straubhaar, Hamburger Appell, in: Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut (Hg.), Update (Wissens-Service des HWWI) Spezial, o.O. u.J. (http://www.hwwi.org/uploads/tx_wilpubdb/Hamburger_Appell.pdf; 09.09.2017)

153 Siehe Alice Weidel (AfD), in: Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll der 32. Sitzung, 16. Mai 2018, S. 2972

154 Ebd., S. 2971

155 Ebd.

156 Vgl. Landtag Nordrhein-Westfalen, Drs. 17/2416: Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage 884 vom 20. März 2018 der Abgeordneten Helmut Seifen und Nic Peter Vogel (AfD), Drs. 17/2217, S. 3

157 Walter Ötsch/Nina Horaczek, Populismus für Anfänger. Anleitung zur Volksverführung, Frankfurt am Main 2017, S. 45

158 Gottfried Curio (AfD), in: Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll der 33. Sitzung, 17. Mai 2018, S. 3085 f.

159 Siehe Ein neuer Aufbruch für Europa, eine neue Dynamik für Deutschland, ein neuer Zusammenhalt für unser Land. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, 19. Legislaturperiode, Berlin, 12.03.2018, S. 101 (https://www.bun desregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2018/03/2018-03-14-koalitionsver trag.pdf?_blob=publicationFile&v=2; 02.06.2018)

160 Vgl. hierzu: Christoph Butterwegge/Kuno Rinke (Hg.), Grundeinkommen kontroves. Plädoyers für und gegen ein neues Sozialmodell, Weinheim/Basel 2018

161 Siehe Bernd Hilder/Hartmut Kaczmarek, Höcke: Drei-Kinder-Familie ist politisches Leitbild. Der Spitzenkandidat der AfD für die Landtagswahl über ein neues Dienstethos für Politiker und preußische Tugenden, in: Thüringische Landeszeitung (Weimar) v. 21.07.2014

162 Ebd.

163 Björn Höcke auf Facebook nach einer von ihm auf einer Demonstration des AfD-Kreisverbandes Kitzingen-Schweinfurt am 28. April 2016 gehaltenen Rede zur neuen sozialen Frage (https://www.facebook.com/Bjoern.Hoecke.AfD/posts/1698077077100238; 10.06.2018)

164 Melanie Amann, Angst für Deutschland. Die Wahrheit über die AfD: wo sie herkommt, wer sie führt, wohin sie steuert, München 2017, S. 75

165 Vgl. Christine Schickert, Die AfD-Fraktion im Thüringer Landtag – das erste Jahr im Parlament, E-Paper der Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen, Dresden, Februar 2017

166 Vgl. Marcus Bensmann u.a., Schwarzbuch AfD. Fakten – Figuren – Hintergründe, Essen/Berlin 2017, S. 110

167 André Poggenburg (AfD), in: Landtag von Sachsen-Anhalt, 7. Wahlperiode, Protokoll der 41. Sitzung, 20. Dezember 2017, S. 14

168 Vgl. Kostenfreies WLAN für wohnungslose Hilfsbedürftige. Antrag der

AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag, Drs. 6/8183 v. 23.01.2017, S. 1

169 Siehe SGB-II-Leistungen im Kontext der Fluchtmigration. Kleine Anfrage des Abgeordneten André Wendt (AfD), Sächsischer Landtag, Drs. 6/10462 v. 17.08.2017

170 Vgl. Fälle von Sozialleistungsbetrug durch Asylbewerber im 2. Quartal 2017. Kleine Anfrage des Abgeordneten Sebastian Wippel (AfD), Sächsischer Landtag, Drs. 6/10246 v. 23.07.2017; textgleich (bis auf den angegebenen Zeitraum): Fälle von Sozialleistungsbetrug durch Asylbewerber im 3. Quartal 2017. Kleine Anfrage des Abgeordneten Sebastian Wippel (AfD), Sächsischer Landtag, Drs. 6/11014 v. 11.10.2017; textgleich (bis auf den angegebenen Zeitraum): Fälle von Sozialleistungsbetrug durch Asylbewerber im 4. Quartal 2017. Kleine Anfrage des Abgeordneten Sebastian Wippel (AfD), Sächsischer Landtag, Drs. 6/11995 v. 10.01.2018

171 Stefan Dietl, Die AfD und die soziale Frage, a.a.O., S. 31

172 Siehe Antrag der AfD-Fraktion auf sofortige und uneingeschränkte Abschaffung des Solidaritätszuschlags, BT-Drs. 19/1179 v. 14.03.2018, S. 1

173 Stefan Keuter (AfD), in: Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll der 20. Sitzung, 15. März 2018, S. 1621

174 Vgl. Katja Rietzler/Achim Truger (Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung – IMK), Abschaffung des Solidaritätszuschlags: ungerecht und fiskalisch äußerst riskant. Schriftliche Stellungnahme für das Fachgespräch des Haushalts- und Finanzausschusses am 27. Juni 2018 zu den Anträgen der Fraktionen der FDP (Bundestagsdrucksache 19/1038) und der AfD (Bundestagsdrucksache 19/1179), den Solidaritätszuschlag in dieser Legislaturperiode vollständig abzuschaffen, Düsseldorf, Juni 2018, S. 6

175 Vgl. Michael Leutert (DIE LINKE), in: Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll der 20. Sitzung, 15. März 2018, S. 1625 f.

176 Alice Weidel (AfD), in: ebd., S. 1626

177 Michael Leutert (DIE LINKE), in: ebd.

178 Jürgen Braun (AfD), in: ebd.

179 Vgl. Reichtum gerechter verteilen – Vermögensteuer als Millionärsteuer wieder erheben. Antrag der Fraktion DIE LINKE, BT-Drs. 19/94 v. 22.11.2017

180 Albrecht Glaser (AfD), in: Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll der 7. Sitzung, 18. Januar 2018, S. 565 und 566

181 Vgl. Armut in Deutschland den Kampf ansagen. Antrag der Fraktion DIE LINKE, BT-Drs. 19/1687 v. 17.04.2018

182 Martin Sichert (AfD), in: Bundestagsprotokoll, 19. Wahlperiode, 26.

Sitzung, 19. April 2018, S. 2387

183 Vgl. ebd., S. 2388

184 Vgl. Asylbewerber, Leistungen für, in: Sozial-Fibel des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales (https://www.stmas.bayern.de/fibel/sf_a165.php; 30.04.2018)

185 Sabine Zimmermann (DIE LINKE), in: Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll der 26. Sitzung, 19. April 2018, S. 2394

186 Martin Sichert (AfD), in: ebd.

187 Vgl. Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland, a. a. O., S. 75

188 Vgl. Kehrtwende in der Arbeitsmarktpolitik. Antrag der Fraktion DIE LINKE, BT-Drs. 19/105 v. 22.11.2017; Entwurf eines Gesetzes zur Senkung des Beitragssatzes in der Arbeitslosenversicherung. Gesetzentwurf der FDP-Fraktion, BT-Drs. 19/434 v. 16.01.2018; Zwangsverrentung von Arbeitslosengeld-II-Beziehern abschaffen. Antrag der AfD-Fraktion, BT-Drs. 19/462 v. 17.01.2018

189 Martin Sichert (AfD), in: Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll der 8. Sitzung, 19. Januar 2018, S. 656

190 Ulrike Schielke-Ziesing (AfD), in: Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll der 34. Sitzung, 18. April 2018, S. 3196

191 Vgl. Christoph Butterwegge, Krise und Zukunft des Sozialstaates, 5. Aufl. Wiesbaden 2014, S. 380 ff.

192 Siehe Ulrike Schielke-Ziesing (AfD), in: Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll der 34. Sitzung, 18. April 2018, S. 3197

193 René Springer (AfD), in: ebd., S. 3204

194 Vgl. zu diesem Terminus sowie zu den Ursachen und Folgen der damit bezeichneten Entwicklung: Christoph Butterwegge/Gerd Bosbach/Matthias W. Birkwald (Hg.), Armut im Alter. Probleme und Perspektiven der sozialen Sicherung, Wiesbaden 2012

195 Siehe Programm für Deutschland. Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017, a.a.O., S. 57

196 Markus Frohnmaier, Impulspapier – Leistung und Eigenverantwortung: Grundideen für eine Volksrente nach Schweizer Vorbild, S. 1 (http://www.markusfrohnmaier.de/2018/05/16/grundideen-fuer-eine-volksrente/; 10.07.2018)

197 Siehe ebd., S. 3

198 Siehe ebd., S. 6 (Hervorh. im Original)

199 Siehe Programm für Deutschland. Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017, a.a.O., S. 34

200 Vgl. ebd., S. 32

201 Siehe Alternative für Deutschland. Fraktion im Thüringer Landtag (Hg.), Die Produktivitätsrente: Es geht um Wertschätzung. Ein Konzept der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag, Erfurt, Juni 2018, S. 28

202 Vgl. ebd., S. 31 und 33

203 Siehe ebd., S. 35

204 Siehe ebd., S. 37 f.

205 Vgl. Robert Farle (AfD), in: Landtag von Sachsen-Anhalt, 7. Wahlperiode, Protokoll der 38. Sitzung, 23. November 2017, S. 21

206 Vgl. Alternative für Deutschland. Fraktion im Thüringer Landtag (Hg.), Die Produktivitätsrente: Es geht um Wertschätzung, a.a.O., S. 48

207 Vgl. hierzu: Christoph Butterwegge, Krise und Zukunft des Sozialstaates, a.a.O., S. 386 ff.

208 Helmut Kellershohn, Nationaler Wettbewerbsstaat auf völkischer Basis. Das ideologische Grundgerüst des AfD-Grundsatzprogramms, in: ders./ Wolfgang Kastrup (Hg.), Kulturkampf von rechts. AfD, Pegida und die Neue Rechte, Münster 2016, S. 18

209 Vgl. mit entsprechenden Nachweisen: Christoph Butterwegge, Stirbt »das deutsche Volk« aus? – Wie die politische Mitte im Demografie-Diskurs nach rechts rückt, in: ders. u.a., Themen der Rechten – Themen der Mitte. Zuwanderung, demografischer Wandel und Nationalbewusstsein, Opladen 2002, S. 167 ff.

210 Vgl. dazu: Ruth Wodak, Politik mit der Angst. Zur Wirkung rechtspopulistischer Diskurse, Wien/Hamburg 2016

211 Vgl. z.B. Ernst Kistler, Die Methusalem-Lüge. Wie mit demographischen Mythen Politik gemacht wird, München/Wien 2006

212 »Die Union muß auf konservative Werte setzen«. Jörg Schönbohm, Innenminister und Vize-Ministerpräsident von Brandenburg, über das »Tafelsilber« der Union, die drohende demographische Katastrophe der Deutschen und den Kampf gegen Rechts, in: Junge Freiheit v. 15.11.2002

213 Jörg Schönbohm, Freiheit wagen – Werte leben, in: Junge Freiheit v. 17.10.2003

214 Paul Kirchhof, Was Familien jetzt brauchen. Mut zum Glück, in: Die Zeit v. 17.01.2002; vgl. auch: ders., Wer Kinder hat, ist angeschmiert. Die familienfeindliche Gesellschaft zerstört die Voraussetzungen ihrer eigenen

Existenz, in: Die Zeit v. 11.01.2001

215 Reinhold Michels, Staat Europa? Nein! – CSU-Chef Edmund Stoiber fordert breite Unterstützung für die Familien, in: Rheinische Post v. 14.04.2001

216 Siehe Paul Rosen, Stoibers Nagelprobe. Zuwanderung: Die Abstimmung über Schilys Zuwanderungspläne wird den Bundestags-Wahlkampf beeinflussen, in: Junge Freiheit v. 28.12.2001

217 Michael Wiesberg, Rot-grüne »Rentenreform«: Deutsche Kinder unerwünscht?, in: Der Republikaner 2-3/2001, S. 2

218 Paul Rosen, Schützt die Familie! – Die Einführung einer aktiven Bevölkerungspolitik in Deutschland ist überfällig, in: Junge Freiheit v. 14.07.2000, S. 1

219 Helmut Schmidt, Alle müssen länger arbeiten. Die Rentenreform genügt für die kommenden Jahre, aber nicht auf Dauer, in: Die Zeit v. 04.01.2001

220 Vgl. Christoph Butterwegge, Stirbt »das deutsche Volk« aus?, a.a.O., S. 207 ff.

221 Jacqueline Hénard, Vater unser. Warum überaltert unsere Gesellschaft? Wegen allgemeiner Zukunftsunsicherheit und weil Frauen Karriere machen wollen, so sagt man. Aber wie denken eigentlich Männer über Kinder?, in: Die Zeit v. 27.12.2001

222 Vgl. Eva Herman, Das Eva-Prinzip. Für eine neue Weiblichkeit, München/Zürich 2006

223 Dies., Die Emanzipation – ein Irrtum?, in: Cicero 5/2006 (https://www.cice ro.de/kultur/die-emanzipation-%E2%80%93-ein-irrtum/37347; 05.06.2018)

224 Vgl. dazu: Wolfgang Wippermann, Autobahn zum Mutterkreuz. Historikerstreit der schweigenden Mehrheit, Berlin 2008

225 Siehe Demographiefeste und verfassungskonforme Umgestaltung des Gesamtsystems der sozialen Sicherung. Kleine Anfrage der AfD-Fraktion, BT-Drs. 19/2506 v. 05.06.2018, S. 1

226 Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der AfD-Fraktion – Drucksache 19/2506 – Demographiefeste und verfassungskonforme Umgestaltung des Gesamtsystems der sozialen Sicherung, BT-Drs. 19/28886 v. 20.06.2018, S. 3

227 Vgl. Andreas Kemper, Rechte Euro-Rebellion. Alternative für Deutschland und Zivile Koalition e.V., Münster 2013, S. 24 ff.

228 Vgl. z.B. Susanne Gaschke, Die Emanzipationsfalle. Erfolgreich, einsam, kinderlos, München 2005

229 Programm für Deutschland. Wahlprogramm der Alternative für

Deutschland für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017, a. a. O., S. 37

230 Siehe Antrag der Fraktion Alternative für Deutschland (AfD), Thema: Einführung von Begrüßungsgeld anlässlich der Geburt eines Kindes. Sächsischer Landtag, Drs. 6/1779 v. 01.06.2015

231 Siehe Nicole Höchst (AfD), in: Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll der 6. Sitzung, 17. Januar 2018, S. 467

232 Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland, a. a. O., S. 41

233 Programm für Deutschland. Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017, a.a.O., S. 37

234 Vgl. Andreas Kemper, Geschlechter- und familienpolitische Positionen der AfD, in: Helmut Kellershohn/Wolfgang Kastrup (Hg.), Kulturkampf von rechts, a.a.O., S. 150

235 Siehe Alice Weidel (AfD), in: Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll der 32. Sitzung, 16. Mai 2018, S. 2972

236 Ebd.

237 Ebd., S. 2973

238 Siehe Markus Frohnmaier, Impulspapier – Leistung und Eigenverantwortung: Grundideen für eine Volksrente nach Schweizer Vorbild, a. a. O., S. 6

239 Vgl. Thomas Ebert, Beutet der Sozialstaat die Familien aus? – Darstellung und Kritik einer politisch einflussreichen Ideologie, in: Christoph Butterwegge/Michael Klundt (Hg.), Kinderarmut und Generationengerechtigkeit. Familien- und Sozialpolitik im demografischen Wandel, 2. Aufl. Opladen 2003, S. 102 f.

240 Vgl. Präsident Wolfgang Schäuble, in: Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll der 32. Sitzung, 16. Mai 2018, S. 2973

241 Alexander Gauland (AfD), in: ebd., S. 2999

242 Thomas Straubhaar, Der Untergang ist abgesagt. Wider die Mythen des demografischen Wandels, Hamburg 2016, S. 23 f.

243 Vgl. Volker Münz (AfD), in: Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll der 33. Sitzung, 17. Mai 2018, S. 3151 f.

244 Vgl. Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages, Überblick über familienpolitische Leistungen in Deutschland, WD 9 – 3000 – 041/16 v. 12.07.2016, S. 3 ff. (https://www.bundestag.de/blob/437652/cc47b15d8723 0150d533b1b997d76fe3/wd-9-041-16--pdf-data.pdf;

06.7.2018)

245 Michael Leutert (DIE LINKE), in: Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll der 33. Sitzung, 17. Mai 2018, S. 3155

246 Siehe Martin Reichardt (AfD), in: ebd., S. 3158

247 Martin Reichardt (AfD), in: Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll der 30. Sitzung, 27. April 2018, S. 2875

248 Ebd.

249 Ebd.

250 Vgl. Schwerbehinderte in Deutschland. Kleine Anfrage der AfD-Fraktion, BT-Drs. 19/1444 v. 22.03.2018, S. 1 f.

251 Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Nicole Höchst, Franziska Gminder, Jürgen Pohl, Verena Hartmann und der Fraktion der AfD – Drucksache 19/1444. BT-Drs. 19/1623 v. 10.04.2018, S. 2 (Verena Hartmann, sächsische AfD-Bundestagsabgeordnete und Mitglied des Menschenrechtsausschusses, bestritt übrigens später, an der Anfrage beteiligt gewesen zu sein, was deren Initiatorin Nicole Höchst bestätigte.)

252 Peter Dabrock, zit. nach: AfD Frankfurt verteidigt umstrittene AfD-Anfrage, in: Frankfurter Rundschau v. 12.04.2018

253 Siehe Es geht uns alle an: Wachsam sein für Menschlichkeit (Anzeige), in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung v. 22.04.2018

254 Vgl. »Die AfD macht Stimmung gegen Menschen mit Behinderung«. Ulrich Schneider erläutert die Protestaktion der Sozialverbände, in: Kölner Stadt-Anzeiger v. 23.04.2018

255 Steffen Königer (AfD) zum Genderwahnsinn (https://www.youtube.com/watch?v=HMzzuJ08PwM; 15.06.2018)

256 Vgl. bpb.de, Frauenanteil im Deutschen Bundestag, in: bpb.de v. 15.11.2017 (http://www.bpb.de/gesellschaft/gender/frauen-in-deutschland/49418/frauenanteil-im-deutschen-bundestag; 14.06.2018)

257 Vgl. Gudrun Hentges/Kristina Nottbohm, Die Verbindung von Antifeminismus und Europakritik, a. a. O., S. 192

258 Vgl. Andreas Kemper, Die Maskulisten. Organisierter Antifeminismus im deutschsprachigen Raum, Münster 2012; Sabine Hark/Paula-Irene Villa, (Anti-)Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen, Bielefeld 2015

259 Vgl. Gudrun Hentges/Kristina Nottbohm, Die Verbindung von Antifeminismus und Europakritik, a.a.O., S. 167 ff.

260 Vgl. Brigitte Brück, Frauen und Rechtsradikalismus in Europa. Eine Studie zu Frauen in Führungspositionen rechtsradikaler Parteien in Deutschland,

Frankreich und Italien, Wiesbaden 2005; Gabi Elverich, Zwischen Modernisierung und Retraditionalisierung. Extrem rechte Geschlechterpolitik am Beispiel des französischen Front National, in: Antifaschistisches Frauennetzwerk/Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus (Hg.), Braune Schwestern? – Feministische Analysen zu Frauen in der extremen Rechten, Münster 2005, S. 109 ff.

261 Nach diversen Medienberichten zu Weidels eingetragener Lebenspartnerschaft sowie Ungereimtheiten bezüglich Weidels Wohnsitz und damit verbundener Steuerzahlungen veröffentlichte sie eine Pressemitteilung via Facebook: Persönliche Erklärung der Spitzenkandidatin Alice Weidel (https://www.facebook.com/aliceweidel/photos/a.1063313067013261.1073741828.1061322973878937/1524908447520385/?type=3&theater; 14.06.2018)

262 Vgl. hierzu: Gudrun Hentges/Kristina Nottbohm, Die Verbindung von Antifeminismus und Europakritik, a.a.O., S. 179

263 AfD Baden-Württemberg: Resolution gegen »Gender Mainstreaming« v. 25.07.2015, S. 1 (https://www.alternative-rlp.de/afd-baden-wuerttemberg-resolution-gegen-gender-mainstreaming; 12.07.2018)

264 Siehe ebd.

265 Schriftliche Kleine Anfrage des Abgeordneten Prof. Dr. Jörn Kruse (AfD) vom 22.11.2017: Salafismus-Prävention Hamburg. Mit Gender gegen Jihadisten, Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, Drs. 21/11081 v. 28.11.2017

266 Vgl. Wachsendes Schwesternnetzwerk. Verfassungsschutz warnt vor Islamistinnen, in: n-tv.de v. 27.12.2017

267 Vgl. Kleine Anfrage des Abgeordneten Sebastian Wippel, AfD-Fraktion: Gleichstellungspolitik, Landtag Sachsen, Drs. 6/1755 v. 26.06.2015

268 Vgl. Kleine Anfrage des Abgeordneten Björn Höcke (AfD) – Drs. 6/333 – und Antwort des Thüringer Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie: Begriffserklärung: »Gender«, Thüringer Landtag, Drs. 6/867 v. 08.07.2015

269 Vgl. Oliver Decker/Johannes Kiess/Elmar Brähler (Hg.), Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland, Gießen 2016; Vgl. María do Mar Castro Varela/Paul Mecheril (Hg.), Die Dämonisierung der Anderen. Rassismuskritik der Gegenwart, Bielefeld 2016

270 Vgl. Programm für Deutschland. Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017, a. a. O., S. 27 ff. und 33 ff.

271 Vgl. Stefan Lauer, #120db – Wie Rechtsradikale versuchen, die Sexismus-Debatte zu kapern, in: Belltower News v. 06.02.2018

272 Vgl. Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage 461 vom 18. Oktober 2017 des Abgeordneten Markus Wagner (AfD) »Blutiger Samstag in NRW!« Wie steht es um die Innere Sicherheit, die uns im Wahlkampf versprochen wurde?, Landtag Nordrhein-Westfalen, Drs. 17/1266 v. 20.11.2017

273 Programm für Deutschland. Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017, a. a. O., S. 17 ff. und 22 ff.

274 Vgl. Akif Pirinçci, Deutschland von Sinnen. Der irre Kult um Frauen, Homosexuelle und Zuwanderer, Waltrop 2014

275 Siehe Elisabeth Tuider u.a., Sexualpädagogik der Vielfalt. Praxismethoden zu Identitäten, Beziehungen, Körper, Prävention für Schule und Jugendarbeit, 2. Aufl. Weinheim/Basel 2012

276 Genannt seien Holger Arppe, Christina Baum, Thomas de Jesus Fernandes, Oliver Kirchner, Steffen Königer, Heiner Merz, Wiebke Muhsal, Jan Wenzel Schmidt, Ulrich Siegmund, Hans-Thomas Tillschneider, Ralph Weber und Thorsten Weiß.

277 Vgl. Berliner Senat (Hg.), Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt als Themen frühkindlicher Inklusionspädagogik, Berlin 2018

278 Pressemitteilung von Franz Kerker: »Neue Sex-Broschüre für Kita-Erzieher reine Geldverschwendung« v. 15.02.2018

279 Antrag der Fraktion CDU: Kita-Broschüre zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt stoppen, Abgeordnetenhaus Berlin, Drs. 18/0831 v. 14.02.2018

280 Siehe Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland, a. a. O., S. 31

281 Das Parteiprogramm der AfD: Freie Bürger sein, keine Untertanen, v. 23.02.2016, S. 42 (https://correctiv.org/media/public/a6/.../2016_02_23-grundsatzprogrammentwurf.pdf; 18.07.2018)

282 Vgl. z.B. Mariana Iris Harder-Kühnel (AfD), in: Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll der 14. Sitzung, 22. Februar 2018, S. 1225 ff.

283 Vgl. Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage 258 vom 31. August 2017 des Abgeordneten Alexander Langguth (AfD), Standesamtssoftware zur »Ehe für Alle«: Die Grünen fragen nach der Umsetzung, die AfD interessiert sich auch für die Kosten, Landtag Nordrhein-Westfalen, Drs. 17/743 v. 27.09.2017

284 Vgl. Kleine Anfrage der Abgeordneten Herold AfD und Antwort der

Thüringer Staatskanzlei: Lesbische, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle und Intersexuelle (LSBTI) in Thüringen, Thüringer Landtag, Drs. 6/1191 v. 19.10.2015

285 Ebd., S. 1

286 Vgl. Schriftliche Kleine Anfrage des Abgeordneten Dr. Alexander Wolf (AfD) vom 09.02.2017 und Antwort des Senats, betr.: Schwule Ampelmännchen, Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, Drs. 21/7907 v. 17.02.2017

287 Vgl. Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung, Stabsstelle Gleichstellung und geschlechtliche Vielfalt (Hg.), Aktionsplan des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg für Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt, Hamburg, Januar 2017

288 Schriftliche Kleine Anfrage des Abgeordneten Dr. Alexander Wolf (AfD) vom 09.02.2017 und Antwort des Senats, betr.: Schwule Ampelmännchen, Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, a.a.O., S. 2

289 Vgl. Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten André Wendt, AfD-Fraktion, Auskunft über die personelle Besetzung und die Kosten im Bereich der Geschlechterforschung (gender studies), Landtag Sachsen, Drs. 6/2424 v. 01.09.2015

290 Siehe Kleine Anfrage der Abgeordneten Muhsal (AfD) und Antwort des Thüringer Ministeriums für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft, Einrichtung von »All-Gender-Toiletten« an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Landtag Thüringen, Drs. 6/4888 v. 20.12.2017

291 Vgl. Schriftliche Kleine Anfrage des Abgeordneten Detlef Ehlebracht (AfD) vom 06.02.2017 und Antwort des Senats: Gender-Wahn an Hamburger Hochschulen, Bürgerschaft der Freien Hansestadt Hamburg, Drs. 21/7861 v. 14.02.2017

292 Kleine Anfrage des Abgeordneten Dr. Heiner Merz (AfD) und Antwort des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst: »Gender«-Forschung in Baden-Württemberg, Landtag von Baden-Württemberg, Drs. 16/409 v. 08.08.2016

293 Vgl. Schriftliche Kleine Anfrage des Abgeordneten Prof. Dr. Jörn Kruse (AfD) vom 29.11.2017 und Antwort des Senats: Muslimische Frauenhäuser in Hamburg, Bürgerschaft der Freien Hansestadt Hamburg, Drs. 21/11156 v. 05.12.2017

294 Vgl. Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie, Pilotprojekt: Untersuchung zu Männern als Opfer häuslicher Gewalt startet (Medieninformation 014/2017 v. 13.01.2017)

295 Gesetzesentwurf der Fraktion der AfD: Thüringer Gesetz zur Förderung von Gewaltschutzräumen und zur Prävention gegen häusliche Gewalt, Thüringer Landtag, Drs. 6/4655 v. 25.10.2017, S. 2

296 Siehe ebd.

297 Vgl. Kleine Anfrage des Abgeordneten Walk (CDU) und Antwort des Thüringer Ministeriums für Inneres und Kommunales: Häusliche Gewalt in Thüringen 2016, Thüringer Landtag, Drs. 6/3717 v. 06.04.2017

298 Rede von Corinna Herold, in: Thüringer Landtag, 6. Wahlperiode, Protokoll der 97. Sitzung, 1. November 2017, S. 75

299 Siehe ebd., S. 76

300 Ebd., S. 77

301 Siehe Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland, a. a. O., S. 17

302 Siehe ebd., S. 29

303 Siehe ebd.

304 Vgl. NATO ist »Instrument amerikanischer Geopolitik«, in: FAZ v. 10.05.2016

305 Vgl. z.B. Ende der Embargo-Politik gegen Russland. Antrag der AfD-Fraktion, Sächsischer Landtag, Drs. 6/4007 v. 22.01.2016; Für Brandenburgs Wirtschaft: Sofortige Aufhebung der Sanktionen gegen die Russische Föderation. Antrag der AfD-Fraktion, Landtag Brandenburg, Drs. 6/4534 v. 04.07.2016; Forderung der Thüringer Wirtschaft umsetzen – Russlandsanktionen beenden. Antrag der Fraktion der AfD, Thüringer Landtag, Drs. 6/3520 v. 01.03.2017; Sanktionspolitik gegen Russische Föderation stoppen. Antrag der AfD-Fraktion, Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Drs. 7/404 v. 22.03.2017; Russland-Sanktionen sofort beenden. Antrag der AfD-Fraktion, Landtag von Sachsen-Anhalt, Drs. 7/1484 v. 08.06.2017

306 Russland-Sanktionen sofort beenden, a.a.O., S. 1

307 Ebd., S. 2

308 Harald Weyel (AfD), in: Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll der 22. Sitzung, 21. März 2018, S. 1868

309 Vgl. dazu: Andreas Speit, Die Ideenfabrik. Mit der AfD ist die Neue Rechte im Bundestag angekommen, in: taz v. 25.06.2018

310 Siehe Rainer Zitelmann/Karlheinz Weißmann/Michael Großheim (Hg.), Westbindung. Chancen und Risiken für Deutschland, Frankfurt am Main/Berlin 1993; Heimo Schwilk/Ulrich Schacht (Hg.), Die selbstbewußte Nation. »Anschwellender Bocksgesang« und andere Beiträge zu einer

deutschen Debatte, Berlin/Frankfurt am Main 1994; kritisch zu dieser Debatte: Gerd Wiegel, Die Zukunft der Vergangenheit, a. a. O., S. 165 ff.

311 Vgl. Elysée als Vorbild – Für ein Europa der Zusammenarbeit souveräner Nationen. Antrag der AfD-Fraktion, BT- Drs. 19/2534 v. 06.06.2018

312 Vgl. Für eine europapolitische Strategie im nationalen Interesse. Antrag der AfD-Fraktion, Thüringer Landtag, Drs. 6/3565 v. 14.03.2017

313 Außerdem steht Macron für eine Fortsetzung der Austeritätspolitik, eine Übernahme der neoliberalen Dogmen und ihre Durchsetzung in der französischen Sozialpolitik. Das dahinter stehende Politikmodell lehnt im Bundestag auch die LINKE ab. Ihre nicht weniger scharfe Kritik an Macron ist jedoch ganz anders motiviert als jene der AfD, für die das Soziale überhaupt keine Rolle spielt.

314 Alice Weidel (AfD), in: Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll der 22. Sitzung, 21. März 2018, S. 1837

315 Armin-Paul Hampel (AfD), in: ebd., S. 1860

316 Albrecht Glaser (AfD), in: Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll der 23. Sitzung, 22. März 2018, S. 1966

317 Vgl. Europäische Solidarität muss praktisch werden: Ungarn entlasten. Antrag der AfD-Fraktion, Abgeordnetenhaus Berlin, Drs. 18/0539 v. 13.09.2017, S. 1

318 Rückführung syrischer Flüchtlinge einleiten. Antrag der AfD-Fraktion, BT-Drs. 19/32 v. 03.11.2017, S. 1

319 Sechs-Punkte-Plan – Abkommen zur Förderung syrischer Flüchtlinge, a. a. O., S. 1

320 Vgl. dazu: Volker Weiß, Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes, Stuttgart 2017

5 Verbindungen der AfD zur extremen Rechten

1 Götz Kubitschek, AfD im Bundestag oder: Was heute passiert ist, in: Sezession im Netz v. 24.09.2017

2 Kai Biermann u.a., Bundestag: AfD-Abgeordnete beschäftigen Rechtsextreme und Verfassungsfeinde, in: ZEIT Online v. 21.03.2018. Vgl. zum rechtsextremen bzw. neonazistischen Hintergrund eines Teils der Mitarbeiterschaft der AfD-Bundestagsfraktion auch Melene Gürgen/Christian Jakob/Sabine am Orde (Red.), Netzwerk AfD. Die neuen Allianzen im Bundestag, OBS-Arbeitspapier 30, Frankfurt am Main, Juni 2018 (Otto

Brenner Stiftung), sowie die Ergebnisse der taz-Recherchen unter http://www.taz.de/Schwerpunkt-Netzwerk-AfD/!t5495296/

3 Vgl. die Übersicht zu den Landesverbänden der AfD, in: Der rechte Rand 167 (Juli/August 2017), S. 28 ff.

4 Franziska Schreiber, Inside AfD. Der Bericht einer Aussteigerin, München 2018, S. 127

5 Vgl. hierzu: Gudrun Hentges, Die Identitären – eine Bewegung von rechts als Wegbereiterin einer anderen Republik?, in: Christoph Butterwegge/Gudrun Hentges/Bettina Lösch (Hg.), Auf dem Weg in eine andere Republik? – Neoliberalismus, Standortnationalismus und Rechtspopulismus, Weinheim/Basel 2018, S. 76 ff.

6 Vgl. AfD-Bundesgeschäftsstelle, Unvereinbarkeitsliste für AfD-Mitgliedschaft, Stand: 22. Februar 2017 (https://www.afd.de/unvereinbar/20.07.2018)

7 Ebd., S. 140

8 Vgl. Astrid Geisler/Karsten Polke-Majewski/Tilman Steffen, AfD und Identitäre Bewegung: abgrenzen? Von wegen, in: ZEIT Online v. 16.06.2017; Alexander Fröhlich, AfD-Parteichef: Gaulands Nazi-Schatten, in: Der Tagesspiegel v. 19.03.2018

9 Siehe Melane Gürgen/Christian Jakob/Sabine am Orde (Redaktion), Netzwerk AfD, a.a.O., S. 9

10 Vgl. ebd., S. 10

11 Vgl. Matthias Meisner, Unter Rassisten: Wie AfD-Politiker im Netz diskutieren, in: Der Tagesspiegel v. 09.11.2017

12 Vgl. ders., AfD-Mitglieder sollen rassistische Facebook-Gruppe verlassen, in: Der Tagesspiegel v. 14.11.2017

13 Vgl. Anna Hunger, »Sieg Heil« mit Smiley, in: KONTEXT: Wochenzeitung v. 09.05.2018. Die folgenden Zitate von Christina Baum, M. G. und Philip Stein sind diesem Artikel entnommen.

14 Ebd.

15 Vgl. Das Netzwerk AfD. Die 443 Verbindungen der AfD (http://www.taz.de/Netzwerk-AfD/!t5495296/; 17.07.2018)

16 Vgl. Ralf Weber will AfD für Identitäre öffnen, in: Nordkurier (Neubrandenburg) v. 16.11.2017

17 Vgl. Mutmaßlicher Helfer von Franco A. will für AfD arbeiten, in: FAZ v. 16.12.2017

18 Vgl. Kai Biermann/Astrid Geisler/Tilmann Steffen, Terrorverdächtiger arbeitet für AfD-Abgeordneten, in: ZEIT Online v. 19.04.2018

19 Andreas Kalbitz, zit. nach: Brandenburger AfD-Chef: Zu Besuch beim

Pfingstlager der HDJ, in: taz v. 07.03.2018

20 Vgl. Alexander Fröhlich, Alexander Gaulands Nazi-Schatten, a.a.O.

21 Vgl. Kai Biermann u.a., AfD-Abgeordnete beschäftigen Rechtsextreme und Verfassungsfeinde, a.a.O.

22 Vgl. Andreas Speit/Sabine am Orde, Die Neue Rechte im Bundestag, in: taz v. 12.01.2018

6 AfD und Social Media

1 Vgl. Volker Weiß, Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes, Stuttgart 2017, S. 15 ff.

2 Vgl. Bernd Gäbler, AfD und Medien. Analyse und Handreichungen, OBS-Arbeitsheft 92, Frankfurt am Main 2017 (Otto Brenner Stiftung)

3 Vgl. Wolfgang Schroeder u.a., Parlamentarische Praxis der AfD in deutschen Landesparlamenten, WZB Discussion Paper SP V 2017-102, Berlin, Juni 2017, S. 44 ff. (Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung)

4 Vgl. Pluragraph, Politik (Organisationen), in: pluragraph.de (https://pluragraph.de/categories/politik/organisations; 17.07.2018)

5 Vgl. AfD plant Pressearbeit mit Newsroom und Schichtbetrieb, in: welt.de v. 09.02.2018

6 Vgl. Eli Pariser, The Filter Bubble. What the Internet Is Hiding from You, New York 2011

7 Vgl. Pablo Barberá u.a., Tweeting from Left to Right: Is Online Political Communication More Than an Echo Chamber?, in: Psychological Science 10/2015, S. 1531 ff.

8 Vgl. Katharina Brunner/Sabrina Ebitsch, Von AfD bis Linkspartei – so politisch ist Facebook, in: sueddeutsche.de v. 02.05.2017

9 Vgl. Amadeu Antonio Stiftung (Hg.), Toxische Narrative. Monitoring rechts-alternativer Akteure, Berlin 2017

10 Vgl. Hendrik Lehmann u.a., Treue Gefolgschaft – so twittert die AfD, in: netzpolitik.org v. 18.04.2017

11 Vgl. Markus Reuter, Auf Linie: Das inoffizielle Unterstützernetzwerk der AfD, in: netzpolitik.org v. 28.04.2017; ders., Datenrecherche: Offizielle AfD-Accounts retweeten Neonazi-Kanal auf Twitter, in: netzpolitik.org v. 02.05.2017

12 Vgl. Markus Reuter, Twitter-Datenanalyse bei der AfD: Die falsche Balleryna, in: netzpolitik.org v. 20.04.2017

13 Vgl. AfD will Social Bots im Wahlkampf einsetzen, in: ZEIT Online v. 21.10.2016

14 Vgl. Lisa-Maria Neudert u.a., Junk News und Bots bei der Bundespräsidentenwahl 2017. Was haben deutsche Wähler auf Twitter geteilt?, in: http://com prop.oii.ox.ac.uk/wp-content/uploads/sites/89/2017/03/German-What-Were-German-Voters-Sharing-Over-Twitter-v9.pdf; 17.07.2018)

15 Vgl. Kai Heiderich, Die Russen kommen. Bots im Bundestagswahlkampf (Teil II), in: fearlessdemocracy.org v. 14.09.2017

16 Vgl. AStA Uni Köln, Bauarbeiter in einschlägiger Kleidung der rechten Szene, in: facebook.com v. 10.05.2018

17 Vgl. https://reconquista-internet.de/

18 Vgl. Jörg Wirtgen, »Die Partei« übernimmt 31 Facebook-Gruppen der AfD, in: heise.de v. 03.09.2017; Sebastian Meineck, AfD im Bundestag: Mehr als jeder dritte Abgeordnete offenbar in Facebook-Gruppen mit rassistischer Hetze, in: Motherboard v. 26.03.2018

19 Vgl. Gerhard Paul, Visual History (3.0), in Docupedia-Zeitgeschichte (13.03.2014), URL: docupedia.de/zg/Visual_History_Version_3.0_Gerhard_Paul; Susan Sontag, Das Leiden anderer betrachten, München 2003

20 Vgl. Amadeu Antonio Stiftung (Hg.), Toxische Narrative, a.a.O., S. 12 ff.

21 Andreas Kynast [andikynast]. (2018, Jan 01). Nach Tweet über »die barbarischen, muslimischen, gruppenvergewaltigenden Männerhorden«: Twitter sperrt AfD-Fraktion … https://t.co/TPYxXUCSGZ. [Tweet]. Retrieved from https://twitter.com/andikynast/status/947813541934968832/photo/1

22 Vgl. Tim Stinauer, Silvester-Tweet: Keine Anklage gegen Beatrix von Storch, in: ksta.de v. 16.02.2018

23 Alternative für Deutschland [AfD]. (2018, Jan 01). Ein Solidaritätstweet von Dr. @Alice_Weidel, Vorsitzende der @AfDimBundestag & Mitglied des #AfD-Bundesvorstands, f… https://t.co/q2gs8ATail [Tweet]. Retrieved from https://twitter.com/afd/status/947956195347894274

24 Vgl. dazu: Georg Gläser, Metapolitische Konzepte der »Neuen Rechten«. Herausforderung für Zivilgesellschaft und eine kritische politische Bildung, Köln 2018 (unveröffentlichte Bachelorarbeit)

25 Vgl. dazu: Siegfried Jäger (Hg.), Rechtsdruck. Die Presse der Neuen Rechten, Berlin/Bonn 1988; Barbara Junge/Julia Naumann/Holger Stark, Rechtsschreiber. Wie ein Netzwerk in Medien und Politik an der

Restauration des Nationalen arbeitet, Berlin 1997; Thomas Pfeiffer, Für Volk und Vaterland. Das Mediennetz der Rechten – Presse, Musik, Internet, Berlin 2002; Samuel Salzborn, Angriff der Antidemokraten. Die völkische Rebellion der neuen Rechten, Weinheim/Basel 2017

7 Fazit und Ausblick

1 Vgl. hierzu: Christoph Butterwegge/Gudrun Hentges/Bettina Lösch (Hg.), Auf dem Weg in eine andere Republik? – Neoliberalismus, Standortnationalismus und Rechtspopulismus, Weinheim/Basel 2018

2 AfD: Weidel will bis 2021 regierungsfähig sein, in: ZEIT Online v. 29.10.2017

3 Maria Fiedler und Frank Jansen, »Ich weiß gar nicht, was völkische Tendenzen sind«. Interview mit Alexander Gauland, in: Der Tagesspiegel v. 26.11.2017

4 Höcke-Rede im Wortlaut: »Gemütszustand eines total besiegten Volkes«, in: Der Tagesspiegel v. 19.01.2017

5 Franziska Schreiber, Inside AfD. Der Bericht einer Aussteigerin, München 2018, S. 53

6 Vgl. dazu: Fedor Ruhose, Die AfD im Bundestag. Zum Umgang mit einem neuen politischen Akteur, Wiesbaden 2018

7 Vgl. Gerd Wiegel, Ein aufhaltsamer Aufstieg. Alternativen zu AfD & Co., Köln 2017, S. 114 ff.

8 AfD – Manifest 2017. Die Strategie der AfD für das Wahljahr 2017 (www.talk-republik.de/Rechtspopulismus/docs/03/AfD-Strategie-2017.pdf; 11.06.2018)

9 Siehe ebd.

10 Dass dies ein ideologisches Zerrbild und reine Propaganda im Interesse der Reichsten ist, zeigt Stefan Bach, Unsere Steuern. Wer zahlt? Wie viel? Wofür?, Frankfurt am Main 2016, S. 207 ff.

11 Vgl. dazu: Helmut Kellershohn, Kampf zweier Linien in der Neuen Rechten und der AfD, in: Isolde Aigner/Jobst Paul/Regina Wamper (Hg.), Autoritäre Zuspitzung. Rechtsruck in Europa, Münster 2017, S. 121 ff.